- A QUESTION OF GOOD CITIZENSHIP -

EINE EMPIRISCHE ANALYSE ÜBER DIE VERANKERUNG STAATSBÜRGERLICHER NORMEN IN MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN STAATEN

Von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart zur Erlangung der Würde eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) genehmigte Abhandlung

Vorgelegt von

Simone Stelzmüller

aus Ostfildern

Hauptberichter: Prof. Dr. Oscar W. Gabriel, Universität Stuttgart
Mitberichter: Prof. Dr. Dieter Fuchs, Universität Stuttgart

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Mai 2011

Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

2011

Inhalt

Abbildungsverzeichnis 6

Tabellenverzeichnis 7

Abkürzungsverzeichnis 9

Zusammenfassung 10

Abstract 13

1 **Einleitung: A Question of Good Citizenship** 16

1.1 Ausgangslage und Untersuchungsproblem 17

1.2 Aufbau der Arbeit 19

2 **Die konzeptuelle Verortung in wissenschaftlichen Forschungstraditionen** 22

2.1 Zur Entstehung der Politische-Kultur-Forschung 22

2.1.1 Das klassische Konzept der Politischen Kultur nach Gabriel Almond und Sidney Verba 24

2.1.2 Dimensionen der Politischen Kultur 25

2.1.3 Die Bedeutung des Konzepts der Politischen Kultur 28

2.2 Das Konzept des Sozialkapitals 30

2.2.1 Die Diskussion um Sozialkapital in wissenschaftlicher und alltagspolitischer Auseinandersetzung 31

2.2.2 Grundüberlegung des Sozialkapital-Ansatzes und Beiträge zentraler Klassiker 32

2.2.3 Das Sozialkapital-Konzept nach Robert D. Putnam 37

2.2.4 Dimensionen und Formen von Sozialkapital 40

2.2.5 Messung von Sozialkapital 41

2.2.6 Der Zusammenhang von Religion und Zivilgesellschaft in der Sozialkapitaldebatte 45

2.2.6.1 Die demokratische Rolle religiöser Organisationen 46

2.2.7 Sozialkapital in Mittel- und Osteuropa 48

2.3 Das Modell der Staatsbürgerschaft (sogenannter Citizenship-Ansatz) .. 51
2.3.1 Die Soziologie der Staatsbürgerschaft – die Entstehung des Modells 54
2.3.1.1 Das Konzept nach Thomas H. Marshall: Die Entwicklung der Staatsbürgerschaft 54
2.3.2 Dimensionen der Staatsbürgerschaft 56
2.3.3 Zeitgenössische Konzepte zum Modell der Staatsbürgerschaft 58
2.3.4 Die „gute Staatsbürgerschaft“ aus spieltheoretischer Sicht 62
2.4 Demokratische Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa nach 1990 im Kontext der Transitionsforschung 64
2.4.1 Die Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 67
2.4.2 Die Entwicklung staatsbürgerlicher Orientierungen in Mittel- und Osteuropa: Annahmen der Sozialisations- und der Erfahrungshypothese 69
2.4.2.1 Die Sozialisationshypothese 69
2.4.2.2 Die Erfahrungshypothese 71

3 **Forschungsdesign** 73
3.1 Datengrundlage 73
3.2 Länderauswahl 75
3.3 Das Erklärungsmodell 80
3.4 Forschungsleitende Hypothesen 84

4 **Empirische Untersuchungen** 88
4.1 Operationalisierung und Analysestrategie 89
4.2 Akzeptanz oder Ablehnung staatsbürgerlicher Normen? Die Formulierung einer abhängigen Variablen 95
4.2.1 Die staatsbürgerlichen Pflichten 96
4.2.1.1 Die Verteilung staatsbürgerlicher Pflichten 101
4.2.1.2 Welches Staatsbürgermodell wird von den Bürgern bevorzugt: repräsentativ oder partizipatorisch? 106
4.2.2 Die staatsbürgerlichen Rechte 109
4.2.2.1 Die Verteilung der staatsbürgerlichen Rechte 112

4.2.3 Die summarische Betrachtung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten 116
4.3 Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen..... 119
4.3.1 Potenzielle Erklärungsansätze: Sozialkapital und Sozialisation .. 120
4.3.2 Sozialkapital im Ländervergleich: die strukturelle Komponente .. 126
4.4 Der Zusammenhang von Mitgliedschaft und Staatsbürgerschaft..... 139
4.4.1 Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Arten funktionaler Mitgliedschaft und staatsbürgerlichen Pflichten..... 140
4.4.2 Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Arten funktionaler Mitgliedschaft und staatsbürgerlichen Rechten 146
4.4.3 Katholizismus versus Protestantismus: Die Bedeutung von Religion und Konfession für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen 148
4.4.3.1 Religiöse Organisationen als „Wertevermittler“: Der Zusammenhang zwischen Religion und Staatsbürgerschaft..... 152
4.5 Die Erklärung guter Staatsbürgerschaft aus sozialisations- und sozialkapitaltheoretischer Sicht..... 154
4.5.1 Sozialkapital, Sozialisation und die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Pflichten 155
4.5.2 Sozialkapital, Sozialisation und die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Rechte 171

5 **Schlussbemerkungen und Ausblick** 177
5.1 Zusammenfassung und Diskussion 177
5.2 Anregungen für die zukünftige Forschung 182

Literatur 184
Onlinequellen 200
Anhang 201

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das implizite Kausalmodell des klassischen Konzepts der Politischen Kultur 28
Abbildung 2: Das Kausalmodell von Robert D. Putnam 39
Abbildung 3: Dimensionen von Sozialkapital unter Berücksichtigung von strukturellen und kulturellen Aspekten..... 43
Abbildung 4: Das Modell der Staatsbürgerschaft 56
Abbildung 5: Das Modell der Konsolidierung auf drei Dimensionen 65
Abbildung 6: Das Analysemodell zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft 82

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Verteilung politischer Orientierungsmuster 27
Tabelle 2: Vereinfachte Darstellung der Erscheinungsformen von Kapital und Reproduktion sozialer Ungleichheit nach dem Konzept von Pierre Bourdieu 35
Tabelle 3: Ausgewählte Untersuchungsländer: Zahl der Befragten pro Land und Survey 79
Tabelle 4: Faktorenanalyse zur Dimensionsreduktion staatsbürgerlicher Pflichten 97
Tabelle 6: Zustimmung zur Bedeutung verschiedener staatsbürgerlicher Pflichten (Prozentanteile und Mittelwerte) 103
Tabelle 7: Anzahl der Personen, die mehrere Dimensionen als wichtig ansehen (Angaben in Prozent) 106
Tabelle 8: Repräsentatives und partizipatorisches Staatsbürgermodell 108
Tabelle 9: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Rechte 111
Tabelle 10: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Rechte, sortiert n. Ländern . 112
Tabelle 11: Zustimmung zur Bedeutung verschiedener staatsbürgerlicher Rechte (Prozentanteile und Mittelwerte) 115
Tabelle 12: Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen (Prozentanteile) 119
Tabelle 13: Potenzielle Erklärungsfaktoren für die gute Staatsbürgerschaft .. 123
Tabelle 14: Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen und Verbänden (Angaben in Prozent) 128
Tabelle 15: Dimensionale Analyse funktionaler Mitgliedschaft. 132
Tabelle 16: Formen der Mitgliedschaft (Angaben in Prozent) 134
Tabelle 17: Formen funktionaler Mitgliedschaft in den letzten 12 Monaten, ESS-Studie (Angaben in Prozent) 138
Tabelle 18a: Korrelationen zwischen staatsbürgerlichen Pflichten und verschiedenen Formen der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, ISSP-Studie (Angabe: Pearsons r) 141
Tabelle 18b: Korrelationen zwischen staatsbürgerlichen Pflichten und verschiedenen Formen der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, ESS-Studie (Angabe: Pearsons r) 144

Tabelle 19: Korrelationen zwischen staatsbürgerlichen Rechten und verschiedenen Formen der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen (Angabe: Pearsons r) 147
Tabelle 20: Mitgliedschaft, Konfession und Kirchengangshäufigkeit im Vergleich (Angaben in Prozent) 150
Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen religiösen Merkmalen und staatsbürgerlichen Normen (Angabe: Pearsons r) 153
Tabelle 22: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten, Gesamtmodell 157
Tabelle 23a: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Partizipation, Gesamtmodell 160
Tabelle 23b: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Gesetzestreue, Gesamtmodell 163
Tabelle 23c: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Solidarität, Gesamtmodell 166
Tabelle 23d: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Sozio-politisches Bewusstsein, Gesamtmodell 169
Tabelle 24a: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Politische Rechte, Gesamtmodell 173
Tabelle 24b: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Soziale Rechte, Gesamtmodell 175

Abkürzungsverzeichnis

AMO	Assoziation für internationale Fragen
CZ	Tschechische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Deutschland
et al.	et alii
ESF	European Science Foundation
ESS	European Social Survey
EU	Europäische Union
HU	Ungarn
ISSP	International Social Science Program
NRO	Nichtregierungsorganisationen
MOE	Mittel- und Osteuropa
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
n.e.	nicht erfasst
NRO	Nichtregierungsorganisationen
n.s.	nicht signifikant
PL	Polen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SLO	Slowenien
SSCI	Social Science Citation Index
Vgl.	Vergleiche
ZA	Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit umfasst empirische Analysen zur Konzeption, der Verbreitung und den Determinanten guter Staatsbürgerschaft. Sie leistet einen Beitrag um die Debatte der sogenannten „Good Citizenship“ in postkommunistischen Ländern. Im Hinblick auf die Determinanten der guten Staatsbürgerschaft finden sich bislang vergleichsweise wenig explizit theoretisch begründete Überlegungen und faktisch keine empirischen Untersuchungen, die speziell postkommunistische Länder in den Blick nehmen. Zahlreiche Wissenschaftler schreiben in ihren jeweiligen Studien über die politische Relevanz von Citizenship und den konzeptionellen Rahmen, ohne die theoretischen Überlegungen empirisch zu belegen. Meist wurden deskriptive Analysen zur Verbreitung staatsbürgerlicher Tugenden erstellt. Andere Autoren fertigten internationale empirische Analysen an, gehen jedoch nicht auf die Spezifikation der postkommunistischen Gesellschaften ein oder sie untersuchten die Verbreitung von Citizenship in lediglich einem Land. Die grundlegende Aufgabe der vorliegenden Forschungsarbeit ist die theoretische Verortung des Begriffs der guten Staatsbürgerschaft sowie eine umfassende Analyse, welche Konzeptionen von „guter Staatsbürgerschaft“ in fünf ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern existieren: in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien und Ostdeutschland. Darüber hinaus schließt die Studie eine wesentliche Forschungslücke, indem mehrere potenzielle Determinanten in einem integrierten Erklärungsmodell zusammengefasst werden.

Im Folgenden werden zunächst verschiedene theoretisch-konzeptionelle Ansätze vorgestellt, die die Relevanz des Untersuchungsproblems der guten Staatsbürgerschaft bzw. die Verankerung staatsbürgerlicher Normen in Mittel- und Osteuropa belegen. Gleichzeitig wird verdeutlicht, dass das Konstrukt der guten Staatsbürgerschaft in verschiedene theoretische Kontexte eingeordnet werden kann. Folgende theoretisch-konzeptionelle wissenschaftliche Ansätze werden in der Arbeit vorgestellt: das Konzept der Politischen Kultur, der Sozialkapital-Ansatz, das Modell der Staatsbürgerschaft sowie die Grundgedanken der Transitionsforschung. Die vorgestellten wissenschaftlichen Ansätze ergänzen sich

gegenseitig und nehmen jeweils unterschiedliche Komponenten der guten Staatsbürgerschaft in den Blick. Bei der Betrachtung der Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen spielt der Sozialkapital-Ansatz eine zentrale Rolle.

Vor dem theoretischen Hintergrund wird das Forschungsdesign konzipiert, das die methodische Basis für den empirischen Teil der vorliegenden Arbeit darstellt. Hierbei wird gezeigt, wie verschiedene Indikatoren zur Erhebung der politischen Einstellungen zu staatsbürgerlichen Tugenden in ein Modell integriert werden können, das auf den Konzepten zum Sozialkapital und zur Staatsbürgerschaft basiert. Schließlich werden forschungsleitende Hypothesen formuliert, die den empirischen Untersuchungen zugrunde liegen.

Nach der Beschreibung der vorgenommenen Operationalisierungen und Analysestrategien werden umfassende empirische Befunde vorgestellt. Bei der Untersuchung der Zusammenhänge der Indikatoren der staatsbürgerlichen Normen wird herausgearbeitet, dass die gute Staatsbürgerschaft ein mehrdimensionales Konstrukt darstellt. Deskriptive Analysen belegen, dass die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten in den untersuchten Ländern weit verbreitet sind und teilweise fast konsensuell geteilt werden. Die Analyse der unabhängigen Variablen, nämlich der Einbindung in formale Netzwerke, konstatiert ein sehr geringes Niveau an organisierter Mitgliedschaft in den postkommunistischen Ländern. Die Befunde zeigen, dass unterschiedliche Strukturen funktionaler Mitgliedschaft in verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas vorhanden sind. Im Vergleich zu den Studien, die die strukturelle Sozialkapitalkomponente in westeuropäischen Ländern untersuchen, existieren in Osteuropa vor allem wenig aktive Mitgliedschaften. Die dargestellten Ergebnisse der bivariaten Analysen zeigen, dass sich statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Arten funktionaler Mitgliedschaft und der Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen nachweisen lassen. Insbesondere konnte belegt werden, dass es einen engen positiven Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in einer Kirche und der Verbreitung staatsbürgerlicher Pflichten gibt und dass die Institution der Kirche bei der Ausbildung gesamtgesellschaftlicher Werte in postkommunistischen Gesellschaften von zentraler Bedeutung ist.

Die Herleitung und Diskussion weiterer potenzieller Erklärungsfaktoren und die dazugehörigen empirischen Befunde liefern das Resultat, dass sowohl sozialkapital-, als auch sozialisationstheoretische Faktoren statistisch signifikante Effekte ausüben. Die Determinanten besitzen in den untersuchten Ländern eine unterschiedliche Relevanz für die Erklärung guter Staatsbürgerschaft. Dies belegt, dass die postkommunistischen Staaten trotz ähnlicher Sozialisationsvoraussetzungen nicht als monolithischer Block anzusehen sind und dass länderspezifische Unterschiede berücksichtigt werden müssen. Die Differenzen hinsichtlich der Verankerung staatsbürgerlicher Normen in den untersuchten Staaten sind zum Teil auf die Verschiedenartigkeit der früheren kommunistischen Regime in Osteuropa und den Grad der sozialen Penetration durch die kommunistische Elite zurückzuführen.

Die im ersten Teil der Forschungsarbeit vorgestellten Theorien und Konzepte wurden ursprünglich für etablierte westliche Demokratien entwickelt. Die empirischen Befunde in der hier vorgelegten Studie zeigen, dass die klassischen politikwissenschaftlichen Theorien nicht ohne entsprechende Anpassungen auf die postkommunistischen Staaten übertragen werden können. Vielmehr müssen die politischen, ökonomischen und sozialen Spezifika der postkommunistischen Länder genauer betrachtet werden und die Erklärung guter Staatsbürgerschaft muss aus der Perspektive der postkommunistischen Länder beleuchtet werden.

Abstract

The following thesis is an empirical analysis of the definition, dissemination and determinants of good citizenship. It aims to contribute to the debate about “good citizenship” in post-communist countries. As concerns the determinants of good citizenship, there has been comparatively little explicitly theoretical research and practically no empirical studies that specifically deal with post-communist countries. Many researchers write about the relevance of citizenship and its conceptual framework in their studies, but without empirically verifying their theoretical considerations. Most of the time descriptive analyses concerned the dissemination of civic virtues. Other authors conducted international empirical studies, but do not go into detail about the post-communist societies or addressed the dissemination of citizenship in one country alone. The following research aims primarily to provide a theoretical framework for the concept of good citizenship as well as a thorough analysis of how good citizenship is defined in five Central and Eastern European countries, namely Poland, the Czech Republic, Hungary, Slovenia and Eastern Germany. Moreover, this study also fills a significant gap in the research by providing an integrated explanatory model that encompasses a number of possible determinants.

First it will present various theoretical and conceptual approaches that underscore the relevance of such a research concerning good citizenship and the basis of civic norms in Central and Eastern Europe. It will also become clear that the concept of good citizenship can be embedded in a number of different theoretical contexts. The following theoretical and conceptual approaches will be presented: the concept of a political culture, the social capital approach, the citizenship model and the fundamental ideas behind transition research. These approaches complement one another and each take different components of good citizenship into account. The social capital approach plays a central role when considering how civic norms are grounded.

After considering this theoretical background, a research design will be outlined which will serve as the methodological basis for the empirical part of this work. It will be shown how various indicators for improved political attitudes towards

civic virtues can be integrated into a model that is based on the concepts of social capital and citizenship. Finally, the research hypotheses underlying the empirical studies will be laid out.

Once the operationalization and the method of analysis have been described, extensive empirical findings will be presented. As the relationships between the indicators for civic norms are worked out, it will become clear that good citizenship is a multidimensional concept. Descriptive analyses confirm that civic rights and duties in these countries are widespread and some are almost consensually shared. The analysis of independent variables, namely that of integration into a formal network, points to a very low level of organized membership in post-communist countries. The research shows that various structures for functional membership are present in various countries in Central and Eastern Europe. In contrast to studies concerned with structural social-capital components in Western European countries, there are few active memberships in Eastern Europe. The results of the bivariate analyses show statistically significant correlations between various forms of functional membership and recognizing civic norms. In particular, it could be shown that there is a positive relation between membership in a church and the prevalence of civic duties, and also that the institution of the church plays a central role in forming social virtues in post-communist societies.

Other potential explanatory factors and their attendant empirical findings are derived and discussed, indicating that social capital and socialization factors are also statistically significant. Various determinants are relevant for explaining good citizenship depending on the country under consideration. This proves that post-communist states, despite similar conditions of socialization, need not be seen as a monolithic block, but rather that country-specific differences must be taken into account. These differences in the strength of civic norms in the countries under consideration can be traced back in part to the various forms of earlier communist regimes in Eastern Europe and to the degree to which communist elite penetrated society.

The theories and concepts described in the first part of this work were originally developed for established Western democracies. The empirical findings in this study show, however, that the classical political theories cannot be transferred to post-communist states without being appropriately adjusted. Rather, the political, economic and social characteristics of post-communist countries must be more carefully examined, and any explanation of good citizenship must be carried out from the perspective of these post-communist countries.

1 Einleitung: A Question of Good Citizenship

Was bedeutet es heutzutage, ein Staatsbürger zu sein? Die jüngeren Sozialwissenschaften beschäftigen sich häufig mit dem Wertewandel, der zunehmenden Individualisierung und Modernisierung, der Politikverdrossenheit und der Zunahme an unkonventionellen Lebensstilen. Auch staatsbürgerliche Normen und Werte sind in den Sozialwissenschaften ein wichtiges Thema, denn sie sind von zentraler Bedeutung für eine nationale Gesellschaft. Sie halten die Gesellschaft zusammen, sie legitimieren Recht und Gesetz und sie stellen jeden einzelnen Bürger vor die Fragen: In welcher Gesellschaft will ich leben? Welche Werte sind mir wichtig? Wie viel Verantwortung will ich für mich und die anderen übernehmen?

Vor zwei Jahrzehnten haben sich die Bürger in Ostdeutschland und in vielen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern diese Fragen gestellt. Und sie haben Antworten darauf gefunden. Doch die Fragen bleiben weiterhin aktuell und die Politiker in diesen Ländern stehen heute vor großen Herausforderungen, die ohne den Bürger und sein Engagement nicht zu lösen sind. Unter Ausschluss der breiten Masse findet eine Diskussion um das Schwinden christlicher Werte, den Niedergang sozialen Kapitals und die damit einhergehenden verheerenden Aussichten für das Funktionieren einer Demokratie statt. Immer mehr (wohlfahrts-)staatliche Leistungen sollen bzw. müssen vom Bürger erbracht werden. Wie kann das funktionieren, wenn die Anzahl der Bürger, die aufgrund entsprechender politischer Ansichten zu aktivem und gemeinwohlorientiertem Verhalten bereit sind, zurückgeht?

Für die postkommunistischen Länder lamentiert die eine Seite, dass die Bürger nach dem politischen Umbruch demokratische Einstellungen und zivilgesellschaftliches Engagement erst erlernen mussten und folglich noch nicht auf westeuropäischem Niveau angekommen sind, da entsprechende Sozialisationserfahrungen noch nachwirken. Die andere Seite konstatiert, dass Bürgerpflicht und Bürgertugend in den ehemals kommunistischen Ländern Europas einen zentralen Stellenwert besaßen. Der Gang zur Wahlurne und die Bestätigung des Einparteiensystems waren für den guten Bürger eine Pflicht. Die Beteiligung an Aufmärschen und staatlich organisierten Kundgebungen waren eine Selbstverständlichkeit. Loyalität gegenüber dem Staat und die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen waren geschätzte Tugenden, die mit autoritärer Strenge staatlich kontrolliert wurden.

1.1 Ausgangslage und Untersuchungsproblem

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts brach eine öffentlich-publizistische Debatte über den Verlust der gesellschaftlichen Bindekräfte, den Niedergang des bürgerschaftlichen Engagements und die Zukunft der Demokratie aus. Grund für diese Auseinandersetzung war der 1995 herausgegebene Aufsatz von Robert Putnam mit dem Titel „Bowling Alone“, der 2001 unter demselben Titel in ausführlicher Version als Buch auf dem Markt erschien. Darin konstatierte er die alarmierende Diagnose des Untergangs der amerikanischen Demokratie. Der Harvard-Professor stellte fest, dass gerade bei der jüngeren Generation das traditionelle soziale Engagement drastisch zurückgehe und dass die Maxime des Individualismus die Gesellschaft bestimme. Aufgrund dieser Tatsache lockern sich die gesellschaftlichen Bindekräfte, die für die Existenz einer lebendigen Demokratie so wichtig sind. Seine mithilfe empirischer Daten gewonnenen Erkenntnisse brachten ihm Einladungen von verschiedenen internationalen Regierungsvertretern ein. In der Folge wurden zahlreiche Länderstudien verfasst, in denen Wissenschaftler untersuchen sollten, inwieweit Putnams These auf andere Industrieländer übertragen werden kann. Die postkommunistischen Länder wurden dabei nur wenig berücksichtigt.

Die meisten aktuellen wissenschaftlichen Studien über bürgerschaftliches Engagement in Osteuropa äußern ebenso ihre Bedenken über die niedrigen Partizipationsniveaus im Hinblick auf Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen sowie die geringe Wahlbeteiligung in den jeweiligen Ländern (vgl. z.B. Howard 2002). Im Rahmen der Diskussion um den Schwund des Sozialkapitals in Westeuropa und Amerika, die mangelhafte Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement in Osteuropa und die realistische Zukunft der Demokratie als normative Staatsform wurde die Untersuchung der politischen Einstellungen der Bürger vernachlässigt. Was bislang nicht untersucht wurde, war die Frage, was die Bürger Mittel- und Osteuropas selbst unter dem Begriff der „guten Staatsbürgerschaft“ verstehen. Diese Betrachtung der Frage kann der Politikwissenschaft helfen, das politische Verhalten der Bürger besser zu verstehen (vgl. z.B. van Deth 2007). Darüber hinaus ist die eigene Konzeptionalisierung der guten Staatsbürgerschaft auch für Politiker von zentraler Bedeutung. Bevor sie über-

legen, was sie gegen den Schwund des Sozialkapitals unternehmen und wie sie eine aktivere Bürgergesellschaft fördern können, sollte bekannt sein, was die eigenen Staatsbürger über die gute Staatsbürgerschaft denken und wodurch die politischen Einstellungen beeinflusst werden.

Im Rahmen von politikwissenschaftlichen Theorien wurden die Eigenschaften der guten Staatsbürgerschaft betrachtet, und ein paar wenige Studien untersuchten das Verständnis von staatsbürgerlichen Normen aus Sicht der Bürger. In der Regel standen hierbei die westeuropäischen Staaten und die Vereinigten Staaten von Amerika im Mittelpunkt des Interesses (vgl. z.B. Almond/Verba 1963, MacIntyre 1981, Beiner 1995, Feldman/Steenbergen 1996, Conover/Searing 2002, Pattie et al. 2004, Roßteutscher 2004, Denters et al. 2007, van Deth 2007, Dalton 2008). In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, welche Konzeptionen von guter Staatsbürgerschaft in fünf ausgesuchten mittel- und osteuropäischen Ländern existieren: in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien und Ostdeutschland[1]. Auf diese Weise soll dazu beigetragen werden, die wenigen empirischen Studien, die bislang lediglich die westeuropäischen Länder in den Blick nahmen, zu ergänzen.

Die Untersuchung von fünf mittel- und osteuropäischen Ländern im Hinblick auf die Determinanten guter Staatsbürgerschaft umfasst eine vergleichende Analysestrategie, in der eine kleine Anzahl an Ländern einander gegenübergestellt wird. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Annahme, dass in allen Ländern vergleichbare Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen relevant sind. Dennoch sollen die Besonderheiten jeder einzelnen nationalen Gesellschaft hervorgehoben werden. Alle untersuchten Länder standen über Jahrzehnte hinweg unter sowjetischem Einfluss. Innerhalb der Gesellschaft sollte man sich an sozialistischen Normen und Werten orientieren. Bürgerpflicht und Bürgertugend hatten einen zentralen Stellenwert. Der Gang zur Wahlurne und die Bestätigung des Einparteiensystems waren ebenso selbstverständlich wie die Beteiligung an Aufmärschen und staatlich organisierten Kundgebungen.

[1] Ostdeutschland gilt als Sonderfall und wird als eine Region in die Analyse mit aufgenommen.

Im Gegensatz zur Gesetzestreue und Loyalität gegenüber dem politischen System galten das Prinzip des Laisser-faire und der Individualismus als Propaganda des Staatssozialismus. Obwohl alle postkommunistischen Staaten unter demselben sozialistischen Einfluss standen und durch ähnliche politische Strukturen und sozioökonomische Mechanismen charakterisiert werden können (vgl. z.B. McGregor 1996), ist davon auszugehen, dass es zwischen den Ländern große Unterschiede gibt.

Insgesamt wird die Analyse von folgenden Fragen geleitet:

1. Wie kann der Begriff der guten Staatsbürgerschaft präzisiert und in etablierten politikwissenschaftlichen Theorien verortet werden? Welche Indikatoren stehen für die empirische Erfassung guter Staatsbürgerschaft zur Verfügung? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen diesen Indikatoren?
2. Was verstehen die Bürger Mittel- und Osteuropas unter dem Begriff der guten Staatsbürgerschaft? Wie stark sind staatsbürgerliche Normen in den jeweiligen Ländern verbreitet?
3. Welche Faktoren begünstigen die Verankerung staatsbürgerlicher Normen? In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Erklärungsmodelle zueinander bzw. welche Determinanten spielen die wichtigste Rolle bei der Erklärung guter Staatsbürgerschaft?

1.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit bewegt sich methodisch in der Tradition der quantitativen empirischen Sozialforschung. Es kommen überwiegend statistische Methoden zum Einsatz, die meist deskriptiv eingesetzt werden. Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel.

Zunächst werden in Kapitel 2 verschiedene theoretisch-konzeptionelle Ansätze vorgestellt, die die Relevanz des Untersuchungsproblems der guten Staatsbürgerschaft bzw. der Verankerung staatsbürgerlicher Normen in den Gesellschaften Mittel- und Osteuropas belegen. Außerdem wird in diesem Kapitel die Möglichkeit der Einordnung der guten Staatsbürgerschaft in verschiedene theoreti-

sche Kontexte verdeutlicht. Die vorgestellten wissenschaftlichen Ansätze gründen überwiegend im klassischen Konzept der Politischen Kultur, das in Kapitel 2.1 diskutiert wird. Bei der Betrachtung der Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen spielt der Sozialkapital-Ansatz eine zentrale Rolle. Er ergänzt das Politische-Kultur-Konzept um eine wichtige Dimension und wird in Kapitel 2.2 erläutert. Ähnlich wie der Sozialkapital-Ansatz gründet auch das Modell der Staatsbürgerschaft im klassischen Konzept der Politischen Kultur. Es diskutiert die Fragen nach der „guten" und der „schlechten" Staatsbürgerschaft und gibt eine Antwort darauf, inwieweit und aus welchen Gründen Individuen staatsbürgerliche Normen akzeptieren. Das Modell der Staatsbürgerschaft, der sogenannte Citizenship-Ansatz, wird in Kapitel 2.3 erläutert. Kapitel 2.4 bildet den Abschluss der Einordnung in wissenschaftliche theoretische Konzepte. Hier werden die Grundgedanken der Transitionsforschung dargestellt und überprüft. Neben der Politische-Kultur-Forschung stellt die Transitionsforschung einen wesentlichen theoretischen Kontext zur Relevanzbegründung und zur Verortung staatsbürgerlicher Orientierungen gegenüber den politischen Regimes Mittel- und Osteuropas dar.

Vor diesem theoretischen Hintergrund wird in Kapitel 3 das Forschungsdesign konzipiert, das die methodische Basis für den empirischen Teil der vorliegenden Arbeit darstellt. Zunächst werden die Datengrundlage und die Kriterien für die Länderauswahl beschrieben (Kapitel 3.1 und 3.2). Anschließend wird auf dieser Basis ein mehrdimensionales Modell zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft entwickelt. Dadurch soll gezeigt werden, wie verschiedene Indikatoren zur Erhebung der politischen Einstellungen zu staatsbürgerlichen Tugenden in ein Modell integriert werden können, das auf den Konzepten zum Sozialkapital und zur Staatsbürgerschaft basiert. Kapitel 3 wird mit der Formulierung von forschungsleitenden Hypothesen, die den empirischen Untersuchungen zugrunde liegen, abgeschlossen.

Um die Argumentationslinie nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch zu stützen, werden in Kapitel 4 die empirischen Ergebnisse präsentiert. Bevor dies geschehen kann, ist es notwendig und sinnvoll, vorab die Operationalisierungen und Analysestrategien zu beschreiben (Kapitel 4.1). Auf Basis der in das Erklä-

rungsmodell aufgenommenen Indikatoren wird die Verankerung staatsbürgerlicher Normen in den mittel- und osteuropäischen Ländern analysiert. Erste deskriptive Analysen sollen die Frage beantworten, ob staatsbürgerliche Pflichten und Rechte in den untersuchten Ländern akzeptiert oder eher abgelehnt werden (Kapitel 4.2). Im Anschluss daran werden die Determinanten der guten Staatsbürgerschaft aus sozialkapitaltheoretischer Perspektive in den Blick genommen (Kapitel 4.3). Zunächst werden die unterschiedlichen Formen der Mitgliedschaft untersucht, um dann in einem zweiten Schritt Zusammenhänge zwischen verschiedenen Dimensionen staatsbürgerlicher Normen und der Mitgliedschaft in einer Organisation zu berechnen (Kapitel 4.4). Anschließend werden die Erklärungsansätze für die gute Staatsbürgerschaft sowohl gesondert als auch im Rahmen eines integrierten Erklärungsmodells mithilfe von Regressionsanalysen getestet. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, welche Determinanten für die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen am bedeutendsten sind (Kapitel 4.5).

In Kapitel 5 werden die wesentlichen Überlegungen und Ergebnisse nochmals zusammengefasst (Kapitel 5.1). Daran anschließend werden vor dem Hintergrund der offenen Fragen, die sich aus den ermittelten Befunden ergeben, einige Anregungen für die weitere Forschung formuliert (Kapitel 5.2).

2 Die konzeptuelle Verortung in wissenschaftlichen Forschungstraditionen

Das folgende Kapitel gibt einen Überblick darüber, wie das Konzept der politischen Orientierungen der Bürger in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas in wissenschaftlichen Forschungstraditionen verortet werden kann. Die vorgestellten wissenschaftlichen Ansätze sind hierbei keineswegs gegensätzlich. Vielmehr gründen sie alle im klassischen Konzept der Politischen Kultur und ergänzen sich gegenseitig. In der Literatur finden sich jedoch die jeweils vorgestellten unterschiedlichen Zugänge als eigenständige Forschungsbereiche, in denen die Verankerung staatsbürgerlicher Normen in mittel- und osteuropäischen Ländern konzeptionell eingebettet werden kann.

Die Zusammenfassung der verschiedenen Theorien bildet eine solide Basis für die Überlegungen zur Verortung der staatsbürgerlichen Orientierungen in ein theoretisch fundiertes Modell, das die Grundlage für die darauf folgenden empirischen Analysen liefert (vgl. Kapitel 3 zur Erläuterung des Modells). Darüber hinaus wird durch den Überblick über die existierenden Forschungstraditionen die Relevanz des Themas, nämlich der differenzierten Beschäftigung mit dem Zusammenhang von sozialen Beziehungen und der Verankerung staatsbürgerlicher Normen im Rahmen der verschiedenen wissenschaftlichen Kontexte, belegt.

2.1 Zur Entstehung der Politische-Kultur-Forschung

Die Frage, welche Faktoren dazu beitragen, dass Demokratien entstehen und in Krisensituationen stabil und leistungsfähig bleiben, beschäftigt die politische Philosophie schon seit der Antike (vgl. Platon und Aristoteles). Sie bekam jedoch im 19. und 20. Jahrhundert vor dem Hintergrund der zahlreichen Transformationsprozesse in Europa eine besondere Bedeutung. Die Politische-Kultur-Forschung erlebte aus zwei Gründen eine Renaissance: zum einen kritisierten die Kommunitaristen den individuellen, modernen Liberalismus und betonten die Wichtigkeit gemeinsamer Werte für das Funktionieren einer politischen Gemeinschaft (vgl. Fuchs 2002: 27). Zum anderen kam durch die Trans-

formation der ehemals kommunistischen Länder die Frage auf, inwiefern in diesen Ländern eine politische Kultur existiere, die den neu eingeführten Strukturen angemessen sei. Bei der Suche nach Determinanten für die Entstehung und den Bestand von Demokratien stieß man auf den Faktor der staatsbürgerlichen Tugenden (vgl. Almond 1980), die bereits seit Aristoteles in der politischen Philosophie eine wesentliche Rolle für die Analyse einer guten Herrschaftsordnung spielen.

Gabriel Almond griff die Überlegungen zu den staatsbürgerlichen Tugenden auf und publizierte 1956 in einem Aufsatz erstmalig die Grundannahme der Politische-Kultur-Forschung. Er postulierte, dass die Politische Kultur eines Landes kongruent zur institutionellen Ordnung des Landes sein müsse, um diese Struktur zu stabilisieren und zu legitimieren. Diese Kongruenz liege dann vor, wenn die Bevölkerung eines Landes die für das politische System typischen Werte, Verhaltensnormen, Regeln und Herrschaftsstrukturen akzeptiere oder diese sogar unterstütze. Die Ausprägung einer politischen Kultur, die der Demokratie am besten entspricht, bezeichnen Almond und Verba (1965) als sogenannte „Civic Culture“. Anstatt die Eigenschaften einer Demokratie an politischen Institutionen oder sozialen Gegebenheiten in demokratischen Systemen festzumachen, untersuchten sie vielmehr die Einstellungen der Bürger gegenüber dem politischen System.

Die Annahme des Zusammenhangs zwischen der politischen Kultur eines Landes und der politischen Struktur weist bis heute nicht beseitigte Schwachstellen auf und wird immer wieder kritisiert (vgl. z.B. Lijphart 1980, Kaase 1983, Fuchs 2002, Jacobs 2004). Dem Konzept wird vorgeworfen, dass ihm an analytischer Präzision mangele und es oftmals als stereotype Beschreibung von Nationen verstanden werden könne. Als empirisch messbares Konzept sei es kaum zu gebrauchen. Verschiedene Wissenschaftler sind sich einig, dass der Ansatz trotz aller Unschärfe einen Beitrag zur Untersuchung der einstellungsorientierten Absicherung einer bestehenden politischen Ordnung leisten kann. Die Verteilung politischer Einstellungen reicht jedoch nicht aus, um auf die Stabilität eines Systems Einfluss zu nehmen, denn Einstellungen entfalten nur dann eine Wirkung, wenn sie zu politischen Handlungen oder Unterlassungen führen. Eine

stabile Demokratie braucht demnach Bürger, die sich systemkonform verhalten, wenngleich ein gewisses Maß an Unruhe zum politischen Alltag und zu einer lebendigen Demokratie gehört. Darüber hinaus existieren nur sehr ungenaue Vorstellungen davon, welche Eigenschaften unabdingbar zu der von Almond und Verba genannten Civic Culture gehören und wie sich diese von anderen Kulturen unterscheidet. Folglich müssen die Merkmale einer Civic Culture genauer als bislang beschrieben werden, und darüber hinaus muss die Hypothese um das politische Verhalten ergänzt werden (vgl. Gabriel 2005: 463).

Die Verwendung des Begriffs der Politischen Kultur ist insofern problematisch, als dass Kultur oft auch mit zivilisatorischen Errungenschaften in Verbindung gebracht wird (sogenannte Hochkultur). Weiter hat der Begriff auch Eingang in die aktuelle politische Debatte gefunden. In regelmäßigen Abständen wird in den Medien ein Mangel an Politischer Kultur beklagt. Die alltagssprachliche Verwendung und weite Verbreitung des Terminus trägt zur Unklarheit und Unschärfe bei, indem er zu einem alles und nichts sagenden Terminus degeneriert wird (sogenannter „catch-all-term“) und damit seinen wissenschaftlichen Wert verliert (vgl. z.B. Kaase 1983, Brint 1991, Fuchs 2002, Jacobs 2004). Um das Konzept der politischen Kultur für die Analyse der Prozesse in Mittel- und Osteuropa fruchtbar zu machen, ist es notwendig, den Begriff theoretisch genau zu definieren und im Anschluss daran auf die Operationalisierung des theoretischen Konzepts einzugehen.

2.1.1 Das klassische Konzept der Politischen Kultur nach Gabriel Almond und Sidney Verba

Das Konzept der Politischen Kultur wird hier erläutert, weil es als Basis des Sozialkapital-Ansatzes sowie als Basis des Citizenship-Modells gilt. Diese beiden Konzepte bauen auf den Annahmen der Politische-Kultur-Forschung auf. Sie werden daher in den Kapiteln 2.2 und 2.3 näher beschrieben und stellen die wesentlichen theoretischen Konzepte dar, die als Basis des dieser Arbeit zugrunde liegenden Modells zur Erklärung staatsbürgerlicher Normen dient.

In der Politische-Kultur-Forschung entstanden in Anlehnung an die Arbeiten von Talcott Parsons (1951, 1962) zwei Ansätze: der geisteswissenschaftlich-verstehende Ansatz und der einstellungsorientierte Ansatz. Laut dem geisteswissenschaftlich-verstehenden Ansatz ist politische Kultur die „Gesamtheit der Maßstäbe, anhand derer Politik wahrgenommen, interpretiert und beurteilt wird" (Neller 2006: 58). Darüber hinaus bezeichnet politische Kultur ein System von Symbolen, zu denen beispielsweise die politische Sprache (Zeitungsartikel, Parolen etc.), Flaggen oder Nationalhymnen zählen (vgl. z.B. Rohe 1994: 1ff., Greiffenhagen/Greiffenhagen 2002: 390 ff., Gabriel 2005: 465). Dieser Ansatz ist besonders dazu geeignet, in der Vergangenheit liegende Ausformungen der politischen Kultur zu analysieren (z.B. die politische Kultur der Weimarer Republik). Die Methode ist allerdings häufig mit einem normativen Wissenschaftsverständnis verbunden und macht wertende Aussagen über die Eigenschaften eines guten Staatsbürgers.

In der vorliegenden Arbeit spielt der einstellungsorientierte Ansatz eine größere Rolle, da er auf dem empirischen-analytischen Wissenschaftsverständnis basiert. Er beruht vor allem auf den Arbeiten zur Politischen Kultur von Gabriel A. Almond und Sidney Verba (1963). Die beiden Forscher bezeichnen politische Kultur als die besondere Verteilung individueller politischer Orientierungen (Einstellungen, Wertorientierungen) unter den Mitgliedern einer Nation (Almond/Verba 1963: 13). Insofern handelt es sich bei den Einstellungen um Merkmale von Individuen (Mikroebene), bei der Kultur dagegen um das Merkmal eines Kollektivs (Makroebene). Um die Makroebene zu beschreiben, wird allerdings auf Individualdaten zurückgegriffen. Insofern bietet das klassische Konzept der Politischen Kultur die Möglichkeit eines Transfers von mikrosoziologischen Erkenntnissen auf die Makroebene.

2.1.2 Dimensionen der Politischen Kultur

Wie bereits erwähnt, definieren Almond und Verba die Politische Kultur als eine besondere Verteilung von Orientierungsmustern auf politische Objekte unter den Mitgliedern einer Nation (vgl. Almond/Verba 1963: 13). Sie unterscheiden im Rahmen ihres Konzepts immer eine kognitive, eine affektive und eine evalu-

ative Komponente der Orientierungsmuster gegenüber einem politischen Objekt. Wahrnehmungen, Gefühle, Bewertungen und Verhaltensabschichten beziehen sich auf die jeweiligen politischen Objekte. Dabei bedeutet die kognitive Orientierung die „empirische Überzeugung“ (Almond/Verba 1965: 513), also das Wissen über und die Vorstellung von den politischen Objekten. Die affektive Orientierung bezieht sich auf die emotionale Bindung an die jeweiligen Objekte. Die evaluative Orientierung umfasst schließlich die Bewertungen der einzelnen politischen Objekte auf Basis moralischer Standards. Hier werden üblicherweise Werthaltungen, Informationen und Emotionen kombiniert.

In ihrer Studie zur Staatsbürgerkultur (Almond/Verba 1965) fassen sie die verschiedenen Elemente eines politischen Systems zu vier Gruppen zusammen und behandeln sie als die vier Objekte, auf die sich Einstellungen und Wertorientierungen der Bürger beziehen: Individuum, System, Input und Output. Das Individuum als politischer Akteur stellt insbesondere als Teilnehmer am politischen Prozess ein wichtiges Objekt im System dar. Das politische System als Gesamtheit der Werte, Regeln und Institutionen, die eine bestimmte politische Ordnung charakterisieren (demokratisches, autoritäres, totalitäres System), stellt ein weiteres wichtiges politisches Objekt dar, auf das sich die Orientierungen der Bürger beziehen. Der politische Input bezeichnet die Prozesse und die damit verbundenen Einrichtungen, durch welche Leistungen und Informationen aus der Umwelt (Wirtschaft, Gesellschaft) in das politische System transferiert und weiter verarbeitet werden. Dagegen richten sich die Outputaspekte auf die Leistungen und Informationen, die das System selbst an seine Umwelt abgibt sowie die für diese Produktion und Verteilung zuständigen Einrichtungen und Verfahren (vgl. z.B. Westle 2002: 321, Greiffenhagen/Greiffenhagen 2002, Gabriel 2005: 466).

Auf der Basis dieser Dimensionen erstellen Almond und Verba eine Matrix aus zwölf Zellen und konstruieren ausgehend von der spezifischen Verteilung der Orientierungen gegenüber den politischen Objekten verschiedene „reine“ Typen politischer Kultur (parochiale Kultur, Untertanenkultur und partizipative Kultur):

Tabelle 1: Verteilung politischer Orientierungsmuster

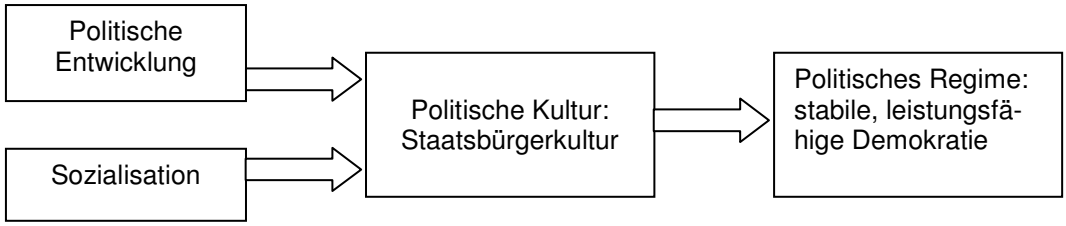
	Polit. System	*Input*	*Output*	*Individuum*
Parochiale Kultur	0	0	0	0
Untertanenkultur	1	0	1	0
Partizipative Kultur	1	1	1	1

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Almond/Verba (1989: 16).

0 = Orientierung nicht vorhanden, 1 = Orientierung vorhanden.

Herrscht eine parochiale Kultur vor, so ist die politische Orientierung bei den Bürgern nur sehr schwach ausgeprägt, da das politische System wenig bis gar nicht ins Bewusstsein tritt. Bei der Untertanenkultur richtet sich die politische Orientierung auf ein politisch-administratives System, das voll ausdifferenziert ist und in seinen Funktionen wahrgenommen wird, sofern sie sich auf Leistungen und Ansprüche beziehen. Allerdings bleibt der Bürger passiv und versteht sich lediglich als Objekt staatlichen Handelns. Gibt es eine partizipative Kultur, so ist die politische Orientierung unter den Mitgliedern einer Nation voll ausdifferenziert und der Bürger nimmt seine Beteiligungsmöglichkeiten wahr. Diese Klassifizierung unterstellt nicht, dass es Homogenität oder Uniformität von politischen Kulturen gibt. Es gibt in allen Kulturen eine kulturelle Heterogenität bzw. einen kulturellen „Mix“. Die Einstellungen eines Bürgers sind eine Mischung aus parochialen, Untertanen- und partizipativen Orientierungen. Die Kongruenz zwischen der politischen Kultur und der politischen Struktur wird nicht vorausgesetzt, sondern muss erst bestimmt werden. Jedem Kulturtyp entspricht ein Pendant der politischen Struktur: der parochialen Kultur entspricht eine traditionelle politische Struktur, der Untertanenkultur entspricht eine zentralistische autoritäre Struktur und der partizipativen Kultur entspricht eine demokratisch politische Struktur. Almond und Verba halten jedoch den Typus der reinen Partizipationsdemokratie für eine liberale Demokratie für nicht geeignet, sondern sie halten vielmehr einen Mischtypus für passend, den sie „Civic Culture“ (Staatsbürgerkultur) nennen (vgl. z.B. Almond/Verba 1963, Westle 2002: 321 ff.). In dieser Staatsbürgerkultur ergänzen sich Komponenten aus allen drei reinen Typen politischer Kultur in wesentlichen Punkten und erzeugen die richtige Balance zwischen aktiver Teilhabe am demokratischen Prozess und passiver Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Abbildung 1: Das implizite Kausalmodell des klassischen Konzepts der Politischen Kultur



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Almond/Verba (1989).

Eine Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene muss nach Almond und Verba bestehen, weil sich das politische System aus Individuen zusammensetzt. So spielen individuelle psychologische Faktoren eine Rolle für das Funktionieren des politischen Systems. Das Konzept der politischen Kultur soll eine Möglichkeit bieten, den Transfer von mikrosoziologischen Erkenntnissen auf die Makroebene zu vollziehen. Gabriel Almond (1980: 26) hat als Reaktion auf die andauernde Diskussion über das Modell gleichermaßen festgestellt, dass das Konzept der Politischen Kultur keine allgemeingültige Theorie darstellen soll. Vielmehr bezieht sich das Konzept auf ein Set von Variablen, die für die Konstruktion von Theorien verwendet werden können. Weiter führte er aus, dass die Erklärungskraft der Politische-Kultur-Variablen eine empirische Fragestellung beinhaltet und offen ist für Hypothesen und Tests.

2.1.3 Die Bedeutung des Konzepts der Politischen Kultur

Die Annahmen des Politische-Kultur-Ansatzes wurden in den vergangenen Jahren immer wieder infrage gestellt. Die Problematik um den Begriff der politischen Kultur wurde bereits angesprochen. Lijpharts (1980) Kritik bezieht sich dabei vorrangig auf den ersten Teil, nämlich das Adjektiv „politisch“. Seiner Meinung nach wird durch die Berücksichtigung allgemeiner sozialer und zwischenmenschlicher Beziehungen eine Unbestimmtheit des Begriffs eingeführt, die durch die Begrenzung auf politische Einstellungen vermieden werden könnte. Der direkte Zusammenhang von politischem Vertrauen und politischer Kompetenz wird durch den genannten Ansatz nicht deutlich. Andere Wissenschaftler (vgl. Jacobs 2004: 73) sehen das Problem eher im zweiten Teil, nämlich im

Wort „Kultur“, da dieses sehr viel weiter gefasst werden kann (zivilisatorische Errungenschaften, Mythen, Symbole etc.). Die politischen Einstellungen machen lediglich einen sehr kleinen Teil der Kultur eines Landes aus. Andere Wissenschaftler verlangen nach einer Ausweitung der Definition, da die Einschränkung auf politische Orientierungen nicht den gesamten Gegenstandsbereich der Politischen Kultur erfassen könne. Die Hypothese müsse daher um das politische Verhalten ergänzt werden (vgl. z.B. Berg-Schlosser/Schissler 1987, Gabriel 2005). Bei der Bezeichnung der Politischen Kultur handelt es sich um einen in der Forschung eingeführten Begriff, der in der vorliegenden Arbeit nicht qualitativ diskutiert werden kann.

Das Konzept der Politischen Kultur hat insofern eine normative Grundlage, als dass angenommen wird, dass eine demokratische Herrschaftsordnung allen anderen denkbaren Alternativen vorzuziehen ist und die Staatsbürgerkultur als einzige zur Demokratie passende Kultur gilt. Damit wird die Demokratie als wünschenswerte Herrschaftsordnung und die Staatsbürgerkultur als wünschenswert vorherrschende politische Kultur impliziert. Die normative Prämisse zugunsten der Demokratie wird gleichermaßen akzeptiert und kritisiert, da es eine Vielzahl von normativen Demokratiemodellen und eine Vielzahl von empirischen Demokratieformen gibt. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass es nicht nur eine Inkongruenz zwischen nicht-demokratischen Wertorientierungen und der Unterstützung des demokratischen Regimes innerhalb einer Nation geben kann. Zudem kann eine Inkongruenz zwischen bestimmten demokratischen Wertorientierungen und dem existierenden Regime bestehen, welches andere Werte institutionalisiert hat, als diejenigen, die die im Land lebenden Bürger präferieren (vgl. z.B. Fuchs 1997, 2002). Inwieweit dies der Fall in den untersuchten Ländern ist, wird in Kapitel 4 empirisch nachgewiesen. Es ist zu erwarten, dass eine Typologie der politischen Kulturen für die komparative Beschreibung und Bewertung politischer Regime auf der Makroebene nur eine beschränkte Aussagekraft besitzt. Zumindest existiert in diesem Fall keine deterministische Beziehung.

Die Chancen der Übertragbarkeit demokratischer Institutionen auf Gesellschaften, die keine oder nur kurze Erfahrungen mit der Demokratie haben und inner-

halb derer eine inkongruente Kultur vorherrscht, wurden von Almond und Verba (1963) mit Skepsis betrachtet. Hintergrund dieser Skepsis war die Annahme, dass grundlegende politische Orientierungen vor allem in der Primärsozialisation erworben werden. Daraus folgerten sie, dass sich Kerneigenschaften der Politischen Kultur nicht kurzfristig ändern könnten, sondern längerfristige Lernprozesse seien und der Austausch zwischen den Generationen stattfinden müsse. Sie plädierten daher bei Fällen systemextern induzierter Einführung der Demokratie für begleitende sozialisatorische Maßnahmen (vgl. z.B.: Almond/Verba 1963, Westle 2002: 322). Da diese systemextern induzierte Einführung auf nahezu alle mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten zutrifft und die betroffenen Länder seit nunmehr 20 Jahren stabil und demokratisch legitimiert sind, muss es noch andere Faktoren geben, die eine solche, wie von Almond und Verba beschriebene Staatsbürgerkultur hervorrufen bzw. beeinflussen. Eine wesentliche Frage lautet also, in welchem Verhältnis die Bedeutung der Politischen Kultur für die Stabilität einer politischen Ordnung zu anderen Faktoren wie beispielsweise der ökonomischen Performanz oder der sozialen Integration steht.

2.2 Das Konzept des Sozialkapitals

Wie bereits erwähnt, sind die vorgestellten wissenschaftlichen Ansätze keineswegs gegensätzlich. Das Konzept des Sozialkapitals gründet im klassischen Konzept der Politischen Kultur und ergänzt dieses. Wer die Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen differenzierter betrachten möchte, darf den Sozialkapital-Ansatz nicht außer Acht lassen.

In den folgenden Kapiteln wird zunächst die Grundüberlegung des Sozialkapital-Ansatzes dargestellt. Der Begriff greift teilweise auf unterschiedliche Ursprünge zurück und ist gleichzeitig mit denselben Grundideen verknüpft. Daher ist es sinnvoll, bei der Darstellung der Grundüberlegungen des Konzepts, die wissenschaftshistorisch wichtigsten Ansätze zentraler Klassiker zu integrieren (Kapitel 2.1). Es wird dargestellt, inwiefern der Sozialkapital-Ansatz als Erklärungsmodell zur Ausbildung einer Staatsbürgerkultur in postkommunistischen Gesellschaften dienen kann (Kapitel 2.2). Im Anschluss daran wird das Konzept

zur negativen und positiven Konsolidierung von Demokratien beleuchtet (Kapitel 2.4).

2.2.1 Die Diskussion um Sozialkapital in wissenschaftlicher und alltagspolitischer Auseinandersetzung

Die Debatte um Sozialkapital wurde durch die Veröffentlichung der Studie „Making Democracy Work“ von Robert Putnam im Jahr 1993 ausgelöst. Seitdem hat das Konzept des Sozialkapitals in den Sozialwissenschaften enorme Popularität erlangt (vgl. z.B. Beugelskijk/van Schaik 2005: 1054) und wurde gleichzeitig im Glossar der Alltagssprache aufgenommen. Im Jahr 1997 betrug die Anzahl der Aufsätze aus Zeitschriften, die im Social Science Citation Index (SSCI) enthalten sind und das Wort „Sozialkapital“ im Titel, in der Rezension oder als Stichwort enthielten, 50. Knapp zehn Jahre später, im Jahr 2006, lag die Anzahl dieser Aufsätze bereits bei 427 (vgl. z.B. Grafik bei Franzen/Freitag 2007: 9, Ostrohm/Ahn 2004: xii). Dies soll jedoch nicht bedeuteten, dass die Beschäftigung mit Sozialkapital eine Erfindung aus den 1990er-Jahren ist. Wie bereits erwähnt, gab es bereits vorher zahlreiche Untersuchungen, die sich mit sozialen Netzwerken und Ressourcen beschäftigten. In den 1990er-Jahren wurde der Begriff „Sozialkapital“ nur wesentlich häufiger verwendet.

Auch in den Medien wird täglich über soziale Partizipation, ehrenamtliches Engagement und die Rolle von Vereinen und Freiwilligenorganisationen berichtet. Die Politik wirbt für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (vgl. z.B. http://www.b-b-e.de, http://www.jugendpolitikineuropa.de/thema/freiwilliges-engagement.109/seite/1[2]) und die Parteien verdeutlichen in ihren Wahlprogrammen die Notwendigkeit von zivilem Einsatz für eine lebendige Demokratie (vgl. z.B. http://www.aktive-buergerschaft.de[3]). Europäische Zukunftskommissionen und „Think Tanks“ diskutieren über den gesellschaftlichen Nutzen von bürgerschaftlichem Engagement. Die „Assoziation für internationale Fragen“ (AMO) beispielsweise ist ein tschechischer Think Tank, der sich für den Aufbau

[2] Abrufdatum: 05.05.2011.
[3] Abrufdatum: 05.05.2011.

einer europäischen Zivilgesellschaft einsetzt (http://www.amo.cz[4]). „Education for Democratic Citizenship“ ist ein Programm des Europarates mit dem Ziel, Prinzipien der Partizipation und Demokratie in Europa zu vermitteln und zu verbreiten (http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/[5]). Nichtregierungsorganisationen (NRO) und gemeinnützige Stiftungen in Deutschland und im osteuropäischen Ausland setzen schließlich immer wieder neue Programme zur Förderung der Zivilgesellschaft auf (vgl. z.B. http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/7003.asp; http://www.batory.org.pl/bialoukr/index.htm[6]). Bei einer derartig intensiven Beschäftigung mit sozialem Kapital besteht jedoch oft die Gefahr einer Begriffsausdehnung bzw. der Verlust einer klaren Trennschärfe des Konzepts.

Die Beschäftigung mit sozialer Partizipation, unabhängig von der wissenschaftlichen oder alltagspolitischen Diskussion, steht in engem Zusammenhang mit grundlegenden Problemen und Fragestellungen moderner Gesellschaften. In den Debatten wird die Feststellung bekundet, dass zunehmend weniger Bürger bereit seien, sich politisch oder sozial zu engagieren, und die Politik zu einem Elitendiskurs verkomme. Im Zuge der Globalisierung und Modernisierung wird der Einzelne zum Individualisten und egoistischem Einzelkämpfer, für den staatsbürgerliche und soziale Pflichten immer mehr an Bedeutung verlieren (vgl. z.B. Westle/Gabriel 2008: 13). Für das Funktionieren einer modernen Demokratie müssen folglich wieder ein Zusammengehörigkeitsgefühl und eine damit verbundene soziale und politische Identität entstehen, die den Bürgern soziale Verbundenheit vermittelt und ihnen die Existenz von staatsbürgerlichen und sozialen Rechten und Pflichten bewusst macht.

2.2.2 Grundüberlegung des Sozialkapital-Ansatzes und Beiträge zentraler Klassiker

Das Konzept des Sozialkapitals berücksichtigt, im Gegensatz zum klassischen Konzept der Politischen Kultur, eine weitere Komponente der politischen Orientierungen, nämlich die Determinanten für das Entstehen dieser Orientierungen.

[4] Abrufdatum: 05.05.2011.
[5] Abrufdatum: 05.05.2011.

Der Ansatz basiert auf der Annahme, dass Individuen in ihren Werten, Einstellungen und Handlungen von ihrem sozialen Umfeld beeinflusst werden. Darüber hinaus richten die Individuen ihrerseits ihre Handlungen im Hinblick auf die Wirkung für ihr soziales Umfeld aus (vgl. z.B. Franzen/Freitag 2007, Westle/Gabriel 2008). Diese Grundannahme wird in zahlreichen soziologischen Standardwerken vertreten (vgl. z.B. Durkheim 1896, Simmel 1908, Weber 1921) und findet auch in neuesten empirischen Untersuchungen über die Bedeutung der Einbettung in soziale Netzwerke Erwähnung. Historisch gesehen trugen verschiedene Aufsätze zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichem Kontext mehr oder weniger unabhängig voneinander zur Entwicklung des Konzeptes bei. Bereits im Jahr 1916 verwendete Lyda Judson Hanifan den Begriff des Sozialkapitals, um auf die Bedeutung des gemeinschaftlichen Engagements für den Erhalt der gesellschaftlichen Entwicklung hinzuweisen. Er bezieht den Begriff hauptsächlich auf Eigenschaften wie Gemeinschaftsgefühl oder den sozialen Austausch zwischen den Akteuren einer Gesellschaft. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff in die akademische Diskussion eingebracht, indem unter Verwendung der Begrifflichkeit darauf hingewiesen wurde, dass die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen eine wesentliche Ressource im Hinblick auf die soziale und berufliche Entwicklung ist (vgl. z.B. Seeley et al. 1956, Jacobs 1961, Loury 1977).

Die heute zahlreich existierenden Ansätze betonen unterschiedliche Wirkungen der Teilhabe an sozialen Prozessen. Ansätze, die gesamtgesellschaftliche Folgen des Sozialkapitals hervorheben, können auf der System- oder Makroebene verortet werden. Davon unterscheiden sich Ansätze, die sich auf den Einfluss von Sozialkapital auf Individuen oder deren Beziehungen untereinander konzentrieren. Diese können auf der Individual- bzw. Mikroebene verortet werden. Schließlich gibt es Wissenschaftler, die in ihren Arbeiten beide Ebenen miteinander verbinden und die bestehenden wechselseitigen Abhängigkeiten verdeutlichen. Die Zusammenhänge auf der Makroebene können jedoch nur dann plausibel erklärt werden, wenn sie auf der Mikroebene empirisch fundiert sind. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Arbeit zu einem späteren Zeit-

[6] Abrufdatum: 05.05.2011.

punkt Individualdaten des International Social Science Program (ISSP) und des European Social Survey (ESS) auf Mikroebene analysiert, um im Anschluss Aussagen über die Zusammenhänge von Vereinsleben und der Verankerung staatsbürgerlicher Normen in Mittelosteuropa auf Makroebene zu treffen (vgl. Kapitel 4.5).

Vor allem die Arbeiten von Pierre Bourdieu (1983), James Coleman (1988, 1990) und Robert Putnam (1993, 1995, 2000) haben dem Konzept zum Durchbruch verholfen. Die unterschiedlichen Ansätze betonen unterschiedliche Wirkungen sozialer Partizipation, und die Definitionen dieser Wissenschaftler sind teilweise heterogen. Sie beziehen sich auf unterschiedliche Aspekte des Sozialkapitals wie Ressourcen, Netzwerke, Normen und Vertrauen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu definiert Sozialkapital als „Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, […] die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1983: 190). Sozialkapital ist in seinen Augen also eine individuelle Ressource, die sein Besitzer zur Förderung seiner persönlichen Ziele und zur Erbringung seines individuellen Nutzens einsetzen kann (vgl. z.B. Portes 1998, Kriesi 2007). Er hebt zwar den Beziehungscharakter des sozialen Kapitals hervor, dieses bleibt aber als Ressource an den Einzelnen gebunden. Insofern ist Bourdieu ein Theoretiker, der konsequent auf der Individual- bzw. Mikroebene operiert.

Pierre Bourdieu war der erste, der den Begriff des Sozialkapitals systematisch verwendete und in die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Kapital einführte: Geldkapital, Humankapital und Sozialkapital (vgl. Bourdieu 1983: 184). Mit dieser Differenzierung wendet er sich in seinem Aufsatz „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“ bewusst gegen die in den Wirtschaftswissenschaften oft verkürzte Variante des Kapitalbegriffs auf ökonomisches Kapital. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass die Qualität und der Umfang des sozialen Kapitals jedes Einzelnen eng mit der Höhe des ökonomischen Kapitals (Finanzkraft) und des kulturellen Kapitals (Qualität der erworbenen Bildungstitel) zusammenhängen. Dabei geht er davon aus, dass ökonomisches Kapital den beiden anderen Arten zugrunde liegt und folglich mit Hilfe des kulturellen und sozialen Kapitals produziert und reproduziert werden kann.

Plakativ gesagt: Wer über viel Geld und Besitz verfügt, wird vermutlich auch einen höheren Bildungsabschluss haben und folglich auch über qualitativ gute soziale Beziehungen verfügen. Wer wiederum gute soziale Beziehungen hat und diese auch gezielt einzusetzen weiß, wird beruflich weiterkommen und über zunehmend mehr Besitz verfügen (vgl. Tabelle 2). Damit ist Sozialkapital ein immanentes Element der Klassenstruktur moderner Gesellschaften (vgl. z.B. Braun 2001, Kern 2004, Westle/Gabriel 2008: 23).

Trotz der aktuellen Euphorie um die Ursachen und Wirkungen von Sozialkapital wird Pierre Bourdieu als Theoretiker auf diesem Gebiet eher selten wahrgenommen. Das mag daran liegen, dass sein Ansatz an manchen Stellen nicht ganz ausgereift erscheint, oder an der Tatsache, dass seine kritische Betrachtungsweise des Sozialkapitals als mögliche Ursache von gesellschaftlicher Ungleichheit nicht zum aktuellen Zeitgeist passt (vgl. Westle/Gabriel 2008: 27).

Tabelle 2: Vereinfachte Darstellung der Erscheinungsformen von Kapital und Reproduktion sozialer Ungleichheit nach dem Konzept von Pierre Bourdieu

	Höhe d. ökonomischen Kapitals	*Qualität d. kulturellen Kapitals*	*Gewinnbringung d. sozialen Kapitals*
Oberschicht	Viel	Hoch	Gut
Mittelschicht	Mittel	Mittel	Mittel
Unterschicht	Wenig	Niedrig	Schlecht

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Bourdieu (1985)

In der Studie „Social Capital in the Creation of Human Capital“ aus dem Jahr 1988 unternimmt James Coleman einen eher allgemeinen Versuch, das ökonomische Prinzip des rationalen Handelns für die Analyse von Sozialsystemen brauchbar zu machen. In der Rational-Choice-Theorie hat jedes Individuum ein Interesse an bestimmten Ressourcen, die ihm einen Mehrwert verschaffen. Das Sozialkapital stellt bei Coleman eine besondere Ressource dar. Dabei knüpft er an die Annahmen von Granovetter (1985) an und betont die Bedeutung von persönlichen Beziehungen und Netzwerken (Granovetter spricht von der Einbettung wirtschaftlicher Tranksaktionen in soziale Beziehungen) für die Bildung von Vertrauen und Erwartungen sowie für die Schaffung und Durchsetzung von Normen (vgl. z.B. Kriesi 2007: 24, Kern 2007). Ausgangspunkt seiner Überle-

gungen bilden zwei Theorien zur Erklärung sozialen Handelns. Der allgemein soziologische Ansatz versucht, gesellschaftliches Handeln aus einem sozialen Kontext heraus zu erklären. Dabei spielen vor allem die in der Sozialisation verinnerlichten Werte und Normen als Ursache für gesellschaftliches Handeln eine ganz wesentliche Rolle. Die Theorie Rationalen Handelns hingegen betont den individuellen Akteur, der unabhängig von anderen nur seine eigenen Interessen berücksichtigt und dessen Prinzip die Maximierung des eigenen Nutzens darstellt. Beide Ansätze sind bislang unvollständig und weisen erhebliche Defizite auf. Der erste Ansatz berücksichtigt keinerlei individuelle Handlungsziele und Handlungsfreiheiten und der zweite Ansatz vernachlässigt die Bedeutung der Einflussfaktoren des sozialen Umfelds auf die Handlungsmotive (vgl. Westle/Gabriel 2008: 27 ff.). Das Konzept des Sozialkapitals bietet nach Meinung Colemans eine Verknüpfung beider Handlungstheorien, indem Sozialkapital als spezifische Handlungsressource individueller und kollektiver Akteure verstanden wird (vgl. Coleman 1990). Die gesellschaftlichen Strukturen (Makro) beeinflussen die Handlungen jedes einzelnen Mitglieds innerhalb einer Gesellschaft (Mikro). Die Gesellschaftsmitglieder konstituieren wiederum die gesellschaftliche Struktur eines Landes (Makro).

Coleman zielt in seiner Definition hauptsächlich auf die Funktion von Sozialkapital und die Verankerungen von Beziehungen zwischen den Akteuren ab (vgl. Coleman 1990: 302). Für ihn ist soziales Kapital eine sozialstrukturelle Ressource, die individuellen oder kollektiven Akteuren die Durchsetzung ihrer Interessen erleichtert (vgl. z.B. Sandefur/Laumann 1998: 482 ff., Kriesi 2007: 24, Westle/Gabriel 2008). Seine Analysen konzentrieren sich weniger auf die Eigenschaften von Akteuren, sondern mehr auf die Grundlagen von sozialem Austausch, aus denen sich kooperative Beziehungen und Vertrauen ergeben können. Ferner kann soziales Kapital in funktionalen Organisationen entstehen und aufrecht erhalten werden. Die Struktur von Organisationsnetzwerken und die sich überlappenden Vernetzungen zwischen den Individuen können eine Bündelung oder einen Austausch von Ressourcen möglich machen. Grundsätzlich können alle sozialen Beziehungen die Entwicklung und Aufrechterhaltung von Sozialkapital fördern, doch als besonders wichtig erscheint Coleman die Geschlossenheit des sozialen Kontextes, in dem jedes Mitglied mit jedem ande-

ren direkt oder indirekt verknüpft ist. Diese geschlossene Struktur erleichtert die Ausbildung von gemeinsamen Normen und Werten, da potenziell jeder durch das Handeln der anderen betroffen ist und Sanktionen jeden einschließen können (vgl. Westle/Gabriel 2008: 29 ff.). Folglich sind geschlossene soziale Strukturen auch für die Bildung von Vertrauen und Pflichtbewusstsein zentral, denn Normen der Reziprozität funktionieren nur dann, wenn sich die Mitglieder innerhalb einer Gemeinschaft gegenseitig vertrauen bzw. wenn sie sich gegenseitig als solidarisch zeigen.

2.2.3 Das Sozialkapital-Konzept nach Robert D. Putnam

Robert Putnam nahm die Ideen der Soziologen Bourdieu und Coleman auf und führte sie in die Politikwissenschaft ein. Die Überlegungen Putnams zielen vor allem auf allgemeine Aspekte des sozialen Zusammenlebens ab, nämlich das Zusammenspiel von sozialen Netzwerken, sozialem Vertrauen und sozialer Werte und Normen, die soziale Kooperation zum gegenseitigen Nutzen fördern (vgl. Putnam 1995: 664 ff. und 2000: 19). Die Annahmen des Sozialkapital-Ansatzes in der Politikwissenschaft lassen sich hauptsächlich auf seine Analysen zur Performanz moderner Demokratien zurückführen, die im Folgenden näher erläutert werden sollen.

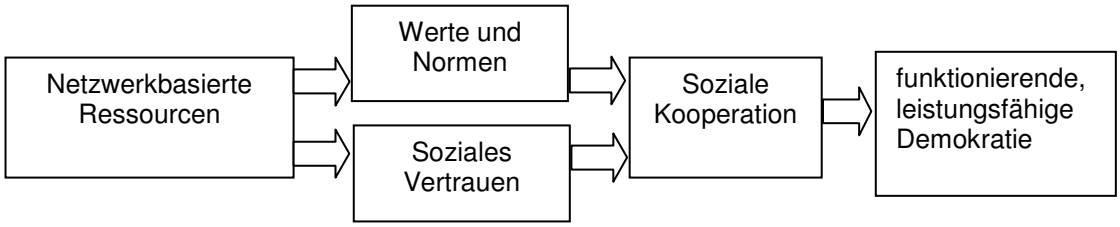
Sozialkapital ist laut Putnams Studien ein Konstrukt aus drei eng miteinander verbundenen Elementen: die Struktur des Vereinslebens, das daraus entstehende soziale Vertrauen und die aus dem Vertrauen resultierenden Normen der Reziprozität. Noch bevor er das Vereinswesen als zentralen Baustein seines Sozialkapital-Ansatzes hervorhob, erkannte die Politische-Kultur-Forschung die Relevanz des Themas und bezeichnete freiwillige Vereinigungen als die wichtigste Grundlage stabiler Demokratien (vgl. z.B. Almond/Verba 1965: 220 ff., Warren 2001: 30 ff., Franzen/Freitag 2007: 12). Vereine und Freiwilligenorganisationen dienen als Medium der politischen Sozialisation und ermöglichen in der sozialen Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle. Empirische Studien haben gezeigt, dass aktive Vereinsmitglieder besser über aktuelle politische Themen informiert sind, größeres politisches Interesse und Vertrauen zeigen und in der Regel auch politisch aktiver sind als Nichtmitglieder

(vgl. Franzen/Freitag 2007: 12). Die Frage, ob dies auch für die postkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas zutreffend ist, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen und wird daher nicht untersucht. Allerdings wird geprüft, ob es eine Verbindung zwischen Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle gibt (vgl. Kapitel 4.4).

Putnam schreibt in seinem Aufsatz „Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy“ (1993) über die Performanz von politischen Institutionen am Beispiel der italienischen Regionen. Die zentrale Fragestellung der Studie lautet, wodurch sich die beobachteten Variationen der Performanz der italienischen Regionalverwaltungen erklären lassen? Die wesentlichen Faktoren sind laut seiner Analyse die im Laufe der Zeit ausgebildeten zivilen Tugenden. Er geht davon aus, dass kollektive politische Ziele mit weniger Aufwand zu erreichen sind, wenn die Mitglieder der politischen Gemeinschaft vielseitige soziale Kontakte haben, sich gegenseitig vertrauen und Normen befolgen. Die Zusammenlegung der Ressourcen fördert die Verfolgung gemeinsamer Ziele und reduziert die Kosten der sozialen Kontrolle, weil die Erfüllung politischer Vorgaben und Regeln nicht erzwungen werden muss (vgl. z.B. Westle/Gabriel 2008: 32 ff.). Während eher horizontal angelegte soziale und politische Verhältnisse den Aufbau von sozialem Kapital klar begünstigen, führen eher hierarchisch-vertikale Beziehungen zu einer Kultur des Misstrauens und der individuellen Vorteilssuche (vgl. Putnam 1993: 121-162). Die Annahmen Putnams sind stark von Alexis de Tocqueville (1987) beeinflusst. Dieser sieht im zivilen Engagement der Bürger innerhalb funktionaler Organisationen den Kern einer funktionierenden Demokratie, weil dort die zivilen Tugenden der Bürger entwickelt und gefestigt werden. Er vermutet, dass Vereine die Bürger aus ihren primären Beziehungsnetzen herausheben und ihnen ihre Abhängigkeit von anderen deutlich machen. Dadurch fördern Vereine die Schaffung von staatsbürgerlichem Bewusstsein (vgl. z.B. Warren 2001: 30 ff., Kriesi 2007: 29). Demnach fördert ein lebendiges Vereinsleben die emotionale Verbundenheit, die Solidarität und das Vertrauen der Mitglieder. Als Folge davon nehmen die Forderungen nach staatlichen Leistungen ab, die Effizienz und Effektivität der staatlichen Aufgabenerfüllung nimmt zu, und das Vertrauen in die politischen Institutionen wird ge-

stärkt. Dies wirkt sich wiederum entsprechend positiv auf die Stabilität und Leistungsfähigkeit der Demokratie aus (vgl. de Tocqueville 1987).

Abbildung 2: Das Kausalmodell von Robert D. Putnam



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Robert Putnam (1993, 1995).

Aus dieser Perspektive und auf der Grundlage seiner Analysen in Italien leitet Robert Putnam in seiner Folgestudie mit dem Titel „Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community“ die These ab, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika das Vereinsengagement, das Vertrauen und die gemeinschaftsfördernden Werte und Normen schwinden und die Zukunft der amerikanischen Demokratie daher gefährdet ist (vgl. Putnam 2000). Da er einen engen Zusammenhang zwischen dem Funktionieren einer modernen Demokratie einerseits und dem in einer Gesellschaft vorhandenen Schatz an Sozialkapital andererseits sieht (vgl. Putnam 1993: 157), gibt es seiner Meinung nach letztlich nur durch eine gezielte Vermehrung sozialen Kapitals, d.h. durch eine Verstärkung sozialer Beteiligung zur Verbreitung sozialen Vertrauens und sozialer Werte und Normen, einen Ausweg aus der „Misere“ (vgl. Putnam 2000: 402 ff.). Putnam sieht die Ursache des Rückgangs der Beteiligung in traditionellen Vereinen, Organisationen und Netzwerken in erster Linie im veränderten Freizeitverhalten begründet (vgl. Putnam 2000: 216 ff.). Ob diese Annahme auch auf die osteuropäischen Transformationsstaaten zutrifft, in denen Vereinsaktivitäten nicht traditionell in der Gesellschaft verankert sind, erfordert eine Überprüfung. Diese Aufgabenstellung würde jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen und wird daher nicht weiter beachtet. Allerdings wird in der später folgenden Analyse auf die Vereinsmitgliedschaft als eine der Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen eingegangen.

Bislang konnte deutlich gemacht werden, dass Putnams Bezugspunkt nicht mehr der individuelle Akteur, sondern die Gemeinschaft als Ganzes ist (Städte, Regionen, Länder). Zudem konzentriert er sich auf eine bestimmte Art von Beziehungsstrukturen und Ressourcen, nämlich auf „Netzwerke von staatsbürgerlichem Engagement“ (networks of civic engagements) und auf das durch sie produzierte soziale Vertrauen, das er für die Herstellung von sozialer Kooperation für zentral hält (vgl. z.B. Freitag 2003, Kriesi 2007). Dabei betrachtet er hauptsächlich die Netzwerke, die aus Vereins-, Verbands- und Parteistrukturen bestehen. Die Vereine schaffen die Grundlage für generalisiertes soziales Vertrauen, welches wiederum die Grundlage für soziale Kooperation und die Lösung kollektiver Handlungsprobleme der Demokratie darstellt.

2.2.4 Dimensionen und Formen von Sozialkapital

Die Bezeichnung sozialen Kapitals hat die Theorie der Sozialwissenschaften außerordentlich befruchtet und wurde zahlreich aufgegriffen (vgl. z.B. Grafik bei Franzen/Freitag 2007: 9, Ostrohm/Ahn 2003: xii). Allerdings hat sich auch gezeigt, dass es an begrifflicher Schärfe mangelt und Autoren wie Pierre Bourdieu, James Coleman und Robert Putnam unterschiedliche Definitionen, postulierte Zusammenhänge, Operationalisierungen und Messinstrumente verwenden. Die Bezeichnung Sozialkapital war in keine empirisch prüfbare Theorie eingebunden und es gab keine operationale Definition des Begriffs (vgl. z.B. Diekmann 1993: 23, Haug 2007: 86). Die gemeinsame Grundlage der Arbeiten der erwähnten Wissenschaftler besteht in der Annahme über die Funktion von Sozialkapital: Soziales Kapital fördert die Kooperation und das Erreichen individueller und kollektiver Ziele. Wenn die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft zahlreiche soziale Kontakte haben und sich gegenseitig vertrauen, können sie durch Verringerung der Transaktionskosten ihre Ziele mit weniger Aufwand erreichen als in Situationen, in denen diese Voraussetzungen fehlen.

Das Konzept des Sozialkapitals wird in der empirischen Forschung als unabhängige und als abhängige Variable verwendet. Im ersten Fall zielt es vor allem auf die Bedeutung von sozialem Kapital für die Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere ihrer ökonomischen und politischen Performanz, ab. Im zweiten

Fall steht die Frage nach dem Aufbau und dem Erhalt von sozialem Kapital im Vordergrund. Darüber hinaus ist aber vor allem die Differenzierung nach Analyseebenen von Bedeutung. Auf der Mikroebene wird Sozialkapital als individuelle Ressource analog zum Humankapital (vgl. Coleman 1991: 395) oder zum kulturellen Kapital (vgl. Bourdieu 1983) aufgefasst. Es wird angenommen, dass Individuen, die über diese Ressource verfügen, leichter ihre Ziele verwirklichen können. Hartmut Esser (2000: 241) bezeichnet diese Ebene als Beziehungskapital. Wie bereits deutlich wurde, ist soziales Kapital aber nicht nur eine individuelle Ressource, sondern auch ein kollektives Gut. Die Ausprägung sozialen Kapitals als Kollektivgut wird von Esser (2000: 241) als Systemkapital bezeichnet. Nach Coleman (1991) sind die Formen von Sozialkapital, die auf der Makroebene ansetzen, Normen, freiwillige Vereinigungen und zielgerichtete Organisationen. Putnam (1993: 67) unterscheidet drei zentrale Eigenschaften des kollektiven sozialen Kapitals: generalisiertes Vertrauen, Reziprozitätsnormen und Mitgliedschaften in Netzwerken freiwilligen Engagements. Aufgrund des besonderen Kollektivgutmerkmals ist Systemkapital nicht mit aggregiertem Beziehungskapital identisch. Allerdings wird in zahlreichen empirischen Studien auf eine derartige Aggregation als Indikator des Systemkapitals zurückgegriffen. Bislang liegt keine geeignetere Operationalisierung von Systemkapital vor, was die empirische Forschung vor erhebliche Schwierigkeiten stellt (vgl. z.B. Westle/Gabriel 2008: 42).

2.2.5 Messung von Sozialkapital

In der Regel wird also für die Analyse der Makro-Ebene das aggregierte Beziehungskapital verwendet (vgl. z.B. Haug 2007: 89, Westle/Gabriel 2008: 42, Franzen/Pointner 2007). Putnam verwendet in seiner Analyse zur Messung sozialen Kapitals 14 Indikatoren formaler und informeller sozialer Netzwerke sowie sozialen Vertrauens (vgl. Putnam 2001: 291). Die meisten Messkonzepte unterscheiden hauptsächlich zwischen strukturellen und kulturellen Elementen von Sozialkapital. Mit den strukturellen Elementen sind vor allem die Netzwerkstrukturen gemeint (Mitgliedschaft und Aktivität in Freiwilligenorganisationen, Zeitaufwand für Netzwerke, Familienbindungen, Freundschaftsbindungen und Kontakte am Arbeitsplatz). Die strukturellen Elemente werden durch kulturelle

Aspekte ergänzt. Diese beinhalten vor allem das Konzept des sozialen Vertrauens und die Orientierung der Individuen an sozialen Werten und Normen (Solidarität, Reziprozität, Toleranz und demokratische Einstellungen) (vgl. Westle/Gabriel 2008: 42-43).

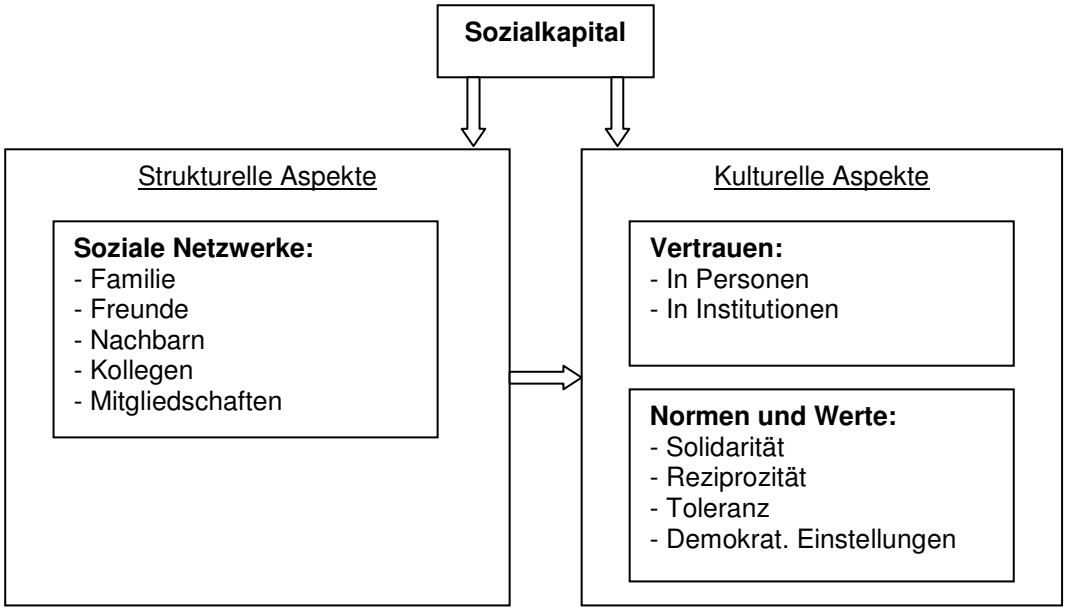
Die strukturellen Aspekte sozialen Kapitals wurden bislang aus theoretischen und forschungspraktischen Gründen über die Mitgliedschaft und die Aktivität in Freiwilligenorganisationen gemessen. Hierzu zählen beispielsweise Sport- und Freizeitvereine sowie kulturelle oder sozial-karitative Organisationen. Diesen zivilgesellschaftlichen Institutionen wird in der aktuellen wissenschaftlichen Debatte eine besondere Bedeutung für die Entwicklung moderner Gesellschaften zugeschrieben. Daher konzentrieren sich aktuelle Studien zum Sozialkapital auf die theoretische Eingrenzung (vgl. z.B. Franzen/Pointner 2007, Westle/Gabriel 2008: 44). Für diese Art von sozialem Engagement liegen außerdem umfangreiche Datenbestände vor. In der Regel lauten die Fragen zur Messung von sozialem Engagement folgendermaßen: Sind Sie Mitglied in einem Verein, einem Verband oder einer anderen Organisation? Haben Sie an Aktivitäten einer solchen Organisation teilgenommen, einer solchen Organisation Geld gespendet oder ehrenamtlich für sie gearbeitet? Um über die Stärke sozialen Kapitals Auskunft zu bekommen, wird häufig noch die Zusatzfrage nach persönlichen Freunden in dieser Organisation gestellt (vgl. ESS 2002/03). Weniger berücksichtigt werden neuere Formen sozialen Engagements[7], die als Folge des sozialen Wandels in modernen Gesellschaften auftreten. Die Einschränkung auf bestimmte Freiwilligenorganisationen ergibt sich also aus den verfügbaren Daten.

Die kulturellen Aspekte sozialen Kapitals werden in der empirischen Forschung in der Regel über Indikatoren des Vertrauens gemessen. In den empirischen Studien beinhaltet „soziales Vertrauen ein starkes Gefühl kulturell bedingter Übereinstimmung mit anderen Menschen, weshalb Vertrauen als eine weitgehend stabile, sich nur langfristig verändernde Einstellung betrachtet wird“

[7] Gemeint ist hiermit das soziale Engagement mithilfe neuer Medien (web 2.0) oder das bürgerschaftliche Engagement in Form von Geldspenden.

(Westle/Gabriel 2008: 45). Als Indikator zur Messung sozialen Vertrauens wird häufig folgende Frage verwendet: Ganz allgemein, was meinen Sie: Kann man Menschen vertrauen oder kann man im Umgang mit Menschen nicht vorsichtig genug sein? (vgl. ISSP 2004). Für diesen Indikator liegen ausreichend Informationen im internationalen Vergleich vor. Bei Franzen/Pointner (2007: 78) werden die Sozialkapitalindikatoren in ausgewählten Surveys in einer Tabelle dargestellt.

Abbildung 3: Dimensionen von Sozialkapital unter Berücksichtigung von strukturellen und kulturellen Aspekten



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Robert Putnam (1993, 1995).

Eine entsprechende Messung sozialer Werte und Normen findet sich in der aktuellen Literatur aufgrund der schwierigen Datenlage nur sporadisch (vgl. z.B. Westle/Gabriel 2008: 45, Kunz 2000, Whiteley 2000) und stellt damit die Forschungslücke dar, die mit der vorliegenden Arbeit geschlossen wird. Empirische Studien, welche die Bedingungen, die Struktur und die Folgen von Sozialkapital gleichermaßen untersuchen, stehen vor der Schwierigkeit, dass nur wenige einschlägige Daten vorhanden sind, in denen die strukturellen und die kulturellen Aspekte gemeinsam erfasst sind. Hierfür werden maßgeblich die Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen zu den entsprechenden individuellen Verhaltensweisen und Einstellungen verwendet. Diese Daten können für Analy-

sen des Beziehungskapitals verwendet werden. Um die Ebene des Systemkapitals zu analysieren, müssen die Daten aggregiert werden. Der Sozialkapitalansatz geht, unabhängig von der Analyseebene, von einem starken und positiven Zusammenhang zwischen den strukturellen und den kulturellen Elementen sozialen Kapitals aus. Aus dem Konzept lassen sich folgende Annahmen ableiten:

1) Die Beteiligung der Bürger in funktionalen Organisationen hat zur Folge, dass sie eine allgemeine Neigung zur sozialen Beteiligung entwickeln, welche die Mitarbeit in anderen Organisationen fördert (Ebene des Beziehungskapitals). Hierdurch entsteht innerhalb der Gesellschaft ein dichtes Netz von Organisationen (Ebene des Systemkapitals).
2) Die Integration der Bürger in das Organisationsnetzwerk einer Gesellschaft fördert die Ausbildung von interpersonalem Vertrauen (Beziehungskapital), welches man auf andere Individuen überträgt, mit denen man nicht in unmittelbarer Beziehung steht (Systemkapital).
3) Die Mitarbeit der Bürger in Freiwilligenorganisationen begünstigt die Internalisierung und Unterstützung von gemeinschaftsbezogenen Werten und Normen (Beziehungskapital) und verleiht diesen Normen dauerhafte Geltung innerhalb der Gesellschaft (Systemkapital).
4) Das zwischenmenschliche Vertrauen und die Internalisierung gemeinschaftsbezogener Werte fördert die positive Neigung zu sozialer Aktivität (Beziehungskapital).
5) Die Individuen erlernen durch ihre Integration in funktionalen Organisationen soziales und kooperatives Verhalten in unterschiedlichem Kontext, was zur Lösung häufiger gesellschaftlicher Kollektivgutprobleme beiträgt (vgl. Westle/Gabriel 2008: 46 ff.).

Die dargestellten fünf Annahmen machen deutlich, dass zwischen den einzelnen Dimensionen sozialen Kapitals Rückkopplungsmechanismen wirken. Die Integration der Bürger in Netzwerke begünstigt die Verinnerlichung von sozialen Werten und fördert das zwischenmenschliche Vertrauen. Dies wiederum erhöht die Interaktionsdichte zwischen den Bürgern. Insofern ergeben sich die theoretisch angenommenen engen Zusammenhänge aus eben diesen Rückkopplungsmechanismen, wodurch nicht bestimmt werden kann, inwieweit eine Di-

mension als Ursache oder als Wirkung betrachtet werden muss (vgl. z.B. Newton 1999: 6 ff., Westle/Gabriel 2008: 47).

2.2.6 Der Zusammenhang von Religion und Zivilgesellschaft in der Sozialkapitaldebatte

Die Annahmen von Alexis de Tocquevilles (1987) spielen in der heutigen Sozialkapitaldebatte eine zentrale Rolle, da sie die Überlegungen fast aller Politikwissenschaftler zur Wirkung des Sozialkapitals beeinflussen. Tocquevilles sieht im zivilen Engagement der Bürger innerhalb funktionaler Organisationen den Kern einer funktionierenden Demokratie, weil dort die zivilen Tugenden der Bürger entwickelt und gefestigt werden. Gerade bei den „unpolitischen" Organisationen wird von einem hohen demokratischen Wirkungsgrad ausgegangen. Vereine heben die Bürger aus ihren primären Beziehungsnetzen heraus und machen ihnen ihre Abhängigkeit von anderen deutlich. Dadurch fördern Vereine die Schaffung von staatsbürgerlichem Bewusstsein (vgl. z.B. Warren 2001: 30 ff., Kriesi 2007: 29). Die gesellschaftlichen Folgen, die aus diesem sozialen Engagement resultieren, besitzen eine doppelte Wirkungsweise: Zum einen schaffen sie den „guten Staatsbürger": demokratisch orientiert, tolerant und solidarisch mit anderen. Zum anderen schaffen sie aber auch eine „gute Gesellschaft": beispielsweise durch bessere Schulen, eine geringere Kriminalitätsrate und weniger Steuerhinterziehung (vgl. Burns et al. 2001: 23).

Zahlreiche „unpolitische" Organisationen sind kirchlicher oder religiöser Natur. Insofern spielt die (katholische) Kirche für die Entwicklung der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle, obwohl die katholische Kirche selbst nie Teil der Zivilgesellschaft sein wollte. Sie sah ihre Aufgabe hauptsächlich in der Durchsetzung sakraler Werte mit der Unterstützung staatlicher Autorität. Auf einer Diskussionsveranstaltung über die Rolle der katholischen Kirche in der polnischen Zivilgesellschaft der 1980er-Jahre betonte der damalige Papst Johannes Paul II: „The church does not belong to civil society but to sacred society" (vgl. De Hart/Dekker 2005: 194). Zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung der katholischen Kirche besteht eine Kluft, wie das Zitat von Papst Johannes Paul II beweist. Im Gegensatz zur Ansicht des damaligen katholischen Kirchenoberhaup-

tes wird innerhalb der akademischen Diskussion angenommen, dass die Kirche und ihre Vereine einen sehr wichtigen Teil zeitgenössischer Zivilgesellschaften bilden (vgl. z.B. Verba et al. 1995, Casanova 1998, Williams 2003). Nur Putnam schließt sich dieser Annahme nicht an. Er bezweifelt die zivilgesellschaftliche Rolle der katholischen Kirche am Beispiel Italiens: „Organized religion, at least in Catholic Italy, is an alternative to the civic community, not a part of it“ (vgl. Putnam 1993: 1907).

Im Rahmen der zeitgenössischen Sozialkapitaldebatte wird die Rolle von Kirche und Religion unter dem Aspekt diskutiert, inwiefern beides in den heutigen Zivilgesellschaften demokratisch oder demokratiefördernd wirken kann (vgl. z.B. Roßteutscher 2009). Sigrid Roßteutscher geht in ihrer Studie „Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie“ der empirischen Frage nach, inwieweit die europäische Zivilgesellschaft und Demokratie religiös und kirchlich beeinflusst sind. Dabei geht sie davon aus, „dass sich protestantische von katholischen und gemischt konfessionelle von homogenen konfessionellen Gesellschaften hinsichtlich der Bedeutung der Religion für die Zivilgesellschaft und Demokratie unterscheiden“ (vgl. Roßteutscher 2009: 20). Inwiefern diese Annahme auch auf die Staaten Mittel- und Osteuropas zutreffend ist, wird in den empirischen Analysen geklärt werden.

2.2.6.1 Die demokratische Rolle religiöser Organisationen

Religiöse Organisationen gelten als zentraler Ort, an dem allgemeine soziale und kommunikative, also zivilgesellschaftliche Kompetenzen geschult werden (vgl. Putnam 2000: 66). In der Tat scheint die Realität diese theoretische Annahme zu bestätigen. Aktive in religiösen Vereinigungen beteiligen sich häufiger an Wahlen (vgl. z.B. Cassel 1999, Ayala 2000) und sind insgesamt politisch aktiver als kirchenferne Menschen (vgl. Putnam 2000: 66, De Hart/Dekker 2005: 176). Religiös engagierte Bürger sind außerdem verstärkt ehrenamtlich tätig (vgl. Wuthnow 1991: 199, Meulemann/Beckers 2004: 66) und betätigen sich häufiger seelsorgerisch (vgl. Gill 1992: 17). Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, dass ein starkes Engagement innerhalb religiöser Verei-

nigungen Spill-over-Effekte in andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat (vgl. Gill 2003: 491).

Religiöse Organisationen sind an der Erzeugung einer aktiven und demokratisch geschulten Bürgerschaft beteiligt. Sie bilden nicht nur eine Plattform für die Verinnerlichung demokratischer Werte, sondern inspirieren auch zu gemeinwohlorientierten Aktivitäten. Die Vermittlung von sozialen und kommunikativen Kompetenzen (beispielsweise Reden schreiben und halten, regelmäßige Treffen organisieren und Versammlungen leiten) ist gleichzeitig eine unpolitische Schulung in der Entfaltung demokratischer Fähigkeiten und der Verinnerlichung demokratischer Werte. Auch Teile der Bevölkerung, die solche Fähigkeiten aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit oder ihres Berufs nicht erwerben würden, können in religiösen Organisationen partizipieren und sich diese Fähigkeiten so aneignen. Darüber hinaus können religiöse Werte und Überzeugungen auf Individuen hochgradig aktivierend wirken, da religiös motivierte Menschen oft bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen, sich für die Schwachen einer Gesellschaft einsetzen und Verantwortung zu übernehmen (vgl. z.B. Roßteutscher 2009: 44-46). Cnaan et al. gehen davon aus, dass durch die Verbundenheit mit der Religion dauerhaft Normen vermittelt werden, die das Engagement für zivilgesellschaftliche Themen fördern. Insofern geht die Bedeutung religiöser Organisationen sogar weit über die Generierung von Sozialkapital hinaus (vgl. Cnaan et al. 2004: 20).

In Mittel- und Osteuropa spielt die katholische Kirche eine besondere Rolle. Zu den katholisch geprägten Ländern gehört vor allem Polen. Aber auch Ungarn und Tschechien darf man dazu zählen, auch wenn die kirchliche Bindung in Ungarn gering ist (vgl. z.B. Spieker 2003). Die Länder weisen unterschiedliche Voraussetzungen im Hinblick auf ihre historischen und kulturellen Möglichkeiten der Kirche vor der politischen Wende in den Jahren 1989/90 auf. In Polen besaß die Kirche einen relativ großen Handlungsspielraum, wogegen in der Tschechoslowakei Anfang der 1950er-Jahre die härteste Kirchenverfolgung in Mittel- und Osteuropa stattfand. Doch trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen gab es eine sehr wichtige Gemeinsamkeit: Die Kirche wird in zahlreichen postkommunistischen Ländern als entscheidender Faktor im Wider-

stand gegen das Regime angesehen. Die Kirche galt als nicht systemkonform, sie lag außerhalb des kommunistischen Herrschaftssystems und habe durch ihre konsequente Bestreitung der totalitären Ideologie einen entscheidenden Beitrag zur politischen Wende geleistet (vgl. z.B. Brunner/Wasmuth 2009: 16). Religion hat also eine doppelte Funktion. Durch die Institution der Kirche entstehen soziale Netzwerke. Außerdem spielen religiöse Vereinigungen auch als „Wertevermittler“ in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern eine große Rolle. Die aktive Mitgliedschaft in religiösen Vereinigungen ist eine wesentliche Determinante für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen (vgl. Kapitel 4.4.3).

2.2.7 Sozialkapital in Mittel- und Osteuropa

Bettina Westle, Volker Kunz und Sigrid Roßteutscher (in Westle/Gabriel 2008: 73 ff.) untersuchen das Niveau an Sozialkapital im internationalen Vergleich und prüfen dabei, ob die gefundenen Zusammenhänge allgemeingültig sind, oder Besonderheiten einzelner Gesellschaften widerspiegeln. Im Rahmen dieser Fragestellung werden sowohl einige etablierte Demokratien Westeuropas sowie junge Transitionsstaaten Mittel- und Osteuropas analysiert. Dabei stellen die Autoren fest, dass das Niveau an Sozialkapital in den untersuchten Analyseeinheiten erheblich variiert, insbesondere im West-Ost-Vergleich. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in den postkommunistischen Staaten mit enormen Schwierigkeiten verbunden gewesen (vgl. Westle/Gabriel 2008: 148). Dies wird auf die Tatsache zurückgeführt, dass freiheitliche, zivilgesellschaftliche Strukturen in den Zeiten des Sozialismus weitgehend zerstört wurden und daher erst langsam wieder aufgebaut werden müssen (vgl. Merkel 1999). Der Grad an aktiver Mitgliedschaft innerhalb von Vereinen oder Freiwilligenorganisationen fällt in den meisten Demokratien Osteuropas wesentlich geringer aus als im Westen. Ähnliche Ergebnisse gewinnen die Autoren aus der Analyse der kulturellen Aspekte des Sozialkapitals. In den postkommunistischen Ländern bringt lediglich eine Minderheit ihrem Umfeld Vertrauen entgegen (vgl. Tabelle zu sozialem Vertrauen bei Westle/Gabriel 2008: 98). Die Erklärung hierfür lautet, dass die Menschen in Staaten mit autoritärer oder totalitärer Vergangenheit grundsätzlich mit der

Angst vor dem Verrat durch Mitmenschen und dem daraus folgenden Risiko staatlicher Willkür lebten. Daher ist das zwischenmenschliche Vertrauen im Großen und Ganzen auf den engsten Kreis beschränkt (vgl. Sztompka 1995, 1999).

Eine besondere Herausforderung stellt die Analyse der zweiten kulturellen Komponente, nämlich der Bindung an gemeinschaftsfördernde Werte und Normen dar, die für die vorliegende Arbeit in besonderem Maße relevant sind. Gemeinschaftsorientierte Einstellungen sind ein typisches Merkmal der sozialistischen Idee. Die Bürger Mittel- und Osteuropas wurden mit dieser Idee bereits während ihrer Sozialisation konfrontiert. Die Menschen in den kapitalistischen, säkularisierten Demokratien Westeuropas wurden dagegen eher mit individualistischen und liberalen Leitideen vertraut gemacht (vgl. z.B. MacIntyre 1981). Folgerichtig müsste in den westlichen Demokratien eher ein geringeres Niveau an normativer Gemeinschaftsorientierung vorhanden sein, was allerdings durch die empirischen Ergebnisse von Westle, Kunz und Roßteutscher nicht verifiziert werden kann.

Zusammenfassend zeigen die Autoren auf, dass ausschließlich Länder mit starken demokratischen Traditionen und einem hohen sozioökonomischen Entwicklungsniveau auch ein hohes Niveau an Sozialkapital aufweisen. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Überlegungen von Putnam (vgl. Putnam 1993, 2000, 2001) und ist ein Hinweis dafür, dass es Zusammenhänge zwischen den einzelnen Komponenten von Sozialkapital auf der Makoebene gibt.

Die Kernidee des Sozialkapitalansatzes ist, dass Individuen überzeugt werden können, einander zu vertrauen und zusammenzuarbeiten, um allgemeine, gesellschaftsrelevante Probleme zu lösen (vgl. z.B. Pattie et al. 2004: 149). In diesem Sinne ist soziales Kapital gleichbedeutend mit anderen Formen von Kapital und kann dazu beitragen, dass die Gesellschaft produktiver und die Wirtschaft effizienter wird. Für viele Autoren ist Vertrauen der Schlüsselindikator für soziales Kapital (vgl. z.B. Putnam 1993, 2000; Van Deth et al. 1999). Für sie ist Vertrauen wichtig, weil es den Individuen erlaubt, sich außerhalb ihrer unmittelba-

ren Familie oder Gemeinschaft in Freiwilligenorganisationen zu engagieren und mit Menschen zu kooperieren, die sie nicht kennen.

Das Modell des Sozialkapitals hat vor allem in den letzten Jahren sehr viel Aufmerksamkeit bekommen. Ähnlich wie andere sozialwissenschaftliche Ansätze und Theorien bringt aber auch dieses Modell konzeptionelle Probleme mit sich, die bislang nicht gelöst werden konnten. Eines dieser Probleme liegt in der Annahme, dass die aktive Beteiligung der Individuen in Freiwilligenvereinigungen mehr Partizipation nach sich zieht, d.h. dass sich diese Individuen dann eher auch in weiteren Organisationen engagieren. Diese Annahme wird dann zum konzeptionellen Problem, wenn die Variable der Partizipation in empirischen Erklärungsmodellen gleichzeitig eine unabhängige und eine abhängige Variable darstellt. Darüber hinaus liegt eine andere Schwierigkeit in der Tatsache, dass der Sozialkapital-Ansatz die möglichen Anreize zur Partizipation vernachlässigt oder gar ignoriert (vgl. z.B. Pattie et al. 2004: 150). Wenn eine Gesellschaft durch ein hohes Niveau an Sozialkapital, das kooperatives Verhalten erleichtert, charakterisiert werden kann, so fehlt die Erklärung dafür, warum manche Menschen kooperieren und andere dies nicht tun. Aus der Perspektive der Theorie des rationalen Handelns gibt es stärkere Anreize dafür, als sogenannte „Trittbrettfahrer“ von den Errungenschaften der Mitbürger zu profitieren. Insofern ist es offensichtlich, dass es sogenannte gute Staatsbürger gibt, die am öffentlichen Leben teilhaben wollen, sich aktiv engagieren und demokratische Einstellungen haben, welche die Zivilgesellschaft stärken. Auf der anderen Seite gibt es aber auch „schlechte“ Staatsbürger bzw. Menschen, die nicht partizipieren wollen und die bestimmte Einstellungen gegenüber dem politischen System haben, welche die Zivilgesellschaft schwächen und eine gute Regierungsführung hemmen. Die Erklärung für diese beiden Variationen liegt nach Pattie et al. (2004) in einem anderen theoretischen Konzept, nämlich dem Modell der Staatsbürgerschaft, das in den folgenden Kapiteln erläutert wird.

2.3 Das Modell der Staatsbürgerschaft (sogenannter Citizenship-Ansatz)

Ähnlich wie der Sozialkapital-Ansatz gründet auch das Modell der Staatsbürgerschaft im klassischen Konzept der Politischen Kultur. Mithilfe des Modells wird untersucht, inwiefern die politischen Orientierungen der Bürger (hier die staatsbürgerlichen Normen) mit dem demokratischen, politischen System zusammenpassen.

Bereits Aristoteles erläutert, dass es keine einheitliche Definition von Staatsbürgerschaft gibt (vgl. z.B. Heater 1990: vii; Riesenberg 1992). Diese Behauptung gilt auch heute noch. Doch wie auch immer die Definition lautet, so darf sie das Element der Mitgliedschaft innerhalb einer politischen Gemeinschaft nicht vernachlässigen (vgl. z.B. Olivier 1991, Conover/Searing 2002: 91). Die Staatsbürgerschaft deutet darauf hin, dass man als Individuum gleichzeitig auch Bürger eines Staates ist, der mit bestimmten Rechten und Pflichten ausgestattet ist. Als Staatsbürger hat man das Recht, an der politischen Willensbildung teilzunehmen und soziale Rechte einzufordern. Der Staat hingegen hat die Aufgabe, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten und die politische Gemeinschaft gegen eine Bedrohung von außen zu schützen (vgl. z.B. Mackert 2006: 17). Das Ideal der Staatsbürgerschaft ist die „rechtlich kodifizierte Gleichheit der Mitglieder einer Gesellschaft, deren aktive politische Partizipation, ihre Inklusion in die Gesellschaft und deren Exklusion nach außen“ (Mackert 2006: 17). Auch wenn dies in der Theorie als selbstverständlich erscheint, ist es in der Realität keineswegs immer garantiert. Die Garantie der Freiheits- und Bürgerrechte variiert in den jeweiligen Gesellschaften und ist oft von spezifischen historischen und gesellschaftlichen Umständen abhängig.

Die breite Debatte um Staatsbürgerschaft/Citizenship[8] hat in den vergangenen Jahren auch Deutschland erreicht. Hintergrund der Debatte ist, dass sich Politi-

[8] Die Bezeichnungen „Staatsbürgerschaft” und „Citizenship“ werden in der vorliegenden Arbeit synonym gebraucht. Der Begriff Citizenship zielt wesentlich stärker auf die Bürgerrechte und Bürgerpflichten ab und stellt die aktive, partizipative Rolle des Bürgers in den Vordergrund. Der deutsche Begriff Staatsbürgerschaft betont vielmehr die Mitgliedschaft in einem Staat, hat im vorgestellten Modell allerdings dieselbe Bedeutung wie Citizenship.

ker und Wissenschaftler zunehmend Gedanken über die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft machen, welche die Effektivität von Demokratie untergraben und traditionelle Konzeptionen von Staatsbürgerschaft schwächen. Das Konzept der Staatsbürgerschaft geht vor allem folgenden wesentlichen Fragen nach: Welche Bedeutung hat ein Staatsbürger heutzutage? Warum gibt es „gute“ und „schlechte“ Staatsbürger? Stellen bürgerliche, politische und soziale Rechte den Kern der Staatsbürgerschaft dar oder müssen sie gar durch gruppenspezifische oder kulturelle Rechte vervollständigt werden? Wodurch werden Werte und Verhaltensweisen beeinflusst, die diese Staatsbürgerschaft ausmachen? Und was bedeutet Staatsbürgerschaft für die jeweilige Gesellschaft und für die Effektivität eines politischen Systems (vgl. z.B. Feldman/Steenbergen 1996, Conover/Searing 2002, Pattie et al. 2004, Denters et al. 2007)? Die moderne Staatsbürgerschaft erfüllt immer noch eine wichtige Funktion. Gleichzeitig werden jedoch neue Modelle von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit propagiert. Viele Menschen definieren sich heutzutage sehr viel stärker über askriptive Kriterien wie ihre Zugehörigkeit zu ethnischen oder kulturellen Subgruppen als über ihren Status als Staatsbürger (vgl. Mackert/Müller 2007: 10).

Seit den frühesten vergleichenden Studien von Almond und Verba (1963) zur Civic Culture suchen Politikwissenschaftler nach den Determinanten von Werten, Einstellungen und Partizipationsformen, die eine Zivilgesellschaft stärken. Das Konzept der Zivilgesellschaft bildet ein zentrales Element in der Analyse nationaler Staatsbürgerschaft und bezieht sich auf die formellen und informellen Beziehungen zwischen den Bürgern (vgl. Pattie et al. 2004: 2 ff.). Diese Beziehungen können zwar ganz allgemein als politisch definiert werden, wirken jedoch außerhalb von staatlichen Institutionen. Wenn Parteimitglieder bei lokalen Wahlen kandidieren, wenn Individuen einer Interessensgemeinschaft beitreten, wenn betroffene Bürger an einem Protestmarsch teilnehmen oder wenn Freiwillige in ihrem lokal angesiedelten Krankenhaus aushelfen, so sind all dies Tätigkeiten, die eine Zivilgesellschaft stärken und die Effektivität einer Demokratie maßgeblich beeinflussen (vgl. z.B. Almond 1980).

Trotz jahrelanger philosophischer und akademischer Debatten gibt es immer noch kein allgemeingültiges Modell, das eine umfassende Rolle von Staatsbürgerschaft im Sinne einer vollen politischen Mitgliedschaft und der damit verbundenen Rechte und Pflichten erklären könnte (vgl. z.B. Conover/Searing 2002, Denters et al. 2007). Spätestens seit der Errungenschaft grundlegender politischer und bürgerlicher Rechte haben die Menschen selbst angefangen, ihre Rolle und ihre Zugehörigkeit im Staat zu reflektieren und ihre Möglichkeiten einer Einflussnahme auf die Regierung zu hinterfragen. Mit zunehmendem Rückgang des traditionellen Wohlfahrtstaates steigt auch die Erwartung der Bürger, sich aktiv einzubringen und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Ob die Bürger heutzutage bereit sind oder nicht, diese Verantwortung zu übernehmen, ist ein Gegenstand der Staatsbürgerschaftsdebatte (vgl. Klages 2000, Denters et. al. 2007: 88).

Stanley Feldman und Marco Steenbergen (1996: 61 ff.) stellen in ihren frühen Studien fest, dass die politische Psychologie den persönlichen Interessen, Einstellungen und Werten viel Aufmerksamkeit geschenkt hat. Gruppenzugehörigkeiten und die Einbindung in die politische Gemeinschaft wurden in der wissenschaftlichen Diskussion noch zu wenig als eine Determinante für politisches Verhalten betrachtet. Darüber hinaus wurde auch das individuelle Zugehörigkeitsgefühl (sense of embeddedness), kaum untersucht. Die politische Selbsteinschätzung, nämlich was eine Person über sich selbst in der Gesellschaft denkt, spielt bislang bei der Analyse der Faktoren, die politisches Verhalten beeinflussen, keine entscheidende Rolle. Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag dazu, diese Forschungslücke zu schließen. In Kapitel 2.3.1 werden die Überlegungen zentraler Wissenschaftler als konzeptioneller Rahmen dargestellt, um dann auf die aktuellen Konzepte um Citizenship einzugehen (Kapitel 2.3.3). Abschließend wird dargelegt, wie das Konstrukt Staatsbürgerschaft in der empirischen Forschung gemessen werden kann (Kapitel 3.3).

2.3.1 Die Soziologie der Staatsbürgerschaft – die Entstehung des Modells

Der Fokus einer Soziologie der Staatsbürgerschaft liegt auf der Frage nach der Zugehörigkeit von Individuen zu einer nationalen Gemeinschaft. Das klassische Modell der Staatsbürgerschaft, das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurde, ist untrennbar mit den Namen zweier herausragender Wissenschaftler verbunden: Thomas H. Marshall (1950) und Talcott Parsons (1951, 1962). Marshall und Parsons fokussieren in ihren Arbeiten die Integrationsbedingungen moderner Gesellschaften, in der die Staatsbürgerschaft eine wesentliche Rolle spielt.

2.3.1.1 Das Konzept nach Thomas H. Marshall: Die Entwicklung der Staatsbürgerschaft

In seinem einflussreichen Aufsatz „Citizenship and social class“ (1950, dt. 1992) reagiert Marshall auf die vorherrschende soziale Ungleichheit in Großbritannien in den 50er-Jahren und beleuchtet das Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie und politischer Demokratie im Hinblick auf die Durchsetzung staatsbürgerlicher Rechte. Den Begriff „Citizenship” definiert er dabei folgendermaßen:

> „Citizenship is a status bestowed on those who are full members of a community. All who possess the status are equal with respect to the rights and duties with which the status is endowed. There is no universal principle that determines what those rights and duties should be, but societies in which citizenship is a developing institution creates an image of an ideal citizenship against which achievement can be measured and towards which aspirations can be directed. The urge forward along the path thus plotted is an urge towards a fuller measure of equality, an enrichment of the stuff on which the status is made and an increase in the number of those on whom the status is bestowed” (Marshall 1950: 28-30).

In diesem Fall spricht Marshall also in erster Linie von legalen Rechten. Er fügt dann aber der Diskussion eine soziologische Komponente hinzu. Er stellt heraus, dass die Einführung sozialer Rechte eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung der bürgerlichen und politischen Rechte ist. Allerdings führt die reine Existenz sozialer Rechte nicht zwangsläufig in die Umsetzung aktiver Staatsbürgerschaft. Wenn den Bürgern ein Paket an legalen Rechten zusteht,

gibt man ihnen die Möglichkeit, selbst etwas daraus zu machen. Es liegt am Individuum, inwiefern es sich dieses Recht zunutzen machen will (vgl. z.B. van Deth 2007: 3 ff.). Als eine weitere wesentliche Voraussetzung nennt Marshall die Mitgliedschaft innerhalb einer Gemeinschaft, die auch Conover und Searing (2002) in ihr Modell der Staatsbürgerschaft aufnehmen: „Citizenship requires […] a direct sense of community membership based on loyalty to a civilisation which is a common possession. It is a loyalty of free men endowed with rights and protected by a common law" (Marshall 1950: 40).

Hintergrund seiner Analyse sind die damals in Großbritannien vorherrschenden Klassenkonflikte und extreme Formen sozialer Ungleichheit. Insofern stellt Marshall die Frage, „ob es eine grundsätzliche – qualitative – menschliche Gleichheit gibt, die in einem gemeinsamen Status aller Mitglieder einer Gesellschaft zum Ausdruck kommt, und die mit einem System – quantitativer – sozialer Ungleichheit vereinbar ist" (Mackert 2006: 30). Er kommt zu dem Schluss, dass „die Ungleichheit eines Systems sozialer Ungleichheit unter der Voraussetzung akzeptiert werden kann, dass die Gleichheit des Staatsbürgerstatus anerkannt ist" (Marshall 1992: 38).

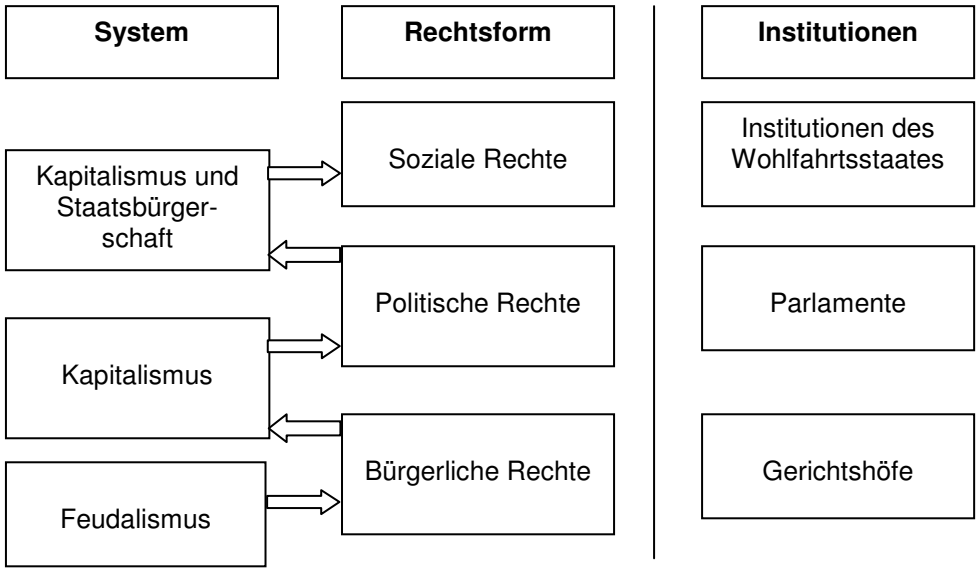
Marshalls Analyse zielt einerseits auf den Einfluss der Staatsbürgerrechte auf die soziale Ungleichheit des Klassensystems ab und andererseits auf die Frage nach dem Beitrag der Staatsbürgerrechte zur sozialen Integration moderner Gesellschaften (vgl. z.B. Marshall 1992: 53, Mackert 2006: 31). Er rekonstruiert die historische Entwicklung zur modernen Gesellschaft, um das Spezifikum kapitalistischer Klassengesellschaften zu beschreiben. Als Ausgangspunkt wählt er den Feudalismus, zu dessen Zeit die Gesellschaft in verschiedene Stände aufgeteilt ist und dessen Statussystem Ungleichheiten per se in sich birgt. Der Feudalismus wird vom Kapitalismus abgelöst, also von einem neuen Marktsystem, das neue Ungleichheiten generiert. Erst in einem dritten Schritt entwickelt sich ein neues System (Kapitalismus und Staatsbürgerschaft), in dem der neue Status des Staatsbürgers alle Individuen zu formal Gleichen erklärt (vgl. z.B. Lockwood 1974: 365 ff.). Der historische Prozess lässt erkennen, dass sich im Grunde genommen zwei widersprüchliche gesellschaftliche Prinzipien nebeneinanderher entwickeln. Einerseits gibt es das System des Kapitalismus, das

Ungleichheit erzeugt und andererseits existiert das Strukturprinzip der Staatsbürgerschaft, das alle Bürger zu Gleichen macht. Wie können diese beiden Systeme in modernen Gesellschaften gleichzeitig zu sozialer Integration beitragen, ohne dass sie sich gegenseitig blockieren?

2.3.2 Dimensionen der Staatsbürgerschaft

Aus Sicht von T.H. Marshall hat sich die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in drei eindeutigen Phasen vollzogen (vgl. z.B. Pattie et al. 2004: 8 ff., Mackert 2006: 32 ff.), die in diesem Kapitel näher erläutert werden sollen. In der traditionellen Gesellschaft Englands waren die Rechte noch unauflöslich miteinander verbunden. Im Prozess gesellschaftlicher Differenzierung entwickeln sich die einzelnen Rechte jedoch unterschiedlich und werden mit spezifisch gesellschaftlichen Institutionen verbunden (Gerichte, Parlamente, Institutionen des Wohlfahrtsstaates).

Abbildung 4: Das Modell der Staatsbürgerschaft



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an T.H. Marshall (1950).

Die erste Phase bildet die Etablierung von bürgerlichen Rechten im 18. Jahrhundert wie beispielsweise das Recht auf eigenen Besitz, gleiche Grundrechte,

gleiche Rechtsprechung, die freie Rede, Vereinigungs- und Religionsfreiheit und das Recht auf Arbeit. Die mit den bürgerlichen Rechten verbundenen Institutionen sind die Gerichtshöfe. Die Rechte sind vor Gericht einklagbar und müssen durch diese durchgesetzt werden können. Die Entfaltung des kapitalistischen Systems setzt den Zusammenbruch des Feudalismus voraus und damit auch die Freisetzung der Individuen aus feudalen Bindungen. Insofern schaffen die neu errungenen Freiheitsrechte die Voraussetzungen für den Kapitalismus als neues System sozialer Ungleichheit. Im 19. Jahrhundert etablierten sich dann schrittweise die politischen Rechte.[9] Das Wahlrecht, das Recht auf Wählbarkeit und das Recht auf politische Partizipation sind eng mit der Institutionalisierung der Parlamente verbunden. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Rechten stellen die politischen Rechte eine größere Gefahr für den Kapitalismus dar. Durch die Ausweitung politischer Rechte auf die unteren Bevölkerungsschichten erhält grundsätzlich jeder Bürger die Möglichkeit, soziale Missstände zum Gegenstand politischer Diskussionen zu machen, wenngleich die neuen Möglichkeiten, sich innerhalb von Organisationen für die Durchsetzung eigener Belange zu engagieren, erst erlernt und entwickelt werden mussten. Noch bevor Parteien dies zu ihrer Aufgabe machten, erstarkten die Gewerkschaften und erreichten die Verbesserung des sozialen und wirtschaftlichen Status der Arbeiter auf Basis der bürgerlichen Freiheitsrechte (vgl. z.B. Mackert 206: 34). Schließlich war das 20. Jahrhundert die Quelle der sozialen Rechte und gleichzeitig die dritte Phase der Rechtsetablierung. Sie umfassten das Recht auf ökonomische Fürsorge und soziale Sicherheit sowie das Recht auf Bildung. Damit sind die Institutionen des Wohlfahrtsstaates, insbesondere die der sozialen Dienste und des Erziehungswesens, verbunden. Die Durchsetzung dieser Rechte zielt im Gegensatz zu den bürgerlichen Freiheitsrechten und den frühen politischen Rechten auf die Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum ab. Diese letzte Phase bringt nach Marshall letztlich den entscheidenden Fortschritt in der Durchsetzung des Gleichheitsprinzips (vgl. Marshall 1992: 66).

[9] Die Durchsetzung politischer Rechte erfolgte nicht für alle Bürger gleichzeitig. Das zeigt sich an der späten Errungenschaft des Wahlrechts für Frauen. Das Frauenstimmrecht wurde beispielsweise in der Schweiz erst im Jahr 1971 eingeführt.

Die bürgerlichen und politischen Rechte sind nach Marshall (1950) für den Prozess gesellschaftlicher Integration moderner Gesellschaften von herausragender Bedeutung, denn der „Staatsbürgerstatus setzt eine Bindung anderer Art voraus, ein unmittelbares Gefühl der Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft auf der Grundlage von Loyalität gegenüber einer Kultur, die von allen geteilt wird. Es ist die Loyalität freier Menschen, die mit Rechten ausgestattet sind und durch ein gemeinsames Recht geschützt werden“ (Marshall 1992: 62). Vor diesem Hintergrund spielen die sozialen Staatsbürgerrechte eine besondere Rolle und sind für den Integrationsprozess entscheidend, da sie integrativen Charakter besitzen. Demnach hat jedes Individuum die gleiche Chance, über das Bildungssystem und durch individuelle Anstrengung einen entsprechenden Platz in der Gesellschaft zu erreichen. Der individuelle, durch Bildung erworbene Status legitimiert folglich das Vorhandensein sozialer Ungleichheit (vgl. z.B. Mackert 2006: 37).

Marshalls Analyse zielt auf die Bedingungen sozialer Integration in modernen Gesellschaften ab. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist das Spannungsverhältnis zwischen formaler Gleichheit und legitimer sozialer Ungleichheit. Sein Modell der Staatsbürgerschaft hatte großen Einfluss auf die Zivilgesellschaftsdebatte und bildete den Ansatzpunkt für Talcott Parsons (1951, 1962, 1969) Analyse über die Struktur und Funktionsweise moderner Staatsbürgerschaft. Bis heute ist jedoch gerade Marshalls Konzept der drei Phasen zur Entwicklung staatsbürgerlicher Rechte der Bezugspunkt zahlreicher Debatten um Citizenship geblieben (vgl. z.B. Soysal 1994, Beiner 1995, Pattie et al. 2004). Daher soll auf das Konzept von Talcott Parsons an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Vielmehr soll der Charakter der Soziologie der Staatsbürgerschaft im Rahmen der aktuellen zeitgenössischen Konzepte dargestellt werden.

2.3.3 Zeitgenössische Konzepte zum Modell der Staatsbürgerschaft

Der Status eines Staatsbürgers wird durch zwei fundamentale Beziehungen definiert: zum einen durch die Verbindung zwischen dem Individuum und den anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Zum anderen durch die Verbindung zwischen dem Individuum und den politischen Eliten (vgl. z.B. Conover/Searing

2002: 92, Denters et al. 2007: 90). Dies ist der zentrale Gedanke des Citizenship-Modells, das die Umsetzung einer „guten Gesellschaft“ erklären will.

Pamela Johnston Conover und Donald D. Searing (2002) erstellen ihr eigenes Citizenship-Konzept, das im Kern von einer Mehrdimensionalität des Konstrukts der Staatsbürgerschaft ausgeht. Es umfasst eine Vielfalt an gesetzlichen, psychologischen und verhaltensabhängigen Elementen: Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft, die individuelle Bedeutung von Citizenship sowie die Art des politischen Verhaltens (vgl. Conover/Searing 2002: 92). Letzteres muss von den anderen beiden genannten Dimensionen streng analytisch getrennt werden, da es sich hierbei nicht um politische Orientierungen, sondern bereits um einen möglichen Output handelt. Insofern werden in den folgenden empirischen Analysen lediglich die beiden Komponenten Mitgliedschaft innerhalb einer politisch-sozialen Gemeinschaft (status of belonging) sowie die individuelle Bedeutung von Citizenship (sense of citizenship) betrachtet. Conover und Searing gehen davon aus, dass sich Staatsbürgerschaft in Beziehungen zwischen Freunden und Nachbarn gründet, die durch gemeinsame Aktivitäten und Traditionen aneinander gebunden sind (vgl. Conover/Searing 2002).

In den später folgenden empirischen Analysen wird untersucht, wie die Menschen in mittel- und osteuropäischen Ländern die Normen einer guten Staatsbürgerschaft auffassen und inwieweit sie diese bereits verinnerlicht haben. Dabei wird angenommen, dass es eine Mehrzahl an staatsbürgerlichen Normen gibt. Folglich existieren verschiedene Konzepte zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft gleichzeitig, was für moderne Gesellschaften charakteristisch ist (vgl. z.B. Sniderman et al. 1996). In diesem Kapitel wird der Fokus auf vier verschiedene Citizenship-Konzepte gelegt[10]: das traditional-elitistische Modell, das liberale Modell, das kommunitaristische Modell und das partizipatorische Modell.

In ihrer Studie zur Staatsbürgerkultur (Civic Culture) bieten Almond und Verba (1963: 337 ff.) ein Modell der Staatsbürgerschaft, das zwei Elemente beinhaltet, welche die Beziehung zwischen den Bürgern und den politischen Eliten kenn-

zeichnen. Um den Anforderungen demokratischer Politik zu entsprechen, sollten die Staatsbürger politisch interessiert sein, aktiv am politischen Prozess teilnehmen, selbstbewusst und kritisch, aber gleichzeitig loyal sein und Vertrauen in die Arbeit der politischen Eliten haben (vgl. Almond/Verba 1963). Einerseits benötigen die politischen Autoritäten Entscheidungsfreiheit, um ihre politische Aufgabe effektiv auszufüllen und umzusetzen. Auf der anderen Seite ist das Risiko des Machtmissbrauchs durch die Entscheidungsträger umso höher, je mehr die Staatsbürger ihnen vertrauen und sich loyal zeigen. Insofern sind neben der Loyalität ein kritischer Sinn und die politische Partizipation der Staatsbürger notwendig, um einen derartigen Machtmissbrauch durch die Entscheidungsträger im Sinne einer effektiven demokratischen Kontrollinstanz zu verhindern (vgl. z.B. Denters et al. 2007: 90). Die erste Komponente der staatsbürgerlichen Rolle ist in der traditional-elitistischen Sicht auf die Demokratie verwurzelt.

Grundlegende Tugenden wie Gesetzestreue und Loyalität gegenüber dem Staat sollten aus liberaler Sicht (vgl. z.B. Kymlicka/Norman 1995: 297 f.) mit einem kritischen sozio-politischen Bewusstsein einhergehen. Sozio-politisches Bewusstsein bedeutet in diesem Sinne die Fähigkeit, Autorität zu hinterfragen, und den Willen, sich in der öffentlichen politischen Diskussion zu beteiligen (vgl. Denters et al. 2007: 90).

Während die beiden dargestellten theoretischen Debatten sich mit der Beziehung zwischen Individuum und Regierung beschäftigen, betont die kommunitaristische Theorie vielmehr den Gemeinschaftsaspekt. Freiwilligenorganisationen oder andere gesellschaftliche Gruppen erzeugen ein bestimmtes Maß an Solidarität zwischen denjenigen, die gemeinsame Interessen haben oder dieselben Traditionen teilen. Insofern gelten diese Vereinigungen als Wiege staatsbürgerlicher Tugenden (vgl. z.B. Putnam 1993: 86 ff., Beiner 1995, Conover/Searing 2002). Aus kommunitaristischer Sicht sind Werte wie Solidarität, Partizipation und Toleranz von enormer Bedeutung, denn sie spiegeln die Prinzipien der guten Staatsbürgerschaft wider. Sie beschreiben sowohl Normen der individuellen

---

[10] In Anlehnung an Beiner 1995, Conover/Searing 2002 und Denters et. al. 2007.

und kollektiven Handlungen als auch die Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers als Teil der Gesellschaft (vgl. z.B. Walzer 1989: 211). Der kommunitaristische Ansatz betont die Bedeutung der aktiven Partizipation innerhalb der Gesellschaft als wesentliches Element der guten Staatsbürgerschaft (vgl. z.B. Walzer 1989: 216 ff.). Staatsbürgerliche Tugenden wie die Solidarität und die Beteiligung an der Lösung gesellschaftlicher Fragen sind für das Wohl der politischen Gemeinschaft ebenso wichtig (vgl. z.B. Kymlicka/Norman 1995: 249 ff.).

Das partizipatorische Modell betont die aktive politische Partizipation als Schlüsselelement der guten Staatsbürgerschaft. Durch die politische Partizipation werden den Individuen neue Sichtweisen eröffnet und sie werden mit politischen Themen in Berührung gebracht, die außerhalb ihrer persönlichen Lebensumstände liegen. Darüber hinaus werden die Individuen dazu ermutigt, auch den Themen Beachtung zu schenken, welche vorrangig die politische Gemeinschaft als Ganzes betreffen und nicht nur die Belange eines jeden Einzelnen (vgl. z.B. Kymlicka/Norman 1995: 292 f.). Hintergrund dieser Denkweise ist die Vorstellung, dass eine aktive Beteiligung im politischen und sozialen Leben moralisch höher einzustufen und mehr zu honorieren ist, als das Streben nach individuellen Vorteilen. Walzer (1995: 155) sieht in der aktiven Partizipation den kleinsten gemeinsamen Nenner der partizipatorischen Interpretation von guter Staatsbürgerschaft: „To live well is to be politically active, working with our fellow citizens, collectively determining our common destiny […] for the work itself, in which our highest capacities as rational and moral agents find expression.“ Die partizipatorische Sichtweise der guten Staatsbürgerschaft war vor allem Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre populär (vgl. z.B. Habermas 1962, Pateman 1970), wird aber auch später noch von Theoretikern (vgl. z.B. Barber 1984, 1998) unterstützt.

Die kurze Zusammenfassung zeigt, dass mehrere bedeutende theoretische Konzepte zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft existieren, die sich teilweise überschneiden oder auch ergänzen. Es gibt allerdings keinen allgemein akzeptierten Kanon staatsbürgerlicher Pflichten: „What is lacking however is any clear consensus, either as to the place of virtue concepts relative to other moral concepts, or as to which dispositions are to be included within the

catalogue of the virtues or the requirements imposed by particular virtues“ (vgl. MacIntyre 1981: 210). Dennoch lassen sich aus der obigen Zusammenfassung einige Gemeinsamkeiten ablesen. Die Tugend der Gesetzestreue wird beispielsweise von traditionalen Elitisten ebenso als bedeutend angesehen wie von Vertretern der liberalen oder der kommunitaristischen Sichtweise. Die Tugend der Solidarität spielt sowohl im partizipatorischen Modell als auch im kommunitaristischen Modell eine wesentliche Rolle bei der Erklärung guter Staatsbürgerschaft. Das sozio-politische Bewusstsein ist sowohl bei den traditionalen Elitisten als auch bei den Liberalen von zentraler Bedeutung.

Es konnte gezeigt werden, dass staatsbürgerliche Tugenden eher abstrakte Prinzipien sind, die nur schwer operationalisiert werden können, um sie in empirischen Analysen zu verwenden. In der vorliegenden Arbeit wird dennoch dieser Versuch unternommen. In Kapitel 4.1 wird aufgezeigt, wie die Verankerung von staatsbürgerlichen Normen gemessen werden kann. Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht nur eines der theoretischen Konzepte allgemeingültig ist, sondern dass vielmehr eine Mischform dieser theoretischen Richtungen das Konstrukt der guten Staatsbürgerschaft erklären kann.

2.3.4 Die „gute Staatsbürgerschaft“ aus spieltheoretischer Sicht

Was bedeutet also die gute Staatsbürgerschaft? Wodurch wird sie beeinflusst und was macht sie aus? Die Wissenschaftler Pattie, Seyd und Whiteley (2004: 22) definieren die gute Staatsbürgerschaft folgendermaßen:

> „Citizenship is a set of norms, values and practices designed to solve collective action problems which involve the recognition by individuals that they have rights and obligations to each other if they wish to solve such problems.”

Das Kernproblem einer Theorie der guten Staatsbürgerschaft liegt darin, zu erklären, warum eine Gruppe von Individuen bereit ist, mit anderen zu kooperieren und relevante gesamtgesellschaftliche Probleme gemeinsam zu lösen, wenn es doch genug Anreize dafür gibt, dies nicht zu tun und als sogenannte „Trittbrettfahrer“ von den Errungenschaften anderer zu profitieren (vgl. Pattie et al. 2004: 18). Die Sprache der Spieltheorie hilft oft, das Kernproblem zu erken-

nen, obwohl es nicht notwendigerweise Antwort auf alle Fragen liefert. Das Modell der Spieltheorie birgt auch einen gewissen Nutzen zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft, weil es sowohl die Pflichten als auch die Rechte der Mitglieder einer Gemeinschaft berücksichtigt. Individuen kooperieren, auch wenn ihr kurzfristiger Mehrwert möglicherweise höher wäre, wenn sie nicht kooperierten, aber der langfristige Nutzen ist vorhanden. Mit anderen Worten heißt das: Individuen akzeptieren gewisse Pflichten, weil sie erkennen, dass dadurch ihre Rechte gewahrt bleiben. Dabei sind sie eher für eine Kooperation mit Menschen empfänglich, die ihnen selbst ähnlich sind, weil sie glauben, dass diese zu gegebener Zeit auch eine Gegenleistung erbringen werden (vgl. Pattie et al. 2004: 20).

Wenn man den Individuen Rechte zugesteht, ohne ihnen gleichzeitig Pflichten aufzuerlegen, bietet man ihnen den Anreiz, als Trittbrettfahrer von den Errungenschaften anderer zu profitieren. Gleiches gilt, wenn man Personen mit ungleichen Rechten ausstattet, sodass eine Person mehr Rechte und somit mehr Macht besitzt. Für den Mächtigeren wird die Ausbeutung des Anderen die lukrativere Strategie im Vergleich zur Kooperation. Wenn jedoch die Akteure glauben, dass sie zukünftig durch eine längerfristige Beziehung aneinander gebunden sind, so bietet dies einen Anreiz zur Kooperation zwischen Mitgliedern derselben ethnischen, religiösen oder kulturellen Gemeinschaft (vgl. Pattie et al. 2004: 20).

Bei dieser Erklärung handelt es sich um ein reduziertes Modell zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft, weil es Themen der Identität, der Moral und des Rechts nicht berücksichtigt. Aber die wichtigsten Annahmen der Kooperationstheorie geben zumindest eine Richtung vor, unter welchen Bedingungen sich eine gute Staatsbürgerschaft entwickeln kann. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass zahlreiche Wissenschaftler wichtige und oft bahnbrechende Konzepte zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft entwickelten. Diese liefern letztlich aber dennoch keine überzeugenden Erläuterungen, wodurch die Verankerung staatsbürgerlicher Normen beeinflusst wird und was letztlich die Determinanten der guten Staatsbürgerschaft sind.

2.4 Demokratische Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa nach 1990 im Kontext der Transitionsforschung

Im folgenden Kapitel werden die Grundgedanken der Transitionsforschung[11] dargestellt, um in einem zweiten Schritt die Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas im Vergleich zu beleuchten.

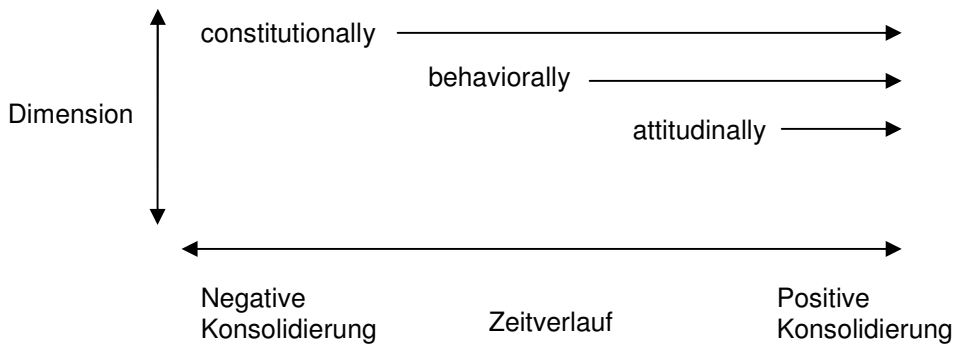
Der Forschungsbereich der Transitionsforschung umfasst die Analyse von Systemwechseln mit ihren politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten (vgl. z.B. Kaase/Lepsius 2001: 344). Neben der Politische-Kultur-Forschung stellt die Transitionsforschung einen wichtigen theoretischen Kontext zur Relevanzbegründung und Verortung demokratischer, staatsbürgerlicher Orientierungen gegenüber den politischen Regimes Mittel- und Osteuropas dar. Die Übergänge von autoritären zu demokratischen Systemen und die damit verbundene Frage, unter welchen Rahmenbedingungen junge Demokratien überleben können, stehen in der Transitionsforschung im Mittelpunkt des Interesses. Zwischen den Überlegungen der Politische-Kultur- und der Transitionsforschung gibt es durchaus starke inhaltliche und konzeptionelle Parallelen (vgl. Neller 2006: 70). In der einschlägigen Literatur haben sich jedoch beide Forschungen als eigenständige Bereiche etabliert und werden daher im Rahmen dieser Arbeit gesondert betrachtet.

Bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren befassten sich Wissenschaftler mit den Bedingungen und Konsequenzen des Systemwechsels als Hinführung zu Demokratie und Marktwirtschaft (vgl. z.B. Merkel 1999). Darüber hinaus analysierte die theoriegeleitete Transitionsforschung Aspekte der Konsolidierung und Dekonsolidierung junger Demokratien. In diesem Bereich lassen sich Parallelen zur Politische-Kultur-Forschung erkennen. Die in den Kapiteln 2.1 und 2.2 beschriebenen Ansätze beschäftigen sich gleichermaßen mit Faktoren, welche die Stabilität politischer Systeme beeinflussen. Für die Evaluation des Erfolges der Transformationsprozesse spielt der Begriff der Konsolidierung eine große Rolle (vgl. z.B. Linz/Stepan 1996, Merkel 1999, Jacobs 2004). Die Konsolidierung

[11] Die ältere Bezeichnung lautet Transformationsforschung. Zur Verwendung der unterschiedlichen Bezeichnungen „Transition“ und „Transformation“, vgl. z.B. Kaase/Lepsius 2001: 344 ff.

beschreibt im Prozess der Etablierung junger Demokratien eine Phase, die nach Umbruchswirren eintritt und den Übergang in einen „Normalzustand“ des politischen Systems umfasst. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte die Hochkonjunktur der Konsolidierungsforschung ein. In dieser Phase richteten die Forscher ihr Augenmerk weniger auf sozioökonomische Faktoren als vielmehr auf Akteure und Prozesse (vgl. z.B. Diamond 1996, Merkel 1999, Jacobs 2004, Neller 2006). Die Rolle der Bürger und deren politische Einstellungen wurden zunehmend mehr thematisiert und die Verbindung zu den Überlegungen der Politische-Kultur-Forschung bzw. der Einstellungsforschung wurde in diesem Zusammenhang noch deutlicher. Larry Diamond (1996: 33) betonte im Jahr 1996 in seinen Ausführungen über die Politische Kultur in Mittelosteuropa die zentrale Bedeutung zivilgesellschaftlicher Faktoren für den demokratischen Konsolidierungsprozess.

Abbildung 5: Das Modell der Konsolidierung auf drei Dimensionen



Quelle: Jacobs 2004: 48.

Zwei zentrale Fragen der sozialwissenschaftlichen Debatte lauten: Wann kann der Systemwechsel kommunistischer Staaten als abgeschlossen und die Demokratie als konsolidiert angesehen werden? Und ist eine Verankerung von demokratischen Werten in der politischen Kultur eines Landes erforderlich, um von krisenresistenten, institutionellen Rahmenbedingungen sprechen zu können? Dabei hat sich in den letzten Jahren ein gewisser Konsens herausgebildet, der sich bei Juan Linz und Alfred Stepan (1996) wiederfindet. Die beiden

Autoren sehen den Prozess dann als abgeschlossen an, wenn folgende drei Bedingungen erfüllt sind:

1) Auf der Verhaltensebene darf kein bedeutender Akteur wichtige Ressourcen darauf verwenden, Ziele mithilfe von nicht-demokratischen Mitteln zu erreichen (behaviorally).
2) Die zentrale staatliche Politik muss durch die vom neuen demokratischen Prozess sanktionierten Gesetze, Verfahren und Institutionen bestimmt werden, ohne dass wesentliche Machtressourcen existieren, die dies verhindern (constitutionally).
3) Auf der Einstellungsebene muss eine starke Mehrheit an Bürgern hinter der Auffassung stehen, dass demokratische Institutionen und Verfahren am besten geeignet sind, das kollektive Leben innerhalb der politischen Gemeinschaft zu regeln (attitudinally) (vgl. Przeworski 1991, Linz/Stepan 1996: 6, Pollack et al. 2006: 10 ff.).

In der Transitionsforschung hat sich ein Modell der Einteilung des Transformationsprozesses in drei Phasen durchgesetzt. Die einzelnen Phasen der Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung lassen sich zwar analytisch trennen, gehen empirisch jedoch ineinander über. Die Konsolidierung stellt in jedem Fall den Abschluss des Transformationsprozesess dar. In diese Zeit fallen hauptsächlich die Etablierung der neuen demokratischen Institutionen und Prozesse. In der theoretischen Transitionsforschung kristallisierten sich unterschiedliche inhaltliche Verständnisse von der Konsolidierung demokratischer Systeme heraus.[12] Merkel und Puhle (1999: 135 ff.) sehen ein demokratisches Regime erst dann als konsolidiert an, wenn alle politisch signifikanten Gruppen die zentralen politischen Institutionen des Regimes als legitim ansehen und die Spielregeln der Demokratie befolgen. Laut Jacobs (2004: 41) gibt es sowohl eine minimalistische als auch eine maximalistische Vorstellung davon, was als abgeschlossene Konsolidierung gelten kann. Erstere bezieht sich lediglich auf die institutionelle Basis der Demokratie. Das maximalistische Verständnis von Konsolidierung berücksichtigt ausdrücklich die einstellungsmäßigen Grundlagen einer politischen Ordnung. Demnach ist die politische Kultur eines Landes ein

[12] Einen Überblick findet man bei Jacobs 2004: 40 ff.

wesentlicher Faktor, der den erfolgreichen Abschluss einer Konsolidierung beeinflusst (vgl. z.B. Diamond 1999, Merkel 1999, Jacobs 2004, Neller 2006).

2.4.1 Die Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa

Die ersten beiden in Kapitel 2.4 genannten Kriterien einer abgeschlossenen Konsolidierung sind für die vorliegende Arbeit wenig relevant und werden daher nicht näher ausgeführt. Das dritte Merkmal der abgeschlossenen Konsolidierung fällt eindeutig in den Forschungsbereich der Politische-Kultur-Forschung. Die Bewertung der Konsolidierung hängt also wesentlich von den Einstellungen der Bürger gegenüber der Demokratie ab. Nur wenn die institutionelle Ordnung nicht von der Bevölkerung abgelehnt wird, wird sich die Demokratie auf Dauer in diesen Ländern etablieren können (vgl. z.B. Plasser et al. 1997, Diamond 1999). Pollack et al. (2006: 12) halten die bisherige Erfassung von Einstellungen zu sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Themen und deren Auswirkungen auf den politischen und soziokulturellen Transformationsprozess in Osteuropa als unzureichend. Der Grund dafür ist, dass bislang noch kein Versuch unternommen wurde, die subjektiven Dimensionen der Transformation in Osteuropa in ihrer Interaktion mit sozialen und politischen Einstellungen systematisch zu untersuchen. Außerdem konzentriert sich die Wissenschaft häufig auf Einzelaspekte der politischen Systeme, oder die Analysen besitzen einen stark deskriptiven Charakter.

Nachdem es lange Zeit um die Relevanz des Konzepts der Staatsbürgerkultur von Almond und Verba ging, wetteiferten internationale Forscher nach 1990 um den Zugang zu aktuellen Daten über demokratische Orientierungen und politisch-kulturelle Trends in den post-kommunistischen Gesellschaften. Durch die größere Anzahl an verwendbaren Untersuchungsfällen für den empirischen Vergleich wurde die Chance einer breiteren statistischen Analyse eröffnet. Mit einigen wenigen Ausnahmen sind sich die Forscher einig, dass die politische Kultur einer Bevölkerung eine der wichtigsten Faktoren für den Prozess einer demokratischen Konsolidierung ist (vgl. z.B. Gerlich et al. 1992; Kasse 1994; Linz/Stepan 1996: 235-457; Plasser/Pribersky 1996; Gabriel 1996; Ulram/Plasser 2003, Jacobs 2004). Die Vergleichbarkeit der osteuropäischen

Länder verbessert sich auch durch die Tatsache, dass in allen Ländern ein ähnlicher Umbruchprozess stattgefunden hat. Der wissenschaftliche Wettbewerb wurde durch den Versuch verschärft, mit der Dynamik des politischen Wandels in Osteuropa Schritt zu halten, was die Gefahr oberflächlicher und spekulativer Interpretationen erhöht. Die bereits empirisch ausgewerteten Daten zeigten bislang jedoch trotz länderspezifischer Schwankungen, temporärer Einbrüche und punktueller Phasen der Stagnation einen eindeutigen Trend in Richtung einer stetigen Vertiefung demokratischer Orientierungen auf (vgl. z.B. Plasser/Pribersky 1996). Allerdings zeichnet sich fast zwei Jahrzehnte nach dem Kollaps des kommunistischen Regimes in Mittelosteuropa kein einheitliches Bild von der politischen Kultur in dieser Region ab (vgl. z.B. Ulram/Plasser 2003: 42 ff., Pollack et al. 2006: 9). Die osteuropäischen Staaten sind nicht als monolithischer Block zu betrachten. Sie durchlaufen ganz unterschiedliche Entwicklungsprozesse auf dem Weg zur Demokratie und deren Stabilisierung.

Pickel und Jacobs (2006) untersuchen den Stand der Konsolidierung in Osteuropa anhand „objektiver“ Demokratisierungsindizes. Für sie ist „die Etablierung von Freiheits- und Bürgerrechten […] ein Kernelement, um überhaupt von Demokratie in einem Land sprechen zu können“ (Pickel/Jacobs 2006: 36). Bürgerliche Freiheiten und politische Rechte werden durch verschiedene Demokratisierungsindizes erfasst und geben aus Sicht von Experten (vgl. z.B. Gurr/Jaggers 1995, Lauth 2004, Pickel/Jacobs 2006) Auskunft über die Verankerung demokratischer Grundprinzipien. Dabei weisen die westlichen Demokratien sehr gute Bewertungen im internationalen Vergleich auf. Zwischen den modernen Industriestaaten bestehen nur marginale Unterschiede. Doch auch die mittelosteuropäischen Staaten wie Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und Slowenien erhalten Bewertungen, die in etwa dem hohen Niveau der westeuropäischen Länder entsprechen, und werden daher überwiegend als voll entwickelte Demokratien angesehen (vgl. Abb. bei Pickel/Jacobs 2006: 37, Gurr/Jaggers 1995). Diesen Staaten ist es nach Ansicht der Experten gelungen, ein Set an politischen und zivilen Bürgerrechten zu etablieren und bestehende Demokratiedefizite fast vollständig abzubauen, wenngleich die Analysen zeigen, dass es sich hierbei nicht um eine lineare Entwicklung hin zu einer liberalen Demokratie in Mittel- und Osteuropa handelt.

2.4.2 Die Entwicklung staatsbürgerlicher Orientierungen in Mittel- und Osteuropa: Annahmen der Sozialisations- und der Erfahrungshypothese

Die Bestimmung der Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen ist gleichzeitig eine der wichtigsten und am schwierigsten zu beantwortenden analytischen Herausforderungen der sozialwissenschaftlichen Analyse des Systemwechsels in Mittel- und Osteuropa. Die Debatte um die Determinanten lässt sich in zwei verschiedenen Konzepten zusammenfassen, die im Folgenden erklärt werden. Die Sozialisationshypothese geht von einer Verinnerlichung von Wertorientierungen während der formativen Jahre des Individuums aus, während die Erfahrungshypothese behauptet, dass politische Einstellungen im Wesentlichen durch gegenwärtige Lebensumstände und Erfahrungen im Alltag bestimmt werden (vgl. z.B. Fuchs 1998: 15-19, Diamond 1999: 192-217, Westle 1999, Arzheimer 2005).

2.4.2.1 Die Sozialisationshypothese

Die Politische-Kultur-Forschung geht davon aus, dass die Konsolidierung eines neuen politischen Systems ein langwieriger Prozess ist. Ralph Dahrendorf kommentierte die Situation der Transitionsstaaten folgendermaßen: Die Änderung des politischen Systems bedarf vielleicht sechs Monate, zur Einführung marktwirtschaftlicher Reformen braucht man mindestens sechs Jahre, aber zur Festigung einer demokratischen politischen Kultur sind 60 Jahre nötig.[13] Nach Annahmen der Sozialisationshypothese wird ein bestehendes politisches Regime vorrangig nach Wertmaßstäben beurteilt, die während der Sozialisation erworben worden sind (vgl. z.B. Jacobs 2004: 21, Fuchs 1997, Westle 1999, Arzheimer 2005). Erfahrungen aus der Vergangenheit können auch in der Gegenwart noch Auswirkungen auf das Verhalten eines Individuums haben, „möglicherweise insbesondere dann, wenn gleichzeitig Funktionserfordernisse des neuen Regimes nicht mit den Prinzipien des ancien régime vereinbar sind“ (Ja-

cobs 2004: 21). Trifft die Sozialisationshypothese zu, so wären bei positiven Einstellungen gegenüber dem früheren Regime und seinen Regeln deutliche negative Effekte auf die Einstellungen gegenüber dem neuen politischen System zu vermuten. Das vorrangige Sozialisationsziel der staatlichen Erziehung in den kommunistischen Ländern war die Umsetzung des Konzepts der „sozialistischen Persönlichkeit“ (vgl. z.B. Diamond 1999: 71, Jacobs 2004: 20). Bestandteil dieses Konzepts war die Vermittlung entsprechender sozialistischer Wertorientierungen und bestimmter Lebensstile. Zu dem Zeitpunkt, als das kommunistische System zusammenbrach, dürften keine diffusen Einstellungen, die mit einer liberalen Demokratie kompatibel wären, durch Primärsozialisation oder persönliche Erfahrungen vorhanden gewesen sein. Falls es positive Einstellungen gegenüber einer liberalen Demokratie gegeben habe, könnten „ Einstellungen und Verhaltensweisen, die denen der Westdeutschen ähnlich waren, […] allenfalls durch auf Unkenntnis basierende Idealisierung der politischen Verhältnisse“ begründet sein (Gabriel 1996: 244). Pluralistisch-demokratische Einstellungen wurden höchstens durch ein systemfremdes Elternhaus gefördert. Der Hypothese folgend, müsse man damit rechnen, dass sich die Bevölkerung eher an realsozialistischen Idealen orientiere und sich für eine dominante Rolle des Staates in allen Bereichen des ökonomischen und sozialen Lebens ausspreche. Die kollektive Interessensvertretung durch den Staat wäre somit wichtiger als die individuelle Verantwortung (vgl. z.B. Jacobs 2004: 99). Demnach hätten die Institutionen der kommunistischen Regime die entsprechenden Wertvorstellungen erfolgreich vermittelt.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa, der in manchen Staaten „von unten“, also durch das Volk herbeigeführt wurde, lässt allerdings fraglich erscheinen, ob die Erziehung zu sozialistischen Menschen erfolgreich war. Die von der Sozialisationshypothese unterstellte Uniformität der politischen Kultur und die damit einhergehende homogene Gesellschaft, in der sich die autoritäre Struktur der Regime unmittelbar abbildet (vgl. z.B. Jacobs 2004: 103 ff.), existiert in dieser Form nicht. Jede Gesellschaft ist auch von dritter Seite, die nicht mit der kommunistischen Ideologie kompatibel

[13] Nachzulesen in Bayer 2003: 13.

ist, beeinflussbar. Die in Kapitel 4 dargestellten empirischen Ergebnisse bestätigen diese Annahme. Eine zentrale Fragestellung lautet daher in den folgenden Kapiteln, ob und welche Möglichkeiten die Menschen in Mittel- und Osteuropa hatten, um demokratische staatsbürgerliche Werte zu internalisieren, nachdem sie über Generationen hinweg in einem autokratischen System lebten.

2.4.2.2 Die Erfahrungshypothese

Die Konzepte, die auf Basis der Erfahrungshypothese[14] entwickelt wurden, stehen im Grunde genommen im direkten Gegensatz zur Sozialisationshypothese. Befürworter der Erfahrungshypothese gehen davon aus, dass die Konsolidierung des politischen Systems weniger durch die Sozialisationsbemühungen der kommunistischen Parteien beeinflusst wird bzw. gefährdet ist. Vielmehr glauben sie, dass die von den Bürgern Mittel- und Osteuropas empfundene soziale und wirtschaftliche Benachteiligung, also die negative Leistungsbilanz der aktuellen Regierungspolitik, ausschlaggebend für die Unterstützung des politischen Regimes ist (vgl. z.B. Linz/Stepan 1996: 434-457, Pollack 1997, Diamond 1999, Jacobs 2004).

Juan Linz, Alfred Stepan (1996: 442 ff.) und einige andere Autoren (vgl. Jacobs 2004: 11) unterstellen sogar, dass die Bürger zwischen der Bereitstellung von wirtschaftlichen und politischen Gütern unterscheiden können und die Unterstützung des politischen Systems maßgeblich von den politischen Leistungen der Eliten abhinge. Damit hätten die Eliten einen großen Spielraum in der Gestaltung ihrer aktuellen Politik und könnten durch kurzfristig veränderte Politikinhalte, die von den Bürgern als gut empfunden würden, die Unterstützung der Bevölkerung für das politische Regime gewinnen. Der politische Handlungsspielraum, den die Erfahrungshypothese im Vergleich zur Sozialisationshypothese für die Beeinflussbarkeit der demokratischen, staatsbürgerlichen Orientierungen bietet, ist wesentlich größer. Dies würde jedoch bedeuten, dass die poli-

[14] Die Erfahrungshypothese wird häufig auch als Situationshypothese bezeichnet (vgl. z.B. Neller 2006: 68).

tische Kultur als Determinante für die Stabilität eines politischen Systems unerheblich wäre.

Ein Hauptkritikpunkt an der Erfahrungshypothese ist die Vorstellung, dass die Orientierungen gegenüber dem ancien régime allein durch situative Faktoren schlagartig verändert werden können (vgl. z.B. Neller 2006: 69, Westle 2004: 265). Den Befürwortern der Sozialisationshypothese wird dagegen vorgeworfen, dass sie die Wahrnehmung der eigenen Alltagserfahrung (Lebenssituation, wirtschaftliche Lage und Beurteilung der Politik) seit dem Umbruch im Jahr 1990 unterschätzen oder gänzlich ignorierten. Jörg Jacobs (2004: 21 ff.) schlägt daher eine sogenannte „modifizierte Situationshypothese“ vor, die davon ausgeht, dass die Erfahrungen der Sozialisationsphase die Unterstützung eines politischen Systems in hohem Maße mit beeinflussen. Darüber hinaus fließen jedoch auch die Erfahrungen mit der aktuellen Demokratie in die Bewertung mit ein. So werden früh implementierte Wertorientierungen mit Alltagserfahrungen kombiniert und bilden gleichermaßen relevante Determinanten für die Unterstützung des politischen Systems.

Die strikte Trennung zwischen Sozialisations- und Erfahrungshypothese ist im Wesentlichen ein akademisches und weniger ein empirisches Konzept. Daher ist es nicht verwunderlich, dass kaum ein Vertreter des einen Ansatzes den jeweils anderen ablehnt (vgl. z.B. Pickel 1998: 158 ff.). Diese Gedanken bilden die Basis für das im Rahmen der später folgenden empirischen Analysen angewendete Modell zur Verankerung staatsbürgerlicher Orientierungen in Mittel- und Osteuropa, das die Determinanten aus dem Kontext beider Hypothesen bedenkt und durch weitere wesentliche Erklärungsfaktoren ergänzt. Das vorgestellte Modell geht davon aus, dass im Rahmen der oben erwähnten Alltagserfahrungen die persönliche Lebenssituation eine ganz wesentliche Rolle spielt. Hierzu gehört auch die Integration der Individuen in die jeweilige politische Gemeinschaft. Dies kann beispielsweise in Form einer Mitgliedschaft in einer Partei, einer Gewerkschaft oder einem Verein sein. Diese Mitgliedschaft kann den Bürgern neue Sichtweisen auf politische Themen eröffnen und über längere Zeit hinweg Einstellungen gegenüber dem politischen System verändern (vgl. Kapitel 3).

3 Forschungsdesign

Wie aus Kapitel 2 hervorgeht, lässt sich die vorliegende Arbeit in unterschiedliche wissenschaftliche Forschungstraditionen einbetten. Für die weitere Argumentation sind vor allem die Annahmen der Transitionsforschung, das Modell der Staatsbürgerschaft und der Sozialkapitalansatz von Bedeutung. Wie bereits erläutert, sind die verschiedenen Konzepte eng miteinander verbunden. In Kapitel 3 soll nun gezeigt werden, wie verschiedene Indikatoren zur Erhebung der politischen Einstellungen zu staatsbürgerlichen Normen in ein Modell integriert werden können, das auf den Konzepten zum Sozialkapital und zur Staatsbürgerschaft basiert. Dieses Erklärungsmodell dient vor allem der analytischen Differenzierung des Citizenship-Konstruktes.

Zunächst werden nach einer allgemeinen Definition von Staatsbürgerschaft, die dieser Arbeit zugrunde liegt, die verwendeten Messinstrumente dargestellt, welche die Grundlage für die später folgenden empirischen Analysen bilden. Daran anschließend wird die Verortung dieser Indikatoren im Rahmen eines Modells qualitativ unterschiedlicher Ausprägungen von guter Staatsbürgerschaft erläutert, das als Basis für die in Kapitel 4 erläuterten empirischen Untersuchungen dient.

Das vorliegende Kapitel wird die methodische Basis für den empirischen Teil der Arbeit darstellen. Zunächst erfolgt eine Beschreibung der Datengrundlage und der Länderauswahl der empirischen Analysen. In Kapitel 3.3 wird das Erklärungsmodell zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen erläutert. Abschließend werden forschungsleitende Hypothesen formuliert, die den empirischen Untersuchungen zugrunde liegen.

3.1 Datengrundlage

Bislang liegt keine umfassende und allgemein verfügbare Studie vor, die ausschließlich Daten enthält, auf deren Grundlage die in der vorliegenden Arbeit gestellte Fragestellung, nämlich die Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen in mittel- und osteuropäischen Staaten, ausführlich analy-

siert und beantwortet werden könnte. Aus diesem Grund geht die vorliegende Untersuchung sekundäranalytisch vor und greift auf Daten zurück, die bereits vorhanden sind und ggf. anderen Zwecken dienen sollten.

Die Analysen dieser Arbeit basieren maßgeblich auf den Ergebnissen zweier Umfragen, die in mehreren, auch osteuropäischen, Ländern durchgeführt wurden. Die im Rahmen des International Social Survey Programme (ISSP) im Jahr 2004 gewonnenen Daten erlauben, eine Querschnittsanalyse verschiedener Indikatoren von Citizenship durchzuführen. Sie wurden vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) in Köln dokumentiert und zur Verfügung gestellt. Jährlich werden im Rahmen des ISSP empirische Umfragen in über 30 Ländern der Welt zu einem bestimmten Thema durchgeführt. Das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung führt die einzelnen Teilstudien zusammen und archiviert sie. Die Themen für jede Erhebung werden über mehrere Jahre hinweg von einem Komitee entwickelt und vorab in verschiedenen Ländern getestet. Abschließend wird der finale Fragebogen von der jährlichen Plenarsitzung des ISSP angenommen. Die Fragen müssen in allen Ländern relevant sein und anschließend in verschiedene Sprachen übersetzt werden. Das Schwerpunktthema der im Jahre 2004 durchgeführten Umfrage lautete „Citizenship and State“[15]. Der Titel lässt bereits darauf schließen, dass diese Studie für die hier interessierenden Fragestellungen besonders geeignet ist. Das umfangreiche Fragenprogramm der Interviews des ISSP erlaubt darüber hinaus eine Analyse der Determinanten von Citizenship. Somit werden durch die folgenden empirischen Analysen entscheidende Forschungslücken geschlossen.

Ergänzend zu den Daten aus der beschriebenen ISSP-Studie werden im Folgenden auch die Daten des European Social Survey (ESS) verwendet. Die Erhebungen des ESS finden ebenfalls in über 30 Ländern statt. Sie beinhalten repräsentative Bevölkerungsumfragen in allen beteiligten Ländern. Dabei wird ein einheitlicher Fragebogen zu verschiedenen Problemen des politischen und gesellschaftlichen Lebens verwendet, der durch länderspezifische Fragen sowie

[15] ZA 3950, Primärforscher: Dr. Max Haller, Dr. Markus Hadler und Mag. Regina Ressler. Die Studie ist beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) in Köln zugänglich. Sie kann unter dem angegebenen Titel im Datenbestandskatalog des ZA recherchiert werden.

wechselnde Schwerpunktthemen ergänzt wird. Die ersten Befragungen fanden 2002/2003 statt. Das Schwerpunktthema lag dabei auf „Citizenship, Involvement und Democracy“[16]. Die Projektidee des ESS entstand in der European Science Foundation (ESF) und wird von der Europäischen Kommission, der ESF und nationalen Forschungsförderungseinrichtungen finanziert.

Wenngleich die Erhebungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattgefunden haben, liegt hier keine Panelanalyse vor. Vielmehr bieten die Datensätze aus den Jahren 2002/2003 und 2004 die Möglichkeit für eine fundierte Querschnittanalyse. Die Ergebnisse werden später teilweise getrennt voneinander, teilweise aber auch in einer gemeinsamen Tabelle dargestellt.

3.2 Länderauswahl

Die aktuellen wissenschaftlichen Studien, die bürgerliches Engagement in West- und Osteuropa miteinander vergleichen, stellen einen wesentlichen Unterschied zwischen West und Ost heraus (vgl. z.B. Curtis et al. 2001, Howard 2002, Adam et al. 2004, Denters et al. 2007). Das Engagement der Bürger im Osten Europas ist geringer als im Westen. Betrachtet man den Bestand an Sozialkapital, so findet man ein deutliches West-Ost-Gefälle, was auf die frühere kommunistische Prägung der Staaten zurückzuführen ist. Denters et al. (2007: 97) zeigt vorwiegend Unterschiede im Hinblick auf die Verbreitung staatsbürgerlicher Normen in etablierten westlichen Demokratien und postkommunistischen Gesellschaften auf. Kurz zusammengefasst, zeigen Denters und seine Kollegen, dass westeuropäische Bürger eher kritische und deliberative Prinzipien verinnerlicht haben, wohingegen Loyalität und Gesetzestreue in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

Sowohl die ISSP-Studie als auch die ESS-Studie haben mehrere osteuropäische Staaten erfasst und enthalten Indikatoren, welche die wichtigsten der in den vorangegangenen Kapiteln angesprochenen Komponenten guter Staats-

[16] Primärforscher: Ken Newton, José Ramon Montero, Anders Westholm, Hanspeter Kriesi und Sigrid Roßteutscher. Die Daten des ESS sind unter http://europeansocialsurvey.org verfügbar.

bürgerschaft abdecken. Auch wenn diese nicht immer in optimaler Form vorhanden sind, war es zumindest ein Auswahlkriterium für folgende Länder, die in der vorliegenden Arbeit analysiert werden: Polen, die Tschechische Republik[17], Ungarn, Slowenien und Ostdeutschland[18]. Neben dem Kriterium, dass diese Länder in den verwendeten Datensätzen erfasst wurden und die wesentlichen Indikatoren zur Messung von staatsbürgerlichen Orientierungen enthalten sind, spielen weitere, inhaltliche Faktoren bei der Länderauswahl eine Rolle.

Betrachtet man Osteuropa als Großregion und lässt länderspezifische Differenzierungen außer Acht, so lassen sich bestimmte Elemente feststellen, welche diese Staaten prägten und zu dem werden ließen, was sie heute sind. Ein wichtiger Faktor ist die historische Problemlage, die aus der weltgeschichtlichen Konstellation des europäischen Ostens herstammt und politisch-dynastische, sozialhistorische oder ethnisch-kulturelle Hintergründe hat. Außerdem wurden die osteuropäischen Staaten durch den Realsozialismus geprägt. Gemeinsame Züge der kommunistischen Machtausübung sind trotz länderspezifischer Ausprägungen erkennbar. Es bestehen Gemeinsamkeiten in der historisch-politischen Entwicklung der post-kommunistischen Länder. Wie bereits in Kapitel 2.4.1 erwähnt, erhalten Polen, Tschechien, Ungarn und Ostdeutschland bezüglich ihres demokratischen Konsolidierungsstandes Bewertungen, die in etwa dem hohen Niveau der westeuropäischen Länder entsprechen (vgl. Freedom House Index 1998). Sie können daher überwiegend als voll entwickelte Demokratien angesehen werden (vgl. Abb. bei Pickel/Jacobs 2006: 37, Gurr/Jaggers 1995). Diesen Staaten ist es nach Ansicht der Experten gelungen, ein Set an politischen und zivilen Bürgerrechten zu etablieren und bestehende Demokratiedefizite fast vollständig abzubauen, wenngleich die Analysen zeigen, dass es sich hierbei nicht um eine lineare Entwicklung in Richtung liberale Demokratie in Mittel- und Osteuropa handelt (vgl. z.B. Freedom House, verschiedene Jahrgänge).

[17] Nachfolgend auch Tschechien.
[18] Ostdeutschland ist nicht als Land, sondern vielmehr als Region anzusehen. Zur Vereinfachung wird es im Folgenden jedoch in Anlehnung an die anderen Staaten als Land beschrieben.

Die postkommunistischen Staaten weisen jedoch nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern auch wesentliche Unterschiede auf, die die politische Kultur der Länder maßgeblich bestimmen. Dabei erscheint eine Dimension für die vorliegende Arbeit zentral: Die Art und Weise, wie die Menschen in den jeweiligen nationalen Gesellschaften den Kommunismus erlebt haben. Die Länder unterscheiden sich teilweise hinsichtlich der Penetration durch die kommunistische Elite, des Zeitpunktes und der Aufgabe des kommunistischen Machtmonopols, sowie hinsichtlich des gewählten Transformationspfades (vgl. z.B. Linz/Stepan 1996, Pickel 2006: 26). Der Transformationsprozess wurde teilweise „von oben" herbeigeführt, teilweise „von unten" durchgesetzt oder auch einfach durch einen Pakt vollzogen, je nachdem, ob es eine jahrzehntelange reformerische Tradition gab (Ungarn) oder die Transformation lange Zeit weitgehend abgelehnt wurde (DDR, Tschechische Republik) (vgl. z.B. Crome 1995).[19] Der Unterschied im Prozess der Demokratisierung könnte einen Effekt auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten der Bürger in den jeweiligen nationalen Gesellschaften haben.

In den Ländern, in denen der Widerstand und die Opposition gegenüber dem Kommunismus größer waren, ist der Einfluss des Kommunismus auf gemeinschaftsbezogene Werte und Normen geringer (vgl. z.B. Schwartz/Bardi 1997). Davon ausgehend müsste das Niveau der Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen in den Ländern höher sein, in denen die Penetration durch die kommunistische Elite geringer war. Ob dies so nachzuweisen ist, wird in Kapitel 4 aufgezeigt. Das aktuelle demokratische Regime der Tschechischen Republik entwickelte sich nicht im klassischen „bottom-up-way", wie sich die Vorkriegsdemokratie der Tschechoslowakischen Republik herausgebildet hat. Tschechien gilt als ein Land, in dem die sozialistische Ideologie nach 1968 sehr rigide durchgesetzt wurde (vgl. z.B. Wallace 1997). Janos (1996) beschreibt die Tschechoslowakei nach 1968 als ein étatistisches und militarisiertes Land, wohingegen er Ungarn, Polen und Jugoslawien als reformistische (marktsozialistische), bürgerliche Staaten bezeichnet. Einige Monate bevor die Berliner Mauer

[19] In: Heft 2: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995: 88.

fiel, klassifizierte Freedom House Ungarn, Polen und Jugoslawien bereits als „teilweise frei“, wogegen die Tschechoslowakei noch als extrem undemokratisch eingestuft wurde (vgl. z.B. Mishler/Rose 2002: 10). Das Land war eines der konservativsten Mitgliedstaaten des Ostblocks, in der die politische Elite bereit war, unter Gewaltandrohung die kommunistischen Regeln durchzusetzen.

Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in Ostdeutschland. Dort war seit 1949 eine totalitäre politische Ordnung aufgebaut worden, die dem Prinzip des demokratischen Zentralismus verpflichtet war (vgl. z.B. Kaase 2001, Gabriel 2005). In der DDR wurde jegliche gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) kontrolliert. Das politische System der DDR wird aufgrund der umfassenden Durchdringung aller Lebensbereiche durch die Einheitspartei als „Parteidiktatur“ bezeichnet. Fraglich ist jedoch, ob auch in Ostdeutschland eine geringe Verinnerlichung an staatsbürgerlichen Normen zu erwarten ist. In der Literatur findet man Hinweise darauf, dass schon frühzeitig gesamtdeutsche politische Orientierungen existierten. Die ostdeutsche Bevölkerung war durch die gemeinsame Sprache, die Nutzung des Westfernsehens und die Aufrechterhaltung freundschaftlicher oder verwandtschaftlicher Kontakte nicht so stark vom Westen isoliert wie die Bürger anderer Ostblockstaaten (vgl. z.B. Gabriel 2005). Diese Tatsache könnte einen Effekt auf den schnellen Erwerb demokratischer staatsbürgerlicher Orientierungen gehabt haben.

Polen, Ungarn und Slowenien hatten eher vergleichbare Ausgangsbedingungen. In Polen wurde 1980 die Gewerkschaft „Solidarnosć“ unter der Führung von Lech Walesa gegründet, was zu einem politischen Umschwung im Land führte (vgl. z.B. Bakuniak/Nowak 1987). Die Solidarnosć-Bewegung stand im Fokus des Wandels. Sie wurde von Anfang an von regimekritischen Intellektuellen, weiten Teilen der katholischen Kirche und einer großen Mehrheit der polnischen Bürger unterstützt. Das kommunistische Regime der 1980er-Jahre unternahm signifikante ökonomische Reformen und trieb die Marktliberalisierung voran (vgl. z.B. Markowski 1997). Unter der Elite des alten polnischen Regimes

war ein größerer Wille zu erkennen, Zugeständnisse zu machen und den politischen Wandel zu fördern.

In Ungarn wurde der Kampf gegen den Kommunismus von der politischen Elite selbst begonnen. Diese hat bereits in den 1960er-Jahren Liberalisierungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich vorgenommen (vgl. z.B. Bayer 2003, Haerpfner 2006). Der sogenannte „Gulaschsozialismus“ hatte bereits während der kommunistischen Periode das Ziel, unter Einsatz unterschiedlicher Liberalisierungsmaßnahmen den Lebensstandard der ungarischen Bürger zu erhöhen und gleichzeitig die staatliche Kontrolle beizubehalten (vgl. z.B. Rose/Makkai 1995).

Slowenien gilt als Musterfall einer Transformation in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Es war in der Lage, ökonomische Erschütterungen aufzufangen, partizipative Elemente zuzulassen und frühzeitig den Übergang in Demokratie und Marktwirtschaft einzuleiten (vgl. z.B. Wright et al. 2004). Darüber hinaus verfügt es über ein weitgehend legitimiertes politisches System, eine hohe ökonomische Leistungsfähigkeit und ein stetiges ökonomisches Wachstum (vgl. Pickel 2006: 27). Aus diesem Grund kann es als eine Art Kontrollfall dienen, um die Zusammenhänge zwischen den staatsbürgerlichen Orientierungen in der Bevölkerung auch unter veränderten strukturellen Bedingungen zu testen.

Tabelle 3: Ausgewählte Untersuchungsländer: Zahl der Befragten pro Land und Survey

Länder	*ESS 2002/2003*	*ISSP 2004*
Ungarn (HU)	1685	1035
Polen (PL)	2110	1277
Tschechien (CZ)	1360	1322
Slowenien (SLO)	1519	1054
Ostdeutschland (DE)[20]	1098	436

Insgesamt erlaubt die Auswahl der Länder die Überprüfung, ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen den Erfahrungen im Kommunismus und der Verankerung staatsbürgerlicher Normen auf der Makro-Ebene existiert. Die in Tabelle

[20] DE meint im Folgenden immer die Bevölkerung aus den neuen Bundesländern.

3 dargestellten Untersuchungseinheiten werden in den folgenden Analysen berücksichtigt.

Die interkulturell vergleichende Forschung bietet die Möglichkeit, den theoretischen und methodischen Fortschritt in den Sozialwissenschaften zu beschleunigen. Allerdings liegen in der international vergleichenden Forschung auch gewisse Schwierigkeiten. Bei komparativen Studien kann lediglich sinnvoll verglichen werden, wenn auch exakt Gleiches gemessen wird. Dies bezieht sich sowohl auf die zugrunde liegenden Dimensionen (Konstruktäquivalenz) als auch auf die einzelnen Items, die in die jeweilige Landessprache übersetzt werden. Voraussetzung ist, dass das zu untersuchende Konstrukt in den jeweiligen Ländern überhaupt existiert, um in vergleichbarer Weise gemessen werden zu können. Auch die einzelnen Items müssen funktional äquivalent sein. Dies ist der Fall, wenn sie zur Beschreibung von staatsbürgerlichen Normen dieselben Bezeichnungen aufweisen. Ist das nicht der Fall, kann dies möglicherweise an der Übersetzung liegen. Entweder erfolgt die Befragung in der Sprache der Mehrheit, was Minderheiten (bspw. Immigranten) in unterschiedlichem Ausmaß ausschließt und somit zu Messfehlern führt, oder ein bestimmtes Item wurde in einem der untersuchten Länder fehlerhaft übersetzt, was ebenfalls zu Messfehlern führt.

3.3 Das Erklärungsmodell

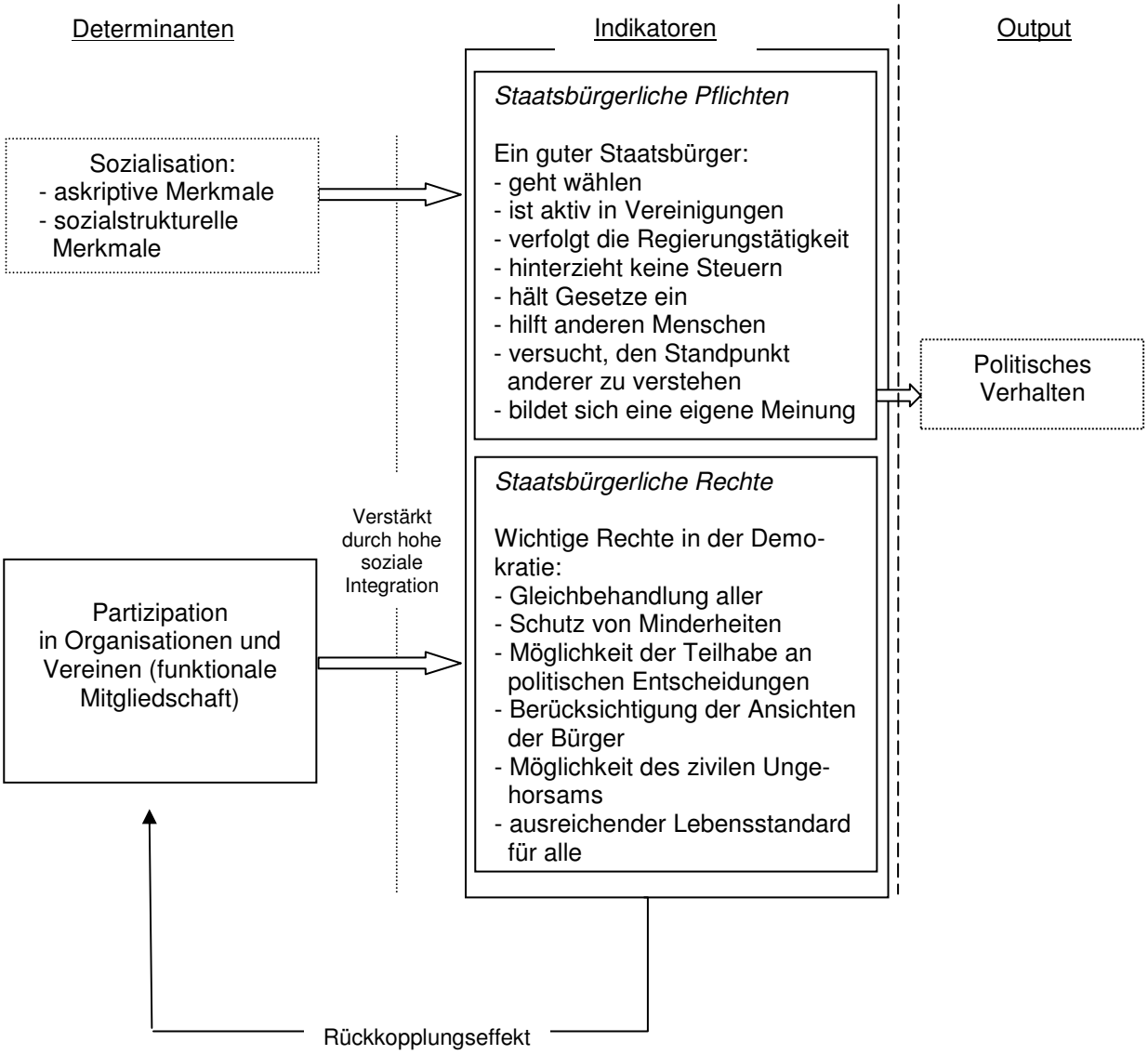
Wie in Kapitel 2.3 ausgeführt, wird im Folgenden unter dem Begriff der „Staatsbürgerschaft“ ein Status verstanden, der allen Bürgern gegeben ist, die als volle Mitglieder einer politischen Gemeinschaft[21] gelten. Dieser Status basiert auf einem Set an Normen und Werten, die dazu bestimmt sind, gesellschaftliche Kollektivgutprobleme zu lösen. All diejenigen Bürger, die den Status eines Staatsbürgers haben, sind in Bezug auf ihre Rechte und ihre Pflichten gegenüber der politischen Gemeinschaft gleich. Die Akzeptanz der Rechte und Pflichten gründet sich in sozialen Netzwerken, in denen die Mitglieder durch gemein-

same Aktivitäten und Traditionen aneinander gebunden sind. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass eine zentrale Dimension des Citizenship-Konstruktes die staatsbürgerlichen Orientierungen gegenüber der politischen Gemeinschaft umfasst. Eine zweite Dimension des Citizenship-Konstruktes stellt das politische Verhalten dar, das jedoch in der vorliegenden Arbeit nicht analysiert werden soll. Aus der vorgenommenen Definition von Staatsbürgerschaft als einer bestimmten Art von Orientierungen der Mitglieder einer politischen Gemeinschaft ergibt sich als wichtigster Kontext zur theoretischen Verortung der in Kapitel 2.3 vorgestellte Citizenship-Ansatz und zur Entstehung dieser Orientierungen der in Kapitel 2.2 erläuterte Sozialkapitalansatz. Der unpräzise Begriff der „guten Staatsbürgerschaft", der bislang wissenschaftlich nicht näher definiert wurde, lässt sich unter Verwendung der genannten Konzepte und der dort erarbeiteten Dimensionen der beiden Objekte in einen etablierten theoretischen Kontext einordnen.

Für die Operationalisierung der staatsbürgerlichen Orientierungen liegen keine allgemein akzeptierten und standardmäßig eingesetzten sowie in den einschlägigen empirischen Erhebungen durchgängig identisch verwendeten Indikatoren vor (vgl. z.B. Pattie et al. 2004, Westle/Gabriel 2008). Die Auswahlkriterien der Erhebungsinstrumente für die vorliegende Arbeit und die hier vorgenommene Bildung des Erklärungsmodells sind die Verfügbarkeit von Daten in allen verwendeten Datensätzen sowie der direkte Bezug zu den Untersuchungsobjekten (staatsbürgerliche Normen und soziale Netzwerke) in der Frageformulierung. Am besten entsprechen den formulierten Kriterien die Indikatoren, die in den Studien „Citizenship and State" des International Social Survey Programme (ISSP 2004) und in „Citizenship, Involvement und Democracy" des European Social Survey (ESS 2002) enthalten sind. Beide Studien stehen daher im Zentrum der später folgenden empirischen Analysen.

[21] Politische Gemeinschaft wird hier nicht als politisches Unterstützungsobjekt im Sinne von David Easton (1965, 1975) gesehen, sondern als nationale Gemeinschaft, der jeder Staatsbürger angehört.

Abbildung 6: Das Analysemodell zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft



Quelle: Eigene Darstellung.

Die mit Einschränkungen enthaltenen Indikatoren (vgl. Kapitel 4.1) in den beiden Studien umfassen zunächst Fragen, was einen guten Bürger ausmacht (ESS und ISSP) und wie wichtig oder unwichtig bestimmte Rechte des Menschen in einer Demokratie sind (ISSP). Außerdem wurde in beiden Studien

nach der Mitgliedschaft in bestimmten sozialen Netzwerken gefragt. Darüber hinaus enthält die Studie des ESS einen Indikator, den man nur selten in anderen Studien findet. Es handelt sich dabei um die Frage nach der affektiven Verbundenheit, nämlich ob der Befragte Freunde in einer Organisation hat. In Abbildung 6 wird graphisch dargestellt, wie die einzelnen Konstrukte miteinander zusammenhängen. Außerdem wird aufgezeigt, wie die vorgestellten Indikatoren den Dimensionen zugeordnet werden können, die im Citizenship-Ansatz Erwähnung finden (vgl. z.B. Marshall 1950, Conover/Searing 2002, Pattie et al. 2004).

Eine grundlegende Modellannahme lautet, dass die Akzeptanz staatsbürgerlicher Orientierungen mit der Erkenntnis von Individuen verbunden ist, dass sie gegenüber anderen gewisse Pflichten haben und ihnen gleichzeitig politische, soziale und bürgerliche Rechte zustehen. Es erscheint plausibel, dass gemeinschaftsbezogene Werte und Normen eher bei den Bürgern verinnerlicht sind, die über soziale Netzwerke gemeinsame Interessen haben oder dieselben Traditionen teilen. Eine andere Möglichkeit ist, dass diese gemeinschaftsbezogenen Werte bereits in der Primärsozialisation erworben wurden. Eine langfristig vorhandene und relativ fest verankerte Identifikation mit einem Kollektiv kann das Niveau der Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen weiter erhöhen.

Die eindeutige Festlegung der Kausalitätsrichtung zwischen der Verankerung staatsbürgerlicher Normen und der Aktivität in sozialen Netzwerken ist schwierig. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass der dominierende Effekt aus Richtung der Integration in soziale Netzwerke hin zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen geht (vgl. Kapitel 3.4), scheint es ebenso plausibel, dass Rückkopplungseffekte in dem Sinne auftreten, dass die Internalisierung gemeinschaftsbezogener Werte die positive Neigung zu sozialer Aktivität fördert (vgl. z.B. Uslaner 2002). Diese Rückkopplungseffekte sind ein weiteres Element des Modells und in Abbildung 6 durch entsprechende Pfeile symbolisiert. Wie in Kapitel 2.2 erläutert, kann die Integration in soziale Netzwerke demnach sowohl als beeinflusster als auch als beeinflussender Faktor gesehen werden.

Im theoretischen Teil der Arbeit wurde bereits ausgeführt, dass die Annahmen einer modifizierten Sozialisationshypothese in das Modell mit einfließen. Folglich lautet eine weitere Modellannahme, dass Erfahrungen aus der Primärsozialisation für die Erklärung staatsbürgerlicher Normen ebenfalls relevant sind. Erfahrungen aus der Vergangenheit können auch in der Gegenwart noch Auswirkungen auf die Wertorientierungen und das politische Verhalten eines Individuums haben. Früh implementierte Wertvorstellungen werden mit Alltagserfahrungen kombiniert, und beide stellen relevante Determinanten für die Akzeptanz staatsbürgerlicher Tugenden dar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf der Basis der beschriebenen Konzeptionalisierung der Untersuchungsgegenstand der Verankerung staatsbürgerlicher Normen in mittel- und osteuropäischen Ländern so in einen etablierten theoretischen Kontext eingeordnet werden kann, dass eine systematische empirische Analyse der verschiedenen Dimensionen von guter Staatsbürgerschaft, ihrer Zusammenhänge und Determinanten ermöglicht wird.

3.4 Forschungsleitende Hypothesen

Abschließend werden forschungsleitende Hypothesen formuliert, die sich aus dem Erklärungsmodell und den theoretischen Überlegungen ergeben und den in Kapitel 4 folgenden empirischen Untersuchungen zugrunde liegen.

Slowenien und Ostdeutschland werden in vielen vergleichenden Analysen als Sonderfälle angesehen (vgl. z.B. Jacobs 2004, Pickel 2006). Ostdeutschland war an einen funktionierenden westeuropäischen Staat (die Bundesrepublik Deutschland) angebunden, was einen Effekt auf die Ausbildung demokratischer, staatsbürgerlicher Werte gehabt haben kann. Slowenien gilt als Musterfall der demokratischen Transformation in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Es hatte frühzeitig partizipative Elemente implementiert und wird von Denters et al. (2007) im Hinblick auf die Verankerung staatsbürgerlicher Tugenden zu der Gruppe der westeuropäischen Demokratien gezählt. Wenn es allerdings um die Determinanten staatsbürgerlicher Normen geht, kann die Annahme der beiden Sonderfälle nicht ohne weitere Überprüfung gelten. In allen Ländern, die

unter sowjetischem Einflussbereich standen, wurde die Bevölkerung unter sozialistischen Grundprinzipen sozialisiert und diese Länder hatten ähnliche Schwierigkeiten beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen (vgl. Westle/Gabriel 2008: 148).

Daraus leiten sich folgende forschungsleitende Hypothesen ab:

Hypothese 1: In allen untersuchten Ländern sind vergleichbare Determinanten für die Verankerung von staatsbürgerlichen Orientierungen relevant. Weder Slowenien noch Ostdeutschland sind in Bezug auf die Verankerung staatsbürgerlicher Normen Sonderfälle. Die Einstellungen zu staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte werden in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Transformationsländern von vergleichbaren Determinanten abgeleitet.

Die osteuropäischen Staaten sind jedoch nicht als monolithischer Block zu betrachten. Sie durchlaufen ganz unterschiedliche Entwicklungsprozesse auf dem Weg zur Demokratie. Trotz aller länderspezifischen Abweichungen stellt die jüngere Forschung fest, dass die Individuen in ihren Werten, Einstellungen und Handlungen von ihrem sozialen Umfeld beeinflusst werden (vgl. z.B. Franzen/Pointner 2007, Westle/Gabriel 2008). Die Integration der Bürger in soziale Netzwerke begünstigt die Verinnerlichung von gemeinschaftsbezogenen Werten.

Hypothese 2: Je stärker Individuen sozial integriert sind, desto höher ist das Niveau der staatsbürgerlichen Orientierungen. Damit sind soziale Netzwerke eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie.

Hypothese 3: Informelle Netzwerke spielen eine besondere Rolle für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen. Wenn die Bürger in informelle Netzwerke eingebunden sind, ist die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten umso höher.

Gerade religiöse Organisationen gelten als zentraler Ort, an dem allgemeine soziale und kommunikative, also zivilgesellschaftliche Kompetenzen geschult werden (vgl. z.B. Putnam 2000: 66). Durch Religion entstehen soziale Netzwer-

ke und einige Wissenschaftler (vgl. z.B. Gill 2003, Roßteutscher 2009) gehen davon aus, dass ein starkes Engagement innerhalb religiöser Vereinigungen Spill-over-Effekte in andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat. Daraus leitet sich die folgende Hypothese ab:

Hypothese 4: Religion hat nicht nur Netzwerkcharakter, sondern spielt auch als „Wertevermittler" in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern eine große Rolle. Die aktive Mitgliedschaft in religiösen Vereinigungen ist eine wesentliche Determinante für die Verbreitung staatsbürgerlicher Tugenden.

Die Menschen in den postkommunistischen Staaten haben Erfahrungen mit zwei verschiedenen politischen Regimes sammeln können. Diese Erfahrungen erlauben es weiten Teilen der Bevölkerung, die heutigen sogenannten staatsbürgerlichen Tugenden mit dem zu vergleichen, was früher von den Politikern des Staatssozialismus gelehrt wurde. Der Gang zur Wahlurne und die Bestätigung des Einparteiensystems waren ebenso selbstverständlich wie die Beteiligung an Aufmärschen und staatlich organisierten Kundgebungen. Dagegen hatten sie keine Möglichkeit, sich gewisse politische Rechte zu erkämpfen (vgl. z.B. Jacobs 2004, Roßteutscher 2004, Arzheimer 2005).

Die Sozialisationshypothese geht davon aus, dass Erfahrungen, die während der Sozialisation gemacht wurden, auch Jahre später noch wirken. Inwiefern sich die staatsbürgerlichen Orientierungen der Menschen aufgrund der historischen Erfahrungen im postkommunistischen Mittel- und Osteuropa verändern, wurde bislang nicht empirisch analysiert. Der Sozialisationshypothese folgend, müssten die Menschen in den untersuchten Ländern die staatsbürgerlichen Rechte ablehnen. Die Hypothese kann jedoch auch anders formuliert werden:

Hypothese 5: Sozialisationserfahrungen sind für die Erklärung der Verankerung staatsbürgerlicher Normen relevant. Dies drückt sich in einer hohen Akzeptanz der staatsbürgerlichen Rechte aus. Je stärker die Penetration durch die kommunistische Elite war, desto mehr spielen die staatsbürgerlichen Rechte eine wesentliche Rolle für die Menschen heute.

Diese fünf Hypothesen leiten die empirischen Untersuchungen in Kapitel 4. Den Abschluss der vorliegenden Arbeit werden Antworten auf die Frage bilden, wie stark staatsbürgerliche Orientierungen in Mittel- und Osteuropa verankert sind und wodurch positive demokratische Einstellungen beeinflusst werden.

4 Empirische Untersuchungen

Vor dem Hintergrund der Überlegungen, die in den vorherigen Kapiteln dargestellt wurden, werden nun einige empirische Befunde zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen in Mittel- und Osteuropa präsentiert. Zunächst werden die verwendeten Operationalisierungen und Analysestrategien erläutert (Kapitel 4.1). Im Anschluss daran wird die Verbreitung von staatsbürgerlichen Orientierungen in den jeweiligen Ländern dargestellt, die im Hinblick auf die verschiedenen Dimensionen von Good Citizenship ermittelt werden können (Kapitel 4.2). Dies geschieht auf der Basis von Indikatoren, welche die unterschiedlichen Ebenen des in Kapitel 3 entwickelten Modells der qualitativ unterschiedlichen Ausprägungen von Citizenship abdecken. Nach der gesonderten Betrachtung der im Modell analytisch differenzierten Ebenen von guter Staatbürgerschaft wird geprüft, wie die Dimensionen der politischen Orientierungen in den jeweiligen Ländern zusammenhängen.

In einem zweiten Untersuchungsschritt stehen die Determinanten von guter Staatsbürgerschaft im Mittelpunkt. Zunächst wird dargelegt, wie die Verteilung der im Modell analytisch differenzierten Ausprägungen sozialer Netzwerke in den jeweiligen Ländern ist (Kapitel 4.3). Danach wird in Kapitel 4.4 ermittelt, welche Effekte die sozialen Netzwerke auf die Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen haben. In Kapitel 4.5 werden die Erklärungsansätze für die gute Staatsbürgerschaft im Rahmen eines integrierten Erklärungsmodells mithilfe von Regressionsanalysen getestet.

Abschließend soll zum einen erläutert werden, inwiefern sich die Verankerung staatbürgerlicher Orientierungen in den jeweils untersuchten Ländern voneinander unterscheiden und wodurch die Unterschiede zustande kommen. Zum anderen wird geprüft, ob die Grundhypothese bestätigt werden kann und es empirisch nachweisbare Zusammenhänge zwischen der Integration der Bürger in soziale Netzwerke und der Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen gibt.

4.1 Operationalisierung und Analysestrategie

Die folgenden Analyseschritte ergeben sich aus dem in Kapitel 3 vorgestellten Forschungsdesign. Das Erklärungsmodell erläutert die Bedingungen, unter denen die Verankerung staatsbürgerlicher Normen aus politisch-kultureller, sozialkapitaltheoretischer und transformationstheoretischer Perspektive stattfinden kann.

Eine direkte Prüfung der Annahme über die systemstabilisierenden Effekte einer Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur ist im Rahmen eines Vergleichs mehrerer politischer Einheiten nicht möglich. Die Ergebnisse der vergleichenden Einstellungsforschung belegen außerdem die Zweifel an der empirischen Tragfähigkeit des Kongruenzpostulats. Die Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell ist das einzige gemeinsame Merkmal aller modernen Demokratien, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kontinuierlich existieren (vgl. z.B. Klingemann 1999: 42 ff., Dalton 2004: 41 ff., Gabriel 2005). Abgesehen von dieser Gemeinsamkeit weisen sowohl traditionsreiche europäische Demokratien als auch jüngere demokratische Staaten in Osteuropa unterschiedliche Einstellungen zu politischen Institutionen, Eliten und praktischer Politik auf (vgl. z.B. Klingemann/Fuchs 1995, Gabriel et al. 2002: 145 ff., Dalton 2004). Zusammenfassend kann man festhalten, dass es kein typisches Civic-Culture-Syndrom gibt, das für alle langfristig stabilen Demokratien existiert.

Folglich wird die vergleichende Analyse der Struktur und der Bestimmungsfaktoren für die Verankerung staatsbürgerlicher Orientierungen aus sozialkapital- und transformationstheoretischer Perspektive durchgeführt. Zum einen werden soziale Werte und Normen auf ihre Verteilung in den jeweiligen Ländern gemessen und mit den Angaben der Befragten zur Integration in soziale Netzwerke korreliert. Es wird geprüft, inwiefern die kulturellen Aspekte mit den strukturellen Aspekten sozialen Kapitals tatsächlich zusammenhängen (vgl. Kapitel 2.2.5). Zum anderen wird untersucht, inwiefern es den Staaten gelungen ist, ein Set an politischen und zivilen Bürgerrechten zu etablieren und bestehende Demokratiedefizite nahezu vollständig abzubauen. Entsprechend der in Kapitel 2.4 formulierten Bedingungen muss auf der Einstellungsebene eine starke Mehrheit

an Bürgern hinter der Auffassung stehen, dass demokratische Institutionen und Verfahren am besten geeignet sind, das kollektive Leben innerhalb der politischen Gemeinschaft zu regeln. Wenn dies der Fall ist, so kann die Demokratie als konsolidiert angesehen werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen der Einstellungsforschung, liegen für die Operationalisierung der staatsbürgerlichen Orientierungen keine allgemein akzeptierten Indikatoren vor, die standardmäßig eingesetzt werden und in den einschlägig empirischen Erhebungen durchgängig identisch verwendet werden (vgl. z.B. Conover/Searing 2002, Roßteutscher 2004, Pattie et al. 2004, Westle/Gabriel 2008). Sowohl der Datensatz des ISSP als auch der des ESS haben mehrere osteuropäische Staaten erfasst. Beide Datensätze enthalten eine Fragebatterie, welche die wichtigsten der in den vorangegangenen Kapiteln angesprochenen Komponenten guter Staatsbürgerschaft abdeckt.

Die Ausführungen in Kapitel 2 und 3 haben gezeigt, dass das Konstrukt der Staatsbürgerschaft mehrdimensional ist. Die beschriebenen Dimensionen des für diese Arbeit spezifizierten analytischen Modells der unterschiedlichen Ausprägungen von Staatsbürgerschaft werden mit verschiedenen Indikatoren erfasst. In der vorliegenden Arbeit wird zwischen folgenden zwei Dimensionen staatsbürgerlicher Normen unterschieden: staatsbürgerliche Rechte und staatsbürgerliche Pflichten. Wie in Kapitel 2.3.3 gezeigt wurde, gibt es keinen allgemein akzeptierten Kanon an staatsbürgerlichen Pflichten. Dennoch lassen sich in der Literatur über normative Theorien einige Gemeinsamkeiten ablesen. Demnach umfassen die staatsbürgerlichen Pflichten folgende Dimensionen: Partizipation, Gesetzestreue, Solidarität und ein sozio-politisches Bewusstsein (vgl. z.B. Putnam 1993, Beiner 1995, Kymlicka/Norman 1995, Conover/Searing 2002, Roßteutscher 2004, Denters et al. 2007).

Die konkrete Fragestellung zur Erfassung staatsbürgerlicher Pflichten lautet im ISSP folgendermaßen:
„*Es gibt verschiedene Ansichten darüber, was einen guten Bürger ausmacht. Sie kreuzen einfach den Wert an, der Ihrer Meinung entspricht. Der Wert 1 be-*

deutet überhaupt nicht wichtig, der Wert 7 bedeutet sehr wichtig. Inwieweit sind folgende Dinge wichtig, um ein guter Bürger zu sein? Dass jemand
…immer wählen *geht.*
…niemals versucht, Steuern zu hinterziehen.
…Gesetze und Bestimmungen immer befolgt.
…aufmerksam verfolgt, was die Regierung macht.
…in sozialen oder politischen Vereinigungen aktiv ist.
…versucht, den Standpunkt Andersdenkender zu verstehen.
…Menschen im eigenen Land hilft, denen es schlechter geht.
…Menschen in anderen Ländern hilft, denen es schlechter geht.“

Entsprechend lautet die Fragestellung im ESS wie folgt:
„Was macht einen guten Bürger aus? Auf einer Skala von 0 (äußerst unwichtig) bis 10 (äußerst wichtig), was meinen Sie, wie wichtig ist es,
…Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst?
…an Wahlen teilzunehmen?
…immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen?
…sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung zu bilden?
…in Vereinen, Verbänden oder Organisationen aktiv zu sein?
…politisch aktiv zu sein?“

Die Frage nach der Bedeutung staatsbürgerlicher Rechte wird lediglich im ISSP gestellt. Zu den staatsbürgerlichen Rechten zählen laut Marshall (1950) die bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte. Diese drei Dimensionen werden über die folgende Frage ermittelt:
„Wie wichtig oder unwichtig sind für Sie folgende Rechte der Menschen in einer Demokratie? Benutzen Sie bitte nochmals die Skala von 1 bis 7. Kreuzen Sie den Wert an, der Ihrer Meinung entspricht. Der Wert 1 bedeutet überhaupt nicht wichtig, der Wert 7 sehr wichtig. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.
…Dass alle Bürger einen ausreichenden Lebensstandard haben.
…Dass Staat und Behörden die Rechte von Minderheiten achten und schützen.
…Dass Staat und Behörden alle gleich behandeln, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position.

…Dass Politiker die Ansichten der Bürger bei Entscheidungen berücksichtigen.

…Dass man den Menschen Möglichkeiten gibt, an politischen Entscheidungen teilzuhaben.

…Dass Bürger die Möglichkeit des zivilen Ungehorsams gegenüber Regierungsentscheidungen haben."

Umfassende deskriptive Untersuchungen der staatsbürgerlichen Normen stellen den ersten grundlegenden Analyseschritt dar (vgl. Kapitel 4.2). Durch die Möglichkeit, Daten aus dem ISSP zu verwenden, kann nicht nur die Bedeutung staatsbürgerlicher Rechte in den osteuropäischen Staaten untersucht werden. Gleichzeitig bietet der komplementäre Datensatz die Chance, das Konstrukt der staatsbürgerlichen Normen als ein Ganzes zu betrachten und daraus gegebenenfalls bestimmte Staatsbürgermodelle zu entwickeln. Zu Beginn der deskriptiven Analysen wird mittels Faktorenanalysen für die Indikatoren geprüft, ob sie nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch zu Indizes zusammengefasst werden können.

Mithilfe einer konfirmatorischen Faktorenanalyse oder eines Strukturgleichungsmodells könnte man die Beziehungen zwischen den Indikatoren der einzelnen Dimensionen des Modells der guten Staatsbürgerschaft klären. Bei der Schätzung eines solchen Modells sollte jeder Faktor mit drei oder mehr vergleichbaren Indikatoren gemessen werden (vgl. z.B. Müller 1996, Neller 2006: 179). Da jedoch in den Datensätzen des ISSP und ESS zu wenige vergleichbare Indikatoren verfügbar sind, muss in dieser Arbeit auf andere methodische Verfahren zurückgegriffen werden. Bivariate Korrelationsmodelle oder multivariate Regressionsanalysen bieten sich an, um grundlegende Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen der guten Staatsbürgerschaft zu ermitteln (vgl. z.B. Benninghaus 1994: 168 ff).

Im nächsten Analyseschritt werden die Bestimmungsfaktoren zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen untersucht. Zu den Determinanten von guter Staatsbürgerschaft zählen Netzwerkstrukturen, wie sie sich beispielsweise durch Aktivitäten im Vereins- oder Verbandsleben, in der Freizeit oder im politischen oder

gewerkschaftlichen Bereich ergeben können (vgl. z.B. Putnam 1993, 1995, Westle/Gabriel 2008).

Zunächst wird im Rahmen von deskriptiven Analysen untersucht, inwiefern sich die Bürger in Mittel- und Osteuropa in politischen oder sozialen Netzwerken tatsächlich engagieren (vgl. Kapitel 4.3). Sind Vereinsmitgliedschaften so verbreitet wie in vielen westeuropäischen Staaten? Oder sind die Menschen eher in kirchlich-religiösen Organisationen aktiv? Die konkrete Fragestellung zur Erfassung sozialer Netzwerke lautet im ISSP: *„Man kann Mitglied in verschiedenen Organisationen sein. Einige sind unten aufgeführt. Bitte kreuzen Sie jeweils an, was auf Sie zutrifft. Sind Sie Mitglied*
…einer politischen Partei.
…einer Gewerkschaft, einem Unternehmensverband oder Berufsverband.
…einer Kirche oder anderen religiösen Gemeinschaft.
…einem Sport- oder Freizeitverein oder einer Gruppe mit kulturellen Interessen.
…einer anderen Gruppe/einem anderen Verein, bitte angeben.“
Die Befragten haben jeweils die Möglichkeit anzukreuzen, ob sie aktives oder passives Mitglied sind, früher Mitglied waren, aber jetzt nicht mehr oder nie Mitglied gewesen sind.

Im Gegensatz zum ISSP bietet der ESS wesentlich mehr Antwortmöglichkeiten: *„Ich nenne Ihnen nun einige Vereine, Verbände und andere Organisationen. Bitte benutzen Sie Liste 43 und sagen Sie mir für jede einzelne Organisation, ob eines oder mehrere von den Dingen auf der Liste auf Sie in den letzten 12 Monaten zutreffen.*
Sind Sie Mitglied, haben Sie an Aktivitäten teilgenommen, Geld gespendet, ehrenamtlich (also ohne Bezahlung) gearbeitet oder trifft nichts davon auf Sie in den letzten 12 Monaten zu? Und wie ist es mit
…einem Sportverein oder einem Verein für Aktivitäten im Freien?
…einer Organisation für kulturelle oder Freizeitaktivitäten?
…einer Gewerkschaft?
...einem Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband?
…einer religiösen oder kirchlichen Organisation?
…einer politischen Partei?

... einer Organisation für humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten oder Immigranten?“

Entsprechend des Erklärungsmodells (vgl. Kapitel 3.3) gibt es weitere theoretisch angenommene Determinanten. Diese Einflussfaktoren umfassen askriptive Merkmale wie beispielsweise Alter oder Geschlecht (vgl. z.B. Hepp 2001, Klages 2001) sowie sozialstrukturelle Merkmale. Einige Wissenschaftler gehen davon aus, dass der soziale Status und die soziale Integration einen Effekt auf die Verankerung staatsbürgerlicher Normen haben könnte (vgl. z.B. Bourdieu 1983, Gabriel 2002). Der soziale Status wird über den Bildungsgrad und die subjektive Schichtzugehörigkeit gemessen. Die soziale Integration wird mithilfe religiöser Merkmale und Freundschaftsbindungen gemessen. Die Kirche gilt neben Familie und Beruf als wichtigster Faktor sozialer Integration (vgl. Gabriel 2002: 104). In der ESS-Studie konnten die Befragten ankreuzen, ob sie in den jeweiligen Organisationen, in denen sie Mitglied sind, auch persönliche Freunde haben. Die Frage bietet die Möglichkeit, das soziale Verbundenheitsgefühl zu messen und zu prüfen, ob der angenommene Zusammenhang zwischen Normakzeptanz und sozialer Integration durch ein persönliches Verbundenheitsgefühl noch verstärkt wird.

Die theoretische Annahme, dass religiöse Vereinigungen nicht nur Netzwerkcharakter haben, sondern dass Religion auch als „Wertevermittler“ fungiert, soll in einem gesonderten Analyseschritt mithilfe der Daten im ESS empirisch gestützt werden. Die entsprechenden Fragen lauten:
„Welcher Kirche oder Religionsgemeinschaft gehören Sie an?
…Der römisch-katholischen Kirche.
…Der evangelischen Kirche.
…Einer evangelischen Freikirche.
…Einer anderen, christlichen Religionsgemeinschaft.
…Einer anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaft.“

Dass gerade die aktive Mitgliedschaft in religiösen Vereinigungen eine wesentliche Determinante für die Verbreitung staatsbürgerlicher Tugend ist, wird vor allem mithilfe der Kirchengangshäufigkeit empirisch überprüft:

„Abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen, wie oft gehen Sie derzeit zum Gottesdienst?
…Täglich.
…Häufiger als einmal in der Woche.
…Einmal in der Woche.
…Mindestens einmal im Monat.
…Nur an besonderen Feiertagen.
…Seltener.
…Nie.“

Die Frage nach den Bestimmungsfaktoren der guten Staatsbürgerschaft wird geklärt, indem die religionsbezogenen Variablen sowie die Variablen zur Mitgliedschaft in funktionalen Organisationen in multivariate Regressionsmodelle integriert werden (vgl. Kapitel 4.5).

Die Analysen basieren auf dem in Kapitel 3 erläuterten Erklärungsmodell, dessen Komponenten theoretisch hergeleitet werden. Das Modell integriert verschiedene Konzepte, die in mehreren Studien gesondert erläutert, aber bislang kaum empirisch untersucht wurden. Die Ergebnisse, die auf Basis des Erklärungsmodells ermittelt werden, tragen zur Beantwortung folgender Fragen bei: Sind in allen untersuchten Ländern vergleichbare Determinanten zur Verankerung staatsbürgerlicher Orientierungen relevant? Begünstigt die Integration in soziale Netzwerke die Verinnerlichung von gemeinschaftsbezogenen Werten? Haben informelle Netzwerke andere Wirkungsweisen als formelle Netzwerke? Welche Rolle spielt Religion bei der Verbreitung staatsbürgerlicher Normen?

4.2 Akzeptanz oder Ablehnung staatsbürgerlicher Normen? Die Formulierung einer abhängigen Variablen

Entsprechend des in Kapitel 3.3 vorgestellten Erklärungsmodells wird nun in einem ersten deskriptiven Analyseschritt geklärt, inwieweit die Bürger unterschiedlicher mittel- und osteuropäischer Gesellschaften gewisse Vorstellungen über staatsbürgerliche Normen teilen. Dahinter steht die Annahme, dass die Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen eine wesentliche Voraussetzung für eine

„gute Gesellschaft“ und eine erfolgreiche Politik ist (vgl. z.B. Almond 1980, Walzer 1989, Denters et al. 2007). Diese Auffassung ist in allen zentralen wissenschaftlichen Diskursen über staatsbürgerliche Tugenden, soziales Engagement und politische Partizipation zu lesen. Es bleibt allerdings unklar, von wie vielen Bürgern diese Auffassungen geteilt werden müssen, damit man von einer flächendeckenden Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen durch die Bürger sprechen kann.

In Kapitel 2.3 wurde deutlich, dass es innerhalb der theoretischen Diskussion vier Dimensionen staatsbürgerlicher Pflichten und drei Dimensionen staatsbürgerlicher Rechte gibt, die jeweils zusammenhängen. Um zu prüfen, ob die theoretische Annahme auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern empirisch gültig ist, wird zu Beginn der jeweiligen deskriptiven Analysen mithilfe explorativer Faktorenanalysen untersucht, ob die Indikatoren komprimiert und zu Indizes zusammengefasst werden können. Im Anschluss daran wird die prozentuale Verteilung der Antworten dargestellt. Der Schwerpunkt der deskriptiven Analysen liegt auf der Analyse der Mittelwerte und der prozentualen Verteilung der Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen im Hinblick auf deren unterschiedliche Dimensionen. Da die Indizes mehrere Teilaspekte von politischen Orientierungen zusammenfassen, ist die Analyse der Mittelwerte zur Beschreibung der Indizes adäquater als Prozentsätze. Den Abschluss der Untersuchung der einzelnen Dimensionen guter Staatsbürgerschaft bildet die empirische Prüfung der Möglichkeit, die gesondert betrachteten Indikatoren zu einem Gesamtindex zusammenzufassen, sowie eine summarische Betrachtung der staatsbürgerlichen Normen in mittel- und osteuropäischen Staaten (vgl. Kapitel 4.2.3).

4.2.1 Die staatsbürgerlichen Pflichten

Als Vorstufe für die Untersuchung der unterschiedlichen Indikatoren von guter Staatsbürgerschaft werden zunächst Faktorenanalysen durchgeführt. Ziel ist es, die in Kapitel 3 vorgenommene analytische Zuordnung der Fragen zu den jeweiligen Dimensionen empirisch zu prüfen. Die acht (ISSP) bzw. sechs (ESS) Fragen repräsentieren dabei das Konstrukt der „staatsbürgerlichen normativen Pflichten“. Außerdem sollen mithilfe der explorativen Faktorenanalyse die ver-

schiedenen Dimensionen staatsbürgerlicher Normen im ISSP-, bzw. im ESS-Datensatz identifiziert und zu Indizes zusammengefasst werden. Eine Faktorladung, die größer als 0.5 ist (in den entsprechenden Tabellen fett gekennzeichnet), deutet auf eine starke Korrelation zwischen der Variablen und dem latenten Konstrukt hin (vgl. z.B. Maier/Rattinger 2000: 118). Negative Faktorenwerte bedeuten, dass das Item in Bezug auf diesen Faktor im Vergleich zu allen anderen Items unterdurchschnittlich ausgeprägt ist (vgl. z.B. Backhaus et al.2006: 323).

Die Daten aus Tabelle 4 weisen ein aus vier Komponenten bestehendes Muster auf. Die Komponenten repräsentieren die theoretisch erwarteten Dimensionen des Konstrukts der „guten Staatsbürgerschaft“: Partizipation, Gesetzestreue, Solidarität und das sozio-politische Bewusstsein. Alle Komponenten weisen sehr hohe Faktorladungen auf.

Tabelle 4: Faktorenanalyse zur Dimensionsreduktion staatsbürgerlicher Pflichten

Indikatoren	*Komponente*			
	1	2	3	4
Wählen gehen	.226	.474	**.769**	-.045
Keine Steuern hinterziehen	.212	**.881**	.341	-.139
Gesetze einhalten	.242	**.873**	.263	-.256
Regierung beobachten	.339	.333	**.765**	-.439
Aktiv in Vereinigungen	.416	.046	**.789**	-.317
Andere Meinungen verstehen	.440	.252	.347	**-.954**
Menschen im Land helfen	**.910**	.258	.324	-.431
Menschen in der Welt helfen	**.930**	.151	.356	-.303

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ISSP „Citizenship and State“. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung. Die 4-Faktorenlösung erklärt 78 Prozent der Gesamtvarianz (Faktor 1: 41,9 Prozent; Faktor 2: 16,1 Prozent; Faktor 3: 11,8 Prozent; Faktor 4: 8,2 Prozent).

Die erste Komponente deutet auf die Dimension der Solidarität hin, die über Hilfeleistung an Menschen gemessen wird, denen es schlechter geht als einem selbst. Im Gegensatz zum ESS-Datensatz aus dem Jahr 2002/2003 differenziert die ISSP-Studie 2004 die Hilfeleistung an anderen zwischen Menschen im eigenen Land und Menschen im Ausland. Bei Komponente 2 handelt es sich um die Dimension der Gesetzestreue. Diese wird über die Frage zur Steuerhin-

terziehung und zur Einhaltung von Gesetzen und Bestimmungen gemessen. Die dritte Komponente reduziert die Fragen nach der Wahlpflicht, der aktiven Beteiligung in Vereinigungen und der bürgerlichen Kontrolle der Regierungstätigkeit auf den Begriff der Partizipation. Die Frage nach dem Versuch, den Standpunkt Andersdenkender zu verstehen, repräsentiert das sozio-politische Bewusstsein und wird durch Komponente 4 ersichtlich. Diese vier Dimensionen werden auch für die weiteren Analysen der staatsbürgerlichen Orientierungen verwendet.

Tabelle 5: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Pflichten pro Land

Faktor und Land	*Wählen gehen*	*Keine Steuern hinterziehen*	*Gesetze einhalten*	*Regierung beobachten*	*Aktiv in Vereinigungen*	*Andere Meinungen verstehen*	*Menschen im Land helfen*	*Menschen in der Welt helfen*
Solidarität								
DE	.193	.196	.242	.183	.423	.419	**.867**	**.902**
HU	.198	.210	.170	.374	**.638**	.416	**.863**	**.913**
CZ	.279	.280	.237	.352	.300	**.534**	**.904**	**.920**
SLO	-.244	-.123	-.284	-.260	-.190	-.298	**-.909**	**-.914**
PL	-.172	-.236	-.310	-.195	-.303	-.376	**-.921**	**-.931**
Gesetzestreue								
DE	.398	**.826**	**.839**	.330	-.038	.224	.333	.193
HU	.365	**.887**	**.907**	.337	.021	.244	.217	.144
CZ	-.470	**-.913**	**-.918**	-.334	-.010	-.349	-.283	-.143
SLO	.403	**.845**	**.810**	.299	.080	.172	.256	.147
PL	-.459	**-.897**	**-.885**	-.317	-.114	-.237	-.294	-.222
Partizipation								
DE	**.779**	.314	.076	**.668**	**.780**	.184	.211	.342
HU	**-.848**	-.425	-.292	**-.801**	**-.611**	-.340	-.304	-.307
CZ	**.783**	.361	.257	**.835**	**.783**	.324	.264	.336
SLO	**.708**	.242	.159	**.640**	**.804**	.265	.195	.217
PL	**.827**	.339	.233	**.553**	**.800**	.213	.190	.219
Sozio-politisches Bewusstsein								
DE	-.238	-.260	-.242	**-.652**	-.217	**-.927**	-.430	-.316
HU	-.190	-.188	-.292	-.432	-.407	**-.980**	**-.507**	-.313
CZ	-.002	.136	.122	.151	.499	**.880**	.387	.302
SLO	-.283	-.076	.235	.491	.253	**.827**	.219	.138
PL	-.191	-.206	-.314	-.712	-.455	**-.891**	-.335	-.282

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ISSP „Citizenship and State“. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

In einem zweiten Schritt wurde überprüft, ob die Reduktion auf wenige Dimensionen für alle untersuchten Länder empirisch nachweisbar ist. Wie in Tabelle 5

dargestellt, sind die Faktorladungen und Korrelationswerte relativ stark. Dies weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Auffassungen von staatsbürgerlichen Pflichten bei einem Großteil der jeweiligen nationalen Gesellschaft stark verbreitet sind. Das generelle Muster, das bislang beschrieben wurde, trifft auf die meisten, jedoch nicht auf alle Länder zu. Wenn man bedenkt, dass lediglich eine begrenzte Anzahl an Items für die Berechnungen zur Verfügung steht, so lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Vier-Faktoren-Lösung eindeutige Ergebnisse liefert.

Die Ergebnisse für Polen und Slowenien zeigen das theoretisch erwartete Muster der Ladungen der acht Items auf die vier Faktoren. Darüber hinaus lässt sich dieses Muster auch mit geringen Abweichungen in Ostdeutschland, Tschechien und Ungarn erkennen. In Ungarn lädt das Item „Aktiv in Vereinigungen“ auf der Solidaritätsdimension. In Tschechien lädt hingegen das Item „Versuchen, die Meinung anderer zu verstehen“ auf der Dimension der Solidarität. In Ostdeutschland lädt das Item „Aufmerksam beobachten, was die Regierung tut“ nicht nur auf der Partizipationsdimension, sondern auch auf der Dimension des sozio-politischen Bewusstseins. Das Item „Hilfeleistung für Menschen im eigenen Land“ lädt in Ungarn ebenfalls auf der Dimension des sozio-politischen Bewusstseins. Zusammenfassend lässt sich aber feststellen, dass aufgrund der Verteilung der Faktorladungen die theoretischen Überlegungen (vgl. Kapitel 3) auch bezüglich der fünf untersuchten Länder empirisch bestätigt werden können. Obwohl die vier Dimensionen in den folgenden Analysen getrennt voneinander betrachtet werden, zeigen die Ergebnisse der Faktorenanalyse, dass sie zu einem gemeinsamen Konstrukt gehören.

In der ESS-Studie „Citizenship, Involvement and Democracy“ 2002/2003 wurden über eine ähnliche Fragestellung ebenfalls Daten zur Messung von staatsbürgerlichen Orientierungen im Hinblick auf staatsbürgerliche Pflichten erhoben. Im Gegensatz zu den Items aus dem Datensatz des ISSP wurden weniger Indikatoren aufgenommen, jedoch sind auch hier die vier erwähnten Dimensionen über sehr hohe Faktorladungen klar ersichtlich (Tabelle A1 im Anhang). In der Fassung der ESS-Studie werden die vier Dimensionen über sechs Items abgefragt. Ähnlich wie die Ergebnisse des ISSP-Datensatzes weisen auch die ESS-

Daten nach einer durchgeführten Faktorenanalyse ein ähnliches Muster auf. Das Muster besteht aus vier Komponenten und repräsentiert die theoretisch erwarteten Dimensionen der „guten Staatsbürgerschaft“. „Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst“ steht eindeutig für die Dimension der Solidarität. Und „eine eigene Meinung bilden“ bildet das sozio-politische Bewusstsein ab.

Ein wesentlicher Unterschied zu den ISSP-Daten besteht darin, dass das Item „an Wahlen teilnehmen“ und das Item „Gesetze und Verordnungen einhalten“ auf demselben Faktor laden. Sinnvoll erscheint darum eine Zusammenfassung des Begriffs als Dimension der Bürgerpflicht, da die Wahlpflicht sowie die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen in den Köpfen der Menschen als wesentliche Grundtugend verinnerlicht wurde. Die beiden Items „aktiv in Vereinen und Verbänden“ und „politisch aktiv sein“ weisen ebenfalls sehr hohe Faktorladungen auf. Hier bietet es sich an, von einer Dimension des politischen Engagements auszugehen, da die Wahlpflicht anders als im ISSP-Datensatz auf einem anderen Faktor lädt. Aufgrund der Tatsache, dass in den beiden zu vergleichenden Datensätzen teilweise unterschiedliche Items auf den jeweiligen Faktoren laden, verschieben sich in den deskriptiven Analysen die prozentualen Verteilungen. Insofern ist die unterschiedliche Bezeichnung der Dimensionen von Bedeutung, obwohl im Großen und Ganzen dasselbe latente Konstrukt gemessen wird. Die theoretische Annahme wurde auch mithilfe des ESS-Datensatzes anhand der untersuchten Länder empirisch geprüft und kann bestätigt werden (vgl. Tabelle A2 im Anhang).

Keines der untersuchten Länder weist das theoretisch erwartete Muster der Ladungen der sechs Items auf die vier Faktoren durchgängig auf. Lediglich in Slowenien und Polen ist das theoretisch erwartete Muster mit einer geringen Abweichung klar erkennbar. In diesen beiden Ländern lädt das Item „politisch aktiv sein“ auf der Dimension für sozio-politisches Bewusstsein. In Ungarn, Tschechien und Ostdeutschland sind weitere Abweichungen vom Muster ersichtlich. Dennoch ist eine bestimmte Struktur erkennbar, die es zulässt, aufgrund der Verteilung der Faktorladungen die theoretischen Überlegungen empirisch zu bestätigen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass hohe Faktorla-

dungen und Korrelationswerte auf eine weite Verbreitung der unterschiedlichen Auffassungen staatsbürgerlicher Pflichten hinweisen.

Folglich lassen sich die verschiedenen Einzelindikatoren in beiden Datensätzen auf vier Dimensionen reduzieren und zu Indizes zusammenfassen. Da alle Einzelindikatoren jeweils denselben Wertebereich besitzen[22], wurden zunächst Indizes gebildet, um die Indikatoren für die folgenden empirischen Analysen nutzbar zu machen (vgl. z.B. Schnell et al. 2005: 171 ff). Im ISSP-Datensatz umfasst der Index „Partizipation“ die Items v4, v7 und v8, der Index „Gesetzestreue“ umfasst die Items v5 und v6 und der Index „Solidarität“ umfasst die Items v11 und v12. Das „sozio-politische Bewusstsein“ wird lediglich durch eine Variable abgedeckt. Im ESS-Datensatz wird sowohl die Dimension der „Solidarität“, als auch die Dimension des „sozio-politischen Bewusstseins“ durch jeweils nur eine Variable repräsentiert. Die Dimension der „Bürgerpflicht“ umfasst die Items impvote und impoblw, die Dimension des „politischen Engagements“ schließlich die Items impavo und impapol.[23]

4.2.1.1 Die Verteilung staatsbürgerlicher Pflichten

Im folgenden Kapitel sollen deskriptive Analysen zeigen, inwieweit die Bürger Mittel- und Osteuropas bestimmte Ansichten über staatsbürgerliche Pflichten teilen bzw. ob sie sich in ihren Vorstellungen über den guten Staatsbürger unterscheiden. In der wissenschaftlichen Debatte über staatsbürgerliche Normen existiert die Auffassung, dass es innerhalb politischer Gemeinschaften ein gewisses Maß an Übereinstimmung geben muss, damit das demokratische System funktionieren kann (vgl. z. B. Sniderman et al. 1996, Denters et al. 2007). Darüber hinaus beklagen einige Wissenschaftler, dass traditionelle politische Werte in den westlichen Staaten an Bedeutung verlieren. Wohingegen postkommunistische europäische Gesellschaften noch keine entsprechende zivilgesellschaftliche Tradition haben und noch mit dem Aufbau von bürgergesell-

[22] ESS 2002: Wertebereich von 0 bis 10; ISSP 2004: Wertebereich von 1 bis 7.
[23] Auf jeden Index wurde je ein fehlender Wert zugelassen. Die Summe der Indizes wurde durch die Zahl der jeweiligen relevanten Items dividiert (ohne Rundung).

schaftlichen Strukturen beschäftigt sind (vgl. z.B. Putnam 1993, 2000, Stolle 2003, Denters et al. 2007). Insofern besitzt die Frage, inwieweit staatsbürgerliche Pflichten von den Bürgern als wichtig angesehen werden, eine doppelte politische Relevanz.

Tabelle 6 dokumentiert die Verbreitung staatsbürgerlicher Pflichten in osteuropäischen Gesellschaften. Betrachtet man zunächst die Ergebnisse der Partizipationsdimension, so stellt man fest, dass durchschnittlich ungefähr die Hälfte der Befragten partizipatives Verhalten als eine bürgerliche Tugend ansieht. In Tschechien ist der Anteil mit 36,5 Prozent geringer, in Polen ist er dafür mit 72,8 Prozent wesentlich höher. Slowenien und Polen liegen prozentual über dem Durchschnitt und haben auch höhere Mittelwerte. Dieses Muster zieht sich nahezu durch die gesamte Tabelle.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man den Anteil derjenigen Befragten betrachtet, die soziales und politisches Engagement als die Pflicht eines guten Staatsbürgers betrachten. In allen untersuchten Ländern hält lediglich eine Minderheit soziales und politisches Engagement für wichtig. In Tschechien sind dies nur 11,1 Prozent, in Polen sind es immerhin 30,4 Prozent. In Slowenien hält zumindest jeder Vierte das Engagement als eine wichtige Staatsbürgerpflicht. Insgesamt ist diese partizipative Dimension jedoch am schwächsten ausgeprägt.

Die Bürger Osteuropas haben die allgemeine Pflicht der Partizipation als staatsbürgerliche Tugend verinnerlicht. Weitergehende Partizipationsvorstellungen in Form von sozialem oder politischem Engagement werden jedoch von einem Großteil der jeweiligen osteuropäischen Bevölkerung abgelehnt. Diese staatsbürgerlichen Vorstellungen sind mit den Partizipationsidealen einer repräsentativen Demokratie deckungsgleich und stehen folglich im Widerspruch zu den Idealen der partizipativen Demokratievorstellung, wie sie von den Kommunitariern gefordert werden. Der kommunitaristische Ansatz betont die Bedeutung der aktiven Partizipation innerhalb der Gesellschaft als wesentliches Element der guten Staatsbürgerschaft (vgl. z.B. Walzer 1989: 216 ff.).

Tabelle 6: Zustimmung zur Bedeutung verschiedener staatsbürgerlicher Pflichten (Prozentanteile und Mittelwerte)

	ISSP 2004					*ESS 2002/2003*				
	DE	HU	CZ	SLO	PL	DE	HU	CZ	SLO	PL
ISSP: Partizipation ESS: pol. Engagem.										
eher wichtig/ äußerst wichtig	46	48,2	36,5	53,2	72,8	14,9	18	11,1	26,7	30,4
Index Mittelwert	3,32	3,37	3,02	3,50	3,97	2,49	2,42	2,24	2,89	2,95
Standardabweichung	1,26	1,16	1,23	1,13	1,07	1,04	1,21	1,05	1,09	1,16
N	367	867	1118	908	1147	1131	1637	1328	1492	2046
ISSP:Gesetzestreue ESS: Bürgerpflicht										
eher wichtig/ äußerst wichtig	79,1	87,6	75,9	82,1	91,1	69	87,3	60,4	65,8	83,7
Index Mittelwert	4,31	4,55	4,25	4,37	4,65	3,90	4,46	3,79	3,89	4,30
Standardabweichung	0,96	0,81	1,03	0,90	0,74	0,95	0,76	1,03	0,99	0,82
N	431	1013	1319	1050	1262	1132	1671	1337	1502	2093
Solidarität										
Eher wichtig/ äußerst wichtig	59,3	40,1	45,2	68,9	79,3	73,6	57,6	47,6	74,1	70,6
Index Mittelwert	3,74	3,25	3,33	4,03	4,29	3,9	3,62	3,36	4,01	3,94
Standardabweichung	1,12	1,25	1,19	1,06	0,93	0,87	1,11	1,15	0,99	0,95
N	430	1000	1310	1049	1249	1130	1649	1296	1496	2065
Soziopolit. Bewusstsein										
eher wichtig/ äußerst wichtig	76,8	67,6	61,3	79,1	78,9	93,8	75	77,9	85,7	81,9
Mittelwert	4,18	3,96	3,69	4,27	4,28	4,60	4,15	4,17	4,36	4,28
Standardabweichung	1,11	1,23	1,27	1,03	1,04	0,68	1,00	1,01	0,85	0,87
N	423	997	1309	1032	1205	1131	1630	1318	1487	2020

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der angegebenen Studien. Aus Gründen der Darstellung wurde der Index durch Berechnung von Quintilen gebildet. Die Frageformulierung lautet: „Es gibt verschiedene Ansichten darüber, was einen guten Staatsbürger ausmacht. Was meinen Sie, wie wichtig ist...“ Antwortskala: 1 = äußerst unwichtig, 2 = eher unwichtig, 3 = teils/teils, 4 = eher wichtig, 5 = äußerst wichtig. Angaben: Prozentanteile „eher wichtig“ und „äußerst wichtig“.

Dass man „immer die Gesetze und Bestimmungen einhalten“ und „niemals Steuern hinterziehen“ soll, wird hingegen wieder in allen Ländern nahezu uneingeschränkt akzeptiert und als wichtige staatsbürgerliche Pflicht angesehen. In Tschechien halten gar drei Viertel der Bevölkerung die Dimension der Gesetzestreue für wichtig. In Ostdeutschland sind es fast 80 Prozent und in Polen gibt es nur sehr wenige Ausnahmen (8,9 Prozent), die diese Dimension nicht als wichtig verinnerlicht haben. Mit 4,55 liegt der Mittelwert in Ungarn sogar noch

über dem Wert in Slowenien (4,37). Insgesamt erfährt die Pflicht der Gesetzeseinhaltung im engeren Sinne die stärkste Zustimmung in Mittel- und Osteuropa.

Betrachtet man die Ergebnisse des European Social Survey, so stellt man fest, dass die Werte deutlich geringer ausfallen als die des International Social Science Program. Der Grund hierfür ist, dass das Item der Wahlpflicht auf der Dimension der Gesetzestreue lädt und somit zu dem Konstrukt der „Bürgerpflicht“ gerechnet wurde. Dennoch liegt der Mittelwert bei 4,06 und ist damit immerhin noch relativ hoch. Mit 87,3 Prozent ist Ungarn wieder Spitzenreiter, was die Wichtigkeit dieser Dimension betrifft. Tschechien bildet mit einer Zustimmung von 60,4 Prozent das Schlusslicht.

Die Solidarität mit Menschen, denen es schlechter geht als einem selbst, hat in Ungarn und Tschechien weniger Anhänger als in den anderen untersuchten Ländern. Man könnte erwarten, dass die staatsbürgerliche Pflicht der Solidarität – als eine ehemals sozialistische Grundtugend – besonders hohe Zustimmungswerte erfährt. Dies ist jedoch nicht der Fall. In Ungarn halten lediglich 40,1 Prozent für eine wichtige staatsbürgerliche Tugend, in Tschechien ist der Prozentsatz mit 45,2 nur unwesentlich größer. In Ostdeutschland, Slowenien und Polen hält zumindest eine große Mehrheit die Solidarität für wichtig. Polen ist mit einer Zustimmung von 79,3 Prozent Spitzenreiter und weist einen Mittelwert von 4,29 auf. Die prozentualen Ergebnisse des ESS unterscheiden sich nicht wesentlich. Der Mittelwert ist mit 3,7 exakt gleich wie bei den eben beschriebenen Ergebnissen des International Social Science Program.

Die Pflicht des guten Staatsbürgers, „sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung zu bilden“, bekommt im Sinne des liberalen Demokratiekonzeptes wieder sehr hohe Zustimmungswerte. Grundlegende Tugenden wie Gesetzestreue und Loyalität gegenüber dem Staat sollten aus liberaler Sicht (vgl. z.B. Kymlicka/Norman 1995: 297/298) mit einem kritischen sozio-politischen Bewusstsein einhergehen. Das soziopolitische Bewusstsein ermöglicht dem Bürger, Autorität zu hinterfragen und sich in der öffentlichen politischen Diskussion zu beteiligen (vgl. Denters et al. 2007: 90). In Tschechien halten 61,3 Prozent die eigene Meinungsbildung für wichtig, in Ungarn sind es 67,6 Prozent und in

den anderen drei Ländern sind es weit über 70 Prozent, die die eigene Meinungsbildung hochschätzen. Im European Social Survey erfährt die Pflicht der eigenen Meinungsbildung sogar die stärkste Zustimmung (Mittelwert: 4,3).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle staatsbürgerlichen Pflichten in allen osteuropäischen Gesellschaften stark verbreitet sind und teilweise sogar fast konsensuell von allen Bürgern geteilt werden. Diese Tatsache ist unabhängig davon, welche historische Entwicklung die jeweiligen Länder erfahren haben. Darüber hinaus lässt sich ein bestimmtes Muster erkennen: Die Zustimmungswerte liegen in Tschechien in allen Fällen unter dem Durchschnitt, wogegen Slowenien häufig über dem Durchschnitt und Polen sogar immer über dem Durchschnitt liegt. Die Häufigkeitsauszählungen der staatsbürgerlichen Pflichten weisen darauf hin, dass traditionelle politische Werte nicht an Bedeutung verloren haben bzw. dass auch in postkommunistischen Gesellschaften bereits staatsbürgerliche Strukturen existieren. Aufgrund der Ergebnisse der Faktorenanalyse und der Häufigkeitsauszählungen kann davon ausgegangen werden, dass die verschiedenen Bedeutungen von Citizenship in den Köpfen der Menschen zwar getrennt voneinander betrachtet werden, aber dennoch miteinander in Verbindung stehen.

Die Analyse weist darauf hin, dass es einen Pluralismus an staatsbürgerlichen Normen gibt. Folglich existieren verschiedene Konzepte zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft, was für moderne Gesellschaften charakteristisch ist (vgl. z.B. Sniderman et al. 1996, Denters et al. 2007). In Kapitel 2.3.3 wurden diese Konzepte (traditional-elitistisches Modell, liberales Modell, kommunitaristisches Modell, partizipatorisches Modell) theoretisch erläutert. Daraus folgt jedoch nicht zwangsläufig eine kulturelle Fragmentierung, was Tabelle 7 bestätigt.

Tabelle 7: Anzahl der Personen, die mehrere Dimensionen als wichtig ansehen (Angaben in Prozent)

	2 Dimensionen		*3 Dimensionen*		*4 Dimensionen*	
	ISSP	ESS	ISSP	ESS	ISSP	ESS
Ostdeutschland	80	97	47	66,3	13,5	21,2
Ungarn	78,6	90,7	43,3	65,9	13,5	20,7
Tschechien	75,4	85,4	40,7	49,1	9,7	18,4
Slowenien	88	94,4	53,4	67,9	16	25
Polen	87,7	93,5	58,7	70,9	22,2	29,1

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“, ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy“. Eigene Berechnungen. ISSP 2004: Wertebereich von 1 bis 7, als wichtig angesehen: > = 4; ESS 2002/2003: Wertebereich von 0 bis 10, als wichtig angesehen: > = 5.

Die Bürger der jeweiligen nationalen Gesellschaften befürworten entweder ein reines Modell oder aber eine Mischform. Tabelle 7 zeigt, dass in allen untersuchten Ländern mehr als drei Viertel der Bevölkerung mindestens zwei Dimensionen staatsbürgerlicher Pflichten gleichzeitig als wichtig ansehen. Außer in Tschechien sieht im Jahr 2002 die Mehrzahl der Bürger in allen untersuchten Ländern gar 3 Dimensionen gleichzeitig als wichtig an. Im Jahr 2004 bestätigt in Slowenien und Polen eine absolute Mehrheit die Wichtigkeit von drei Dimensionen. In Polen sind es 2002 immerhin 29,1 Prozent, die *alle vier* Dimensionen als wichtig betrachten. Komplementär zur Faktorenanalyse zeigt auch diese Untersuchung, dass auf der Individualebene keine ausgeprägte kulturelle Fragmentierung stattfindet. In den Köpfen der breiten Masse sind die Konzepte der guten Staatsbürgerschaft miteinander kompatibel.

4.2.1.2 Welches Staatsbürgermodell wird von den Bürgern bevorzugt: repräsentativ oder partizipatorisch?[24]

Der „gute Staatsbürger“ zeichnet sich dadurch aus, dass er regelmäßig wählen geht, seine Entscheidungen eigenständig und unabhängig von Gruppenzwängen trifft, keine Steuern hinterzieht sowie die staatlichen Gesetze und Bestimmungen einhält. Der Idealbürger nimmt in diesem Modell eine repräsentative

[24] Roßteutscher (2005) hat ebenfalls eine Unterscheidung zwischen repräsentativem und partizipatorischem Staatsbürgermodell vorgenommen. Die Modelle wurden allerdings anders operationalisiert.

Rolle ein. Das Modell wird von europäischen Gesellschaften mehrheitlich gestützt. Die Vorstellung eines partizipatorischen Idealbürgers ist davon eindeutig abgrenzbar. Der partizipatorische Staatsbürger ist zusätzlich zu den oben genannten Eigenschaften politisch und sozial aktiv, zeigt sich seinen Mitmenschen gegenüber solidarisch und versucht darüber hinaus, die Meinungen anderer zu verstehen. Diese Idealvorstellung über die Rolle eines Staatsbürgers ist in europäischen Gesellschaften wesentlich weniger weit verbreitet (vgl. z.B. Roßteutscher 2005: 187). Die Unterscheidung in ein repräsentatives und ein partizipatorisches Staatsbürgermodell wird durch dimensionale Analysen gestützt und bestätigt. In allen untersuchten Ländern finden sich zwei getrennte Dimensionen (vgl. Tabelle A3 im Anhang).

Selbst wenn eine Mehrheit der Menschen in den untersuchten Ländern die einzelnen staatsbürgerlichen Pflichten des repräsentativen Staatsbürgermodells als bedeutsam ansieht, so ist dies noch keine Garantie dafür, dass sie das repräsentative Staatsbürgermodell in vollem Umfang verinnerlicht haben. Daher wird untersucht, inwieweit sowohl das repräsentative als auch das partizipatorische Staatsbürgermodell von den jeweiligen nationalen Gesellschaften getragen wird. Um die Unterstützung des repräsentativen Staatsbürgermodells messbar zu machen, wurde ein additiver Index aus den Items v4, v5 und v6 gebildet. Für die Messung des partizipatorischen Staatsbürgermodells wurden auch die restlichen Items zur Erfassung staatsbürgerlicher Pflichten (v7, v8, v9, v11 und v12) addiert.

Tabelle 8 dokumentiert die Zustimmung zu den beiden Staatsbürgermodellen in den untersuchten mittel- und osteuropäischen Gesellschaften. Betrachtet man zunächst die Ergebnisse aus der Studie des ISSP, so ist festzustellen, dass ein relativ großer Teil in allen Gesellschaften das repräsentative Staatsbürgermodell bevorzugt. In Polen sind 90 Prozent der Befragten der Meinung, dass ein guter Staatsbürger zur Wahl geht, keine Steuern hinterzieht und Gesetze und Bestimmungen von staatlicher Seite einhält. Allerdings sind in Polen auch 86,8 Prozent der Überzeugung, dass ein guter Staatsbürger auch selbst politisch und sozial aktiv sein soll, andere Menschen unterstützt und versucht, den

Standpunkt Andersdenkender zu verstehen. Mit Mittelwerten in Höhe von 4,57 bzw. 4,0 liegt Polen erneut deutlich über dem Durchschnitt.

Tabelle 8: Repräsentatives und partizipatorisches Staatsbürgermodell

	ISSP 2004					*ESS 2002/2003*				
	DE	HU	CZ	SLO	PL	DE	HU	CZ	SLO	PL
Repräsentatives Staatsbürgermodell										
Zustimmung	76,6	88,8	74,7	82,6	90,4	80,7	83,5	65,7	75,9	85,6
Index Mittelwert	4,10	4,47	4,07	4,27	4,57	4,01	4,11	3,73	3,99	4,17
Standardabweichung	1,01	0,82	1,04	0,89	0,76	0,69	0,72	0,83	0,78	0,71
N	394	971	1208	986	1225	1132	1671	1340	1505	2094
Partizipatorisches Staatsbürgermodell										
Zustimmung	67,6	65,2	54,2	77,1	86,8	54,9	55,4	35,0	58,7	66,0
Index Mittelwert	3,81	3,76	3,53	3,99	4,0	3,54	3,57	3,21	3,63	3,77
Standardabweichung	0,90	0,89	0,93	0,79	0,76	0,70	0,79	0,80	0,80	0,78
N	434	1016	1322	1051	1269	1132	1671	1341	1505	2094

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der angegebenen Studien. Aus Gründen der Darstellung wurde der Index durch Berechnung von Quintilen gebildet. Die Frageformulierung lautet: „Es gibt verschiedene Ansichten darüber, was einen guten Staatsbürger ausmacht. Was meinen Sie, wie wichtig ist…“ Antwortskala: 1 = äußerst unwichtig, 2 = eher unwichtig, 3 = teils/teils, 4 = eher wichtig, 5 = äußerst wichtig. Angaben: Prozentanteile „eher wichtig“ und „äußerst wichtig“.

Auch Slowenien hat hohe Mittelwerte aufzuweisen. Mit einem Wert von 4,27 liegt es im Durchschnitt, was das repräsentative Staatsbürgermodell betrifft. Offenbar spielt die aktive Rolle des Bürgers in Slowenien eine zentrale Rolle. 77,1 Prozent der Befragten halten die Pflichten des partizipatorischen Staatsbürgermodells für wichtig. Der Mittelwert ist mit 3,99 überdurchschnittlich. Die Tschechische Republik besitzt mit 54,2 Prozent den geringsten Schatz an Pflichtakzeptanz, auch der Prozentsatz von 74,7 ist für das repräsentative Staatsbürgermodell am geringsten im Vergleich zu den anderen Ländern. Ein anderes Bild zeichnet sich in Ungarn ab. 88,8 Prozent der Befragten in Ungarn sind der Meinung, dass die Einhaltung der Wahlpflicht sowie der verordneten Gesetze zur guten Staatsbürgerschaft gehören. Mit einem Mittelwert von 4,47 liegt Ungarn hier auch deutlich über dem Durchschnitt. Ostdeutschland wiederum bewegt sich auf dem Durchschnittsniveau, wenn es um die Akzeptanz von partizipatorischer Pflichteinhaltung geht.

Tabelle 8 bestätigt die insgesamt geringere Verbreitung des partizipatorischen Staatsbürgermodells. In allen untersuchten Ländern unterstützen weniger Befragte die Vorstellung eines aktiven Staatsbürgers. In Polen findet das Modell die stärkste Verbreitung. Insgesamt ist eine eindeutige Tendenz in Richtung repräsentatives Staatsbürgermodell festzustellen. Dies müsste auch in der politisch-sozialen oder karitativen Aktivität der Bürger in Mittel- und Osteuropa erkennbar sein (vgl. Kapitel 4.3).

4.2.2 Die staatsbürgerlichen Rechte

Laut Pattie et al. (2004: 20) akzeptieren Individuen diverse Pflichten, weil sie erkennen, dass dadurch ihre Rechte gewahrt bleiben. Wenn die Bürger die Gewährung ihrer Rechte vom Staat einfordern und gleichzeitig ihre Pflichten nicht akzeptieren, sei ein demokratisches System nicht überlebensfähig. Darum kann die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten nicht untersucht werden, ohne die Forderung nach demokratischen Rechten in die Analyse zu integrieren.

Aus Sicht von Marshall (1950) hat sich die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in drei eindeutigen Phasen vollzogen, der Ausbildung von zunächst bürgerlichen, dann politischen und zuletzt sozialen Rechten (vgl. Kapitel 2.3.2). Sein Modell der Staatsbürgerschaft hatte großen Einfluss auf die Zivilgesellschaftsdebatte und bildet einen zentralen Bezugspunkt zahlreicher Diskussionen um Citizenship (vgl. z.B. Beiner 1995, Soysal 1994, Pattie et al. 2004). Ein Ziel dieses Kapitels ist es zu prüfen, ob das von Marshall entwickelte theoretische Konstrukt in mittel- und osteuropäischen Ländern empirisch nachweisbar ist.

Für die Untersuchung der staatsbürgerlichen Rechte werden zunächst wieder Faktorenanalysen durchgeführt. Die subjektive Bedeutung der demokratischen Rechte wird in der ISSP-Studie über sechs Fragen ermittelt. Die in Kapitel 3 vorgenommene analytische Zuordnung der Fragen zu den jeweiligen Dimensionen wird auf diese Weise empirisch überprüft. Mithilfe der explorativen Faktorenanalyse sollen die verschiedenen Dimensionen staatsbürgerlicher Rechte im Datensatz der ISSP-Studie identifiziert und zu Indizes zusammengefasst werden. Auch hier gilt wieder die Interpretationsregel, dass eine Faktorladung, die

größer ist als 0.5 (in den entsprechenden Tabellen fett gekennzeichnet), auf eine starke Korrelation zwischen der Variable und dem latenten Konstrukt deutet (vgl. z.B. Maier/Rattinger 2000: 118).

Die drei theoretischen Dimensionen, auf die sich Marshall bezieht, können empirisch nicht eindeutig nachgewiesen werden. Die erste durchgeführte Faktorenanalyse hat gezeigt, dass sich die drei Komponenten nicht eindeutig den Ergebnissen, vor allem im Ländervergleich, zuweisen lassen. Daher wurde zunächst die Schwierigkeit der Items bestimmt. Zunächst wurden die Variablen auf die Werte 0 bis 1 normiert. Alle Items hatten einen relativ hohen Anteil an Zustimmung (> 0.79). Lediglich die Variable „Es ist wichtig, dass Bürger die Möglichkeit des zivilen Ungehorsams gegenüber Regierungsentscheidungen haben“ weist einen wesentlich geringeren Wert von 0.70 auf. Angesichts der ungenauen Formulierung „Möglichkeit des zivilen Ungehorsams“ ist der relativ geringe Anteil an Zustimmung nicht verwunderlich. Das Item wurde folglich sowohl aus inhaltlichen als auch aus methodischen Gründen aus der Skala eliminiert. Anschließend wurde erneut eine Faktorenanalyse mit fünf Variablen durchgeführt.

Die Ergebnisse aus Tabelle 9 weisen darauf hin, dass sich die fünf Items auf zwei Komponenten reduzieren lassen, die folgende Dimensionen der staatsbürgerlichen Rechte repräsentieren: soziale Rechte und politische Rechte. Die erste Komponente reduziert die Fragen nach der Gleichbehandlung aller durch den Staat, der Berücksichtigung der Ansichten der Bürger bei politischen Entscheidungen und die Möglichkeit der politischen Beteiligung auf die Dimension der politischen Rechte. Komponente 2 deutet auf die Dimension der sozialen Rechte, die über das Recht auf ausreichenden Lebensstandard für alle Bürger und den Schutz der Minderheiten gemessen wird. Auffällig ist, dass die Frage nach der Gleichbehandlung durch den Staat auch auf dem zweiten Faktor lädt. Die Fragestellung kann jedoch aus inhaltlicher Sicht auch beiden Dimensionen zugeschrieben werden: unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position sollen alle Bürger sowohl in politischer, als auch in sozialer Hinsicht durch Staat und Behörden gleich behandelt werden. Obwohl die Ladung auf Faktor 1 unwesentlich höher ist, hat die inhaltliche Argumentation in diesem Fall mehr Gewicht als

die statistischen Ergebnisse. Daher wird die Gleichbehandlung aller durch den Staat der Dimension der sozialen Rechte zugeschrieben. Die beiden Dimensionen werden auch für die weiteren Analysen der staatsbürgerlichen Rechte verwendet.

Tabelle 9: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Rechte

Indikatoren	*Komponente*	
	1	2
Ausreichender Lebensstandard	.446	**.843**
Schutz von Minderheiten	.467	**.843**
Gleichbehandlung durch den Staat	**.725**	**.712**
Berücksichtung der Bürgeransichten	**.884**	.533
Möglichkeit der politischen Beteiligung	**.874**	.424

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ISSP „Citizenship and State". Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung. Die 2-Faktorenlösung erklärt 72,8 Prozent der Gesamtvarianz (Faktor 1: 58,9 Prozent; Faktor 2: 13,9 Prozent).

Im nächsten Schritt wurde überprüft, ob die Reduktion auf die beschriebenen beiden Dimensionen für alle untersuchten Länder empirisch nachweisbar ist. Die Ergebnisse (vgl. Tabelle 10) zeigen, dass die Faktorladungen überwiegend sehr hoch sind. Dies lässt darauf schließen, dass die beiden unterschiedlichen Auffassungen von staatsbürgerlichen Rechten bei einer großen Mehrheit der jeweiligen nationalen Bevölkerung weit verbreitet sind. Das oben beschriebene Muster trifft mit einer Ausnahme durchgängig auf alle Länder zu. Ostdeutschland, Ungarn, Slowenien und Polen zeigen das theoretisch erwartete Muster der Ladungen der fünf Items auf die zwei Faktoren. Lediglich in Tschechien lädt das Item „Gleichbehandlung aller Bürger durch den Staat" auf die Dimension der politischen Rechte.

Die Einzelindikatoren lassen sich statistisch gesehen auf zwei Dimensionen reduzieren und analog zu der Vorgehensweise in Kapitel 4.2.1 zu Indizes zusammenfassen. Alle Items besitzen jeweils denselben Wertebereich, wodurch die Bildung eines additiven Index möglich ist.[25] Der Index „Politische Rechte"

[25] ISSP 2004: Wertebereich von 1 bis 7.

umfasst die Items v33 und v34, der Index „Soziale Rechte“ umfasst die Items v30 bis v32.[26]

Tabelle 10: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Rechte, sortiert nach Ländern

Faktor und Land	*Ausreichen-der Lebens-standard*	*Schutz von Minderheiten*	*Gleichbe-handlung durch d. Staat*	*Berücksich-tigung d. Bür-geransichten*	*Möglichkeit d. politischen Beteiligung*
Politische Rechte					
DE	.451	.141	.537	**.841**	**.827**
HU	.597	.290	.599	**.880**	**.867**
CZ	.382	.555	**.842**	**.877**	**.846**
SLO	-.471	-.396	-.573	**-.877**	**-.892**
PL	-.374	-.537	-.580	**-.888**	**-.874**
Soziale Rechte					
DE	**.655**	**.846**	**.697**	.387	.260
HU	**.685**	**.894**	**.738**	.479	.340
CZ	**.903**	**.780**	.571	.446	.352
SLO	**.797**	**.855**	**.803**	.546	.463
PL	**.861**	**.802**	**.744**	.523	.477

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ISSP „Citizenship and State“ 2004. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die theoretischen Überlegungen auf der Basis der in Tabelle 10 dargestellten Ergebnisse auch bezüglich der fünf untersuchten Länder empirisch bestätigt werden können. Die beiden Dimensionen gehören eindeutig zu einem gemeinsamen Konstrukt, nämlich zu den staatsbürgerlichen Rechten. In den folgenden deskriptiven Analysen werden sie jedoch zunächst getrennt voneinander betrachtet.

4.2.2.1 Die Verteilung der staatsbürgerlichen Rechte

In Kapitel 4.2.1 wurde gezeigt, inwieweit die Bürger Mittel- und Osteuropas bestimmte Ansichten über staatsbürgerliche Pflichten teilen. Nun soll anhand der Ergebnisse der ISSP-Studie erläutert werden, ob auch die staatsbürgerlichen Rechte breite Zustimmung finden. Vertreter der Transitionsforschung (vgl. z.B.

[26] Auf jeden Index wurde je ein fehlender Wert zugelassen. Die Summe der Indizes wurde durch die Zahl der jeweiligen Items dividiert (ohne Rundung).

Fuchs 1997, Westle 1999, Arzheimer 2005) gehen davon aus, dass Sozialisationserfahrungen für die Erklärung staatsbürgerlicher Normen relevant sind. Der Sozialisationshypothese folgend, müssten die Menschen in den untersuchten postkommunistischen Ländern aufgrund ihrer historischen Erfahrung die staatsbürgerlichen Rechte ablehnen und sich eher an realsozialistischen Idealen orientieren (vgl. Kapitel 2.4.2.1). Der Hypothese 5 folgend, wird jedoch in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen, dass die staatsbürgerlichen Rechte für die Menschen in den untersuchten Ländern eine wesentliche Rolle spielen, gerade weil die Penetration durch die kommunistische Elite so stark war (vgl. Kapitel 3.4).

Die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Rechte gehört ebenso wie die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten zum Konstrukt der guten Staatsbürgerschaft und ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Pollack et al. (2006: 12) sehen jedoch die bisherige Erfassung von Einstellungen zu sozialen, wirtschaftlichen und vor allem rechtlichen Themen und deren Auswirkungen auf den politischen und soziokulturellen Transformationsprozess in Osteuropa als unzureichend an. Die politische Relevanz des Themas liegt folglich in der Frage, ob es den postkommunistischen Staaten gelungen ist, ein Set an politischen und sozialen Rechten zu etablieren und bestehende Demokratiedefizite abzubauen.

Die Verteilung der staatsbürgerlichen Rechte wird in Tabelle 11 ersichtlich. Insgesamt kann man erkennen, dass die Prozentanteile bei beiden Rechtsdimensionen sehr hoch sind. Die Meinung, dass politische und soziale Rechte für die Menschen in einer Demokratie wichtig sind, wird von allen Befragten in allen untersuchten Ländern fast konsensuell geteilt. Die Mittelwerte liegen bei beiden Dimensionen jeweils bei einem Durchschnitt von 4,6 (Max: 5,0). Lediglich die Tschechische Republik weist mit Mittelwerten von 4,3 ein relativ niedriges Niveau auf. Dass Staat und Behörden alle Menschen gleich behandeln, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position, dass Politiker die Ansichten der Bürger bei ihren Entscheidungen berücksichtigen und dass man den Bürgern die Möglichkeit gibt, sich an politischen Entscheidung zu beteiligen, findet in Tschechien weniger Anhänger als in den anderen untersuchten Ländern. 82,2 Prozent der

in Tschechien Befragten stimmen zu, dass politische Rechte für die Menschen in einer Demokratie wichtig sind. Wenn es um die sozialen Rechte geht, ist die Zustimmung der Befragten etwas größer. 83,3 Prozent der Tschechen sind der Meinung, dass alle Bürger einen ausreichenden Lebensstandard haben sollten und dass Staat und Behörden alle gleich behandeln sollen, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position. Auch wenn beide Prozentanteile relativ hoch sind, so sind sie doch im Ländervergleich unterdurchschnittlich. Worin die Ursachen für das durchgängig niedrige Niveau staatsbürgerlicher Normen in der Tschechischen Republik liegen, wird in späteren Analysen empirisch untersucht.

Die Ergebnisse für Ungarn liegen mit Mittelwerten von 4,6 und Prozentanteilen von um die 90 Prozent im Durchschnitt der mittel- und osteuropäischen Länder. Bereits bei der Analyse staatsbürgerlicher Pflichten hatte Ungarn meist durchschnittliche Werte aufzuweisen und Tschechien lag immer unter dem Durchschnitt. Dieses Muster zieht sich auch durch die Tabelle der Verteilung staatsbürgerlicher Rechte.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Ergebnisse Ostdeutschlands, Sloweniens und Polens betrachtet. Diese Länder weisen alle überdurchschnittliche Werte auf, was sowohl für die Mittelwerte als auch für die Prozentanteile gilt. In Slowenien sind über 90 Prozent der Befragten der Meinung, dass politische Rechte von Bedeutung sind. 95,4 Prozent glauben, dass die Gewährung sozialer Rechte wichtig für die Menschen in einer Demokratie ist. In Polen glauben gar 96,5 Prozent der Befragten, dass politische Rechte, und sogar 97,9 Prozent der Befragten, dass soziale Rechte wichtig sind. Wenn man bedenkt, dass die Antwortskala von 1 „äußerst unwichtig“ bis 5 „äußerst wichtig“ geht, so sind die Mittelwerte in Polen mit 4,8 extrem hoch. Der Mittelwert für die Gewährung sozialer Rechte liegt in Ostdeutschland bei 4,7, der Prozentanteil bei 97,2 Prozent, also unwesentlich niedriger als die Ergebnisse in Polen.

Tabelle 11: Zustimmung zur Bedeutung staatsbürgerlicher Rechte (Prozentanteile und Mittelwerte)

	ISSP 2004				
	DE	HU	CZ	SLO	PL
Politische Rechte					
eher wichtig/äußerst wichtig	97,0	89,7	82,2	91,8	96,5
Index Mittelwert	4,84	4,60	4,37	4,65	4,81
Standardabweichung	0,46	0,77	0,92	0,72	0,52
N	432	1012	1310	1044	1262
Soziale Rechte					
eher wichtig/äußerst wichtig	97,2	92,3	83,3	95,4	97,9
Index Mittelwert	4,77	4,67	4,32	4,73	4,82
Standardabweichung	0,51	0,70	0,87	0,62	0,48
N	436	1018	1290	1042	1268

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ISSP „Citizenship and State". Aus Gründen der Darstellung wurde der Index durch Berechnung von Quintilen gebildet. Die Frageformulierung lautet: „Wie wichtig sind für Sie folgende Rechte der Menschen in einer Demokratie? Antwortskala: 1 = äußerst unwichtig, 2 = eher unwichtig, 3 = teils/teils, 4 = eher wichtig, 5 = äußerst wichtig. Angaben: Prozentanteile „eher wichtig" und „äußerst wichtig".

Wenn es um die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten geht, hat Ostdeutschland lediglich durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Werte aufzuweisen. Auffällig ist allerdings, dass die Gewährung politischer Rechte in den neuen Bundesländern eine extrem hohe Zustimmung erfährt. 97 Prozent der Befragten in Ostdeutschland halten die Dimension der politischen Rechte für wichtig. Der Mittelwert liegt hier bei 4,84. Dies lässt vermuten, dass die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Rechte tatsächlich mit den jeweiligen Sozialisationserfahrungen zusammenhängt. Die Penetration durch die kommunistische Elite war in der ehemaligen DDR extrem hoch. Folglich spielen die staatsbürgerlichen Rechte nach dem politischen Umbruch eine wesentlich bedeutendere Rolle als in denjenigen Ländern, in denen der Druck durch sozialistische Regime weniger stark war.

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass ein hoher Prozentsatz der Befragten es wichtig findet, dass man den Menschen Möglichkeiten gibt, an politischen Entscheidungen teilzuhaben. Inwiefern die Bürger dieses Recht nicht nur einfor-

dern, sondern auch wahrnehmen und in ihrer jeweiligen politischen Gemeinschaft aktiv werden, stellt eine Fragestellung dar, die in Kapitel 4.3 untersucht wird.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass alle staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von ihrer historischen Entwicklung in allen untersuchten mittel- und osteuropäischen Ländern von großer Bedeutung sind und fast konsensuell von allen Bürgern geteilt werden. Ähnlich wie bei den staatsbürgerlichen Pflichten lässt sich auch hier wieder ein bestimmtes Muster erkennen: Unterdurchschnittliche Zustimmungswerte gibt es für beide Dimensionen in der Tschechischen Republik. Ungarn erzielt eher Durchschnittswerte, wogegen durchgängig überdurchschnittliche Werte in Polen, Slowenien und Ostdeutschland erzielt werden. Die Ergebnisse in Ostdeutschland sind insofern von Bedeutung, als dass die Prozentanteile und Mittelwerte im Gegensatz zu der Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten extrem hoch sind, was auf eine Verifizierung der Hypothese 5 deuten könnte. Die Determinanten für die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen werden zu einem späteren Zeitpunkt untersucht (vgl. Kapitel 4.4 und 4.5). Die Häufigkeitsauszählungen der Rechtedimensionen weisen darauf hin, dass die Verankerung staatsbürgerlicher Normen auch in postkommunistischen Gesellschaften weit verbreitet ist und dass das Konstrukt der guten Staatsbürgerschaft an Bedeutung gewinnt.

4.2.3 Die summarische Betrachtung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten

Zum Abschluss der deskriptiven Analysen der unabhängigen Variablen gibt das folgende Kapitel die Ergebnisse der Prüfung eines additiven Index wieder, der aus den Indikatoren der staatsbürgerlichen Normen gebildet wurde, die bislang getrennt voneinander betrachtet wurden. Darüber hinaus werden die dargestellten empirischen Ergebnisse für die einzelnen Dimensionen der guten Staatsbürgerschaft (vgl. Kapitel 3.3) bilanziert.

Ein additiver Index zur Erfassung aller Indikatoren von guter Staatsbürgerschaft bietet die Möglichkeit, sich anhand nur eines Instrumentes einen summari-

schen, komprimierten Überblick über die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen in mittel- und osteuropäischen Staaten zu verschaffen. Darüber hinaus kann durch diese Vorgehensweise die Komplexität der folgenden Analysen im Gegensatz zu einer getrennten Untersuchung der einzelnen Dimensionen des Modells der guten Staatsbürgerschaft reduziert werden. Die Berechnung eines solchen Index ist allerdings nur für die Daten aus der ISSP-Studie möglich. In der ESS-Studie wurde die Bedeutung der staatsbürgerlichen Rechte für die Demokratie nicht abgefragt. Zur Berechnung des Index wurden alle insgesamt verfügbaren 14 Einzelindikatoren auf die Werte 0 (staatsbürgerliche Normen „äußerst unwichtig“) und 1 (staatsbürgerliche Normen „äußerst wichtig“) kodiert.

Insgesamt betrachtet ist die Verwendung eines Gesamtindex der guten Staatsbürgerschaft nur dann sinnvoll, wenn sich der Index als reliabel erweist, d.h. wenn sich die innere Konsistenz der integrierten Messinstrumente nachweisen lässt. Dies gilt für einen Gesamtindex der guten Staatsbürgerschaft wie für die beiden Indizes staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten gleichermaßen. Die Reliabilität der Indizes wurde daher mithilfe des Koeffizienten Cronbachs Alpha getestet. Dieser Koeffizient eignet sich für die Reliabilitätstests und die Prüfung der inneren Konsistenz bei Messinstrumenten wie additiven Indizes, die sich aus mehreren Items zusammensetzen. Im Hinblick auf die Werte, die Cronbachs Alpha annehmen kann, formulieren Schnell et al. (2005: 153) die Interpretationsregel, dass bei einem Wertebereich zwischen 0 und 1 Koeffizienten über 0.8 als akzeptabel gelten können. Berechnet man Cronbachs Alpha für die beiden Indizes Rechte und Pflichten, so ergeben sich Reliabilitätswerte von 0.81[27] (Rechte) und 0.79[28] (Pflichten). Ähnliche Werte erzielt man auch, wenn man den Koeffizienten für den Gesamtindex staatsbürgerlicher Normen berechnet. Cronbachs Alpha beträgt in diesem Fall 0.82[29]. Die Reliabilität der Skalen lässt sich in allen drei Fällen nicht mehr steigern, auch nicht bei Ausschluss eines oder mehrerer Items. Der von Schnell, Hill und Esser empfohlene Grenzwert wird also bei allen drei Indizes erreicht. Dies bestätigt die Annahme, dass es sich bei der guten Staatsbürgerschaft um ein mehrdimensionales Konstrukt

[27] Standardized item alpha = 0.82.
[28] Standardized item alpha = 0.80.
[29] Standardized item alpha = 0.82.

handelt und die Items, aus denen der Index gebildet wurde, dieselben qualitativen Dimensionen guter Staatsbürgerschaft abbilden.

Trotz der Komplexitätsreduktion ist eine ausschließliche Verwendung des Gesamtindex in den folgenden Analysen aus inhaltlichen Gründen nicht sinnvoll. Rechte und Pflichten müssen auch bezüglich ihrer Determinanten getrennt voneinander untersucht werden. Gerade bei der Analyse postkommunistischer Länder erscheint eine gesonderte Untersuchung der verschiedenen Dimensionen des Modells aus zwei unterschiedlichen Gründen adäquater. Eine zentrale Annahme der vorliegenden Arbeit lautet, dass gerade die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten umso höher ist, wenn die Bürger in informelle Netzwerke eingebunden sind (vgl. Kapitel 3.4). Die Bürgerpflicht (Gang zur Wahlurne und Bestätigung des Einparteiensystems) hatte vor dem Zusammenbruch des Kommunismus einen zentralen Stellenwert. Die Erklärungskraft der Sozialisationserfahrungen für die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Pflichten darf nicht außer Acht gelassen werden.

Tabelle 12 dokumentiert zusammenfassend die Prozentanteile des Gesamtnormenindex. Dabei wird ersichtlich, dass in allen untersuchten Ländern ein sehr hoher Prozentsatz der Befragten die Einhaltung staatsbürgerlicher Normen für wichtig bzw. sogar für äußerst wichtig hält. Die Normakzeptanz ist in Polen besonders hoch (66,8 Prozent halten die staatsbürgerlichen Normen für äußerst wichtig). Fasst man die ermittelten Ergebnisse aus Kapitel 4.2 und Tabelle 12 zusammen, so ergibt sich als Zwischenfazit, dass die Indikatoren, die die unterschiedlichen Dimensionen des Modells der guten Staatsbürgerschaft repräsentieren, ein hohes Maß an Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen in mittel- und osteuropäischen Staaten belegen. Die Analysen der Bewertung staatsbürgerlicher Pflichten zeigen eine hohe Zustimmung. Insbesondere die Tugend der Gesetzeseinhaltung sowie die Ausbildung eines soziopolitischen Bewusstseins erfahren hohe Zustimmungswerte. Im Hinblick auf die staatsbürgerlichen Rechte wird diese Zustimmung zur Bedeutung der Rechtsdimensionen in allen untersuchten Ländern fast konsensuell geteilt. Aus transformationstheoretischer Perspektive liefern die dargestellten empirischen Analysen keine bedenklichen Ergebnisse.

Tabelle 12: Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen (Prozentanteile)

	DE	*HU*	*CZ*	*SLO*	*PL*
Äußerst unwichtig	0,3		0,3	0,2	0,1
Eher unwichtig		1,6	3,5	0,4	0,2
Teils/Teils	10,1	13,5	23,5	7,2	3,4
Eher wichtig	51,7	50,6	54,4	48,9	29,5
Äußerst wichtig	38,0	34,3	18,3	43,2	66,8
N	358	834	1079	856	1061

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ISSP „Citizenship and State". Aus Gründen der Darstellung wurde der Index durch Berechnung von Quintilen gebildet. Operationalisierung: Additiver Index der Indikatoren zur Erfassung der staatsbürgerlichen Pflichten und der staatsbürgerlichen Rechte. Konkrete Frageformulierung siehe Kapitel 4.1. Antwortskala: 1 = äußerst unwichtig, 2 = eher unwichtig, 3 = teils/teils, 4 = eher wichtig, 5 = äußerst wichtig.

Auf der Grundlage dieser Befunde könnte Hypothese 1 zunächst einmal als bestätigt gelten. Weder Slowenien noch Ostdeutschland weisen in Bezug auf die Verankerung staatsbürgerlicher Normen Ergebnisse auf, die auf einen Sonderfall hindeuten. Zwar gibt es aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklungen länderspezifische Abweichungen, aber die Individuen weisen bezüglich ihrer staatsbürgerlichen Orientierungen in allen Ländern ähnliche Einstellungsmuster auf. Dies lässt vermuten, dass in allen postkommunistischen Ländern vergleichbare Determinanten für die Verankerung von staatsbürgerlichen Normen relevant sind. Ob die Vermutung zutreffend ist, wird in den folgenden Kapiteln überprüft.

4.3 Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen

In Kapitel 4.2 wurde die Verankerung staatsbürgerlicher Normen aus transformationstheoretischer Perspektive untersucht. Dabei wurden schwerpunktmäßig deskriptive Analysen eingesetzt. Im folgenden Kapitel werden nun potenzielle Erklärungsfaktoren im Kontext theoretischer Überlegungen diskutiert und vor diesem Hintergrund in einem integrierten Modell zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft zusammengefasst. Die Bestimmungsfaktoren für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen werden schwerpunktmäßig aus sozialkapitaltheoretischer Perspektive analysiert. Entsprechend des in Kapitel 3.3 vorgestellten Erklärungsmodells wird mithilfe deskriptiver Analysen untersucht, inwieweit die

Bürger Mittel- und Osteuropas in ihre jeweilige Gesellschaft sozial integriert sind. Dahinter steht die Annahme, dass Vereine und Freiwilligenorganisationen als Medium der politischen Sozialisation dienen und in der sozialen Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle ermöglichen (vgl. z.B. Franzen/Freitag 2007).

In einem zweiten Schritt wird mithilfe bivariater Analysen geprüft, inwiefern die kulturellen Aspekte mit den strukturellen Aspekten sozialen Kapitals tatsächlich zusammenhängen. In Kapitel 4.3.1 werden außer der funktionalen Mitgliedschaft als eine Determinante für gute Staatsbürgerschaft auch weitere potenzielle Erklärungsfaktoren diskutiert. Auf der Basis verschiedener Regressionsanalysen wird abschließend geklärt, welchen Beitrag unterschiedliche Erklärungsfaktoren in einem Gesamtmodell leisten.

4.3.1 Potenzielle Erklärungsansätze: Sozialkapital und Sozialisation

Im Hinblick auf die Determinanten der guten Staatsbürgerschaft finden sich bislang vergleichsweise wenig explizit theoretisch begründete Überlegungen und faktisch keine empirischen Untersuchungen, die speziell postkommunistische Länder in den Blick nehmen. Zahlreiche Autoren schreiben in ihren jeweiligen Studien über die politische Relevanz von Citizenship und den konzeptionellen Rahmen, ohne die theoretischen Überlegungen empirisch zu belegen (vgl. z.B. MacIntyre 1981, Beiner 1995, Feldman/Steenbergen 1996, Conover/Searing 2002). Meist wurden deskriptive Analysen zur Verbreitung staatsbürgerlicher Tugenden erstellt (vgl. z.B. Roßteutscher 2004, Denters et al. 2007). Andere Wissenschaftler fertigen internationale empirische Analysen an, gehen jedoch nicht auf die Spezifikation der postkommunistischen Gesellschaften ein (vgl. z.B. van Deth 2007) oder sie untersuchen die Verbreitung von Citizenship in lediglich einem Land (vgl. z.B. Pattie et al. 2004). Die Erklärung guter Staatsbürgerschaft, die mehrere potenzielle Erklärungsansätze zusammenfasst, bleibt eine wesentliche Forschungslücke, die mit der vorliegenden Arbeit geschlossen wird. Durch die Option einer gegenseitigen Ergänzung der Determinanten kann die Erklärungskraft verbessert werden und es können unterschiedliche Modelle im Vergleich ermittelt werden.

Eine wesentliche Determinante zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft ist die Integration in soziale Netzwerke. Feldman and Steenbergen (1996) stellen in ihren Studien fest, dass Gruppenzugehörigkeiten und die Einbindung in eine politische Gemeinschaft in der wissenschaftlichen Diskussion noch zu wenig als Erklärungsfaktoren für politische Einstellungen und politisches Verhalten betrachtet wurden. Der Sozialkapitalansatz geht unter anderem davon aus, dass die Mitarbeit der Bürger in Vereinen und Organisationen die Internalisierung und Unterstützung von gemeinschaftsbezogenen Werten und Normen begünstigt, was wiederum zu Rückkopplungseffekten führt. Folglich fördert die Verinnerlichung gemeinschaftsbezogener Werte die positive Neigung zu sozialer Aktivität (vgl. ausführlich Kapitel 2.2). Eine zentrale Annahme der vorliegenden Arbeit lautet, dass formelle und informelle Netzwerke eine besondere Rolle für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen spielen. In Kapitel 4.3.2 werden die Determinanten guter Staatsbürgerschaft aus sozialkapitaltheoretischer Sicht in den Blick genommen.

Zunächst werden jedoch weitere potenzielle Erklärungsfaktoren im Rahmen theoretischer Überlegungen hergeleitet und diskutiert (vgl. Tabelle 13). Diese Erklärungsfaktoren stammen aus dem Kontext der Geschlechterforschung und den Überlegungen der Sozialisations- bzw. der Erfahrungshypothese. Die Geschlechterforschung geht davon aus, dass Mädchen zu anderen Werten erzogen wurden (und häufig immer noch werden) als Jungen. Der Theorie folgend spielen für Frauen soziale, gemeinschaftsorientierte Werte eine größere Rolle als für eher karrierebewusst, egozentrisch erzogene Männer (vgl. z.B. Bilden 1991: 279 ff., Kulke 1991: 598 ff.). Eine Grundannahme der feministischen Theorie lautet, dass weibliches Handeln meist altruistischer und gemeinschaftsbezogener sei als männliche Denk- und Verhaltensmuster. Frauen bemühten sich wesentlich bewusster um das Wohl der Gemeinschaft (vgl. z.B. Siim 1994, Schlozman et al. 1995). Tatsächlich konnte Klages (2001: 9) empirisch aufzeigen, dass Männer eher materialistische Wertorientierungen verinnerlicht haben, während Frauen hingegen eher für pro-soziale Werte einstehen. Ob die Annahme der weiblichen Tugendhaftigkeit auch auf postkommunistische

Länder zutrifft, ist noch zu prüfen. Zumindest in den katholisch-konservativ geprägten Ländern ist ein empirischer Zusammenhang zu erwarten.

Der zweite in Tabelle 13 aufgenommene Erklärungsfaktor ist das Alter. Nach Annahme der Sozialisationshypothese wird ein bestehendes politisches Regime vorrangig nach den Wertmaßstäben beurteilt, die während der Sozialisation erworben worden sind. Wie bereits in Kapitel 2.4.2 beschrieben, ist nach klassischer Anwendung der Sozialisationshypothese davon auszugehen, dass sich die Bevölkerung eher an realsozialistischen Idealen orientiert und sich für eine dominante Rolle des Staates in allen Bereichen des ökonomischen und sozialen Lebens ausspricht. Trifft die Sozialisationshypothese zu, so müssten ältere Generationen eher das repräsentative Staatsbürgermodell als gut befinden. Jüngere Generationen hingegen würden sich für das partizipative Staatsbürgermodell einsetzen, da ihnen gemeinschaftsbezogene Werte wie Toleranz, Solidarität, Partizipation und kritischer Sinn wichtig seien.[30]

Allerdings können Sozialisationserfahrungen auch andere Auswirkungen mit sich bringen. So könnte man davon ausgehen, dass positive Einstellungen gegenüber dem heutigen Regime auf negative Erfahrungen, wie beispielsweise die Penetration durch die kommunistische Elite, zurückzuführen sind. Demnach würde die Befürwortung staatsbürgerlicher Rechte und die aktive Partizipation innerhalb der Gesellschaft vor allem von der älteren Generation befürwortet werden. In diesem Fall wäre die kommunistische Sozialisation der Bürger nicht gelungen. Grundsätzlich ist nicht davon auszugehen, dass es sich hierbei um eine „lückenlose Determination“ handelt (vgl. Fuchs et al. 1997: 11) sondern vielmehr, dass die erworbenen Sozialisationserfahrungen einen Einfluss auf die aktuellen politischen Orientierungen haben können.

[30] Zur Bedeutung des Wertewandels für das bürgerschaftliche Engagement vgl. z.B. Hepp 2001.

Tabelle 13: Potenzielle Erklärungsfaktoren für die gute Staatsbürgerschaft

Erklärungsfaktor	*Indikatoren*	*Operationalisierung ISSP 2004*	*Operationalisierung ESS 2002/03*
„Funktionale Mitgliedschaft“	Partizipation in politischen oder beruflich/ gewerkschaftlichen Organisationen	1 = Aktives Mitglied, 0 = Rest.	1 = Mitglied, 0 = Rest.
	Partizipation in kulturellen und Freizeitorganisationen	1 = Mitglied, 0 = Rest. 1 = früher Mitglied, 0 = Rest.	1= an Aktivitäten teilgenommen, 0 = Rest. 1= Ehrenamt, 0 = Rest.
	Partizipation in religiösen oder kirchlichen Organisationen		
„Askriptive Zugehörigkeit“	Geschlecht	1 = weiblich, 0 = männlich.	1 = weiblich, 0 = männlich.
	Alter/ Geburtsjahr	1 = unter 25 Jahre, 0 = Rest. 1 = über 46 Jahre, 0 = Rest. 1 = über 66 Jahre, 0 = Rest.	1 = Jg. 1977-1988 0 = Rest. 1 = Jg. 1908-1957, 0 = Rest. 1 = Jg. 1908-1037, 0 = Rest.
„Sozialer Status“	Bildung	1 = höhere Bildung (mind. Abitur oder vergleichbarer Abschluss), 0 = alle anderen.	1 = höhere Bildung (mind. Abitur oder vergleichbarer Abschluss), 0 = alle anderen.
	Subjektive Schichtzugehörigkeit/ Beschäftigungsverhältnis	1 = obere Schichtzug. 0 = Rest.	1 = angestellt/ selbstständig, 0 = arbeitslos.
„Soziale Integration“	Freundschaftsbindungen	n.e.	1 = Freunde, 0 = keine Freunde
	Religiöse Merkmale: Konfession und Kirchengangshäufigkeit	1 = katholisch, 0 = alle anderen. 1 = evangelisch, 0 = alle anderen. 1 = christlich, 0 = alle anderen. 1 = Kirchgänger, 0 = kein Kirchgänger. 1 = mind. 1x im Monat, 0 = seltener/nie.	1 = katholisch, 0 = alle anderen. 1 = evangelisch, 0 = alle anderen. 1 = christlich, 0 = alle anderen. 1 = Kirchgänger, 0 = kein Kirchgänger. 1 = mind. 1x im Monat, 0 = seltener/nie.

Quelle: Eigene Zusammenstellung. Die Auswahl der Indikatoren bezieht sich auf beide Datensätze: ISSP 2004 „Citizenship and State“, ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy“, soweit dies möglich war (vgl. ausführliche Frageformulierungen in Kapitel 4.1).

Befürworter der Erfahrungshypothese gehen davon aus, dass die Beurteilung des politischen Systems und seiner gesetzlichen Bestimmungen nicht durch die Sozialisationsbemühungen der kommunistischen Partei beeinflusst wurde. Vielmehr fließen Erfahrungen mit der aktuellen Demokratie und die eigene individuelle Lebenssituation in die Bewertung mit ein. Wie in Kapitel 2.4.2 dargestellt, werden die Annahmen der Situations- und der Erfahrungshypothese in der einschlägigen Literatur als konkurrierende Ansätze diskutiert. Folglich finden sich kaum empirische Analysen, die Bestimmungsfaktoren aus beiden Erklärungsansätzen in gemeinsamen Modellen untersuchen. Das in der vorliegenden Arbeit spezifizierte Erklärungsmodell der guten Staatsbürgerschaft schließt sowohl Determinanten mit ein, die aus dem Kontext der Sozialisationshypothese stammen, als auch solche, die der Erfahrungshypothese zugeordnet werden können. Die beiden Konzepte ergänzen sich gegenseitig.

Weitere Erklärungsfaktoren für die Verinnerlichung gemeinschaftsbezogener Werte bilden die Indikatoren des sozialen Status und der sozialen Integration. Der soziale Status wird in der vorliegenden Arbeit über Bildung, Beschäftigungsverhältnis und subjektive Schichtzugehörigkeit operationalisiert.[31] In Kapitel 2.2.2 wurde der Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Humankapital theoretisch erläutert. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu (1983) geht davon aus, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Qualität des erworbenen Bildungstitels und der Existenz von formellen oder informellen Netzwerken gibt. Folglich sind die besser Gebildeten enger vernetzt und partizipieren häufiger in Organisationen und Vereinen. Eine gute Bildung bietet den Bürgern die notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten, um am politischen und sozialen Leben teilzunehmen (vgl. z.B. Hooghe 2003a) und fördert das Pflichtbewusstsein im Hinblick auf die politische Gemeinschaft (vgl. Denny/Doyle 2008: 294). Erwartungsgemäß müsste das Niveau der Akzeptanz staatsbürgerlicher Normen bei diesen Personen höher sein. Um die internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten, orientiert sich der Bildungsindikator auf nationaler Ebene an dem höchstmöglich zu erreichenden Abschluss. Das Beschäfti-

31 In der ISSP-Studie sind Daten zum Bildungsniveau und zur subjektiven Schichtzugehörigkeit enthalten. Die ESS-Studie umfasst Daten zum Bildungsniveau und zum Beschäftigungsverhältnis.

gungsverhältnis zählt Gabriel (2002: 104 ff.) als einen Faktor sozialer Integration. In der vorliegenden Arbeit wird die Erwerbstätigkeit als sozioökonomische Variable dem sozialen Status zugewiesen (vgl. z.B. Hooghe 2003a). Eine zentrale Annahme in vielen Forschungsarbeiten lautet, dass der Beschäftigungsstatus die politische Partizipation beeinflusst (vgl. z.B. Verba et al. 1995). Der theoretische Zusammenhang zwischen subjektiver Schichtzugehörigkeit und der Verinnerlichung gemeinschaftsbezogener Werte liegt auf der Hand. Die Personen, die einen hohen Bildungsabschluss haben, werden sich vermutlich tendenziell auch eher zur oberen Schicht zählen.

Eine wesentliche Annahme der vorliegenden Arbeit lautet, dass das Niveau der staatsbürgerlichen Orientierungen umso höher ist, je stärker die Individuen sozial integriert sind (vgl. Hypothese 2). Die soziale Integration wird über religiöse Merkmale und Freundschaftsbindungen gemessen. Laut Gabriel (2002: 104) gilt die Kirche neben Familie und Beruf als wichtigster Faktor sozialer Integration. Religion gilt in zahlreichen Analysen als ein zentraler Erklärungsfaktor für politisches Verhalten (vgl. z.B. Verba et al. 1995, Putnam 2000, Hooghe 2003a, Driskell et al. 2008). Die Integration in die Institution der Kirche wird in erster Linie über den Indikator der Kirchengangshäufigkeit gemessen. Der Gang zur Kirche vermittelt eine alltägliche Bindung an die Glaubensinstitution (vgl. z.B. Badescu/Neller 2007). Darüber hinaus werden die Konfessionen getrennt voneinander betrachtet. Auf diese Weise kann die von Robert Putnam (1993, 2000) aufgebrachte Behauptung, die katholische Kirche produziere aufgrund ihrer hierarchischen Strukturen weniger Sozialkapital als die eher horizontal und partizipatorisch organisierte evangelische Kirche, überprüft werden. Die soziale Integration kann aber auch mithilfe von vorhandenen informellen Netzwerken, also freundschaftlichen Bindungen, gemessen werden. Ob die Befragten in den jeweiligen Organisationen, in denen sie partizipieren, auch Freunde haben, wird jedoch lediglich in der ESS-Studie abgefragt.

Bevor die theoretisch angenommenen Zusammenhänge in Gesamtregressionsmodellen überprüft werden, wird zunächst die für die vorliegende Arbeit zentrale Determinante zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen, nämlich die strukturelle Komponente des Sozialkapitals, in den Blick genommen. Dabei soll

im internationalen Vergleich analysiert werden, in welchen Ländern die Partizipation in Organisationen und Vereinen besonders ausgeprägt ist und welche der Organisationsformen am meisten Mitglieder hat. Im Anschluss daran werden in Kapitel 4.4 ausgewählte bivariate Korrelationen dargestellt.

4.3.2 Sozialkapital im Ländervergleich: die strukturelle Komponente

Entsprechend des Aufbaus des Erklärungsmodells für die gute Staatsbürgerschaft werden zunächst die Determinanten aus sozialkapitaltheoretischer Sicht in den Blick genommen. Als besonders bedeutsam für die Ausprägung der politischen Orientierungen und der Normakzeptanz gilt die funktionale Mitgliedschaft innerhalb einer Organisation (vgl. z.B. Putnam 1993, 1995). Häufig wird in der aktuellen Literatur zur Wirkung von Sozialkapital zwischen strukturellen und kulturellen Elementen unterschieden. Zu den strukturellen Elementen gehören hauptsächlich Netzwerkstrukturen wie beispielsweise die Mitgliedschaft und Aktivität in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Freiwilligenorganisationen oder religiösen Organisationen, aber auch Netzwerke wie Familie, Freunde, Nachbarn und Kollegen. Letztere werden in der folgenden Analyse jedoch nicht berücksichtigt.

Das Vereinigungs- und Versammlungsrecht ist ein grundlegendes Bürgerrecht innerhalb einer Demokratie. Den Bürgern steht dieses Recht qua Gesetz zu. Bei der Analyse sozialen Kapitals ist es von zentraler Bedeutung zu prüfen, inwiefern die Bürger in den jeweiligen nationalen Gesellschaften von ihrem Recht tatsächlich Gebrauch machen. Zahlreiche Sozialwissenschaftler haben vor allem in den letzten Jahren Studien über die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement für die Demokratie, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft im Allgemeinen erstellt (vgl. z.B. Warren 2001, Geurts/Morales 2007: 135). Eine umfangreiche Beschreibung der wissenschaftlichen Diskussion würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Das Ziel dieses Kapitels ist vielmehr, die Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements für die gute Staatsbürgerschaft zu verdeutlichen.

Eine zentrale Annahme der vorliegenden Arbeit lautet, dass formelle und informelle Netzwerke eine besondere Rolle für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen spielen. Durch die aktive Mitgliedschaft werden die Bürger Teil einer Gemeinschaft. Insofern tragen Vereinigungen zur Integration der Bürger innerhalb ihrer Gemeinschaft bei und erlauben ihnen, ihre Staatsbürgerschaft aktiv „auszuüben". Im folgenden Kapitel wird dargestellt, inwiefern sich die Bürger in mittel- und osteuropäischen Gesellschaften innerhalb unterschiedlicher Organisationen engagieren. Dabei wird gleichzeitig geprüft, wie hoch das Niveau an Sozialkapital im osteuropäischen Vergleich ist. Erste Häufigkeitsauszählungen zeigen, dass der Anteil derjenigen, die tatsächlich Mitglied einer Organisation sind oder sich gar aktiv innerhalb dieser Organisation beteiligen, verschwindend gering ist (vgl. Tabelle 14).

Wie bereits in Kapitel 4.1 beschrieben, variieren die genannten Organisationen in den beiden vorliegenden Datensätzen. Die ESS-Studie bietet wesentlich mehr Antwortmöglichkeiten bezüglich der verschiedenen Organisationen und Vereine. In der vorliegenden Arbeit wurden aus inhaltlichen Gründen nicht alle möglichen Organisationsmitgliedschaften ausgewertet. Es wurden im Wesentlichen diejenigen Organisationen in die Verteilungen mit aufgenommen, die mit den Antwortmöglichkeiten der ISSP-Studie inhaltlich kompatibel sind. Aus diesem Grund wurden die Antwortmöglichkeiten zur Mitgliedschaft in Verbraucherschutzorganisationen, Automobilclubs, Umweltschutz- oder Friedensorganisationen, Tierschutzvereinen, Organisationen zur Förderung von Wissenschaft oder Bildung sowie Lehrer- oder Elternorganisationen ausgelassen. Darüber hinaus ist die Frageformulierung in den beiden Erhebungen nicht identisch, so dass die Ergebnisse nicht vergleichbar sind. Der veränderte Fragetext wirkt sich auf die Antworten und somit im Aggregat auf die Häufigkeitsverteilungen aus. Den Befragten der ISSP-Studie wurden fünf Organisationen vorgelegt, zu denen sie angeben sollten, ob sie darin aktives Mitglied, passives Mitglied oder gar kein Mitglied sind. Zusätzlich gab es noch die Antwortmöglichkeit „Früher Mitglied gewesen, aber jetzt nicht mehr". In der ESS-Studie wurden den Befragten zwölf Organisationen vorgelegt. Hier gab es die Antwortmöglichkeiten, ob sie Mitglied sind, an den Aktivitäten des Vereins teilgenommen haben, einem solchen Verein Geld gespendet haben, ehrenamtlich (also ohne Bezahlung) für

ihn gearbeitet haben oder ob nichts davon in den letzten zwölf Monaten auf die Befragten zutrifft.

Tabelle 14: Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen und Verbänden (Angaben in Prozent)

	ISSP 2004					*ESS 2002/2003*[1]			
	DE	HU	CZ	SLO	PL	DE	HU	SLO	PL
Partei									
Aktives Mitglied	3,7	1,3	2,7	2,2	0,2	2,6	1,4	1,8	0,8
(Passives) Mitglied	1,6	0,2	5,5	3,2	0,5	2,6	1,5	4,0	1,7
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr	11,5	5,9	11,7	9,4	8,1				
Kein Mitglied	83,1	92,7	80,1	85,2	91,2	95,7	97,7	97,4	94,8
Gewerkschaft									
Aktives Mitglied	5,5	4,7	2,9	9,6	2,0	4,0	2,6	3,0	1,6
(Passives) Mitglied	11,7	5,7	8,2	15,7	5,6	13,8	6,0	19,3	6,2
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr	49,8	39,7	35,1	26,6	30,6				
Kein Mitglied	31,4	49,3	52,5	47,1	61,4	85,0	93,1	78,4	93,1
Wirtschaftsverband									
Aktives Mitglied						1,6	3,1	2,9	0,9
(Passives) Mitglied						5,8	3,3	7,6	1,2
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr									
Kein Mitglied						93,7	94,9	89,9	98,0
Kirche oder religiöse Gemeinschaft									
Aktives Mitglied	6,9	9,2	4,3	13,2	26,2	4,7	4,6	1,6	2,3
(Passives) Mitglied	16,3	20,7	15,0	20,8	37,1	12,3	5,9	8,1	3,1
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr	18,8	4,1	5,8	6,7	3,2				
Kein Mitglied	56,2	65,2	72,8	56,7	32,3	84,2	91,0	87,0	92,6
Organisation für humanitäre Hilfe									
Aktives Mitglied					1,6	0,8		1,9	0,9
(Passives) Mitglied					3,5	0,7		5,4	0,5
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr									
Kein Mitglied					83,8	97,3		85,1	96,1
Sport- oder Freizeitverein									
Aktives Mitglied	20,4	5,2	10,7	23,7	4,8	14,1	6,1	10,2	2,4
(Passives) Mitglied	6,4	2,2	9,6	11,1	2,7	21,2	5,4	16,1	4,5
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr	32,8	13,7	31,0	24,8	21,8				
Kein Mitglied	39,4	78,5	47,4	39,6	70,1	72,6	90,2	76,4	93,3

Verein für kulturelle Aktivitäten									
Aktives Mitglied						10,9	5,8	5,1	3,0
(Passives) Mitglied						12,9	4,5	8,1	3,5
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr									
Kein Mitglied						80,8	90,8	86,2	94,4
Andere Freiwilligenorganisationen									
Aktives Mitglied	4,1	3,9	5,7	12,4	2,9	2,5	1,8	2,4	1,1
(Passives) Mitglied	2,3	1,2	7,3	7,9	1,6	6,9	2,4	5,2	2,9
Früher Mitglied, aber heute nicht mehr	3,9	4,3	21,6	15,4	7,8				
Kein Mitglied	66,3	91,1	62,0	62,0	86,5	91,5	96,3	95,9	91,6

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der angegebenen Studien. Frageformulierung im ISSP lautet: „Man kann Mitglied in verschiedenen Organisationen sein. Einige sind hier aufgeführt. Bitte kreuzen sie jeweils an, was auf Sie zutrifft.“ Antwortskala: 1 = kein Mitglied, 2 = passives Mitglied, 3 = aktives Mitglied. Im ESS lautet die Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Vereine, Verbände und andere Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede der aufgeführten Organisationen, ob eines oder mehrere von den Dingen auf der Liste in den letzten 12 Monaten auf Sie zutreffen. Sind Sie Mitglied, haben Sie an Aktivitäten teilgenommen, Geld gespendet, ehrenamtlich (also ohne Bezahlung) gearbeitet oder trifft nichts davon auf Sie in den letzten 12 Monaten zu“. Angaben: Häufigkeitsauszählungen; Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungsfehlern (ISSP) bzw. aufgrund einer höheren Variablenauswahl. ISSP: N zwischen 334 und 1277. ESS: N zwischen 1133 und 2110. 1: Die Tschechische Republik wurde in der ESS-Studie nicht berücksichtigt.

Für die hier vorliegende Fragestellung ist jedoch lediglich die Frage nach der aktiven (an den Aktivitäten teilgenommen), passiven (Mitglied) oder gar keiner Mitgliedschaft interessant. Aufgrund der unterschiedlichen Fragestellung nach Vereinsmitgliedschaften sind die Ergebnisse der beiden Studien zwischen den Ländern, jedoch nicht zwischen den beiden Befragungen vergleichbar.

Betrachtet man die Ergebnisse der Tabelle 14, so stellt man fest, dass insgesamt sehr geringe Mitgliedschaftsraten zu verzeichnen sind. Eine Ausnahme bildet die Kirchenmitgliedschaft, und zwar vor allem in den Ländern, die hauptsächlich katholisch geprägt sind. In Polen sind 63,3 Prozent Mitglied in einer Kirche bzw. einer religiösen Gemeinschaft. In Slowenien macht der Anteil der Kirchenmitglieder 34 Prozent der Befragten aus und in Ungarn sind es noch fast 30 Prozent, die zum Zeitpunkt der Befragung aktives oder passives Kirchenmitglied sind. Im Gegensatz zu den recht hohen Mitgliedschaftsanteilen der ISSP-Studie, sind die Ergebnisse des European Social Survey geradezu enttäuschend. In Polen geben 92,6 Prozent der Befragten an, dass sie innerhalb der

letzten 12 Monate keine Mitgliedschaft innerhalb einer Kirche oder einer anderen religiösen Gemeinschaft hatten. Für ein Land, in dem die katholische Kirche stark dominiert, ist dieses Ergebnis überraschend. Auch in Ungarn, wo die katholische Kirche eigentlich eine zumindest nennenswerte Minderheit der Bevölkerung stellt, geben 91 Prozent der Befragten an, dass sie kein Kirchenmitglied sind. Lediglich in Ostdeutschland und in Slowenien sind es unter 90 Prozent.

Ein etwas höheres Niveau können vereinzelt auch Sport- und Freizeitvereine in Osteuropa verzeichnen. In Slowenien geben 34,8 Prozent der Befragten an, dass sie Mitglied (aktiv oder passiv) in einem Sportverein sind. Die aktive Mitgliedschaft liegt mit 23,7 Prozent höher als in allen anderen untersuchten Ländern. In Ostdeutschland sind es immerhin noch 26,8 Prozent Mitglieder in einem Sportverein, davon 20,4 Prozent aktive Mitglieder. In Tschechien gaben 20,3 Prozent an, Mitglied in einem Sportverein zu sein, in Ungarn und Polen beteiligt sich etwa einer von fünf Bürgern in einem Sport- oder Freizeitverein. Die Ergebnisse der ISSP-Studie zeigen in etwa dieselbe Tendenz, wenn auch mit wesentlich geringeren Anteilen. Hier geben in Ungarn und Polen mehr als 90 Prozent der Befragten an, kein Vereinsmitglied zu sein. In Ostdeutschland und Slowenien ist der Anteil mit 76,4 (Slowenien) bzw. 72,6 Prozent (Ostdeutschland) wesentlich geringer.

Gewerkschaften, aber vor allem auch Parteien finden offenbar in osteuropäischen Staaten relativ wenig Zuspruch. Bei beiden Organisationsformen ist jedoch zu erkennen, dass der Anteil derjenigen, die früher Mitglied waren, heute aber kein Mitglied mehr sind, eher hoch ist. In Ostdeutschland gibt fast die Hälfte der Befragten an, dass sie früher Mitglied einer Gewerkschaft waren. Kaum geringer ist der Anteil in Ungarn mit 39,7 Prozent. Auch in Tschechien und Polen betrifft dies rund jeden dritten Befragten. Der Anteil derjenigen, die früher Gewerkschaftsmitglied waren, heute aber nicht mehr sind, ist in Slowenien mit 2,6 Prozent am geringsten. Die deutlichen Rückgänge können auf das Ende der sozialistischen Einheitsgewerkschaft zurückgeführt werden (vgl. z.B. Westle/ Gabriel 2008: 82). Die Anteile der Parteimitgliedschaften sind teilweise verschwindend gering. Auch hier gibt es Rückgänge zu verzeichnen, die auf die veränderte politische Situation und die damit einhergehende Auflösung früherer

Einheitsparteien verweist. In Polen ist nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung Mitglied in einer Partei, 8,1 Prozent geben an, dass sie früher einmal Parteimitglied waren. Auch in Ungarn ist der Anteil der Parteimitglieder mit 1,6 Prozent äußerst gering. In Ostdeutschland, Tschechien und Slowenien sind die Anteile minimal größer, liegen aber immer noch unter der Zehn-Prozent-Marke. Die Ergebnisse der ESS-Studie weisen dieselbe Tendenz auf, wenngleich die Fragen anders gestellt wurden. Die Prozentanteile derjenigen, die Mitglied in einer Partei oder einem Wirtschaftsverband sind, sind mit überwiegend unter 10 Prozent verschwindend gering. Bessere Werte haben auch hier die Gewerkschaften zu verzeichnen. In Ostdeutschland geben 17,8 Prozent der Befragten an, dass sie Gewerkschaftsmitglied sind und an den Aktivitäten der Organisation teilnehmen. In Slowenien sind es 22,3 Prozent, die auf diese Weise geantwortet haben.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass unterschiedliche Strukturen funktionaler Mitgliedschaft in den verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas vorhanden sind. Außerdem konnte gezeigt werden, dass das Niveau der Mitgliedschaften in allen untersuchten Ländern relativ gering ist. In Kapitel 4.2.1.2 wurde ermittelt, dass in den mittel- und osteuropäischen Ländern eine eindeutige Tendenz in Richtung repräsentatives Staatsbürgermodell zu erkennen ist. Dies drückt sich auch in der geringen bürgerlichen Aktivität in Organisationen und Vereinen aus. Es bleiben jedoch auch einige Fragen unbeantwortet. Beispielsweise bleibt offen, ob die verschiedenen Organisationstypen auch unterschiedliche Potenziale bergen, indem sie unterschiedliche Effekte auf politische Einstellungen haben.

In einem nächsten Schritt wurden teilweise verschiedene Organisationstypen zusammengefasst. Diese Vorgehensweise hat sowohl inhaltliche als auch statistische Gründe. Es wird davon ausgegangen, dass im Sinne des Sozialkapitalansatzes Organisationen aus thematisch ähnlichen Bereichen und mit ähnlichen Zielen zusammengefasst werden können (vgl. z.B. Westle/Gabriel 2008: 82 ff.). In der vorliegenden Arbeit bietet es sich an, Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sowie religiöse und karitative Vereinigungen und Sport-, Freizeit- und Kulturvereine jeweils zusammenzufassen. Der statistische

Grund hierfür ist folgender: Um höhere Fallzahlen zu erhalten, wurde mithilfe von dimensionalen Analysen geprüft, ob die Indikatoren gegebenenfalls tatsächlich auf wenige Faktoren reduziert und zu Indizes zusammengefasst werden können. Die Ergebnisse aus Tabelle 15 weisen ein eindeutiges Muster auf, das aus drei Komponenten besteht. Die Komponenten repräsentieren die verschiedenen Gruppen der funktionalen Organisationen, die folgendermaßen ausdifferenziert werden können: politisch-gewerkschaftliche Mitgliedschaft, gesellschaftlich-soziale Mitgliedschaft und karitativ-kirchliche Mitgliedschaft. Auch die Faktorenanalyse zur Überprüfung crossnationaler Äquivalenz, die hier jedoch nicht dargestellt wird, liefert entsprechende Ergebnisse (vgl. Tabellen A4 und A5 im Anhang).

Tabelle 15: Dimensionale Analyse funktionaler Mitgliedschaft

Indikatoren	*Komponente*					
	1		2		3	
	ISSP	ESS	ISSP	ESS	ISSP	ESS
Partei	.203	.116	**.767**	**.658**	-.163	-.113
Gewerkschaft	.137	-.080	**.777**	**.642**	.200	.210
Wirtschaftsverband		.254		**.536**		.108
Kirche oder religiöse Gemeinschaft	.042	.056	.033	.062	**.973**	**.734**
Organisation für humanitäre Hilfe		.129		.086		**.657**
Sportverein	**.830**	**.808**	.153	.151	.045	-.034
Verein für kulturelle Aktivitäten		**.749**		.096		.281
Andere Freiweilligenorganisationen	**.826**		.194		.033	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“ und ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy”. Eigene Berechnungen auf Basis der angegebenen Studien. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Zum gesellschaftlich-sozialen Engagement gehört die Mitgliedschaft in einem Sportverein, einem Verein für kulturelle Aktivitäten oder anderen Freiwilligenorganisationen. Diese Dimension wird durch Komponente 1 dargestellt. Komponente 2 repräsentiert das gewerkschaftlich-politische Engagement. Hierzu gehört die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, einem Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband sowie die Parteimitgliedschaft. Die Fragen nach der Mitgliedschaft in einer religiösen oder kirchlichen Organisation oder einer Organisation für humanitäre Hilfe, Menschenrechte und Migranten laden auf der dritten Komponente. Wie bereits erwähnt, lassen sich die Einzelindikatoren zur Mitglied-

schaft in (Freiwilligen-) Organisationen in drei Gruppen einteilen und zu Indizes zusammenfassen. Im ISSP-Datensatz umfasst der Index des politisch-gewerkschaftlichen Engagements die Items v25 und v26. Zum Index des gesellschaftlich-sozialen Engagements zählen die Items v28 und v29. Auf den Variablen wurde jeweils ein fehlender Wert zugelassen. Die Summe wurde durch die Zahl der relevanten Items dividiert (ohne Rundung). Das karitativ-kirchliche Engagement wird im ISSP-Datensatz lediglich über das Item v27 erfasst. Folglich wird kein Index gebildet.

Die Vorgehensweise wurde für die ESS-Studie entsprechend übernommen. Hier zählen zum politisch-gewerkschaftlichen Engagement die Items PRTY, TRU und PRFO. Das gesellschaftlich-soziale Engagement umfasst die Items SPTC und CLTO. Die Items HMNO und RLGO gehören zum karitativ-kirchlichen Engagement.

Aufgrund der dargestellten Methode muss die Frage offenbleiben, ob Mehrfachmitgliedschaften zu einer stärkeren Vernetzung führen und entsprechende Folgen für das Niveau des Sozialkapitals auf Individualebene haben. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass bereits die Mitgliedschaft in einer einzigen (möglicherweise besonders großen oder besonders aktiven) Organisation ensprechende Folgen für die Vernetzung der Individuen hat. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, ob die aktive Mitgliedschaft im Verhältnis zur passiven Mitgliedschaft entsprechende Folgen hat. Darüber hinaus wird gezeigt, inwieweit eine frühere Mitgliedschaft im Sinne der Sozialisationshypothese entsprechende Effekte auf das Niveau des Sozialkapitals hat (vgl. Kapitel 4.5).

Um die Daten für die späteren bivariaten und multivariaten Analysen nutzbar zu machen, wurden sie zunächst zu Indizes zusammengefasst und in einem nächsten Schritt zu dichotomen Variablen (sogenannte Dummy-Variablen) umcodiert.[32] Tabelle 16 gibt einen Überblick über die Verteilungen der Dummies

[32] Weitere Hinweise zur Umcodierung von qualitativen Variablen in Dummy-Variablen finden sich in Urban/Mayerl 2002: 276 ff.

der ISSP-Studie. Da sich in den beiden verwendeten Datensätzen unterschiedliche Frageformulierungen wiederfinden, werden die Häufigkeitsauszählungen der Dummy-Variablen der beiden Studien getrennt voneinander untersucht.

Tabelle 16: Formen der Mitgliedschaft (Angaben in Prozent)

	Land	*Mitglied*	*Aktives Mitglied*	*Früher Mitglied, heute nicht mehr*
Politisch-Gewerkschaftliche Organisationen	DE	20,9	8,0	47,7
	HU	11,6	5,8	39,9
	CZ	17,5	5,4	32,8
	SLO	28,9	11,1	25,9
	PL	8,0	2,1	32,5
Sozial-Gesellschaftliche Organisationen	DE	20,4	14,9	25,2
	HU	10,8	7,6	14,1
	CZ	24,9	13,5	32,3
	SLO	39,8	27,5	24,6
	PL	10,3	6,8	22,1
Kirchlich-Religiöse Organisationen	DE	23,2	6,9	18,8
	HU	29,9	9,2	4,1
	CZ	19,3	4,3	5,8
	SLO	34,0	13,2	6,7
	PL	63,4	26,2	3,2

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Eigene Berechnungen. Frageformulierung lautet: „Man kann Mitglied in verschiedenen Organisationen sein. Einige sind hier aufgeführt. Bitte kreuzen sie jeweils an, was auf Sie zutrifft.“ Antwortskala: 1 = kein Mitglied, 2 = passives Mitglied, 3 = aktives Mitglied. Angaben: Häufigkeitsauszählungen.

Die entsprechenden Werte in Tabelle 16 weisen unterschiedliche Verteilungen auf, in denen jedoch ein klares Muster zu erkennen ist. Das politisch-gewerkschaftliche Engagement ist insgesamt relativ gering ausgeprägt. In Slowenien ist es am häufigsten existent. 28,9 Prozent der Befragten sind Mitglied in einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation, und rund jeder zehnte Slowene engagiert sich hier sogar aktiv. 25,9 Prozent geben an, dass sie früher einmal Mitglied gewesen sind, heute jedoch nicht mehr. In Ostdeutschland liegt eine ähnliche Mitgliedschaftsstruktur vor. 20,9 Prozent der Ostdeutschen sind in einer polischen oder gewerkschaftlichen Organisation Mitglied, 8 Prozent aktiv und fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass sie noch nie Mit-

glied einer politisch-gewerkschaftlichen Vereinigung waren. Während die Tschechische Republik und Ungarn eher durchschnittliche Werte aufweisen, hat Polen die geringsten Prozentanteile bezüglich des politisch-gewerkschaftlichen Engagements zu bieten. Lediglich 8 Prozent der befragten Polen sind Mitglied und ein verschwindend geringer Anteil von 2,1 Prozent beteiligt sich aktiv. Der Anteil derjenigen, die früher einmal Mitglied einer politisch-gewerkschaftlichen Organisation waren, ist bedeutend höher, allerdings im Ländervergleich mit 32,5 Prozent eher gering. Polen galt nach 1956 im Vergleich zu den anderen kommunistischen Staaten als ein liberales Regime. Der Einzelne konnte sich durch die Macht der Kirche einen gewissen Freiraum sichern. Unter der polnischen Bevölkerung war die Ablehnung der sowjetischen Dominanz groß (vgl. z.B. Bartoszewski 2005: 19 ff.). Es unterstützten wesentlich weniger Personen das Einheitsparteiensystem und die Einheitsgewerkschaft als das in den sozialistischen Nachbarstaaten der Fall war. Diese Tatsache lässt sich mit den vorliegenden Verteilungsergebnissen bestätigen.

Auch was das gesellschaftlich-soziale Engagement, also die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder einer Freiwilligenorganisation angeht, liegen die Polen unter dem Durchschnitt. Lediglich 10,3 Prozent der Befragten sind Mitglied in einem sozial-gesellschaftlichen Verein, 6,8 Prozent beteiligen sich aktiv. Jeder fünfte Befragte gibt an, dass er früher einmal Mitglied innerhalb solch eines Vereines war. Auch in Ungarn ist das sozial-gesellschaftliche Engagement nicht sehr weit verbreitet. Lediglich 7,6 Prozent der befragten Ungarn engagieren sich aktiv, 10,8 Prozent sind Mitglied. In Tschechien beteiligen sich 13,5 Prozent der Befragten aktiv am gesellschaftlichen Leben innerhalb einer solchen Organisation und in Ostdeutschland sind es 14,9 Prozent. In Slowenien ist auch das sozial-gesellschaftliche Engagement verbreiteter als in den anderen untersuchten Ländern. Fast 40 Prozent der befragten Slowenen sind Mitglied in einer entsprechenden Organisation, 27,5 Prozent sind es in Form einer aktiven Mitgliedschaft.

Ein anderes Bild zeichnet sich beim kirchlich-religiösen Engagement ab. Lediglich 4,3 Prozent der Tschechen beteiligen sich aktiv innerhalb einer religiösen Organisation. Mit 5,8 Prozent ist auch der Anteil derjenigen, die früher einmal

Mitglied einer Glaubensgemeinschaft waren, sehr gering. Die geringen Prozentanteile können darauf zurückgeführt werden, dass es Anfang der 1950er-Jahre in Tschechien zur härtesten Kirchenverfolgung in Ostmitteleuropa kam. Heute besitzt die katholische Kirche in Tschechien zwar den größten Anteil unter den religiösen Gemeinschaften, liegt aber deutlich unter den sogenannten „Konfessionslosen“ (vgl. z.B. Bremer: 16 ff.). Auch in Ostdeutschland ist religiöses Engagement nicht weit verbreitet. Der Anteil der Kirchenmitglieder liegt bei 23,2 Prozent, lediglich 6,9 Prozent beteiligen sich aktiv. Ein im Ländervergleich recht hoher Anteil von 18,8 Prozent der Befragten gibt an, früher einmal Mitglied in einer Kirche gewesen zu sein. Ähnlich wie in Polen galt die Kirche (allerdings im Wesentlichen die protestantische Landeskirche) auch in Ostdeutschland als Zufluchtsort für Personen, die sich dem politischen Regime nicht beugen wollten. In Ungarn sind fast 30 Prozent der Befragten Kirchenmitglieder, 9,2 Prozent geben an, sie würden sich aktiv innerhalb der Kirche engagieren. Auch 13,2 Prozent der befragten Slowenen engagieren sich innerhalb der Kirche und der Prozentsatz der Mitgliedschaft liegt bei über 34 Prozent. Im katholisch geprägten Polen ist besonders das kirchlich-religiöse Engagement verbreitet. Diejenigen Polen, die sich weder politisch-gewerkschaftlich noch innerhalb eines Sportvereins engagieren, scheinen ihre freie Zeit für religiöses Engagement zu nutzen.[33] Über 63 Prozent der Befragten geben an, Kirchenmitglied zu sein und ein sehr hoher Anteil (26,2 Prozent) beteiligt sich innerhalb dieser Mitgliedschaft aktiv.

Zusammenfassend lässt sich aufgrund der vorliegenden empirischen Ergebnisse folgendes festhalten: Das politisch-gewerkschaftliche Engagement ist in allen untersuchten Ländern wenig verbreitet. Das Niveau des Engagements ist in den Ländern am niedrigsten, in denen in der Vergangenheit der Widerstand gegen das sozialistische Regime „von unten“, also vom Volk geleistet wurde. Vor allem Polen und Ungarn zählen zu dieser Kategorie. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder einem Verein zur Förderung kultureller Aktivitäten ist hingegen weiter verbreitet. Vor allem in Slowenien und Tschechien engagieren

[33] Im Rahmen der Arbeit wurde nicht geprüft, ob es auch „Doppelt-Aktive“ neben völlig Unaktiven gibt.

sich die Bürger häufig in gesellschaftlicher Hinsicht. Eine aktive Mitarbeit findet man in Mittel- und Osteuropa hauptsächlich innerhalb der kirchlichen Strukturen. Besonders auffallend ist, dass das aktive kirchliche Engagement vor allem in Polen und Slowenien zu finden ist, in denen der Katholizismus weit verbreitet ist. Insgesamt kann man Slowenien eine Vorbildfunktion zuschreiben, wenn es um das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger geht.

In Tabelle 17 werden die Ergebnisse der ESS-Studie dargestellt, die aufgrund der Fragestellung gesondert betrachtet werden. Hier wurde nach der Form der Mitgliedschaft innerhalb der letzten 12 Monate gefragt. Dabei wurden auch Fragen nach dem ehrenamtlichen Engagement und der Aktivität in Form einer Geldspende aufgenommen. Darüber hinaus sollten die Befragten angeben, ob sie persönliche Freunde in der jeweiligen Organisation haben. Die Tschechische Republik wurde in die Erhebung nicht mit aufgenommen.

Wenngleich die Daten teilweise andere Ergebnisse als die der ISSP-Studie liefern, lässt sich auch hier ein klares Muster erkennen. Ostdeutschland und Slowenien sind die beiden Länder, in denen die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden am weitesten verbreitet ist. In beiden Ländern liegt der Anteil derjenigen, die Mitglied einer politisch-gewerkschaftlichen Organisation sind, bei über 20 Prozent. Davon haben nicht alle Befragten an Aktivitäten teilgenommen, Geld gespendet oder sich ehrenamtlich engagiert, aber die Prozentanteile liegen bei diesen Formen von aktivem Engagement in Ostdeutschland und Slowenien über dem Durchschnitt. 11,8 Prozent der befragten Ostdeutschen und 23,5 Prozent der befragten Slowenen haben persönliche Freunde in der Organisation. Wie bereits die Ergebnisse der ISSP-Studie gezeigt haben, bildet Polen im Ländervergleich das Schlusslicht. Der Anteil der Mitgliedschaft in politisch-gewerkschaftlichen Organisationen liegt bei unter 10 Prozent. Überraschend ist jedoch, dass davon 11,9 Prozent der Mitglieder Geld gespendet haben. Das ist eine weit größere Anzahl an Personen als in den anderen Ländern. Ob das steuerliche oder andere Gründe hat, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen und wird daher nicht weiter diskutiert.

Was die Mitgliedschaft in sozial-gesellschaftlichen Organisationen betrifft, liegen ebenfalls wieder Deutschland und Slowenien über dem Durchschnitt. 27,6 Prozent der Ostdeutschen sind Mitglied in entsprechenden Vereinen, 20,5 Prozent haben an Aktivitäten teilgenommen und mehr als jeder Zehnte engagiert sich ehrenamtlich für die Vereine. Fast ein Drittel der Befragten hat persönliche Freunde dort. In Slowenien sind die Prozentanteile ähnlich hoch. Dagegen sind in Ungarn lediglich unter 10 Prozent der Befragten Mitglied in einem Verein, ebenso wenige haben an den Aktivitäten teilgenommen oder sich ehrenamtlich engagiert.

Tabelle 17: Formen funktionaler Mitgliedschaft in den letzten 12 Monaten, ESS-Studie (Angaben in Prozent)

	Land	*Mitglied*	*An Aktivitäten teilgenommen*	*Geld gespendet*	*Ehrenamtlich engagiert*	*Persönliche Freunde*
Politisch-Gewerkschaftl. Organisationen	DE	20,6	7,8	1,7	3,1	11,8
	HU	10,1	6,2	0,8	2,6	10,0
	SLO	26,8	6,9	3,5	4,6	23,5
	PL	8,6	3,1	11,9	1,3	7,3
Sozial-Gesellschaftl. Organisationen	DE	27,6	20,5	8,5	10,8	31,6
	HU	8,5	9,3	1,5	3,7	13,4
	SLO	20,7	13,5	10,3	10,7	27,1
	PL	6,8	4,6	2,6	2,1	8,5
Kirchlich-Religiöse Organisationen	DE	15,3	6,1	16,8	3,3	12,9
	HU	6,4	5,2	3,6	2,4	8,3
	SLO	12,8	3,4	14,3	4,5	15,3
	PL	3,5	3,1	5,9	1,4	6,9

Quelle: ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy“. Eigene Berechnungen. Frageformulierung lautet: „Ich nenne Ihnen nun einige Vereine, Verbände und andere Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede einzelne: sind Sie Mitglied (1), haben Sie an Aktivitäten teilgenommen (2), Geld gespendet (3) oder ehrenamtlich gearbeitet (4). Haben Sie persönliche Freunde in dieser Organisation?“ Angaben: Häufigkeitsauszählungen.

Überraschend sind die Ergebnisse für die Mitgliedschaft in kirchlich-religiösen Organisationen. Auch in diesem Bereich liegen Ostdeutschland und Slowenien mit über 10 Prozent Mitgliedschaft in kirchlichen Organisationen an der Spitze. Nur 3,5 Prozent der Polen geben jedoch an, dass sie Kirchenmitglied oder Mitglieder in einer humanitären Organisation sind. Im Vergleich zu den Ergebnis-

sen der ISSP-Studie ist dieser Prozentsatz extrem gering. Möglicherweise liegt hier ein Messfehler oder ein Übersetzungsfehler vor.[34] Beides kann jedoch im Nachhinein nicht nachvollzogen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden jeglicher Art in Ostdeutschland und Slowenien am meisten Zuspruch findet. Die Prozentanteile in Ungarn liegen meist im osteuropäischen Durchschnitt. In Polen ist der Anteil derer, die sich innerhalb von Organisationen engagieren, im Ländervergleich am geringsten. Der Prozentsatz derjenigen Befragten, die in den entsprechenden Organisationen auch persönliche Freunde haben, fällt in allen Ländern eher gering aus. In Kapitel 4.2 wurde gezeigt, dass das kulturelle Kapital, nämlich die Anerkennung von staatsbürgerlichen Normen und Werten auch in den sogenannten „neuen Demokratien" weit verbreitet ist. Die Indikatorenlage für das strukturelle Sozialkapital ist zwar suboptimal, aber dennoch kann festgehalten werden, dass ein relatives geringes strukturelles Sozialkapital auf Beziehungs- und Systemebene in postkommunistischen Ländern vorliegt.

4.4 Der Zusammenhang von Mitgliedschaft und Staatsbürgerschaft

Im folgenden Kapitel geht es um die Zusammenhänge zwischen funktionaler Mitgliedschaft und Staatsbürgerschaft. Das Ziel dieses Kapitels ist es, zu prüfen, ob Korrelationen zwischen der Mitgliedschaft in Organisationen und der Verankerung staatsbürgerlicher Normen in mittel- und osteuropäischen Staaten empirisch nachgewiesen werden können. Dabei interessiert vor allem, ob die gefundenen Zusammenhänge allgemeingültig sind, oder ob sie besondere politische und soziokulturelle Spezifika einzelner Länder widerspiegeln. Der Zusammenhang zwischen Mitgliedschaft und Staatsbürgerschaft ist theoretisch zentral und ein wesentlicher Bestandteil der Sozialkapitaldebatte. Wie bereits in Kapitel 2.2 beschrieben, stellt der Politologe Alexis de Tocquevilles im Jahr 1835 die Annahme auf, dass das zivile Engagement der Bürger innerhalb funk-

[34] Zu Methodenproblemen bei interkulturellen Vergleichen mit Umfragedaten vgl. z.B. Groves 1999 und Braun 2006.

tionaler Organisationen den Kern einer funktionierenden Demokratie darstellt, weil dort die zivilen Tugenden der Bürger entwickelt und gefestigt werden. Tocquevilles geht davon aus, dass Vereine die Bürger aus ihren primären Beziehungsnetzen herausheben und ihnen ihre Abhängigkeit von anderen deutlich machen. Dadurch fördern Vereine die Schaffung von staatsbürgerlichem Bewusstsein (vgl. z.B. Kriesi 2007: 29, Warren 2001: 30 ff.).

Wie in Kapitel 4.1 beschrieben, wird im Folgenden zwischen der strukturellen und der kulturellen Komponente des Sozialkapitalansatzes unterschieden. Zur kulturellen Komponente gehören die Orientierung an gemeinschaftsbezogenen Werten und Normen, also die Annahme staatsbürgerlicher Pflichten und die Verteidigung staatsbürgerlicher Rechte (vgl. Kapitel 4.2). Zur strukturellen Komponente zählen Netzwerkstrukturen, d.h. die Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen. Dabei lassen sich unterschiedliche Arten von Mitgliedschaften ausdifferenzieren (vgl. Kapitel 4.3).

4.4.1 Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Arten funktionaler Mitgliedschaft und staatsbürgerlichen Pflichten

Die theoretischen Annahmen des Sozialkapitalansatzes besagen, dass die strukturelle und die kulturelle Komponente miteinander in Verbindung stehen. Die Frage nach der kausalen Richtung bleibt dabei unbeantwortet. Es wird teilweise von einem Wirkungskreislauf ausgegangen. Die vorliegende Arbeit unterscheidet sich von diesem Ansatz in der Annahme, dass die soziale Integration in Form von Mitgliedschaften in Vereinen Auswirkungen auf die Verankerung staatsbürgerlicher Normen hat. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass auch Rückkopplungseffekte entstehen können (vgl. Abbildung 6: Das Analysemodell zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft).

In der folgenden Tabelle 18a werden die Ergebnisse bivariater Korrelationen dargestellt. Dabei wird nach der Art des Engagements in verschiedenen Organisationen (Politisch-Gewerkschaftliche Organisation, Sozial-Gesellschaftliche Organisation und Kirchlich-Religiöse Organisation) unterschieden: Aktive Mitgliedschaft, Mitgliedschaft allgemein und frühere Mitgliedschaft. Wenn die An-

nahmen des Sozialkapitalansatzes zutreffen, so sollte sich dies in engen positiven Zusammenhängen zwischen der (aktiven) Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen auf der einen Seite und der Verinnerlichung staatsbürgerlicher Pflichten auf der anderen Seite widerspiegeln.

Die Werte der Tabelle 18a zeigen nicht in allen Ländern überzeugende Nachweise einer engen positiven Korrelation zwischen den beiden Dimensionen. Bei den nicht ausgefüllten Zellen handelt es sich um nicht-signifikante Zusammenhänge. Auffallend ist zunächst, dass mehr als die Hälfte der Zusammenhangswerte nicht signifikant sind (26 nicht-signifikante von 45 möglichen Zusammenhängen). Entsprechend des Sozialkapital-Ansatzes sind diejenigen Werte, die als signifikant gekennzeichnet sind, auch positiv.

Tabelle 18a: Korrelationen zwischen staatsbürgerlichen Pflichten und verschiedenen Formen der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, ISSP-Studie (Angabe: Pearsons r)

	Form des Engagements	*DE*	*HU*	*CZ*	*SLO*	*PL*
Polit.-Gewerkschaftl. Organisation	Aktiv	.11*	.13**	.14**		
	Mitglied		.10**	.11**		.07**
	Früher					
Sozial-Gesellschaftl. Organisation	Aktiv		.09**			.07*
	Mitglied	.11*	.08**			
	Früher			.06*		
Kirchlich-Religiöse Organisation	Aktiv	.18**	.12**	.13**		.10**
	Mitglied	.19**	.08**	.10**		.08**
	Früher					

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Dargestellt ist der Korrelationskoeffizient nach Pearson. Statistische Signifikanz: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$; Operationalisierung der Formen von Mitgliedschaft: Aktiv = Aktives Mitglied, Mitglied = Aktives oder Passives Mitglied, Früher = Früher Mitglied gewesen, jetzt nicht mehr. Konkrete Frageformulierung siehe Kapitel 4.1.

Ebenso fällt beim Betrachten der Tabelle 18a auf, dass in Slowenien keinerlei positive Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen des Engagements und der Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten vorhanden sind. Aufgrund dieses Befundes muss Hypothese 1 in Frage gestellt werden. In zahlreichen vergleichenden Analysen werden Slowenien und Ostdeutschland aufgrund ihrer geographischen Lage und der Übernahme institutioneller Strukturen als Ausnahmefälle angesehen. Die vorliegende Arbeit geht jedoch davon aus, dass alle

Länder unter dem sowjetischen Einflussbereich standen und die Bürger dieser Länder unter ähnlichen Bedingungen sozialisiert wurden. Hypothese 1 geht folglich davon aus, dass in allen untersuchten Ländern vergleichbare Determinanten für die Verankerung von staatsbürgerlichen Normen relevant sind. Entsprechend dieser Annahme stellt weder Slowenien noch Ostdeutschland einen Sonderfall dar. Tabelle 18a liefert zwar einen ersten Beweis, dass in Slowenien offenbar andere Einflussfaktoren für die gute Staatsbürgerschaft wirken. Aufgrund der suboptimalen Indikatoren der Studie wird jedoch zunächst weiterhin davon ausgegangen, dass Hypothese 1 zutreffend ist.

In Tschechien weist die frühere Mitgliedschaft in sozial-gesellschaftlichen Organisationen einen Zusammenhang mit der Pflichtdimension auf. Entgegen des Postulats der Sozialisationshypothese zeigen die Tabellen insgesamt jedoch, dass eine frühere Mitgliedschaft im Grunde genommen keine Auswirkungen auf die aktuellen politischen Orientierungen der Bürger hat. Man kann jedoch aus dem Ergebnis keinesfalls schließen, dass eine frühere Mitgliedschaft während der Sozialisationsphase keine Auswirkungen auf die Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten hätte. Die vorliegenden Daten geben keine Auskunft darüber, ob die Befragten Mitglieder in Vereinen oder Organisationen während der Zeit des sowjetischen Einflusses waren oder ob sie ggf. erst wesentlich später Mitglied wurden und kurz darauf wieder aus dem Verein ausgetreten sind. Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes hat bereits vor über zwanzig Jahren stattgefunden. Während dieser Zeit gab es für die Bürger Mittel- und Osteuropas ausreichend Möglichkeiten, verschiedene Vereinsmitgliedschaften auszuprobieren. In der ISSP-Studie werden die Bürger lediglich danach gefragt, ob sie früher einmal Mitglied in einer Organisation waren. Eine Differenzierung im Hinblick auf Ein- und Austrittsjahr der Befragten wurde nicht vorgenommen, was zu einer weniger belastbaren Aussagefähigkeit der Zahlen hinsichtlich Ursache und Wirkung führt.

Die verschiedenen Mitgliedschaftsbereiche erweisen sich als unterschiedlich affin zu den staatsbürgerlichen Pflichtdimensionen. Die Mitgliedschaft in politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen (und zwar vor allem die aktive Mitgliedschaft) weist stärkere positive Zusammenhänge mit der Dimension

staatsbürgerlicher Pflichten auf. In Ostdeutschland, Ungarn und der Tschechischen Republik sind die Korrelationskoeffizienten nach Pearson größer als 0.1. In Polen ist der Korrelationskoeffizient mit 0.07 etwas geringer. Die Zusammenhänge sind in Polen, Ungarn und Tschechien hoch signifikant ($p < 0.01$). Die Werte des Zusammenhangs zwischen der Mitgliedschaft in sozialen oder gesellschaftlich orientierten Vereinen und der Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten sind wesentlich geringer. Sie bewegen sich fast alle auf dem Niveau von unter 0.10 (Ausnahme in Ostdeutschland). Die Zusammenhänge in Ostdeutschland, Tschechien und Polen sind signifikant ($p < 0.05$), in Ungarn hoch signifikant.

Auffällig ist insbesondere, dass die Mitgliedschaft in kirchlichen oder anderen religiösen Organisationen mit starken positiven Korrelationen im Hinblick auf die Pflichtdimension in fast allen Ländern einhergeht (wie bereits geschildert, bildet Slowenien hier eine Ausnahme). Dabei macht es kaum einen Unterschied, ob die Befragten Kirchenmitglied sind oder sich innerhalb der Kirche aktiv beteiligen. Die gefundenen Zusammenhänge sind alle hoch signifikant und im Hinblick auf die aktive Mitgliedschaft in der Kirche größer als 0.10. Der Befund deutet darauf hin, dass Hypothese 4 vermutlich verifiziert werden kann. Sie geht davon aus, dass die aktive Mitgliedschaft in religiösen Vereinigungen eine wesentliche Determinante für die Verbreitung staatsbürgerlicher Tugenden darstellt. Inwiefern Religion nicht nur Netzwerkcharakter hat, sondern auch als „Wertevermittler“ in mittel- und osteuropäischen Ländern eine Rolle spielt, wird in Kapitel 4.4.3 genauer untersucht.

Insgesamt kann festhalten werden, dass die aufgezeigten Zusammenhänge keinesfalls als universell gelten können, da es Länder gibt, in denen gar kein Zusammenhang besteht (siehe Slowenien). Die Zusammenhänge erscheinen bislang in den meisten Ländern eher zufällig und die Befunde zu den Zusammenhängen zwischen verschiedenen Formen funktionaler Mitgliedschaft und der Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten sind teilweise eher enttäuschend. Das Konzept des Sozialkapitals kann jedoch aufgrund der vorliegenden Ergebnisse nicht zwangsläufig widerlegt werden. Die verwendeten Messinstrumente sind unzureichend und können nicht als optimal bezeichnet werden. Bislang

liegt keine allgemein verfügbare Studie vor, die explizit zur Erklärung von staatsbürgerlichen Orientierungen entworfen wurde. Insofern kann nicht von perfekten, also validen, reliablen und international äquivalenten Erhebungsinstrumenten ausgegangen werden. Demnach sollte der Sozialkapitalansatz keinesfalls vorschnell verurteilt oder verworfen werden.

Tabelle 18b: Korrelationen zwischen staatsbürgerlichen Pflichten und verschiedenen Formen der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen, ESS-Studie (Angabe: Pearsons r)

	Form des Engagements	*DE*	*HU*	*SLO*	*PL*
Polit.-Gewerkschaftl. Organisation	Mitglied	.15**	.09**		.09**
	An Aktivitäten teilgenommen	.10**	.09**		.04*
	Ehrenamt	.09**		.05*	
	Geld gespendet				.04*
Sozial-Gesellschaftl. Organisation	Mitglied	.23**	.10**		
	An Aktivitäten teilgenommen	.15**	.11**		
	Ehrenamt	.14**	.07**		
	Geld gespendet	.09**	.05*		
Kirchlich-Religiöse Organisation	Mitglied	.06*	.08**	.07*	
	An Aktivitäten teilgenommen	.06*	.11**		.05**
	Ehrenamt		.09**	.05*	.04*
	Geld gespendet	.12**	.09**	.08*	.06**

Quelle: ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy“. Dargestellt ist der Korrelationskoeffizient nach Pearson. Statistische Signifikanz: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$; Konkrete Frageformulierung siehe Kapitel 4.1.

Auch die ESS-Studie bietet nicht die benötigten perfekten Erhebungsinstrumente. Sie beinhaltet jedoch einige Fragstellungen, die ggf. für die Zusammenhänge von kultureller und struktureller Komponente relevant sein könnten. Die Befunde der ESS-Studie (vgl. Tabelle 18b) sind etwas ernüchternder als die der ISSP-Studie. Hier sind 30 von 48 möglichen Zusammenhängen positiv und signifikant, obwohl die Korrelationskoeffizienten nach Pearson ebenfalls nicht sehr hoch ausfallen. Dennoch lassen sich Nachweise über einen positiven Zusammenhang zwischen der strukturellen und der kulturellen Komponente des Sozialkapitals erbringen. Diese Tatsache trifft zumindest auf Ostdeutschland, Ungarn und Polen zu (die Tschechische Republik wurde in der ESS-Studie hin-

sichtlich der funktionalen Mitgliedschaft nicht erfasst). In Slowenien bestehen nur sehr wenige positive Zusammenhänge. Dort korrelieren vor allem die Mitgliedschaft in einer Kirche, das ehrenamtliche Engagement in der Kirche und die Geldspende mit der Dimension staatsbürgerlicher Pflichten.

In Ostdeutschland scheinen die Akzeptanz der Bürgerpflicht, d.h. die Wahlpflicht sowie die Pflicht, Gesetze und Bestimmungen einzuhalten, mit dem Engagement in sozial-gesellschaftlichen Organisationen einherzugehen. Die Mitgliedschaft in einem sozialen oder gesellschaftlich orientierten Verein weist einen sehr starken positiven Zusammenhang (0.23) mit der Pflichtdimension auf und ist hoch signifikant. Aber auch die Mitgliedschaft in politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen spielt in Ostdeutschland eine Rolle bei der Ausprägung bürgerlicher Tugenden. Weniger eng, doch signifikant, sind die Zusammenhänge mit der Mitgliedschaft und dem Engagement in kirchlich-religiösen Organisationen.

Auch in Ungarn spielt die Mitgliedschaft in sozial-gesellschaftlichen Organisationen eine Rolle bei der Entwicklung staatsbürgerlicher Orientierungen. Ähnlich wie in Ostdeutschland weisen auch in Ungarn alle Formen des sozialen Engagements positive Zusammenhänge mit der Pflichtdimension auf. Dasselbe Muster zeigt sich bei der Mitgliedschaft in kirchlich-religiösen Organisationen. In Slowenien lassen sich zumindest auf Basis der ESS-Studie schwache, aber signifikante Zusammenhänge zwischen kirchlichem Engagement und der Dimension staatsbürgerlicher Pflichten erkennen. Auch im katholisch geprägten Polen finden sich diese positiven Korrelationen beim kirchlichen Engagement wieder. Darüber hinaus weist Polen schwache positive Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft in einer Partei oder Gewerkschaft und der Pflichtdimension auf.

Insgesamt kann man festhalten, dass die Befunde der Tabellen 18a und 18b vergleichbar sind, obwohl die Studien teilweise unterschiedliche Fragestellungen beinhalten. Die zu erkennenden Muster deuten in dieselbe Richtung. Die Befunde zum Zusammenhang zwischen der strukturellen und der kulturellen Komponente des Sozialkapitals sind in beiden verwendeten Studien nicht in

allen untersuchten Ländern ermutigend. Da lediglich suboptimale Indikatoren zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft zur Verfügung stehen, wird in den folgenden Analyseschritten zunächst weiterhin unterstellt, dass der theoretisch erwartete Zusammenhang auch empirisch nachweisbar ist.

Die Tabellen 18a bis 18b zeigen, dass es in mittel- und osteuropäischen Ländern einen relativ engen positiven Zusammenhang zwischen der Kirchenmitgliedschaft und der Verbreitung staatsbürgerlicher Pflichten gibt. Diesem Aspekt soll in Kapitel 4.4.3 weiter nachgegangen werden. Zunächst wird allerdings der Zusammenhang zwischen verschiedenen Formen der Mitgliedschaft und der Verinnerlichung staatsbürgerlicher Rechte geprüft.

4.4.2 Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Arten funktionaler Mitgliedschaft und staatsbürgerlichen Rechten

Trotz jahrelanger akademischer und philosophischer Debatten gibt es bis heute kein allgemeingültiges Modell, das die umfassende Rolle eines Staatsbürgers im Sinne einer vollen politischen Mitgliedschaft und den damit verbundenen Rechten und Pflichten erklären könnte (vgl. z.B. Conover/Searing 2002, Denters et al. 2007). Die bisherigen empirischen Analysen haben bereits die individuelle Bedeutung von Citizenship (sense of citizenship) in mittel- und osteuropäischen Ländern dargestellt (vgl. Kapitel 4.2). Darüber hinaus wurde in Kapitel 4.3 die Komponente der Mitgliedschaft innerhalb einer Gemeinschaft (status of belonging) in Form von Verteilungsmustern veranschaulicht. Das Citizenship-Modell geht von der Annahme aus, dass sich staatsbürgerliche Werte und Normen durch die Beziehungen mit Gleichgesinnten oder Freunden ausbilden, die durch gemeinsame Aktivitäten aneinander gebunden sind. Bislang konnte nicht universell bestätigt werden, dass die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten von der sozialen Integration in Form einer Mitgliedschaft beeinflusst wird. Die Befunde deuten allerdings darauf hin, dass ein empirischer Zusammenhang vorhanden ist. Die Frage ist nun, ob sich der Befund im Hinblick auf die staatsbürgerlichen Rechte wiederholt.

Die Garantie der politischen und sozialen Rechte variiert in den jeweiligen Gesellschaften und ist häufig von spezifischen historischen und gesellschaftlichen Umständen abhängig. Als Staatsbürger werden jedem Individuum bestimmte staatsbürgerliche Rechte zugestanden. In diesem Kapitel wird überprüft, ob die individuelle Wahrnehmung von staatsbürgerlichen Rechten mit unterschiedlichen Formen der Mitgliedschaft zusammenhängt bzw. von ihnen beeinflusst wird.

Tabelle 19: Korrelationen zwischen staatsbürgerlichen Rechten und verschiedenen Formen der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen (Angabe: Pearsons r)

	Form des Engagements	*DE*	*HU*	*CZ*	*SLO*	*PL*
Politisch.-Gewerkschaftl. Organisation	Aktiv		.06*	.06*		
	Mitglied			.07**		
	Früher					
Sozial-Gesellschaftl. Organsiation	Aktiv					
	Mitglied					
	Früher			.07**		-.05*
Kirchlich-Religiöse Organisation	Aktiv					
	Mitglied		.08**			
	Früher			-.06*		

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Dargestellt ist der Korrelationskoeffizient nach Pearson. Statistische Signifikanz: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$; Operationalisierung der Formen von Mitgliedschaft: Aktiv = Aktives Mitglied, Mitglied = Aktives oder Passives Mitglied, Früher = Früher Mitglied gewesen, jetzt nicht mehr. Konkrete Frageformulierung siehe Kapitel 4.1.

Die Auswertungen in Tabelle 19 liefern allerdings keine zufriedenstellenden Befunde. Es ist besonders auffallend, dass extrem wenig signifikante Korrelationen vorhanden sind (nur 7 von 45 möglichen Korrelationen sind signifikant). Zudem sind die Ergebnisse auch insofern problematisch, als dass sie beispielsweise in Tschechien und Polen kontra-theoretisch negativ auftreten. Bis auf diese beiden Ausnahmen sind jedoch alle Zusammenhänge entsprechend der Theorie positiv. Dennoch scheinen die Korrelationen eher zufällig zu sein. Im Hinblick auf die Organisationsarten fällt auf, dass die Kirchenmitgliedschaft offenbar lediglich in Ungarn eine Rolle bei der Befürwortung staatsbürgerlicher Rechte spielt. In Tschechien weist sie einen schwachen negativen Zusammenhang mit der Rechtsdimension auf. Sport- und Freizeitvereinigungen sowie politisch-gewerkschaftliche Organisationen entsprechen kaum den theoretischen

Postulaten. Hoch signifikante Zusammenhänge gibt es hier lediglich in der Tschechischen Republik.

Obwohl die Befunde im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen der strukturellen Komponente und der kulturellen Komponente enttäuschend sind, wird im Folgenden weiterhin unterstellt, dass es ein gewisser Effekt von sozialer Integration in Form von Mitgliedschaften auf die Verankerung staatsbürgerlicher Normen zu erkennen ist. Wenn auch nicht in dem Maße, in dem es von der Theorie postuliert wird. Festzuhalten ist die Tatsache, dass die Kirchenmitgliedschaft offenbar mit der Verinnerlichung gemeinschaftsbezogener Werte einhergeht. Es ist möglich und wahrscheinlich, dass staatsbürgerliche Orientierungen in postkommunistischen Staaten gerade aufgrund ihrer historischen Bedingungen aus der Wertevermittlung durch die Kirche und dem bürgerlichen Engagement innerhalb der kirchlichen Strukturen beeinflusst werden. Dieser Aspekt soll im nachfolgenden Kapitel genauer untersucht werden.

4.4.3 Katholizismus versus Protestantismus: Die Bedeutung von Religion und Konfession für die Verankerung staatsbürgerlicher Normen

Die wissenschaftlichen Schriften von de Tocquevilles beeinflussten den Soziologen Robert Putnam, der kirchliche und religiöse Vereinigungen als „the single most important repository of social capital in America“ (vgl. Putnam 2000: 66) beschreibt. In der Tat war zu Zeiten Tocquevilles´ ein großer Teil der Organisationen, die nicht politisch oder gewerkschaftlich motiviert waren, von religiöser oder kirchlicher Natur. In den nordamerikanischen Staaten gilt religiöses Engagement noch immer als die häufigste Variante von Bürgerbeteiligungen innerhalb einer Organisation (vgl. z.B. Smidt 2003: 2, Campbell/Yonish 2003: 90, Nemeth/Luidens 2003: 107). Auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten sind große Teile der Vereinswelt religiös motiviert (vgl. Kapitel 4.3.2). Es ist erstaunlich, dass dem religiösen Sektor der Vereinswelt bislang so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, wenn es in der öffentlichen Debatte um Sozialkapital, Zivilgesellschaft und die demokratische Rolle unpolitischer Vereine geht: „Little attention, as yet, has been devoted to the unique role that religion may play in building social capital“ (vgl. Smidt 2003: 2). Ob und inwieweit die

Menschen in osteuropäischen Staaten in ihren staatsbürgerlichen Überzeugungen religiös und kirchlich beeinflusst sind, ist eine zentrale empirische Frage für die Demokratie, auf die in diesem Kapitel eine Antwort gesucht wird.

Robert Putnam (1993) bezieht sich zwar in seinen Schriften auf die katholische Kirche Italiens, sieht aber vor allem im Protestantismus die Quelle staatsbürgerlicher Tugenden. Auch andere Wissenschaftler finden pro-protestantische Argumentationsmuster, warum der Protestantismus im Vergleich zum Katholizismus die bessere Basis für demokratische Systeme biete. Sie sehen diese darin, dass der Protestantismus aktive Bürger produziere und eine bessere Plattform demokratischen Lernens biete (vgl. z.B. Roßteutscher 2009: 67). Hinter der relativen Aufwertung des protestantischen Vereinslebens verbirgt sich ein angenommener kausaler Zusammenhang zwischen den konfessionellen Organisationsstrukturen und der zivilgesellschaftlichen Qualität einer Gruppe. Im Gegensatz zur katholischen Kirche seien die Netzwerke des Protestantismus traditionell eher klein und von flachen Hierarchien geprägt. Folglich können alle Mitglieder gleichzeitig aktiv werden, kennen sich untereinander sehr gut und lernen den toleranten Umgang miteinander innerhalb der kirchlichen Vereine (vgl. z.B. Verba et al. 1995: 245, Bell 1998: 248).

Die katholische Kirche wird als „the world´s longest-standing hierarchical organization“ (vgl. Gill 1993: 173) bezeichnet. Für Putnam (1993: 107) gehört sie nicht zur Zivilgesellschaft, da sie sich durch „vertical bonds of authority“ und nicht durch „horizontal bonds of fellowship“ auszeichnet. Während sich in horizontalen Netzwerken Mitglieder von gleichem Status und gleicher Macht miteinander verbinden (vgl. Putnam 1973: 173), führen vertikale Hierarchien zu asymmetrischen Beziehungen, die Passivität und Unterordnung verstärken (vgl. Coleman 2003: 36). Der Organisationsstruktur der katholischen Kirche wird ein starker und negativer Effekt zugeschrieben, da sie durch ihre bürokratische, zentralistisch und hierarchisch organisierte Struktur Partizipation und Ehrenamtlichkeit hemme. Das Argument des protestantischen Organisationsvorteils soll in Kapitel 4.4.4 auf seine empirische Tragfähigkeit überprüft werden. Bisherige empirische Ergebnisse beruhen fast ausschließlich auf amerikanischen Studien. Es ist nicht geklärt, inwiefern der für Amerika erkannte Vorteil protestantischer

Vereinsformen auch für Osteuropa mit seiner ganz anderen Religionsgeschichte und seiner anderen konfessionellen Zusammensetzung bestätigt werden kann.

Heute sind zahlreiche Wissenschaftler davon überzeugt, dass eine funktionierende Zivilgesellschaft und ein großzügiges Reservoir an Sozialkapital zentrale Komponenten für eine stabile und leistungsfähige Demokratie sind (vgl. Roßteutscher 2009: 21). Darum ist die Analyse von religiös generiertem Sozialkapital eine wesentliche politikwissenschaftliche Aufgabe.

Tabelle 20: Mitgliedschaft, Konfession und Kirchengangshäufigkeit im Vergleich (Angaben in Prozent)

		DE	*HU*	*CZ*	*SLO*	*PL*
Kirchenmitgliedschaft		23,6	30,1	19,7	34,9	64,1
Konfession	Kath. Landeskirche	3,0	55,1	30,9	66,7	90,4
	Evang. Landeskirche	20,0	21,3	3,6	1,2	0,5
	Christliche Religionsgemeinschaft	24,1	79,6	34,6	70,1	91,6
Kirchengangshäufigkeit	Kirchgang	37,2	64,3	39,0	72,8	94,8
	Regelmäßiger Kirchgang	6,9	15,1	9,2	28,2	70,8

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Eigene Berechnungen. Konkrete Frageformulierung zur Kirchenmitgliedschaft, Konfession und Kirchengangshäufigkeit siehe Kapitel 4.1. Operationalisierung: Kirchenmitglied = kein Mitglied, passives Mitglied, aktives Mitglied. Christliche Religionsgemeinschaft = Angehöriger der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Kirche, der evangelischen Freikirche oder einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft. Regelmäßiger Kirchgang = mindestens ein Mal im Monat. Angaben: Häufigkeitsauszählungen. ISSP: N zwischen 428 und 1294.

Tabelle 20 präsentiert die Verteilungen von Kirchenmitgliedschaft, Konfession und Kirchengangshäufigkeit im mittel-osteuropäischen Vergleich. Dabei fällt auf, dass Ungarn (55,1 Prozent) und Slowenien (66,7 Prozent) hauptsächlich katholisch geprägt sind. In Polen gibt es mit 90,4 Prozent sogar fast ausschließlich Katholiken. Lediglich in Ostdeutschland ist der Anteil der Protestanten um 17 Prozent höher als der Anteil der Katholiken. In der Tschechischen Republik ist der Katholizismus ebenso wenig verbreitet wie in Ostdeutschland. Nicht einmal

20 Prozent der Bürger sind Mitglied einer Kirche oder einer religiösen Organisation und davon geben 30 Prozent an, dass sie Mitglied in der katholischen Kirche sind. Der Anteil der Protestanten ist jedoch mit 3,6 Prozent wesentlich geringer, aber immerhin höher als der Anteil der evangelischen Gläubigen in Slowenien (1,5 Prozent) und Polen (0,5 Prozent).

Betrachtet man die Prozentanteile derjenigen, die einer allgemein christlichen Religionsgemeinschaft (römisch-katholische Kirche, evangelische Landeskirche, evangelische Freikirche oder einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft) angehören, so bietet sich dem Betrachter ein anderes Bild. In allen Ländern, bis auf Ostdeutschland, sind mehr als ein Drittel der Befragten Mitglied in einer christlichen Religionsgemeinschaft. In Polen sind fast 92 Prozent Mitglied in einer solchen Gemeinschaft, was auf den ausgesprochen hohen Anteil der Katholiken zurückzuführen ist.

Dass gerade die aktive Mitgliedschaft in religiösen Vereinigungen eine wesentliche Determinante für die Verbreitung staatsbürgerlicher Tugend ist, wird vor allem mithilfe der Kirchengangshäufigkeit empirisch überprüft: Die Polen sind auch im Hinblick auf die Kirchengangshäufigkeit Spitzenreiter. 94,8 Prozent der gläubigen Polen geben an, dass sie zum Gottesdienst gehen. Über 70 Prozent gehen sogar regelmäßig, also häufiger als ein Mal pro Monat, zur Messe. In den anderen untersuchten Ländern fallen die Anteile der Kirchgänger nicht ganz so hoch aus. Dennoch gehen immerhin 72,8 Prozent der gläubigen Befragten in Slowenien zur Messe, 28,2 Prozent tun dies regelmäßig. Auch in Ungarn ist der Anteil der Kirchgänger mit 64,3 Prozent relativ hoch. Lediglich in Ostdeutschland und Tschechien gehen weniger als 40 Prozent der Befragten zur Kirche und weniger als 10 Prozent gehen häufiger als ein Mal pro Monat.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass weite Teile mittel- und osteuropäischer Gesellschaften religiös geprägt sind. Die Frage, inwiefern das Sozialkapital dieser Länder konfessionell beeinflusst wird, wurde bislang noch nicht beantwortet.

4.4.3.1 Religiöse Organisationen als „Wertevermittler“: Der Zusammenhang zwischen Religion und Staatsbürgerschaft

Das Ziel dieses Kapitels ist es, die Verflechtung zwischen Religion und der Ausbildung staatsbürgerlicher Normen aufzuzeigen. Die Frage ist, welchen Einfluss Religion und Kirche auf die Zukunft des kulturellen Sozialkapitals in Mittel- und Osteuropa haben.

Tabelle 21 präsentiert die statistischen Zusammenhänge zwischen religiösen Merkmalen und Normakzeptanz in mittel- und osteuropäischen Staaten. Nachdem bereits die Tabellen 18a und 18b sowie Tabelle 19 gezeigt haben, dass die funktionale Mitgliedschaft in Slowenien keinen bzw. nur äußerst geringen Einfluss auf die Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten und Rechte hat, ist es nicht verwunderlich, dass auch Konfession und Kirchenzugehörigkeit keine positiven Zusammenhänge mit der Normakzeptanz aufweisen. In allen anderen untersuchten Ländern entsprechen die Ergebnisse den theoretischen Postulaten. Gerade bei den „unpolitischen“ Organisationen wird von einem hohen demokratischen Wirkungsgrad ausgegangen. Auch die Kirche gehört zu diesen unpolitischen Organisationen. Die Kirche und ihre dazugehörigen Vereine spielen insofern eine wichtige Rolle innerhalb zeitgenössischer Zivilgesellschaften.

Tabelle 21 belegt, dass die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche in Ostdeutschland, Ungarn, Tschechien und Polen positiv mit der Verankerung staatsbürgerlicher Normen korreliert. Die Ergebnisse sind hoch signifikant und in Ostdeutschland ist der Zusammenhang zwischen Kirchenmitgliedschaft und Normakzeptanz stärker als in den anderen Ländern. Berechnet man den statistischen Zusammenhang der Gesamtdaten (Kendall Tau-b) zwischen Konfession und guter Staatsbürgerschaft, so erhält man einen Wert von 0.17**, für den Zusammenhang zwischen Kirchengangshäufigkeit und guter Staatsbürgerschaft beträgt Tau-b gar 0.21** (Werte werden in der Tabelle nicht dargestellt).

Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen religiösen Merkmalen und staatsbürgerlichen Normen (Angabe: Pearsons r)

		DE	*HU*	*CZ*	*SLO*	*PL*
Kirchenmitgliedschaft		.20**	.12**	.10**		.09**
Konfession	Kath. Landeskirche	.10*		.05**		.08**
	Evang. Landeskirche	.12**	.08**	.05*		
	Christliche Religionsgemeinschaft	.16**	.15**	.07**		.08**
Kirchengangshäufigkeit	Kirchgang	.15**	.07*	.05**		
	Regelmäßiger Kirchgang	.10**	.14**	.06*		.10**

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Dargestellt ist der Korrelationskoeffizient nach Pearson. Operationalisierung der unabhängigen Variable: Bildung von dichotomen Variablen. Statistische Signifikanz: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$; Konkrete Frageformulierung siehe Kapitel 4.1.

Die Daten aus Tabelle 21 lassen jedoch nicht erkennen, dass ausgerechnet der Protestantismus die Quelle staatsbürgerlicher Tugenden sei, wie Putnam (1993) in seinem Aufsatz „Making democracy work: civic traditions in modern Italy“ behauptet. Vielmehr spielt die Vermittlung christlicher Werte, unabhängig von der Konfession, eine Rolle bei der Ausbildung staatsbürgerlicher Tugenden. Die Mitgliedschaft in einer christlichen Religionsgemeinschaft (katholische Kirche, evangelische Kirche oder andere christliche Kirche) scheint mit der Ausbildung staatsbürgerlicher Tugenden einherzugehen. Hier finden sich hoch signifikante und teilweise auch enge Zusammenhänge.[35] Die aktive Kirchenmitgliedschaft, gemessen über die Kirchengangshäufigkeit, liefert entsprechend der theoretischen Annahme ebenfalls enge positive und signifikante Korrelationen. Vor allem Personen, die regelmäßig zur Kirche gehen (d.h. mindestens ein Mal pro Monat), haben die staatsbürgerlichen Normen entsprechend verinnerlicht. In Ostdeutschland, Ungarn und Polen liegen die Korrelationskoeffizienten bei über 0.1 und sind dabei hoch signifikant. Lediglich in Tschechien ist der Zusammenhang mit 0.06* etwas geringer.

[35] Ein Zusammenhang wird in der vorliegenden Arbeit als „eng“ bezeichnet, wenn $r > 0.1$ ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich protestantische von katholischen und gemischt konfessionelle von homogenen konfessionellen Gesellschaften hinsichtlich der Bedeutung von Religion für die Zivilgesellschaft und die Demokratie in Mittel- und Osteuropa nicht unterscheiden. Festzustellen ist jedoch, dass die Kirche für die Ausbildung gesamtgesellschaftlicher Werte in postkommunistischen Gesellschaften von enormer Bedeutung ist. Die aktive Mitgliedschaft in religiösen Organisationen stellt eine wesentliche Determinante zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen dar. Insofern kann Hypothese 4 als verifiziert gelten. Religion hat nicht nur Netzwerkcharakter, sondern spielt auch als „Wertevermittler" in mittel- und osteuropäischen Gesellschaften eine zentrale Rolle.

Inwiefern religiöse Merkmale eine Determinante unter vielen darstellen und weitere Einflussfaktoren im Hinblick auf die Verankerung staatsbürgerlicher Normen ergänzen, soll in den folgenden Kapiteln mithilfe von Regressionsmodellen überprüft werden.

4.5 Die Erklärung guter Staatsbürgerschaft aus sozialisations- und sozialkapitaltheoretischer Sicht

In Kapitel 4.3 wurden die potenziellen Erklärungsansätze für die gute Staatsbürgerschaft eingeführt und in Tabelle 13 zusammengefasst. Darüber hinaus zeigt Tabelle 13 die Operationalisierung für die jeweiligen Determinanten. Nachdem die zentrale unabhängige Variable, nämlich die Partizipation in Vereinen und Freiwilligenorganisationen mithilfe von deskriptiven Methoden untersucht wurde, wurden in Kapitel 4.4 erste bivariate Analysen dargestellt und die Ergebnisse interpretiert. Dabei blieben einige Fragen offen. Zunächst konzentrierten sich die bivariaten Analysen bislang auf den Zusammenhang zwischen der funktionalen Mitgliedschaft sowie religiösen Merkmalen und der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, ohne dabei auf die einzelnen Pflicht- bzw. Rechtsdimensionen einzugehen. Zwar konnten bereits bestimmte charakteristische Trägergruppen identifiziert werden, die ein hohes Maß an staatsbürgerlichen Normen verinnerlicht haben. Doch auf der Basis dieses Untersuchungsansatzes waren keine Aussagen darüber möglich, welche der potenziellen Er-

klärungsansätze am bedeutendsten sind bzw. in welchem Verhältnis die Erklärungsfaktoren der guten Staatsbürgerschaft zueinander stehen. Vor diesem Hintergrund werden nun die in Kapitel 4.3 erläuterten Determinanten in verschiedene Regressionsmodelle integriert.

4.5.1 Sozialkapital, Sozialisation und die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Pflichten

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits angedeutet wurde, müssen die allgemeinen Annahmen, nämlich dass Sozialkapital und Sozialisation einen Einfluss auf die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Normen haben, spezifiziert werden. In Kapitel 4.3.2 wurde gezeigt, dass die Art des Engagements (reine Mitgliedschaft, aktive Mitgliedschaft, ehrenamtliches Engagement, etc.) innerhalb verschiedener Organisationen in den jeweiligen Ländern variiert. Die verschiedenen Formen von Engagement können unterschiedliche Effekte auf die Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten haben. Die generelle Annahme lautet jedoch, dass eine stärkere Integration (entweder über persönliche Freunde, über eine aktive Mitgliedschaft oder aufgrund einer religiösen Bindung) einen größeren Effekt auf die Verinnerlichung verschiedener Tugenden hat (vgl. z.B. Gabriel et al. 2002, Stolle 2003).

Um diese Annahme zu verifizieren, wurden getrennte Regressionsanalysen für jede abhängige Variable (Partizipation, Gesetzestreue, Solidarität, soziopolitisches Bewusstsein) und für jedes Land durchgeführt (Modell 1). Um weitere Determinanten für die gute Staatsbürgerschaft zu analysieren, wurden zusätzliche Erklärungsfaktoren (askriptive Merkmale, soziale Integration und sozialer Status) als einzelne Blöcke in die Modellschätzungen mit einbezogen, um sowohl ihre gemeinsame als auch ihre jeweils eigene Erklärungskraft zu prüfen (Modell 2). Auf diese Weise wird nicht nur der Erklärungswert der verschiedenen Variablen untersucht, sondern auch herausgefunden, ob signifikante Länderunterschiede hinsichtlich der Determinanten guter Staatsbürgerschaft ausgemacht werden können. Wenn ein Indikator keinerlei statistisch signifikante Effekte hervorbringt, wurde er aus der jeweiligen Tabelle gelöscht, um die Darstellung der Ergebnisse möglichst übersichtlich zu gestalten.

Die Annahme, dass eine stärkere Integration einen positiven Effekt auf die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Pflichten hat, ist für die vorliegende Arbeit zentral. Lediglich die ESS-Studie umfasst Daten zur sozialen Integration im Sinne von persönlichen Freundschaftsbindungen. Daher werden zunächst die Ergebnisse der Regressionsanalyse auf Basis der ESS-Daten dargestellt. Der Gesamtindex staatsbürgerlicher Pflichten stellt im folgenden Modell die abhängige Variable dar. Die funktionale Mitgliedschaft, askriptive Merkmale, sozialer Status und soziale Integration stellen die unabhängigen Variablen dar. Zunächst gilt, dass die Befunde für die Tschechische Republik nicht mit denen der anderen Länder vergleichbar sind, da die funktionale Mitgliedschaft in Tschechien nicht abgefragt wurde.

Betrachtet man die Ergebnisse in Tabelle 22, so ist auf den ersten Blick zu erkennen, dass die unterschiedlichen Determinanten nicht in allen Ländern dieselbe Relevanz aufweisen. Die erklärte Gesamtvarianz ist für Modell 1 äußerst gering. In keinem der Länder können mehr als 7 Prozent der Gesamtvarianz mithilfe der funktionalen Mitgliedschaft (reines Mitglied, an Aktivitäten teilgenommen, ehrenamtliches Engagement) erklärt werden. Doch auch wenn die Zusammenhänge schwach sind, so sind doch in allen Ländern statistisch signifikante Effekte von einer oder mehreren Mitgliedschaftsvariablen zu erkennen. Insofern kann Hypothese 2 vorläufig als bestätigt gelten. Lediglich das ehrenamtliche Engagement weist keinerlei signifikante Zusammenhänge auf und wurde darum nicht in die Tabelle aufgenommen. Die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden spielt in drei von vier untersuchten Ländern eine Rolle hinsichtlich der Produktionsfaktoren staatsbürgerlicher Pflichten. In Ostdeutschland und Ungarn finden sich positive Effekte bei der Mitgliedschaft in Sport- und Freizeitvereinigungen. In Slowenien und Polen hingegen ist es eher die Kirchenmitgliedschaft, die einen Zusammenhang mit staatsbürgerlichen Pflichten aufweist.

Tabelle 22: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft					n.e.					
Partei/ Gewerk.	.35	.11**	.30	.05*					.51	.09***
An Aktivitäten teilgenommen										
Sport-/Freizeitv.	.57	.18***	.28	.04*						
An Aktivitäten teilgenommen			.37	.06*						
Kirche							.29	.05*		
An Aktivitäten teilgenommen			.48	.06*					.43	.04*
R^2 / Korr. R^2	**.07/.07*** **		**.03/.02*** **		**-**		**.01/.00***		**.01/.00** **	
Modell 2										
Askriptive Merkmale										
Geschlecht (w)			.24	.07**			.24	.07**	.13	.04*
Alter (Jg. 1957 und älter)	.18	.06*			.20	.06*	.51	.15***	.37	.11***
Alter (Jg. 1937 und älter)					.35	.09*	.38	.08**		
Sozialer Status										
Höhere Bildung			.44	.09***	.52	.11***	-.38	-.08**		
Beschäftigungsverhältnis	-.16	-.05*	-.19	-.05*						
Soz. Integration										
Freunde in pol.-gew. Org.	.35	.08*	.54	.10*						
Freunde in gesellsch. Org.									.56	.10*
Freunde in Kirche									.39	.06*
Kirchgang (ja)	.21	.07*	.25	.07*	.23	.07*			.48	.07**
Regelmäßiger Kirchgang							.25	.06*		
R^2 / Korr. R^2	**.11/.09*** **		**.07/.05*** **		**.03/.02*** **		**.10/.09*** **		**.06/.05*** **	
N	1006		1671		1299		1505		2094	

Quelle: ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = p < 0.05; ** = p < 0.01; *** = p < 0.001.

In welchem Verhältnis stehen die Effekte von funktionaler Mitgliedschaft in Organisationen und weiteren Erklärungsfaktoren wie askriptive Merkmale, sozialer Status und soziale Integration im Hinblick auf die Verankerung staatsbürgerli-

cher Normen? Und welche Relevanz besitzen diese Erklärungsfaktoren? Diese Fragen sollen mithilfe der Ergebnisse aus Modell 2 (Gesamtmodell) beantwortet werden.

Durch die Integration zusätzlicher möglicher Determinanten, kann eine größere Gesamtvarianz erklärt werden. In Ostdeutschland und Slowenien war es möglich, mehr als 10 Prozent der Varianz zu erklären. Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass die erklärte Varianz der Gesamtmodelle immer noch relativ gering, jedoch nicht außergewöhnlich ist. Bereits in früheren Forschungen über politische Partizipation im Allgemeinen (vgl. z.B. Badescu/Neller 2007) und über Normen guter Staatsbürgerschaft im Besonderen (vgl. z.B. Denters et al. 2007) war die erklärte Gesamtvarianz durchgängig relativ gering.

Bei der Analyse der askriptiven Merkmale ist festzustellen, dass entsprechend den Untersuchungen von Hooghe (2003a) und Verba et al. (1997) das Geschlecht in Ungarn, Slowenien und Polen tatsächlich signifikante Zusammenhänge mit den staatsbürgerlichen Pflichten im Allgemeinen aufweist. Frauen haben ein größeres Pflichtbewusstsein als Männer und gemeinschaftsorientierte Werte spielen für sie eine zentrale Rolle (vgl. z.B. Burns et al. 2001, Hooghe 2003b, Tylor 2006). Darüber hinaus finden sich in fast allen Ländern (mit Ausnahme von Ungarn) konsistente Alterszusammenhänge: Je älter die Befragten, desto geringer die Akzeptanz, normabweichendes Verhalten zu akzeptieren. In Polen und Slowenien finden sich höchst signifikante Alterszusammenhänge. Die über 46-Jährigen weisen ein stärkeres Pflichtbewusstsein auf als die jüngeren Mitbürger. Die Befunde decken sich mit den Ergebnissen, die Putnam (2000) und Dalton (2008b) für die amerikanische Gesellschaft bezüglich der Verankerung staatsbürgerlicher Normen gefunden haben.

Überraschend sind hingegen die beobachteten, überwiegend negativen Effekte des sozialen Status. Auch hier finden sich Übereinstimmungen zwischen den Ländern. Lediglich in Ungarn und Tschechien gibt es positive Zusammenhänge zwischen Bildung und Pflichtakzeptanz. In Slowenien weisen die Personen mit höherem Bildungsgrad eine geringere Pflichtakzeptanz auf. In Ostdeutschland und Ungarn sind es diejenigen, die in einem festen Beschäftigungsverhältnis

stehen oder selbstständig tätig sind. Ähnliche Ergebnisse finden auch Gabriel und seine Kollegen (2002) bei der Analyse der Akzeptanz sozialer Normen in unterschiedlichen Ländern. Die Ergebnisse aus Tabelle 22 zeigen, dass die soziale Integration tatsächlich einen positiven Effekt auf die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Pflichten hat. In allen Ländern wurden statistisch signifikante (kontinuierlich schwache) Zusammenhänge zwischen Freundschaftsbindungen und allgemeiner Pflichtakzeptanz gefunden. Ähnlich universell ist der positive Einfluss der Kirchenbindung. Menschen, die zur Kirche gehen, haben größeren Respekt vor sozialen Normen im Allgemeinen. Die Konfession spielt dabei entgegen der theoretischen Annahmen (vgl. Putnam 1993, 2000) keine Rolle.

Diese Befunde implizieren, dass es für die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten nicht nur darauf ankommt, Mitglied in einer Organisation bzw. in formelle Netzwerke eingebunden zu sein, sondern dass die Integration in informelle Netzwerke, also die persönlichen Bindungen in der Gesellschaft ausschlaggebend sind. Insgesamt lässt sich auf der Basis der dargestellten Befunde zusammenfassen, dass staatsbürgerliche Normen im Allgemeinen eher von Menschen akzeptiert werden, die sowohl in formelle als auch in informelle Netzwerke integriert sind. Folglich können die Hypothesen 2 und 3 als verifiziert gelten. Darüber hinaus lassen sich weitere Trägergruppen identifizieren: Frauen, ältere Menschen, Bessergebildete und Menschen mit Kirchenbindung.

Um zu prüfen, ob Unterschiede hinsichtlich der einzelnen Pflichtdimensionen (Partizipation, Gesetzestreue, Solidarität, sozio-politisches Bewusstsein) existieren, werden nun die Befunde aus den getrennt voneinander durchgeführten Regressionsanalysen dargestellt. Die in Tabelle 23a dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen durchaus einen Effekt auf die Akzeptanz partizipatorischer Pflichten hat. Das politisch-gewerkschaftliche Engagement spielt vor allem in Tschechien, aber zu einem geringen Anteil auch in Slowenien und Polen eine Rolle. In Ostdeutschland, Tschechien und Polen findet man positive Zusammenhänge bei denjenigen, die früher einmal Mitglied in einer Partei oder Gewerkschaft waren. Die Mitgliedschaft in einem Sport- oder Freizeitverein hat dagegen in allen untersuchten Ländern einen geringen oder sogar negativen bzw. gar keinen Erklärungswert.

Tabelle 23a: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Partizipation, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft										
Partei/ Gewerk.					.55	.14***	.20	07*	.36	.07*
Aktives Mitglied			.64	.11*	.65	.10**				
Früher Mitglied	.33	.11*			.30	.09**			.30	.15***
Sport-/Freizeitv.	.70	.21*			-.22	-.09*			.49	.09*
Aktives Mitglied					.24	.07*				
Früher Mitglied	.45	.15*							.30	.10***
Kirche										
Aktives Mitglied	1.02	.18**	.55	.11**	.47	.06*			.27	.09**
Früher Mitglied										
R^2 / Korr. R^2	**.10/.07*** **		**.03/.02*** **		**.05/.04*** **		**n.s.**		**.03/.02*** **	
Modell 2										
Askriptive Merkmale										
Geschlecht (w)									-.20	-.07**
Alter (u. 25 J.)	.05	.12*					.-29	-.08*		
Alter (ü. 46 J.)	.62	.21**							.25	.09**
Alter (ü. 66 J.)					.46	.10**				
R^2 / Korr. R^2	.05/.04***		n.s.		.02/.02***		.01/.00*		.01.01***	
Sozialer Status										
Höhere Bildung							-.21	-.06*		
Subj. Schicht	.37	.12*							.19	.07*
R^2 / Korr. R^2	.04/.04***		.00/.00*		.00/.00*		n.s.		.00/.00*	
Soziale Integration										
Katholizismus	1.90	.25*					.61	.22*	.88	.19*
Protestantism.							.79	.06*		
Christl. Religion			.74	.21**						
Regelmäßiger Kirchgang			.25	.06*	.47	.09**	.33	.11**	.27	.09**
R^2 / Korr. R^2	.04/.03**		.02/.02***		.00/.00*		.02/.01***		.01/.01***	
Modell 2 R^2 / Korr. R^2	**.18/.12*** **		**.06/.04*** **		**.07/.06*** **		**.04/.02*** **		**.06/.04*** **	
N	326		997		1254		1004		1232	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = p < 0.05; ** = p < 0.01; *** = p < 0.001.

Die reine Kirchenmitgliedschaft weist keinen Zusammenhang mit der Akzeptanz partizipatorischer Pflichten auf. Ein anderes Ergebnis findet man beim aktiven Engagement innerhalb kirchlich-religiöser Vereinigungen: Außer in Slowenien hat die aktive Partizipation innerhalb der Kirche in allen Ländern einen signifikanten Effekt. Diese Tatsache passt zur theoretischen Annahme, dass sich Bürger, die in religiösen Vereinigungen aktiv sind, häufiger auch politisch beteiligen (vgl. z.B. Cassel 1999, Ayala 2000).

Das Sozialkapitalmodell (Modell 1) ist lediglich in Slowenien nicht signifikant. In allen anderen Ländern kann die Partizipationsdimension mithilfe der funktionalen Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen erklärt werden, auch wenn die Erklärungskraft relativ begrenzt ist. Die erklärte Varianz für die Partizipationsdimension variiert zwischen 3 Prozent (Polen) und 10 Prozent (Ostdeutschland).

Im Gegensatz zur sogenannten „Geschlechterkluft“ im Hinblick auf die politische Partizipation im Allgemeinen (vgl. Bilden 1991, z.B. Schlozman et al. 1997), scheinen Geschlechterunterschiede bei der Verinnerlichung partizipatorischer Pflichten in Mittel- und Osteuropa einen sehr limitierten Erklärungswert zu haben. Lediglich in Polen ist ein Zusammenhang zu erkennen, der allerdings entgegen der theoretischen Annahme negativ ist. Betrachtet man den Erklärungsfaktor Alter, so ist festzustellen, dass auch dieses askriptive Merkmal eine größere Erklärungskraft besitzt. In Ostdeutschland, Slowenien und Polen finden sich signifikante Zusammenhänge. Dabei sind es vor allem die älteren Menschen (über 46 Jahre alt), die die Partizipationspflicht als bedeutend ansehen. Wie bereits weiter oben beschrieben, passt diese Tatsache zu den Ergebnissen, die Putnam (2000) und Dalton (2008b) im Hinblick auf die amerikanischen staatsbürgerlichen Normen gefunden haben. Dalton (2008b: 39) geht davon aus, dass jüngere Menschen ein eher deliberatives Verständnis von guter Staatsbürgerschaft haben.

Die weit verbreitete Annahme (vgl. z.B. Bourdieu 1983, Hooghe 2003a, Dalton 2006), dass eine höhere Bildung die Unterstützung partizipativer Pflichten fördert, kann nicht generell bestätigt werden. Das Bildungsniveau zeigt lediglich in

Slowenien einen Effekt, der allerdings negativ ist. Ähnlich begrenzten Erklärungswert hat die Variable der subjektiven Schichtzugehörigkeit für die Partizipationsdimension. Lediglich in Ostdeutschland und Polen gibt es kleine, aber signifikante Zusammenhänge.

Der Faktor der sozialen Integration spielt bei der Erklärung guter Staatsbürgerschaft aus empirischer Sicht eine zentrale Rolle. Die theoretischen Annahmen von Putnam (2000) und Dalton (2008) hinsichtlich der Erklärungskraft sozialer Integration können für die Partizipationsdimension bestätigt werden. Im Gegensatz zu den Annahmen Putnams (1993, 2000) spielt aber in mittel- und osteuropäischen Ländern vor allem die katholische Kirche eine zentrale Rolle. Putnams Behauptung, die katholische Kirche produziere aufgrund ihrer hierarchischen Strukturen weniger Sozialkapital als die eher horizontal und partizipatorisch organisierte evangelische Kirche, kann aufgrund der hier vorliegenden empirischen Ergebnisse für postkommunistische Transformationsstaaten nicht bestätigt werden. Lediglich in Slowenien spielt der Protestantismus hinsichtlich der Akzeptanz der Partizipationspflicht eine Rolle. Die Integration in die Institution der Kirche wird in aktuellen wissenschaftlichen Studien meist über den Indikator der Kirchengangshäufigkeit gemessen (vgl. z.B. Gabriel 2002). In der Tat besitzt der regelmäßige Gang zur Kirche (mind. ein Mal pro Monat) eine große Erklärungskraft für die Akzeptanz der Partizipationsdimension. Außer in Ostdeutschland weist die Variable des regelmäßigen Kirchgangs (hoch) signifikante Zusammenhänge auf.

Betrachtet man die Güte des Gesamtmodells, so stellt man fest, dass mit Ausnahme von Slowenien die strukturelle Sozialkapitalkomponente die Akzeptanz der Partizipationspflicht in den jeweiligen nationalen Gesellschaften beeinflusst. Unter Einbeziehung von weiteren potenziellen Determinanten verbessert sich die Erklärungskraft des Gesamtmodells. Die erklärte Varianz variiert von 4 Prozent in Slowenien und immerhin 18 Prozent in Ostdeutschland.

Tabelle 23b: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Gesetzestreue, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	B	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft										
Partei/ Gewerk.	.51	.16*	.37	.10*			.22	.08*	.33	.08*
Aktives Mitglied					.57	.09**				
Früher Mitglied	.45	.18**	.27	.11***	.39	.13***			.23	.10***
Sport-/Freizeitv.					-.40	-.12**			-.27	-.07*
Aktives Mitglied										
Früher Mitglied							-.19	-.06*		
Kirche					.18	.05*			.16	.07*
Aktives Mitglied	.55	.11*			.35	.05*				
Früher Mitglied										
R^2 / Korr. R^2	**.05/.03***		**.03/.02*****		**.04/.03*****		**n.s.**		**.02/.02*****	
Modell 2 *Askriptive Merkmale*										
Geschlecht (w)			.19	.08**	.29	.10***				
Alter (u. 25 J.)					-.31	.-07*	-.25	-.07*		
Alter (ü. 65 J.)			.27	.09**			.23	.06*		
R^2 / Korr. R^2	.02/.01*		.03/.03***		.04/.04***		.01/.01**		.01/.00**	
Sozialer Status										
Höhere Bildung					.22	.05*				
R^2 / Korr. R^2	n.s.		n.s.		.01/.01***		n.s.		n.s.	
Soziale Integration										
Katholizismus			-.43	-.18*	1.70	.56*				
Protestantism.					1.71	.23*				
Christl. Religion			.79	.28***					.64	.17*
Kirchgang (ja)					-.25	-.09*				
R^2 / Korr. R^2	.03/.02**		.02/.02***		.01/.01**		n.s.		.02/.01***	
Modell 2 R^2 / Korr. R^2	**.09/.03***		**.08/.06*****		**.07/06*****		**n.s.**		**.05/.03*****	
N	325		999		1251		1003		1236	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = p < 0.05; ** = p < 0.01; *** = p < 0.001.

In einem nächsten Schritt soll der Beitrag der Determinanten zur Erläuterung der Dimension der Gesetzestreue geklärt werden. Die Ergebnisse in Tabelle 23b zeigen, dass für die Pflicht der Gesetzestreue teilweise andere Erklärungsfaktoren relevant sind als für die Partizipationspflicht. Die Mitgliedschaft in einer Partei oder Gewerkschaft weist in allen untersuchten Ländern signifikante Zusammenhänge auf. In Tschechien reicht die bloße Mitgliedschaft jedoch nicht aus. Hier findet man entsprechende Ergebnisse beim aktiven Engagement der Tschechen. Die Erklärungskraft des politisch-gewerkschaftlichen Engagements hinsichtlich der Gesetzestreue ist relativ groß. Dabei spielt es weniger eine Rolle, ob die Befragten heute noch Mitglied sind oder es früher einmal waren. Außer in Slowenien sind die Zusammenhänge zwischen der früheren Mitgliedschaft in der Partei oder Gewerkschaft in den untersuchten Ländern hoch signifikant (Ostdeutschland) oder höchst signifikant (Ungarn, Tschechien und Polen). Dies ist ein Beweis dafür, dass die politische Sozialisation durchaus Spuren hinterlassen hat. Gesetzestreue und Loyalität zum politischen Regime waren im Sozialismus mit autoritärer Strenge geschätzte Tugenden (vgl. z.B. Roßteutscher 2005: 175, Arzheimer 2005). Ähnlich wie bei der Partizipationsdimension besitzt hingegen die Mitgliedschaft in Sport- oder diversen Freizeitvereinen eine sehr begrenzte Erklärungskraft. Wenn überhaupt, so sind lediglich negative Zusammenhänge (in Tschechien, Slowenien und Polen) zu erkennen. Im Hinblick auf die Gesetzestreue hat auch die kirchliche Mitgliedschaft entgegen der theoretischen Annahmen (vgl. z.B. Gill 2003) nur eine begrenzte Erklärungskraft. Wie Tabelle 23a gezeigt hat und wie die Theorie voraussetzt (vgl. z.B. Cassel 1999, Ayala 2000), sind kirchlich Engagierte häufig politisch aktiver als kirchenferne Menschen. Was die Akzeptanz der Gesetzestreue als Pflicht eines guten Staatsbürgers angeht, spielt die Kirche eine eher kleine demokratische Rolle.

Auffallend ist, dass für Slowenien offenbar andere Determinanten zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft gefunden werden müssen. Insgesamt betrachtet, ist die Erklärungskraft des Modells 1, das die strukturelle Komponente von Sozialkapital umfasst, sehr begrenzt. Die erklärte Varianz variiert zwischen 2 Prozent (Polen) und 5 Prozent (Ostdeutschland). Die Güte des Modells wird besser, sobald weitere Determinanten in ein Gesamtmodell zur Erklärung der Geset-

zestreue als Pflicht des guten Staatsbürgers mit einbezogen werden (Modell 2). Dann steigen die Werte erklärter Varianz auf zwischen 5 Prozent (Polen) und 9 Prozent (Ostdeutschland). Außerdem fällt auf, dass in Ostdeutschland keine der integrierten Kontrollvariablen einen Effekt auf die Akzeptanz der Gesetzestreue hat. In Polen ist es lediglich die christliche Religion, die solch einen, wenn auch schwachen Effekt, aufweist. In Slowenien ist das Gesamtmodell nicht signifikant. Das Augenmerk wird nun also auf die beiden verbliebenen Staaten, Ungarn und Tschechien, gelenkt.

Insgesamt geht die Geschlechterforschung davon aus, dass altruistische und gemeinschaftsorientierte Werte und die Einhaltung der Gesetze für Frauen eine größere Rolle spielen als für Männer (vgl. z.B. Hooghe 2003a, Tyler 2006). Zumindest für Ungarn und Tschechien scheint diese Annahme zutreffend zu sein. In Ungarn und Tschechien zeigt die Variable Geschlecht einen Effekt im Hinblick auf die Gesetzestreue. Frauen sind in diesen beiden Ländern offenbar eher der klassischen Bürgerpflicht, nämlich der steten Einhaltung aller Gesetze und Bestimmungen sowie keine Steuern zu hinterziehen, verbunden als Männer. Auch die Variable Alter hat auf die Pflicht der Gesetzestreue einen Einfluss. Personen, die über 65 Jahre alt sind, also noch zu Zeiten des Kommunismus sozialisiert wurden, halten Loyalität und Gesetzestreue für wesentlich wichtiger als die jüngeren Befragten. Der Effekt ist derselbe wie bei der früheren Partei- bzw. Gewerkschaftsmitgliedschaft, die in diesem Kapitel weiter oben bereits angesprochen wurde.

Der soziale Status hat eine sehr begrenzte Erklärungskraft für die Pflicht der Gesetzestreue. Lediglich in Tschechien ist ein schwacher positiver, statistisch signifikanter Zusammenhang zu erkennen. Die subjektive Schichtzugehörigkeit hat keinen Einfluss auf die Akzeptanz der Gesetzestreue als staatsbürgerliche Pflicht.

Betrachtet man die soziale Integration als Erklärungsfaktor für die Einhaltung von Gesetzen und Bestimmungen, so stellt man überrascht fest, dass religiöse Merkmale zwar eine gewisse Erklärungskraft besitzen, diese allerdings wesentlich geringer sind als bei der Erklärung der Partizipationsdimension. Die Integra-

tion in die Institution der Kirche, gemessen über die Kirchengangshäufigkeit, weist gar keine bzw. in Tschechien sogar negative signifikante Zusammenhänge auf. Folglich ist der Einfluss der Kirche hinsichtlich der Verankerung staatsbürgerlicher Tugenden zwar vorhanden (vgl. z.B. Putnam 1993, 2000, Gill 2003, Schanda 2003, Roßteutscher 2009), aber eben begrenzt.

Tabelle 23c: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Solidarität, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft										
Partei/ Gewerk.	.45	.13*					-.27	-.08*		
Aktives Mitglied			.64	.09*	.43	.06*	.32	.07*		
Kirche	.75	.22***	.22	.06*	.25	.06*				
Aktives Mitglied	.57	.10*			.80	.11***				
Früher Mitglied			.56	.07*						
R^2 / Korr. R^2	**.11/08*** **		**.03/.02** **		**.03/02*** **		**n.s.**		**.01/.00* **	
Modell 2										
Askriptive Merkmale										
Geschlecht (w)	.27	.09*			.29	.09**	.22	.08*	.18	.07*
R^2 / Korr. R^2	n.s.		n.s.		.01/.01**		.00/.00*		.01/.00**	
Sozialer Status										
Höhere Bildung	.53	.12*			.24	.05*	-.24	-.06*	-.30	-.08**
R^2 / Korr. R^2	.03/.02**		n.s.		.00/.00*		n.s.		.00/.00*	
Soziale Integration										
Kirchgang (ja)	.32	.08*								
Regelmäßiger Kirchgang			.38	.08*						
R^2 / Korr. R^2	.01/.01*		.02/.01***		.02/.01***		n.s.		n.s.	
Modell 2 R^2 / Korr. R^2	**.16/.11*** **		**.04/.02** **		**.05/.03*** **		**n.s.**		**.03/.01* **	
N	325		986		1243		1002		1222	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = p < 0.05; ** = p < 0.01; *** = p < 0.001.

Als nächstes werden die Befunde für die Pflicht der Solidarität in den Blick genommen (vgl. Tabelle 23c). Insgesamt ist festzuhalten, dass die Integration in organisatorische Netzwerke auch auf die Akzeptanz der Solidarität einen positiven Effekt hat (Ausnahmen sind Slowenien und Polen). In Ostdeutschland, Ungarn und Tschechien begünstigt die (aktive) Mitgliedschaft in politisch-gewerkschaftlichen Vereinigungen und in kirchlichen Vereinigungen die Bereitschaft der Hilfeleistung gegenüber schwächeren oder schlechter gestellten Personen.

Lediglich in Polen finden sich keine statistisch signifikanten Zusammenhänge. In Slowenien ist gar eine negative Auswirkung der Mitgliedschaft in politisch-gewerkschaftlichen Organisationen zu beobachten. Insgesamt weist Modell 1 für die Analyse der guten Staatsbürgerschaft in Slowenien keine statistische Signifikanz auf. Es findet sich aber eine andere Übereinstimmung zwischen den Ländern: die Mitgliedschaft in Sport- oder Freizeitvereinen hat keinen positiven Effekt auf die Verinnerlichung solidarischer Pflichten.

Im Hinblick auf die Solidaritätsdimension können die Annahmen der Geschlechterforschung bestätigt werden. Außer in Ungarn lassen sich in allen anderen untersuchten Ländern Nachweise anführen, dass Frauen diejenigen sind, die altruistische, gemeinschaftsbezogene Werte verinnerlicht haben. In allen Ländern existieren statistisch signifikante (schwache) Zusammenhänge. Im Gegensatz zum Geschlecht spielt das Alter keine Rolle im Hinblick auf die Akzeptanz der Solidaritätspflicht.

Die in Tabelle 22 dargestellten Ergebnisse haben bereits gezeigt, dass der soziale Status auch negative Auswirkungen haben kann. Dieses Phänomen trifft vor allem auf die Akzeptanz der Solidaritätspflicht zu. Lediglich in Ostdeutschland und Tschechien existiert ein positiver statistisch signifikanter Zusammenhang. In Slowenien und Polen haben die besser Gebildeten eine geringere Neigung zu Pflichten der Solidarität. Konsistente, sich wechselseitig verstärkende Statuseffekte treten in keinem der untersuchten Länder auf.

Auch die soziale Integration hat nur begrenzte Erklärungskraft. Religiöse Konfessionen spielen keine Rolle, dagegen ist der Einfluss der Kirchenbindung in Ostdeutschland und Ungarn positiv. Personen, die dort zur Kirche gehen, haben einen größeren Respekt vor Solidaritätsnormen und eine geringere Neigung, Trittbrettfahrer zu akzeptieren. Das Gesamtmodell eignet sich am ehesten für Ostdeutschland zur Erklärung der Solidaritätsdimension. Hier können mithilfe der verwendeten Variablen 16 Prozent der Varianz erklärt werden. In Ungarn, Tschechien und Polen liegt die erklärte Gesamtvarianz unter 10 Prozent. In Slowenien weist das Gesamtmodell keine statistische Signifikanz auf.

Betrachtet man die Ergebnisse der Regressionsanalyse zum sozio-politischen Bewusstsein (vgl. Tabelle 23d), so fällt zunächst auf, dass dieses in Ostdeutschland nicht auf die funktionale Mitgliedschaft zurückzuführen ist. Keine Form des Engagements weist in Ostdeutschland einen signifikanten Zusammenhang auf. Insgesamt ist der Erklärungswert der strukturellen Sozialkapitalkomponente auch in den anderen Ländern relativ beschränkt. Das Modell 1 erklärt lediglich 2 bzw. 3 Prozent der Gesamtvarianz. Dennoch bleibt festzuhalten, dass alle Formen des Engagements in verschiedenen Organisationen in den restlichen vier osteuropäischen Ländern schwache positive, statistisch signifikante Zusammenhänge aufweisen. Auch askriptive Merkmale haben einen beschränkten Erklärungswert für die Verinnerlichung eines sozio-politischen Bewusstseins. Ein schwacher positiver Geschlechterunterschied ist in Tschechien zu beobachten. Entsprechend den theoretischen Annahmen spielt das Alter in Ostdeutschland und Polen eine Rolle. Dalton (2008b: 39) geht davon aus, dass vor allem die jüngere Generation eine eher deliberative Vorstellung von guter Staatsbürgerschaft hat. Die Befunde für Ostdeutschland und Polen entsprechen seiner Annahme.

Lediglich die Bildung liefert über alle Länder hinweg konsistente kontinuierliche Zusammenhänge. Eine gute Bildung fördert den kritischen Sinn junger Menschen. Je besser die Bürger gebildet sind, desto größer ist die Fähigkeit für analytisches Denken und die Bereitschaft, den Standpunkt Andersdenkender anzuhören. Die subjektive Schichtzugehörigkeit stellt lediglich in Slowenien einen Erklärungswert dar.

Tabelle 23d: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Sozio-politisches Bewusstsein, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft										
Partei/ Gewerk.										
Aktives Mitglied			.51	.07*	.61	.09**	.45	.09*		
Früher Mitglied									.16	.05*
Sport-/Freizeitv.							.26	.09*	.53	.12*
Aktives Mitglied					.53	.12**				
Früher Mitglied			.41	.09**	.18	.05*	.31	10**	.16	.05**
Kirche					.21	.05*				
Aktives Mitglied			.44	.08*	..63	.08**				
Früher Mitglied									.41	.05*
R^2 / Korr. R^2	**n.s.**		**.02/02*** **		**.03/.02*** **		**.02/.01** **		**.02/.01** **	
Modell 2										
Askriptive Merkmale										
Geschlecht (w)					.19	.06*				
Alter (u. 25 J.)	.63	.14*								
Alter (ü. 66 J.)									-.29	-.07*
R^2 / Korr. R^2	n.s.		n.s.		n.s.		.01/.00**		.00/.00**	
Sozialer Status										
Höhere Bildung	.81	.18**	.23	.05*	.37	.07*	.30	.08*	.31	.08**
Subj. Schicht							.28	.10**		
R^2 / Korr. R^2	.04/.04***		.01/.01**		.01/.00**		.03/.03***		.01/.01***	
Modell 2 R^2 / Korr. R^2	**.09/.03***		**.05/.03*** **		**.05/.04*** **		**.06/.04*** **		**.04/.03*** **	
N	319		983		1241		986		1182	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = $p < 0.05$; ** = $p < 0.01$; *** = $p < 0.001$.

Die soziale Integration, gemessen über religiöse Merkmale wie Konfession und Kirchengangshäufigkeit, ist keine Determinante für die Erklärung von deliberativen Staatsbürgerschaftskonzepten. Unter Einbeziehung von sozialstrukturellen

Variablen konnte der Wert für die erklärte Gesamtvarianz deutlich erhöht werden. Er liegt nun bei 4 Prozent (Polen) und bei 9 Prozent (Ostdeutschland).

Für die Determinanten staatsbürgerlicher Pflichten lassen sich zusammenfassend einige deutliche Effekte konstatieren: Die strukturelle Komponente sozialen Kapitals, nämlich die Einbindung in organisatorische Netzwerke, stellt eine wesentliche Determinante für die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten dar. Die Erklärungskraft des Modells ist zwar beschränkt, aber vorhanden.

Die theoretische Annahme, dass das Geschlecht einen Effekt auf die Verinnerlichung sozialer Normen hat, lässt sich zumindest für die Dimension der Gesetzestreue (in Tschechien und Ungarn) sowie für die Solidaritätsdimension (mit Ausnahme von Ungarn) bestätigen. Das Alter ist ein zentraler Erklärungsfaktor, der im Hinblick auf die Partizipationsdimension (Ausnahme: Ungarn), die Dimension der Gesetzestreue (in Ungarn, Tschechien und Slowenien) sowie die Dimension des sozio-politischen Bewusstseins (in Ostdeutschland und Polen) positive statistisch signifikante Zusammenhänge aufweist. Einen ähnlich wichtigen Erklärungsfaktor stellt das Bildungsniveau dar. Die höhere Bildung wirkt sich vor allem auf das Solidaritätsgefühl (Ausnahme Ungarn) und auf das sozio-politische Bewusstsein positiv aus. Der zweite Indikator für sozialen Status, die subjektive Schichtzugehörigkeit, ist allerdings weniger geeignet, um die Pflichtakzeptanz in den untersuchten Ländern zu erklären. Vor allem die Partizipationsdimension kann mithilfe von religiösen Merkmalen wie Konfession und Kirchengangshäufigkeit erklärt werden. Dabei ist es hauptsächlich der Katholizismus, der partizipatives politisches Verhalten fördert. Konfession und Kirchengangshäufigkeit wirken sich in vielen untersuchten Ländern aber auch auf die Akzeptanz der Gesetzestreue und (etwas eingeschränkt) der Solidarität aus.

Festzuhalten bleibt, dass die erklärte Varianz der Modelle für alle Pflichtdimensionen relativ gering ist. Doch auch in früheren Forschungen über staatsbürgerliche Partizipation im Allgemeinen (vgl. z.B. Badescu/Neller 2007) und über Normen guter Staatsbürgerschaft im Besonderen (vgl. z.B. Denters et al. 2007) wurde bereits ein geringes Niveau an erklärter Varianz konstatiert. Darüber hinaus fanden frühere vergleichende Analysen über politische Partizipation, die

sowohl in Westeuropa als auch in Osteuropa gleichermaßen durchgeführt wurden (vgl. z.B. Armingeon 2007, Badescu/Neller 2007) generell geringere Level an erklärter Varianz. Dieser Befund weist darauf hin, dass die Theorien und Konzepte, die in westlichen Gesellschaften entwickelt wurden, nicht leichtfertig auf neue entstandene Demokratien übertragen werden können.

4.5.2 Sozialkapital, Sozialisation und die Verinnerlichung staatsbürgerlicher Rechte

Im vorangegangenen Kapitel wurde geprüft, welche Determinanten für die Verankerung staatsbürgerlicher Pflichten relevant sind und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Dabei wurde zum einen gezeigt, dass verschiedene Formen von Engagement unterschiedliche Effekte auf die Akzeptanz sozialer Normen haben. Die generelle Annahme, dass eine stärkere Integration (entweder über persönliche Freunde, über eine aktive Mitgliedschaft oder eine religiöse Bindung) einen größeren Effekt auf die Verinnerlichung verschiedener staatsbürgerlicher Tugenden hat (vgl. z.B. Gabriel et al. 2002, Stolle 2003), kann vorläufig bestätigt werden.

Die gute Staatsbürgerschaft umfasst jedoch nicht nur die Akzeptanz staatsbürgerlicher Pflichten, sondern auch die Befürwortung politischer und sozialer Rechte (vgl. z.B. Marshall 1950, Pattie et al. 2004, Mackert 2006). In diesem Kapitel soll geprüft werden, ob vergleichbare Determinanten für die Akzeptanz staatsbürgerlicher Rechte in den jeweiligen postkommunistischen Staaten gefunden werden. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Frage gelenkt, ob Sozialisationserfahrungen auch hinsichtlich der Befürwortung staatsbürgerlicher Rechte wirken. Die Annahme lautet: Je stärker die Penetration durch die kommunistische Elite war, desto mehr spielen die staatsbürgerlichen Rechte eine zentrale Rolle für die Menschen (vgl. Hypothese 5). Der Hypothese folgend, müssten vor allem die älteren Menschen in Tschechien, wo die Repression besonders groß war, die staatsbürgerlichen Rechte befürworten (vgl. z.B. Janos 1996, Schwartz/Bardi 1997).

Um die Determinanten für die Akzeptanz politischer und sozialer Rechte zu identifizieren, wurden noch einmal getrennte Regressionsanalysen für die Rechtsdimension (politische Rechte und soziale Rechte) durchgeführt (Modell 1). Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, werden die Regressionsmodelle analog zu den in Kapitel 4.5.1 dargestellten Analysen gerechnet. In einem nächsten Schritt werden dann wieder zusätzliche Erklärungsfaktoren (askriptive Merkmale, soziale Integration und sozialer Status) in die Modellschätzungen mit einbezogen, um sowohl ihre gemeinsame als auch ihre eigene Erklärungskraft zu prüfen (Modell 2). Dieses Vorgehen bietet die Möglichkeit, den Erklärungswert der verschiedenen Variablen zu untersuchen, signifikante Länderunterschiede hinsichtlich der Determinanten guter Staatsbürgerschaft auszumachen und gleichzeitig Hypothese 5 zu testen. Wenn ein Indikator keinerlei statistisch signifikante Effekte hervorbringt, wurde er aus der jeweiligen Tabelle gelöscht, um die Darstellung der Ergebnisse möglichst übersichtlich zu gestalten.

Die Ergebnisse aus Tabelle 24a zeigen, dass sich Modell 1 nicht besonders eignet, um die Befürwortung politischer Rechte in den postkommunistischen Staaten zu erklären. Ostdeutschland und Slowenien gelten in zahlreichen vergleichenden Analysen als Sonderfälle (vgl. z.B. Jacobs 2004, Pickel 2006). Die Befunde aus Tabelle 24a belegen, dass auch für die Akzeptanz politischer Rechte in diesen beiden Ländern andere Determinanten wirken. Lediglich die Mitgliedschaft in politisch-gewerkschaftlichen Organisationen weist einen sehr schwachen statistisch signifikanten Effekt auf. In Ungarn, Tschechien und Polen ist es eher das (aktive) Engagement innerhalb der Kirche, das die Befürwortung politischer Rechte positiv beeinflusst. Das Ergebnis, dass in Tschechien und Polen ein negativer Effekt bei denjenigen zu beobachten ist, die früher einmal Kirchenmitglied waren, heute aber nicht mehr sind, erstaunt.

Hinsichtlich der askriptiven Merkmale lässt sich beobachten, dass die Befunde in Tschechien und Slowenien die Annahmen der sogenannten Gender-Theorie (vgl. z.B. Hooghe 2003, Tylor 2006) stützen. Das Geschlecht weist in Tschechien und Slowenien statistisch signifikante Zusammenhänge auf. Es sind die Frauen, die befürworten, dass die Politiker die Ansichten der Bürger bei ihren

Entscheidungen berücksichtigen und dass alle Menschen die Möglichkeit haben, an politischen Entscheidungen teilzuhaben.

Tabelle 24a: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Politische Rechte, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft										
Partei/ Gewerk.	.22	.12*					.20	.08*		
Aktives Mitglied										
Früher Mitglied	.23	.16*							.15	.09**
Sport-/Freizeitv.										
Aktives Mitglied										
Früher Mitglied					.24	.09**			-.12	-.06*
Kirche			.20	.08*						
Aktives Mitglied					.38	.06*			.09	.05*
Früher Mitglied					-.36	-.07*			-.22	-.05*
R^2 / Korr. R^2	**n.s.**		**.01/.00***		**.02/.01*****		**n.s.**		**.02/.01***	
Modell 2										
Askriptive Merkmale										
Geschlecht (w)					.23	.09**	.16	.08*		
Alter (ü. 46 J.)			-.22	-.09*	.17	.08*				
R^2 / Korr. R^2	.02/.01*		n.s.		.01/.01**		n.s.		.00/.00*	
Sozialer Status										
Höhere Bildung			-.32	-.11**			-.18	-.06*	-.27	-.12**
Subj. Schicht							-.12	-.05*		
R^2 / Korr. R^2	n.s.		.00/.00**		n.s.		n.s.		.01/01***	
Soziale Integration										
Christl. Religion			.44	.15*						
R^2 / Korr. R^2	n.s.		.01/.01**		n.s.		n.s.		n.s.	
Modell 2 R^2 / Korr. R^2	**n.s.**		**.04/.03*****		**.04/.02*****		**.03/.01***		**.03/.04*****	
N	326		996		1248		998		1237	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = $p < 0.05$; ** = $p < 0.01$; *** = $p < 0.001$.

Die Altersvariable weist in Tschechien die theoretisch erwarteten Befunde auf. Vor allem die über 46-jährigen tschechischen Bürger sehen politische Rechte als wichtig für die Demokratie an. In Ungarn ist der Effekt ein anderer. Hier sind es die über 46-Jährigen, die politische Rechte für unwichtig halten. Der soziale Status hat erstmalig durchweg zu beobachtende negative Auswirkungen. In Ungarn, Slowenien und Polen sind die Höhergebildeten und in Slowenien diejenigen, die sich der oberen Schicht zuordnen, weniger bereit, den politischen Rechten in einer Demokratie großen Respekt zu erweisen. Der Effekt der sozialen Integration ist äußerst begrenzt. Konfession und Kirchengangshäufigkeit spielen keine Rolle für die Erklärung politischer Rechte. Ähnlich wie bei der Analyse der staatsbürgerlichen Pflichtdimensionen lässt sich konstatieren, dass die erklärte Varianz des Gesamtmodells relativ gering ist. Sie liegt zwischen 3 Prozent in Slowenien und Polen und 4 Prozent in Ungarn und Tschechien. In Ostdeutschland ist das Gesamtmodell statistisch nicht signifikant.

Die letzte zu analysierende Dimension der guten Staatsbürgerschaft stellt die Dimension der sozialen Rechte dar. Die Mitgliedschaft in politisch-gewerkschaftlichen Organisationen führt im Wesentlichen in Tschechien und Slowenien zu einer höheren Akzeptanz sozialer Rechte. In den meisten postkommunistischen Ländern (außer in Polen) weist die frühere Mitgliedschaft in Partei oder Gewerkschaft einen positiven Effekt auf die Befürwortung sozialer Rechte auf. Der Einfluss der funktionalen Mitgliedschaft in Sport- oder Freizeitvereinigungen sowie die Kirchenmitgliedschaft ist beschränkt. In einzelnen Ländern sind schwache positive Effekte zu beobachten. In Polen hat das Modell der strukturellen Sozialkapitalkomponente keine signifikanten Werte aufzuweisen.

Dass Frauen eher altruistische Werte vertreten und einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn haben (vgl. z.B. Siim 1994, Schlozman et al. 1995), zeigt sich auch in den Ergebnissen der Tabelle 24b für Ungarn, Tschechien und Slowenien. Frauen sind eher diejenigen, die befürworten, dass alle Bürger einen ausreichenden Lebensstandard haben, Staat und Behörden die Rechte von Minderheiten achten und schützen und alle Menschen gleich behandeln, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position.

Tabelle 24b: Determinanten der Verankerung staatsbürgerlicher Normen, Index Soziale Rechte, Gesamtmodell

	DE		*HU*		*CZ*		*SLO*		*PL*	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Modell 1										
Funktionale Mitgliedschaft										
Partei/ Gewerk.					.23	.08*	.17	.08*		
Aktives Mitglied										
Früher Mitglied	.25	.17**	.16	.08*	.15	.06**	.18	.09**		
Sport-/Freizeitv.										
Aktives Mitglied					.28	.09*				
Früher Mitglied							.15	.07*		
Kirche	.29	.10*								
Aktives Mitglied										
Früher Mitglied										
R^2 / Korr. R^2	**.04/.02***		**.01/.00***		**.02/.01****		**.01/.00***		**n.s.**	
Modell 2										
Askriptive Merkmale										
Geschlecht (w)			.13	.06*	.26	.11***	.17	.09**		
Alter (u. 25 J.)							.16	.06*		
Alter (ü. 46 J.)					.20	.09*				
R^2 / Korr. R^2	n.s.		.00/.00*		.03/.02***		.01/.00*		n.s.	
Sozialer Status										
Höhere Bildung									-.24	-.11***
Subj. Schicht			-.13	-.05*	-.22	-.09**				
R^2 / Korr. R^2	n.s.		n.s.		.01/.01***		n.s.		.01/.01***	
Soziale Integration										
Regelmäßiger Kirchgang			.25	.09*						
R^2 / Korr. R^2	n.s.		.01/.00*		n.s.		.01/.00*		n.s.	
Modell 2 R^2 / Korr. R^2	**n.s.**		**.03/.01***		**.05/.04*****		**.04/.02****		**.02/.01***	
N	329		1006		1254		1001		1244	

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State“. Details der Operationalisierung siehe Tabelle 13. In der Tabelle werden nur signifikante Koeffizienten ausgewiesen. Statistische Signifikanz: n.s. = nicht signifikant; * = $p < 0.05$; ** = $p < 0.01$; *** = $p < 0.001$.

Wie bereits in der Analyse der politischen Rechte gezeigt werden konnte, sind es in Tschechien vor allem die über 46-jährigen Bürger, die staatsbürgerliche Tugenden befürworten. Die Ergebnisse der Altersvariablen in Tabelle 24b bestätigen den Befund. In Slowenien hingegen ist es eher die junge Generation, die für die Einhaltung sozialer Rechte für alle Bürger einsteht. Der soziale Status weist für die sozialen Rechte erneut kontinuierlich negative Effekte auf. Diejenigen, die sich in Ungarn und Tschechien der oberen sozialen Schicht zugehörig fühlen, sehen die Einhaltung sozialer Normen im Sinne der Rechtsdimension als weniger wichtig an als diejenigen, die sich der unteren Schicht zugehörig fühlen. In Polen zeigt der hohe Bildungsstand diesen negativen Effekt. Die soziale Integration hat keine bzw. eine äußerst beschränkte Erklärungskraft. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass auch diejenigen osteuropäischen Bürger, die weniger sozial integriert sind, staatsbürgerliche Rechte als einen zentralen Aspekt der Demokratie ansehen.

Allgemein lässt sich sagen, dass die funktionale Mitgliedschaft eine wichtige Determinante zur Erklärung staatsbürgerlicher Rechte darstellt, auch wenn die erklärte Varianz analog zu den staatsbürgerlichen Pflichten im dargestellten Modell relativ gering ist. Vor allem die Mitgliedschaft in Parteien oder Gewerkschaften, aber auch die Kirchenmitgliedschaft spielen eine zentrale Rolle. Auch weitere potenzielle Determinanten dürfen bei der Erklärung guter Staatsbürgerschaft nicht missachtet werden. Es sind sowohl Geschlechterunterschiede als auch Generationenunterschiede festzustellen. Der überwiegend negative Effekt des sozialen Status belegt, dass soziale Normen eine Zugangsweise zu Sozialkapital ermöglichen, die auch den geringer gebildeten Schichten zur Verfügung steht.[36] Die soziale Integration im Sinne von religiösen Merkmalen stellt hingegen keine wesentliche Determinante für die Erklärung staatsbürgerlicher Rechte dar. Die Befürwortung sozialer und politischer Rechte ist folglich nicht auf den Grad der Integration zurückzuführen. Vielmehr werden staatsbürgerliche Rechte von allen Bürgern einer politischen Gemeinschaft, unabhängig von ihrer sozialen Integration, als wichtige Komponente der Demokratie angesehen.

[36] Vgl. hierzu auch die Befunde von Gabriel et al. (2002: 126 ff.) für verschiedene westliche und osteuropäische Demokratien.

5 Schlussbemerkungen und Ausblick

Die in Kapitel 4 dargestellten Resultate der empirischen Analysen werden in diesem Schlusskapitel noch einmal zusammengefasst und im Hinblick auf die in Kapitel 1.1 gestellten Forschungsfragen und die in Kapitel 3.4 formulierten Hypothesen diskutiert (Kapitel 5.1). Daran anschließend werden vor dem Hintergrund der offenen Fragen, die sich aus den ermittelten Befunden ergeben, einige Anregungen für die weitere Forschung formuliert (Kapitel 5.2).

5.1 Zusammenfassung und Diskussion

Es ist den aktuellen Debatten um Sozialkapital und Kommunitarismus zu verdanken, dass die staatsbürgerlichen Normen wieder in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion rücken. Die meisten aktuellen wissenschaftlichen Studien konstatieren eine mangelhafte Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement in Osteuropa und sehen die realistische Zukunft der Demokratie als normative Staatsform in postkommunistischen Nationen kritisch. Bislang wurde jedoch die Untersuchung der politischen Einstellungen der Menschen in diesen Ländern vernachlässigt. Russell Dalton (2008a) betonte, dass man erst das Gemüt der Menschen kennenlernen muss, bevor man ihr Verhalten begreift.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, den Begriff der guten Staatsbürgerschaft zu präzisieren und in etablierten politikwissenschaftlichen Theorien zu verorten. Darüber hinaus sollte erörtert werden, wie die Bürger Mittel- und Osteuropas selbst die gute Staatsbürgerschaft definieren und wie weit staatsbürgerliche Normen in den jeweiligen Ländern verbreitet sind. Schließlich sollte analysiert werden, welche Faktoren die Verankerung staatsbürgerlicher Normen begünstigen und welche Determinanten eine Rolle bei der Erklärung guter Staatsbürgerschaft spielen.

In der vorliegenden Forschungsarbeit wurde zunächst die Frage gestellt, wie der Begriff der „Good Citizenship“ präzisiert und in etablierten politikwissenschaftlichen Theorien verortet werden kann. Zur Beantwortung der Definitions-

frage wurde der Begriff der „Good Citizenship“ durch die Formulierung der Verankerung staatsbürgerlicher Normen ersetzt. Die Verinnerlichung von Normen kann einschlägigen Konzepten der Einstellungsforschung zugeordnet werden und die Definition der „Good Citizenship“ in einem etablierten theoretischen Kontext wurde möglich. Gleichzeitig kann die Relevanz des Untersuchungsproblems der guten Staatsbürgerschaft aus unterschiedlichen theoretisch-konzeptionellen Perspektiven begründet werden, die ausführlich erörtert wurden. Die wichtigsten Überlegungen zur Einordnung und Relevanzbegründung der guten Staatsbürgerschaft liefern der Sozialkapital-Ansatz und das Citizenship-Konzept. Das Citizenship-Konzept betont die umfassende Rolle von Staatsbürgerschaft im Sinne einer vollen politischen Mitgliedschaft und der damit verbundenen Rechte und Pflichten. Mithilfe des Modells wird untersucht, inwiefern die politischen Orientierungen der Bürger mit dem jeweiligen demokratischen, politischen System zusammenpassen. Der Sozialkapital-Ansatz verdeutlicht, dass Individuen in ihren Werten, Einstellungen und Handlungen von ihrem sozialen Umfeld beeinflusst werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Integration in soziale Netzwerke bei der empirischen Untersuchung an Bedeutung. Aber auch die Annahmen der Transitionsforschung sind für die vorliegende Arbeit nicht zu unterschätzen. Sie verdeutlichen die Problematik von fortbestehenden politischen Einstellungen, die während des sozialistischen Regimes verinnerlicht wurden.

Vor diesem theoretischen Hintergrund wurde ein Forschungsdesign konzipiert, das die methodische Basis für den empirischen Teil der Arbeit darstellt. Für die Operationalisierung der staatsbürgerlichen Orientierungen liegen bislang keine allgemein akzeptierten und standardmäßig eingesetzten sowie in den einschlägigen empirischen Erhebungen durchgängig identisch verwendeten Indikatoren vor. Die in den beiden verwendeten Datensätzen mit Einschränkungen enthaltenen Indikatoren umfassen Fragen, was einen guten Staatsbürger ausmacht und wie wichtig (oder unwichtig) bestimmte Rechte in einer Demokratie sind. Eine grundlegende Modellannahme lautete, dass die Akzeptanz staatsbürgerlicher Orientierungen mit der Erkenntnis von Individuen verbunden ist, dass sie gegenüber anderen gewisse Pflichten haben und ihnen gleichzeitig politische und soziale Rechte zustehen. Es wurde davon ausgegangen, dass gemein-

schaftsbezogene Werte und Normen eher bei den Bürgern verinnerlicht sind, die über soziale Netzwerke gemeinsame Interessen haben oder dieselben Traditionen teilen. Eine eindeutige Kausalitätsrichtung konnte dabei nicht festgelegt werden. Das Modell berücksichtigt ebenso, dass die Verinnerlichung gemeinschaftsbezogener Werte die positive Neigung zu sozialer Aktivität fördert. Diese Rückkopplungseffekte sind ein weiteres Element des Modells. Darüber hinaus fließen auch die Annahmen der modifizierten Sozialisationshypothese mit ein, da vorausgesetzt wurde, dass Erfahrungen aus der Vergangenheit auch in der Gegenwart noch Auswirkungen auf die Wertorientierungen und das politische Verhalten eines Individuums haben. Die empirischen Analysen konzentrierten sich auf die Länder Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien und Ostdeutschland. Die Kriterien für die spezifische Länderauswahl wurden in Kapitel 3.2 ausreichend erörtert.

Bei der Untersuchung der Zusammenhänge der Indikatoren der staatsbürgerlichen Normen wurde herausgearbeitet, dass die gute Staatsbürgerschaft ein mehrdimensionales Konstrukt darstellt. Mithilfe der Hauptkomponentenanalyse ließen sich die Indikatoren der staatsbürgerlichen Pflichten auf vier Dimensionen reduzieren: Partizipation, Gesetzestreue, Solidarität und das sozio-politische Bewusstsein. Die Indikatoren der staatsbürgerlichen Rechte ließen sich auf die beiden Dimensionen der sozialen und politischen Rechte reduzieren. Deskriptive Analysen belegen, dass die staatsbürgerlichen Normen in den untersuchten Ländern weit verbreitet sind und teilweise fast konsensuell geteilt werden. Diese Tatsache ist unabhängig davon, welche historische Entwicklung die jeweiligen Länder erfahren haben. Darüber hinaus ließ sich ein bestimmtes Muster erkennen: Die Zustimmungswerte lagen in Tschechien in allen Fällen unter dem Durchschnitt, wogegen Slowenien häufig über dem Durchschnitt und Polen immer über dem Durchschnitt lag. Die Häufigkeitsauszählungen weisen darauf hin, dass traditionelle politische Werte nicht an Bedeutung verloren haben bzw. dass auch in postkommunistischen Gesellschaften staatsbürgerliche Strukturen existieren. Es konnte herausgearbeitet werden, dass es in den untersuchten Ländern einen Pluralismus an staatsbürgerlichen Normen gibt und folglich verschiedene Konzepte zur Erklärung guter Staatsbürgerschaft existieren, was für moderne Gesellschaften charakteristisch ist. Hinsichtlich der Frage,

welches Staatsbürgermodell von den Bürgern bevorzugt wird, konnte auf Basis der Ergebnisse belegt werden, dass in allen untersuchten Ländern weniger Befragte die Vorstellung eines aktiven Staatsbürgers unterstützen und dass eine eindeutige Tendenz in Richtung repräsentatives Staatsbürgermodell zu verzeichnen ist.

Osteuropäische Bürger zeigen insgesamt ein geringeres Niveau an bürgerlichem und politischem Engagement. Dies kann eindeutig auf die frühere kommunistische Zugehörigkeit zurückgeführt werden. Ingesamt haben die Ergebnisse gezeigt, dass unterschiedliche Strukturen funktionaler Mitgliedschaft in den verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas vorhanden sind. Das politisch-gewerkschaftliche Engagement ist in allen untersuchten Ländern wenig verbreitet. Das Niveau des Engagements ist in den Ländern am niedrigsten, in denen in der Vergangenheit der Widerstand gegen das sozialistische Regime „von unten“, also vom Volk geleistet wurde. Vor allem Polen und Ungarn zählen zu dieser Kategorie. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder einem Verein zur Förderung kultureller Aktivitäten ist hingegen weiter verbreitet. Vor allem in Slowenien und Tschechien engagieren sich die Bürger häufig in gesellschaftlicher Hinsicht. Eine aktive Mitarbeit findet man in Mittel- und Osteuropa hauptsächlich innerhalb der kirchlichen Strukturen. Besonders auffallend ist, dass das aktive kirchliche Engagement vor allem in Polen und Slowenien zu finden ist, in denen der Katholizismus weit verbreitet ist. Insgesamt kann man Slowenien eine Vorbildfunktion zuschreiben, wenn es um das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger geht.

Um die Fragen zu beantworten, welche Faktoren die Verankerung staatsbürgerlicher Normen begünstigen und in welchem Verhältnis die verschiedenen Erklärungsmodelle zueinander stehen, wurden ausgehend von den theoretischen Überlegungen und dem Erklärungsmodell fünf forschungsleitende Hypothesen formuliert. Insgesamt zeigte die empirische Analyse, dass Hypothese 1 nicht verifiziert werden konnte. Die Einstellungen gegenüber staatsbürgerlichen Normen werden in den fünf untersuchten mittel- und osteuropäischen Ländern nicht grundsätzlich von den gleichen Determinanten abgeleitet. Die Hypothesen 2 und 3 konnten hingegen verifiziert werden. Die Befunde haben bestätigt, dass

staatsbürgerliche Normen im Allgemeinen eher von Menschen akzeptiert werden, die sowohl in formelle als auch in informelle Netzwerke eingebunden sind. Darüber hinaus belegen die Befunde, dass die verschiedenen Organisationstypen unterschiedliche Potenziale bergen, indem sie unterschiedliche Effekte auf politische Einstellungen haben. Des Weiteren konnte auch Hypothese 4 bestätigt werden. Es konnte gezeigt werden, dass sich protestantische von katholischen und gemischt konfessionelle von homogenen konfessionellen Gesellschaften hinsichtlich der Bedeutung von Religion für die Zivilgesellschaft und die Demokratie in Mittel- und Osteuropa nicht unterscheiden. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Kirche für die Ausbildung gesamtgesellschaftlicher Werte in postkommunistischen Gesellschaften von enormer Bedeutung ist. Die aktive Mitgliedschaft in religiösen Organisationen stellt eine wesentliche Determinante zur Verankerung staatsbürgerlicher Normen dar. Religion hat nicht nur Netzwerkcharakter, sondern spielt auch als „Wertevermittler“ in mittel- und osteuropäischen Gesellschaften eine zentrale Rolle. Schließlich konnte auch Hypothese 5 verifiziert werden. Besonders in Ostdeutschland und in Tschechien, wo die Penetration durch die kommunistische Elite entsprechend stark war, erzielen die staatsbürgerlichen Rechte sehr hohe Zustimmungswerte. Die Regressionsanalysen zeigen, dass bei den über 46-jährigen Ostdeutschen und Tschechen statistisch signifikante Effekte zu erkennen sind. Dies belegt, dass Sozialisationserfahrungen für die Erklärung staatsbürgerlicher Normen relevant sind.

In der Gesamtbilanz der dargestellten Befunde lassen sich einige grundlegende Aspekte der Verbreitung, des Niveaus und der Determinanten der guten Staatsbürgerschaft bestimmen. Aufgrund der suboptimalen Indikatorenlage sind der vorliegenden Forschungsarbeit aber auch Grenzen gesetzt. Häufig lieferten die entscheidenden Regressionsanalysen keine eindeutigen Ergebnisse und ließen nur Spekulationen zu.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die erklärte Varianz bei allen getesteten staatsbürgerlichen Dimensionen relativ gering war. Frühere vergleichende Analysen über politische Partizipation, die sowohl in Westeuropa als auch in Osteuropa gleichermaßen durchgeführt wurden (vgl. z.B. Armingeon 2007, Badescu/Neller 2007), fanden generell geringere Level an erklärter Varianz. Die-

ser Befund weist darauf hin, dass die Theorien und Konzepte, die in westlichen Gesellschaften entwickelt wurden, nicht leichtfertig auf neue entstandene Demokratien übertragen werden können. Vielmehr müssen die politischen, ökonomischen und sozialen Spezifika der postkommunistischen Länder genauer betrachtet werden. Darüber hinaus eignen sich die dargestellten theoretischen Ansätze tendenziell eher für die Erklärung staatsbürgerlicher Pflichten und weniger für die Erklärung staatsbürgerlicher Rechte.

5.2 Anregungen für die zukünftige Forschung

In Kapitel 5.1 wurden die wichtigsten Ergebnisse der vorliegenden Forschungsarbeit noch einmal zusammengefasst. Dabei wurde deutlich, dass der Erklärungswert aufgrund der Konzentration auf klassische politikwissenschaftliche Theorien und aufgrund der suboptimalen Indikatorenlage häufig begrenzt war. Folglich werden in diesem Kapitel einige Anregungen für die zukünftige Forschung formuliert.

Ein grundlegendes Manko der vorliegenden Studie ist es, dass bislang keine allgemein verfügbaren Daten vorhanden sind, auf deren Grundlage die in der vorliegenden Arbeit gestellten Fragen umfassend analysiert und beantwortet werden könnten. Aus diesem Grund wurde sekundäranalytisch vorgegangen und auf Daten zurückgegriffen, die bereits vorhanden waren und ggf. anderen Zwecken dienen sollten. Die Daten bieten zwar die Möglichkeit, eine fundierte Querschnittsanalyse verschiedener Indikatoren der guten Staatsbürgerschaft durchzuführen. Die Indikatoren selbst sind jedoch nur suboptimal. Die ESS-Studie berücksichtigte lediglich die Dimension der staatsbürgerlichen Pflichten. Die ISSP-Studie beinhaltet zwar auch Fragen zu den staatsbürgerlichen Rechten, liefert dafür aber auf der Seite der Determinanten keine große Bandbreite an Indikatoren. Für zukünftige Studien wäre es wichtig, eine möglichst große Bandbreite an Indikatoren mit einzubeziehen, um zu angemessenen Schlussfolgerungen gelangen zu können. Darüber hinaus wäre die Generierung von Paneldaten sinnvoll, um zu prüfen, ob sich die politischen Orientierungen der Bürger im Zeitverlauf ändern.

Im Hinblick auf die Determinanten der guten Staatsbürgerschaft hat die vorliegende Arbeit gezeigt, dass umfassende Regressionsmodelle die Möglichkeit bieten, unter der Kontrolle zahlreicher potenzieller Erklärungsansätze die bedeutsamsten Determinanten zu ermitteln. Ein großer Teil der Varianz konnte jedoch nicht erklärt werden. Weitere zusätzliche Analysen zu bisher nicht berücksichtigten, aber möglicherweise relevanten Variablen oder bislang nicht überprüften Rückkopplungseffekten erscheinen hier notwendig. Denkbar wären beispielsweise die Prüfung der Politisierung der Bürger im Sinne der politischen Selbstwahrnehmung und des Politikinteresses.

Als letzter Punkt in diesem Kapitel bleibt zu erwähnen, dass die im ersten Teil der Forschungsarbeit vorgestellten Theorien und Konzepte ursprünglich für etablierte westliche Demokratien entwickelt wurden. Die empirischen Befunde in der hier vorgelegten Studie zeigten, dass die klassischen politikwissenschaftlichen Theorien nicht ohne entsprechende Anpassungen auf die postkommunistischen Staaten übertragen werden können. Wichtig wäre es daher, die gute Staatsbürgerschaft aus der Perspektive der postkommunistischen Länder zu beleuchten. Die politischen, ökonomischen und sozialen Spezifika der postkommunistischen Länder müssen genauer betrachtet werden und die Theorien und Konzepte gegebenenfalls überdacht werden. Ein nächster interessanter Schritt wäre schließlich eine umfassende Studie über den Zusammenhang von staatsbürgerlichen Normen und politischem Verhalten in postkommunistischen Ländern.

Literatur

Frane Adam, Matej Makarovic, Borut Roncevic, Metevz Tomsic (2004): The challenges of sustained development: The role of socio-cultural factors in East Central Europe, Budapest and New York: Central European University Press.

Gabriel A. Almond (1956): Comparative Political Systems, in: Journal of Politics XVIII, S. 391-409.

Gabriel A. Almond, Sidney Verba (1963): The civic culture: political attitudes and democracy in five nations, (Books from the center of international studies), Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Gabriel A. Almond (1980): The Intellectual History of the Civic Culture Concept, in: Gabriel A. Almond, Sidney Verba (Hg.), The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Boston, S. 1-36.

Klaus Armingeon (2007): Political participation and associational involvement, in: Jan W. van Deth et al. (Hg.), Citizenship and involvement in European democracies: A comparative analysis, London: Routledge, S. 359-383.

Kai Arzheimer (2005): "Freiheit oder Sozialismus?" Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich, in: Oscar W. Gabriel (Hg.), Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos, S. 285-313.

Louis J. Ayala (2000): Trained for democracy: The differing effects of voluntary and involuntary organizations on political participation, in: Political Research Quarterly 53, S. 99-115.

Klaus Backhaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke, Rolf Weiber (2006): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Heidelberg u.a.: Springer.

Gabriel Badescu, Katja Neller (2007): Explaining associational involvement, in: Jan W. van Deth et al. (Hg.): Citizenship and involvement in European democracies. A comparative analysis, London: Routledge, S. 158-187.

Grzegorz Bakuniak, Krzysztow Nowak (1987): The creation of a collective identity in a social movement: The case of "Solidarnosc" in Poland, in: Theory and Society 16, S. 401-429.

Benjamin R. Barber (1984): Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age, Berkeley: University of California Press.

Benjamin R. Barber (1998): A Place For Us: How To Make Society Civil and Democracy Strong, New York: Hill and Wang.

Wladyslaw Bartoszewski (2005): Heutige Probleme bei den gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Polen, in: Hartmut Rosa (Hg.), Bürgerbewusstsein und Demokratie in Mittel- und Osteuropa. Zum Zustand der politischen Kultur in den postsozialistischen Staaten, Jena: Glaux, S. 19-32.

József Bayer (2003): Zur Entwicklung der politischen Kultur in Ungarn, in: Gábor Erdödy (Hg.), Transformationserfahrungen. Zur Entwicklung der politischen Kultur in den EU-Kandidatenländern, Baden-Baden: Nomos, S. 13-30.

Ronald Beiner (Hg.) (1995): Theorizing citizenship, Albany, N.Y.: State University of New York Press.

Daniel A. Bell (1998): Civil Society versus Civic Virtue, in: Amy Gutmann (Hg.), Freedom of Association, Princeton, N.J.: Princeton University Press, S. 239-272.

Hans Benninghaus (1994): Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse, München und Wien: Oldenbourg.

Dirk Berg-Schlosser, Jakob Schissler (1987): Politische Kultur in Deutschland - Forschungsstand, Methoden und Rahmenbedingungen, in: Dirk Berg-Schlosser (Hg.), Politische Kultur in Deutschland - Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 11-26.

Hans Bertram, Raj Kollmorgen (Hg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen: Leske & Budrich.

Sjoerd Beugelsdijk, Ton van Schaik (2005): Differences in Social Capital between 54 Western European Regions, in: Regional Studies, Taylor and Francis Journals 39 (8), S. 1053-1064.

Klaus von Beyme, Oskar Niedermayer (Hg.) (1994): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin: Akademie Verlag.

Helga Bliden (1991): Geschlechtsspezifische Sozialisation, in: Klaus Hurrelmann und Dieter Ulrich (Hg.), Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim und Basel: Beltz, S. 279-301.

Pierre Bourdieu (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Göttingen: Otto Schwartz, S. 183-198.

Michael Braun (1996): Funktionale Äquivalenz in interkulturell vergleichenden Umfragen. Mythos und Realität, Mannheim: ZUMA.

Sebastian Braun (2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. Der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie, in: Leviathan 29, S. 337-354.

Thomas Bremer, Jennifer Wasmuth (2009): Gott und die Welt. Kirche und Religion in Osteuropa, in: Osteuropa 59, S. 7-28.

Michael Brint (1991): A Genealogy of Political Culture, Boulder: Westview.

Nancy Burns, Kay Lehman Schlozman, Sidney Verba (2001): The Private Roots of Public Action. Gender, equality and political participation, Cambridge: Harvard University Press.

David E. Campbell, Steven J. Yonish (2003): Religion and Volunteering in America, in: Corwin Smidt (Hg.), Religion as Social Capital. Producing the Common Good, Waco/Texas: Baylor University Press, S. 87-106.

José Casanova (1994): Public Religions in the Modern World, Chicago: University of Chicago Press.

Carol A. Cassel (1999): Voluntary associations, churches, and social participation theories of turnout, in: Social Science Quarterly 80, S. 504-517.

Ram A. Cnaan, Stephanie C. Boddie, Gaynor I. Yancey (2003): Boling Alone but Serving Together. The Congregational Norm of Community Involvement, in: Corwin Smidt (Hg.), Religion as Social Capital. Producing the Common Good, Waco/Texas: Baylor University Press, S. 21-30.

Hilde Coffé, Benny Geys (2007): Participation in bridging and bonding associations and civic attitudes, in: Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations 18 (4), S. 385-406.

James Coleman (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital, in: American Journal of Sociology 94: Supplement 95-120.

James Coleman (1990): Foundations of social theory, Cambridge: Belknap Press.

James Coleman (1991): Handlungen und Handlungssysteme, (Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1), München: Oldenbourg.

James Coleman (1992): Körperschaften und die moderne Gesellschaft, (Grundlagen der Sozialtheorie, Band 2), München: Oldenbourg.

John A. Coleman (2003): Religious Social Capital. Its nature, social location, and limits, in: Corwin Smidt (Hg.), Religion as Social Capital. Producing the Common Good, Waco/Texas: Baylor University Press, S. 33-27.

Pamela Johnston Conover, Donald D. Searing (1991): The nature of citizenship in the United States and Great Britain: Empirical comments on theoretical themes, in: The Journal of Policies 53 (3), S. 800-832.

Pamela Johnston Conover, Donald D. Searing (2002): Expanding the Envelope: Citizenship, Contextual Methodologies, and Comparative Political Psychology, in: James H. Kuklinski (Hg.), Thinking about political psychology, Cambridge: Cambridge University Press, S. 89-114.

Erhard Crome (1995): Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte, in: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation / Rosa-Luxemburg-Verein; Gesellschaft für Kultursoziologie 2, S. 7-17.

David S. Crystal, Marnie DeBell (2002): Sources of civic orientation among American youth: Trust, religious valuation, and attributions of responsibility, in: Political Psychology 2 3(1), S. 113-132.

Ralf Dahrendorf (1992): Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist: 1990, Bastei-Verlag: Lübbe.

Russell Dalton (2004): Democratic Challenges, Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford: Oxford University Press.

Russell Dalton (2008a): Citizenship norms and the expansion of political participation, in: Political Studies 56, S. 76-98.

Russell Dalton (2008b): The good citizen. How a younger generation is reshaping American politics, Washington DC: CQ Press.

Kevin Denny, Orla Doyle (2008): Political interest, cognitive ability and personality: Determinants of voter turnout in Britain, in: British Journal of Political Science 38, S. 291-310.

Paul Dekker, Ruud Koopmans, Andries van den Broek (1997): Voluntary associations, social movements and individual political behaviour in Western Europe, in: Jan van Deth (Hg.): Private groups and public life. Social participation, voluntary associations and political involvement in representative democracies, London: Routledge, S. 220-241.

Michael X. Delli Carpini, Leonie Huddy, Robert Y. Shapiro (Hg.) (1996): Research in Micropolitics 5. Rethinking Rationality, Greenwich, Ct./London: JAI Press.

Bas Denters, Oscar Gabriel, Mariano Torcal (2007): Norms of good citizenship, in: Jan W. van Deth (Hg.), Citizenship and involvement in European democracies: a comparative analysis, London: Routledge, S. 88-108.

Larry Diamond (1996): Is the Third Wave Over? in: Journal of Democracy 3, S. 20-37.

Larry Diamond (1999): Developing Democracy toward Consolidation, Baltimore/London: John Hopkins University Press.

Andreas Diekmann (1993): Sozialkapital und das Kooperationsproblem in sozialen Dilemmata, in: Analyse und Kritik 15 (1), S. 22-35.

Robyn Driskell, Elizabeth Embry, Larry Lyon (2008): Faith and politics: The influence of religious beliefs on political participation, in: Social Science Quarterly, 89 (2), S. 294-314.

Émile Durkheim (1965): Die Regeln der soziologischen Methode, Neuwied: Luchterhand.

David Easton (1965): A framework for political analysis, (Prentice-Hall contemporary political theory series), Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.

David Easton (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5, S. 435-457.

Anette Emtmann (1998): Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie: Die "samtene Revolution" im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der "società civile", (Edition Philosophie und Sozialwissenschaften; 47), Berlin: Argument-Verlag.

Hartmut Esser (Hg) (2000): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Stanley Feldman, Marco R. Steenbergen (1996): Beyond self-interest, toward other directedness: Prosocial orientations and political behavior, in: Michael X. Delli Carpini (Hg.), Research in Micropolitics 5. Rethinking Rationality, Greenwich, Ct./London: JAI Press, S. 61-93.

Jan Fidrmuc, Klarita Gërxhan (2005): Formation of social capital in central and Eastern Europe: Understanding the gap vis-à-vis developed countries, (CEPR discussion papier no. 5068), London: Centre of Economic Policy Research.

Paolo Foradori, Simona Piattoni, Riccardo Scartezzini (Hg.) (2007): European Citizenship: Theories, Areas, Levels, Baden-Baden: Nomos.

Axel Franzen, Markus Freitag (2007): Aktuelle Themen und Diskussionen der Sozialkapitalforschung, in: Axel Franzen (Hg.), Sozialkapital: Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-22.

Axel Franzen, Sonja Pointner (2007): Sozialkapital: Konzeptionalisierung und Messungen, in: Axel Franzen (Hg.), Sozialkapital: Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 66-89.

Markus Freitag (2003): Beyond Toqueville. The Origins of Social Capital in Switzerland, in: European Sociological Review 19, S. 217-232.

Dieter Fuchs (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Dieter Fuchs (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? in: Oscar W. Gabriel (Hg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske & Budrich 1997, S. 81-114.

Dieter Fuchs (1998): The Political Culture of Unified Germany, Discussion Paper FS III 98-204, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Dieter Fuchs (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Dieter Fuchs (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 27-49.

Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Wessels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? in: Aus Politik und Zeitgeschichte B51/97, S. 3-12.

Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Wessels (Hg.) (2002): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Oscar W. Gabriel (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung; 76), Opladen: Westdeutscher Verlag.

Oscar W. Gabriel (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Max Kaase (Hg.), Politisches System, Opladen: Leske & Budrich, S. 231-319.

Oscar W. Gabriel, Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, Jan van Deth (Hg.) (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich, Wien: WUV-Universitätsverlag.

Oscar W. Gabriel (2005): Bürger und Politik in Deutschland. Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Everhard Holtmann (Hg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München: Oldenbourg, S. 457-522.

Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter, Hans Rattinger (Hg.) (2005): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos.

Peter Gerlich, Fritz Plasser, Peter A. Ulram (Hg.) (1992): Regimewechsel: Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa, (Studien zu Politik und Verwaltung; 45), Wien u.a.: Böhlau.

Peter Geurts, Laura Morales (2007): Associational involvement, in: Jan W. van Deth (Hg.), Citizenship and involvement in European democracies: a comparative analysis, London: Routledge, S. 135-157.

Anthony Gill (1992): Moral Communities, Exeter: Exeter University Press.

Anthony Gill (2003): Religiöse Dynamik und Demokratie in Lateinamerika, in: Michael Minkenberg (Hg.), Politik und Religion, PVS-Sonderheft 33, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 478-493.

Mark Granovetter (1985): Economic Action, Social Structure, and Embeddedness, in: American Journal of Sociology 91, S. 481-510.

Martin Greiffenhagen, Sylvia Greiffenhagen (2002): Politische Kultur, in: Martin Greiffenhagen (Hg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 11-34.

Robert M. Groves (1999): Survey error models and cognitive theories of response behavior, in: Monroe G. Sirken (Hg.), Cognition and Survey Research, New York: Wiley, S. 235-250.

Ted Robert Gurr, Keith Jaggers (1995): Tracking Democracy´s Third Wave with the Polity III Data, in: Journal of Peace Research 32 (4), S. 469-482.

Jürgen Habermas (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, (Politica; 4), Neuwied: Luchterhand.

Christian W. Haerpfer (2006): Hungary: Structure and dynamics of democratic consolidation, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Democracy and political culture in Eastern Europe, London: Routledge, S. 148-171.

Lyda J. Hanifan: The Rural School Community Centre, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 67, 1916.

Joep De Hart, Paul Dekker (2005): Churches as Voluntary Associations: Their contribution to democracy as a public voice and source of social and political involvement, in: Sigrid Roßteutscher (Hg.), Democracy and the Role of Associations. Political, organizational and social contexts, London: Routledge, S. 168-196.

Sonja Haug (2007): Soziales Kapital als Ressource im Kontext von Migration und Integration, in: Jörg Lüdike (Hg.), Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit: zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 85-109.

Michael Haus (Hg.) (2002): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik: theoretische Analysen und empirische Befunde, (Stadtforschung aktuell; 86), Opladen: Leske & Budrich.

Derek Heater (1990): Citizenship: The Civic Ideal in World History, Politics and Education, New York: Longman.

Kai-Uwe Hellmann (2004): Solidarität, Sozialkapital und Systemvertrauen. Formen sozialer Integration, in: Ansgar Klein (Hg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131-150.

Gerd Hepp (2001): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement. Perspektiven für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B29, S. 31-38.
Mark Hooghe (2003a): Why should we bowling alone? Results from a Belgian survey on civic participation, in: Voluntas: International Journal of Voluntary Sector Quarterly 32, S. 47-69.

Mark Hooghe (2003b): Participation in voluntary associations and value indicators: The effect on current and previous participation experiences, in: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly 32, S. 47-69.

Marc Morjé Howard (2002): The weakness of postcommunist civil society, in: Journal of Democracy 13 (1), S. 157-169.

Ronald Inglehart (1995): Kultureller Umbruch: Wertewandel in der westlichen Welt, (Titel der Originalausgabe: Cultural change. New Jersey, 1989), Frankfurt am Main: Campus.

Wolfgang Ismayr, unter Mitarbeit von Markus Soldner und Ansgar Bovet (Hg.) (2002): Die politischen Systeme Osteuropas, (UTB für Wissenschaft; 8186: Große Reihe, Politikwissenschaft), Opladen: Leske & Budrich.

Jane Jacobs (1961): The Death and Life of Great American Cities, Random House: New York.

Jörg Jacobs (2004): Tücken der Demokratie: Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben postkommunistischen Transformationsländern; Politische Kultur in den neuen Demokratien Europas; 3 (Zugl. Dissertation Universität Frankfurt/Oder 2003), Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Andrew C. Janos (1996): What was communism? A retrospective in comparative analysis, in: Communist and Post-Comunist Studies 29 (1), S. 1-24.

Max Kaase (1983): Sinn und Unsinn des Konzepts Politische Kultur für die Vergleichende Politikwissenschaft oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Max Kaase (Hg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 144-171.

Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.) (1983): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Max Kaase (1994): Political Culture and Political Consolidation in Central and Eastern Europe, in: Frederick D. Weil (Hg.), Political Culture and Political Structure: Theoretical and Empirical Studies, Greenwich, Ct./London.

Max Kaase, M. Rainer Lepsius (2001): Transformationsforschung, in: Hans Bertram (Hg.), Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen: Leske & Budrich.

Kristine Kern (2004): Sozialkapital, Netzwerke und Demokratie, in: Ansgar Klein (Hg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-130.

Helmut Klages, Joachim Braun (2000): Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern, in: Freiwilliges Engagement in Deutschland: Freiwilligensurvey 1999: Band 2.

Hans-Dieter Klingemann (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, in: Norris Pippa (Hg.), Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance, Oxford: Oxford University Press, S. 31-56.

Hans-Dieter Klingemann, Dieter Fuchs (Hg.) (1995): Citizens and the State, Oxford: Oxford University Press.

Hans-Dieter Klingemann, Dieter Fuchs, Susanne Fuchs, Jan Zielonka (2006): Support for democracy and autocracy in central and eastern Europe, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Democracy and political culture in Eastern Europe, London: Routledge, S. 1-21.

Hanspeter Kriesi (2007): Sozialkapital. Eine Einführung, in: Axel Franzen (Hg.), Sozialkapital: Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23-45.

Christine Kulke (1991): Politische Sozialisation und Geschlechterdifferenz, in: Klaus Hurrelmann und Dieter Ulrich (Hg.), Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim und Basel: Beltz, S. 595-613.

Will Kymlicka, Will Norman (1995): Recent Work on Citizenship Theory, in: Ronald Beiner (Hg.), Theorizing citizenship, Albany N.Y.: State University of New York Press, S. 283-322.

Hans-Joachim Lauth (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Arend Lijphart (1980): The Structure of Inference, in: Gabriel A. Almond (Hg.), The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Boston: Little, Brown and Company, S. 37-54.

Juan J. Linz, Alfred Stepan (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-communist Europe, Baltimore: John Hopkins University Press.

David Lockwood (1974): For T.H. Marshall, in: Sociology 8, S. 363-367.

Glenn C. Loury (1977): A Dynamic Theory of Racial Income Differences, in: Wallace Phyllis (Hg.), Women, Minorities, and Employment Discrimination, Lexington, M.A.: Lexington Books, S. 153-186.

Jörg Lüdicke (2007): Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit: zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften, (Sozialstrukturanalyse), Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Alasdair MacIntyre (1981): After Virtue, Notre Dame: University of Notre Dame Press.

Jürgen Mackert (2006): Staatsbürgerschaft. Eine Einführung, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Jürgen Mackert, Hans-Peter Müller (Hg.) (2007): Moderne (Staats)Bürgerschaft: Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Jürgen Maier, Michaela Maier, Hans Rattinger (2000): Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), München und Wien: Oldenbourg.

Zdenka Mansfeldová (2006): The Czech Republic: Critical democrats and the persistence of democratic values, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Democracy and political culture in Eastern Europe, London: Routledge, S. 101-118.

Radoslaw Markowski (1997): Political parties and ideological spaces in east central Europe, in: Communist and Post-Communist Studies 30 (3), S. 221-254.

Thomas Humphrey Marshall (1950): Citizenship and social class and other essays, Cambridge: Cambridge University Press.

Thomas Humphrey Marshall (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, in: Thomas Humphrey Marshall (Hg.), Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main und New York: Campus.

James P. McGregor (1996): Constitutional factors in politics in post-communist central and Eastern Europe, in: Communist and Postcommunist Studies 29 (2), S. 147-166.

Wolfgang Merkel (1999): Systemtransformation, Opladen: Leske & Budrich.

Wolfgang Merkel (1998): The Consolidation of Post-autocratic Democracies: A Multi-level Model, in: Democratization Vol. 5, Heft 3, S. 33-67.

Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle (1999): Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Oplden/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Heiner Meulemann (Hg.) (1998): Werte und Nationalität im vereinten Deutschland: Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske & Budrich.

Heiner Meulemann, Tilo Beckers (2004): Das sichtbare und verborgene soziale Engagement, in: Soziale Welt 55, S. 51-73.

Vlado Miheljak (2006): Slovenia in central Europe: Merely meteorological or a value kinship?, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Democracy and political culture in Eastern Europe, London: Routledge, S. 119-147.

William Mishler, Richard Rose (2002): Learning and re-learning regime support: The dynamics of post-communist regimes, in: European Journal of Political Research 41, S. 5-36.

Ralph O. Mueller (1996): Basic Principles of Structural Equation Modelling, New York u.a.: Springer.

Ariana Need, Geoffrey Evans (2001): Analysing patterns of religious participation in post-communist Eastern Europe, in: The British Journal of Sociology 52 (2), S. 229-248.

Katja Neller (2006): DDR-Nostalgie: Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, (Zugl.: Dissertation, Universität Stuttgart 2006), Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Kenneth Newton (1999): Social Capital and Democracy in Modern Europe, in: Jan W. van Deth (Hg.), Social Capital and European Democracy, London: Routledge, S. 3-24.

Pippa Norris (1999): Introduction: The Growth of Critical Citizens, in: Pippa Norris (Hg.), Critical Citizens: Global Support for Democratic Government, Oxford: Oxford University Press, S. 1-27.

Pippa Norris (Hg.) (1999): Critical Citizens: Global Support for Democratic Government, Oxford: Oxford University Press.

Claus Offe, Susanne Fuchs (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Robert D. Putnam (Hg.), Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung, S. 417-513.

Dawn Oliver (1991): Active Citizenship in the 1990´s, in: Parliamentary Affairs 44, S. 157-171.

Elinor Ostrohm, Ahn Toh-Kyeong (2004): Foundations of social capital, Cheltenham: Elgar.

Talcott Parsons (1951): The Social System, New York/London: Free Press, Collier MacMillan.
Talcott Parsons, Eward A. Shils (Hg.) (1962): Towards a Generally Theory of Action, New York: Harper & Row.

Carole Pateman (1970): Participation and democratic theory, Cambridge: University Press.

Talcott Parsons (1951): The Social System, New York/London: Free Press, Collier MacMillan.

Talcott Parsons (1969): Politics and Social Structure, New York: Free Press.

Charles Pattie, Patrick Seyd, Paul Whiteley (2004): Citizenship in Britain: values, participation and democracy, Cambridge: Cambridge University Press.

Gert Pickel (2001): Legitimität von Demokratie und Rechtsstaat in den osteuropäischen Transitionsstaaten 10 Jahre nach dem Umbruch, in: Michael Becker (Hg.), Rechtsstaat und Demokratie. Theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 299-326.

Gert Pickel, Jörg Jacobs (2006): Der soziokulturelle Unterbau der neuen Demokratien Osteuropas, in: Detlef Pollack (Hg.), Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie: repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 31-52.

Detlef Pollack, Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel (Hg.) (2003): Political Culture in Post-Communist Europe: attitudes in new democracies, Aldershot: Ashgate.

Detlef Pollack, Jörg Jacobs, Olaf Müller, Gert Pickel (Hg.) (2004): Democratic Values in Central and Eastern Europe, Frankfurt (Oder): Frankfurt Institute for Transformation Studies.

Detlef Pollack, Gert Pickel, Olaf Müller, Jörg Jacobs (Hg.) (2006): Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie: repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten, (Politische Kultur in den neuen Demokratien Europas), Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Fritz Plasser, Andreas Pribersky (Hg.) (1996): Political Culture in East Central Europe, London.

Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Harald Waldrauch (1997): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen: Leske & Budrich.

Alejandro Portes: Social Capital (1998): Its Origins and Applications in Modern Sociology, in: Annual Review of Sociology 24, S. 1-24.

Adam Prezworski (1991): Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge: Cambridge University Press.

Robert D. Putnam, Robert Leonardi, Rafaella Y. Nanetti (1993): Making democracy work: civic traditions in modern Italy, Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Robert D. Putnam (1995): Bowling Alone, in: Journal of Democracy 6 (1), S. 65-78.

Robert D. Putnam (2000): Bowling alone: the collapse and revival of American community, New York: Simon & Schuster.

Peter Riesenberg (1992): Citizenship in the Western Tradition, Chapel Hill: University of North Caroline Press.

Karl Rohe (1994): Politische Kultur. Zum Verständnis eines politischen Konzepts, in: Klaus von Beyme (Hg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin: Akademie Verlag, S. 1-21.

Richard Rose, Toni Makkai (1995): Consensus or dissensus about welfare in post-communist societies? in: European Journal of Political Research 28, S. 203-224.

Richard Rose, William Mishler und Christian Haerpfer (1998): Democracy and its alternatives: Understanding post-communist societies, Baltimore: John Hopkins University Press.

Sigrid Roßteutscher (2004): "Die Rückkehr der Tugend?", in: Jan W. van Deth (Hg.), Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175-200.

Sigrid Roßteutscher (2005): Democracy and the Role of Associations. Political, organizational and social contexts, London: Routledge.

Sigrid Roßteutscher (2009): Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie: eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften, (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung; 12), Baden-Baden: Nomos.

Rebecca L. Sandefur, Edward O. Laumann (1998): A Paradigm for Social Capital, in: Rationality and Society 10, S. 481-501.

Balázs Schanda (2003): Religion and state in the candidate countries to the European Union - Issues concerning religion and state in Hungary, in: Sociology of Religion 64 (3), S. 333-348.

Kay Schlozman, Nancy Burns, Sidney Verba und Jesse Donahue (1995): Gender and Citizen Participation: Is there a Different Voice? In: American Journal of Political Science 39 (2), S. 267-293.

Rainer Schnell, Paul B. Hill, Elke Esser (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung, München und Wien: Oldenbourg.

Shalom H. Schwartz, Anat Bardi (1997): Influences of adaption to communist rule on value priorities in Eastern Europe, in: Political Psychology 18 (2), S.385-410.

John R. Seeley, A.R. Sim, E.W. Loosley (1956): A Study of the culture of suburban life, New York: Basic Books.

Renata Siemienska (2006): Poland: Citizens and democratic politics, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Democracy and political culture in Eastern Europe, London: Routledge, S. 203-234.

Birte Siim (1994): Engendering Democracy: Social Citizenship and Political Participation for Women in Scandinavia, in: Social Politics: International Studies in Gender, State, and Society 1 (3), S. 286-305.

Georg Simmel (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig: Duncker & Humblot.

Corwin Smidt (Hg.) (2003): Religion as Social Capital. Producing the Common Good, Waco/Texas: Baylor University Press.

Paul M. Sniderman, Richard A. Brody, Philip E. Tetlock und Henry E. Brady (1994): Reasoning and choice: explorations in political psychology, Cambridge: Cambridge University Press.

Paul M. Sniderman, Joseph F. Fletcher, Peter Russell und Philip E. Tetlock (Hg.) (1996): The Clash of Rights: Liberty, Equality, and Legitimacy in Pluralist Democracies, New Haven, Conn: Yale University Press.

Yasemin Soysal (1994): Limits of Citizenship: Migrants and Postnational Membership in Europe, Chicago: University of Chicago Press.

Manfred Spieker (Hg.) (2003): Katholische Kirche und Zivilgesellschaft in Osteuropa. Postkommunistische Transformationsprozesse in Polen, Tschechien, der Slowakei und Litauen, Paderborn: Schöningh.

Dietlind Stolle (2003): The Sources of Social Capital, in: Dietlind Stolle (Hg.), Generating Social Capital: Civil Society and Institutions in Comparative Perspective, New York: Palgrave, S. 19-42.

Peter A. Ulram, Fritz Plasser (2003): Political Culture in East-Central and Eastern Europe: Empirical Findigs 1990-2001, in: Detlef Pollack (Hg.), Political Culture in Post-Communist Europe: attitudes in new democracies, Aldershot: Ashgate, S. 31-46.

Isabell S. Thaidigsmann (2007): Einstellungen zu Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Umweltschutzgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft; 24), (Zugl. Universität Stuttgart, Dissertation, 2006) Frankfurt am Main u.a.: Lang.

Elisabeth Theiss-Morse (1993): Conceptualizations of good citizenship and political participation, in: Political Behavior 15 (4), S. 355-380.

Alexis de Tocqueville (1987): Über die Demokratie in Amerika. Erster und zweiter Teil (zuerst 1835), Zürich: Manesse.

Christian von Twickel (2002): Beziehungen und Netzwerke in der modernen Gesellschaft: soziales Kapital und normative Institutionenökonomik, (Philosophie und Ökonomik, Band 2), Münster und Hamburg: LIT Verlag.

Tom R. Tyler (2006): Why people obey the law, Princeton: Princeton University Press.

Dieter Urban, Jochen Mayerl (2006): Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Eric M. Uslaner (2002): The moral foundations of trust, Cambridge University Press, Cambridge.

Jan W. van Deth, Marco Marrafi, Kenneth Newton, Paul Whitely, Hans Keman (1999): Social Capital and European Democracy, London: Routledge.

Jan W. van Deth (Hg.) (2004): Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Jan W. van Deth, Anders Westholm und José Ramón (Hg.) (2007): Citizenship and involvement in European democracies: a comparative analysis, (Routledge research in comparative politics; 17), London: Routledge.

Sidney Verba, Kay Lehman Schlozman, Henry Brady (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge: Harvard University Press.

Christian Wallace (1997): Who is for capitalism, who is for communism? Attitudes towards economic change in post-communist Eastern Europe: A 10 nation comparison. East European series no. 44, Vienna: Institute for Advanced Studies.

Michael Walzer (1989): Citizenship, in: Terence Ball (Hg.), Political Innovation and conceptual change, Cambridge: Cambridge University Press, S. 211-219.

Michael Walzer (Hg.) (1995): Toward a global civil society, Oxford: Berghahn Books.

Mark E. Warren (2001): Democracy and Association, Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Bettina Westle (1999): Kollektive Identität im vereinten Deutschland, Opladen: Leske & Budrich.

Bettina Westle (2002): Politische Kultur, in: Hans-Joachim Lauth (Hg.), Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 319-341.

Bettina Westle, Oscar W. Gabriel (Hg.) (2008): Sozialkapital: eine Einführung, (Studienkurs Politikwissenschaft), Baden-Baden: Nomos.

Paul F. Whiteley (2002): Economic Growth and Social Capital, in: Political Studies 48 (3), S. 443-466.

Rhys H. Williams (2003): The Language of God in the City of Man. Religious Discourse and Public Politics in America, in: Corwin Smidt (Hg.), Religion as Social Capital. Producing the Common Good, Waco/Texas: Baylor University Press, S. 171-189.

Helmut Wollmann (1997): Der Systemwechsel in Ostdeutschland, Ungarn, Polen und Russland 1, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/97, S. 6-8.

Sharon Wright, Anja Kopač, Gary Slater (2004): Continuities within paradigmatic change. Activation, social policies and citizenship in the context of welfare reform in Slovenia and the UK, in: European Societies 6 (4), S. 511-531.

Robert Wuthnow (1991): Acts of compassion: Caring for others and helping ourselves, Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Sonja Zmerli (2008): Inklusives und exklusives Sozialkapital. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts, Baden-Baden: Nomos.

Onlinequellen

Aktive Bürgerschaft: Gutes besser tun!: http://www.aktive-buergerschaft.de/, Abrufdatum: 05.05.2011.

Assoziation für internationale Fragen (AMO): http://www.amo.cz, Abrufdatum: 05.05.2011.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: http://www.b-b-e.de, Abrufdatum: 05.05.2011.

Education for Democratic Citizenship: http://www.coe.int/t/dg4/education/edc, Abrufdatum: 05.05.2011.

Jugendpolitik in Europa: http://www.jugendpolitikineuropa.de/thema/freiwilliges-engagement.109/seite/1/, Abrufdatum: 05.05.2011.

Robert Bosch Stiftung: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/7003.asp, Abrufdatum: 05.05.2011.

Stefan Batory Foundation: http://www.batory.org.pl/bialoukr/index.htm, Abrufdatum: 05.05.2011.

Anhang

Tabelle A.1: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Pflichten

Indikatoren	*Komponente*			
	1	2	3	4
Menschen unterstützen	.342	.281	.292	**.997**
An Wahlen teilnehmen	.433	**.816**	.241	.248
Gesetze einhalten	.091	**.861**	.335	.269
Eigene Meinung bilden	.245	.331	**.994**	.303
Aktiv in Vereinen/Verbänden	.887	.224	.294	.364
Politisch aktiv sein	**.914**	.293	.171	.294

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ESS 2002 „Citizenship, Identity and Democracy“, Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser Normalisierung.

Tabelle A.2: Faktorenanalyse staatsbürgerlicher Pflichten pro Land

Faktor und Land	*Menschen unterstützen*	*An Wahlen teilnehmen*	*Gesetze und Verordnungen befolgen*	*Eigene Meinung bilden*	*Aktiv in Vereinen/ Verbänden*	*Politisch aktiv sein*
Partizipation						
Ostdeutschland	.238	**.500**	.091	.155	**.854**	**.880**
Ungarn	.325	.260	-.075	.299	**.893**	**.911**
Tschechien	.289	.387	-.037	.232	**.874**	**.863**
Slowenien	.343	**.525**	.207	.180	**.860**	**.904**
Polen	.320	.436	.120	.285	**.932**	**.934**
Gesetzestreue						
Ostdeutschland	.230	**.568**	**.943**	.125	.166	.102
Ungarn	.270	**.906**	**.746**	.339	.174	.226
Tschechien	.198	**.901**	**.605**	.210	.168	.381
Slowenien	-.369	**-.816**	**-.874**	-.367	-.312	-.376
Polen	.302	**.916**	**.730**	.359	.330	.358
Solidarität						
Ostdeutschland	**.922**	-.158	.163	.228	.193	.017
Ungarn	**.968**	.228	.447	.195	.341	.263
Tschechien	**.999**	.295	.222	.330	.358	.276
Slowenien	**-.994**	-.408	-.322	-.337	-.462	-.249
Polen	**.998**	.315	.377	.339	.341	.322
Sozio-polit. Bewusstsein						
Ostdeutschland	-.287	**-.601**	-.142	**-.914**	-.072	-.299
Ungarn	.196	.304	.463	**.976**	.328	.258
Tschechien	.256	.256	**.714**	**.898**	.302	-.021
Slowenien	.284	.120	.417	**.968**	.300	-.007
Polen	.293	.265	.665	**.947**	.252	.202

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ESS 2002 „Citizenship, Identity and Democracy“, Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser Normalisierung.

Tabelle A.3: Repräsentatives und partizipatorisches Staatsbürgermodell (Faktorenanalyse)

Indikatoren	*ISSP 2004*		*ESS 2002/03*	
	1	2	1	2
Wählen gehen	**.657**	.423	**.720**	-.422
Keine Steuern hinterziehen	**.850**	.259	-	-
Gesetze einhalten	**.821**	.282	**.810**	.118
Eigene Meinung bilden	-	-	**.674**	-.314
Regierung beobachten	**.558**	**.612**	-	-
Aktiv in Vereinigungen	.310	**.653**	.310	**-.888**
Andere Meinungen verstehen	.369	**.667**	-	-
Menschen im Land helfen	.277	**.829**	-	-
Menschen in der Welt helfen	.188	**.825**	-	-
Menschen unterstützen	-	-	**.508**	**-.537**
Politisch aktiv sein	-	-	.297	**-.888**

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der angegebenen Studien. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser Normalisierung.

Tabelle A.4: Dimensionale Analyse funktionaler Mitgliedschaft pro Land

Faktor und Land	*Partei*	*Gewerkschaft*	*Kirche/ religiöse Gemeinschaft*	*Sportverein*	*Andere Freiwilligenorganisation*
Politisch-gewerk. Engagement					
Ostdeutschland	**.741**	**.776**	-.041	.114	-.066
Ungarn	**.865**	.328	-.278	-.066	.295
Tschechien	**.824**	**.752**	.075	.105	.227
Slowenien	**.812**	**.713**	.021	.147	.170
Polen	**.757**	**.785**	.040	-.017	.146
Kirchlich-Karitatives Engagement					
Ostdeutschland	-.058	.057	**.994**	.073	-.033
Ungarn	.097	**.776**	**.712**	.156	-.011
Tschechien	.000	.119	**.994**	.089	-.046
Slowenien	-.198	**.510**	**.872**	.117	.175
Polen	-.175	.202	**.961**	.133	-.077
Gesellschaftliches Engagement					
Ostdeutschland	.265	-.199	.041	**.738**	**.744**
Ungarn	.175	-.096	.349	**.743**	**.678**
Tschechien	.086	.233	.024	**.844**	**.817**
Slowenien	.265	.068	.254	**.826**	**.820**
Polen	.228	-.085	.072	**.787**	**.787**

Quelle: ISSP 2004 „Citizenship and State". Eigene Berechnungen. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser Normalisierung.

Tabelle A.5: Dimensionale Analyse funktionaler Mitgliedschaft pro Land

Faktor und Land	*Partei*	*Gewerk-schaft*	*Wirt-schafts-verband*	*Kirche/ religiöse Gemein-schaft*	*Org. f. humani-tär. Hilfe*	*Sport-verein*	*Verein f. kultur. Aktivi-täten*
Politisch-gewerk. Engagement							
Ostdeutschland	**.839**	.299	.032	.188	-.361	-.056	.310
Ungarn	**.777**	**-.537**	-.180	.207	-.175	.218	-.029
Slowenien	**.696**	**.547**	**.538**	.310	-.140	.122	.052
Polen	**.777**	**-.537**	-.180	.207	-.175	.218	-.029
Kirchlich-Karitatives Engagement							
Ostdeutschland	-.070	**.573**	-.430	**-.686**	-.132	.057	-.214
Ungarn	-.045	-.089	-.244	**.678**	**.709**	.248	.341
Slowenien	.005	-.014	.173	**.646**	**.696**	-.123	.419
Polen	-.045	-.089	-.244	**.687**	**.709**	.248	.341
Gesellschaftliches Engagement							
Ostdeutschland	.036	.306	.329	.121	.461	**.688**	**.703**
Ungarn	.193	.305	**.687**	.102	.112	**.592**	**.649**
Slowenien	-.124	.122	-.299	.241	-.198	**-.785**	**-.646**
Polen	.193	.305	**.684**	.102	.112	**.592**	**.649**

Quelle: ESS 2002/2003 „Citizenship, Involvement and Democracy". Eigene Berechnungen. Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser Normalisierung.